Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

5. Februar 1979
Jg.7 Nr.6

Bezirksausgabe für Hamburg/Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Blockfreienkonferenz: Das Demokratische Kampuchea nimmt teil

z.anb. ,,Es ist unser legitimes Recht, an der Konferenz teilzunehmen, die große Mehrheit der Mitgliedsstaaten steht auf unserer Seite,“ erklärte der Botschafter des Demokratischen Kampuchea, Chan Youran, am 26. Januar vor der außenpolitischen Konferenz des Koordinationsbüros der Blockfreien in Maputo. Nach mehrstündiger Verzögerung wurde damit die Tagung eröffnet, die die Unterstützung der Blockfreienbewegung für die kämpfenden Völker im südlichen Afrika bekräftigen und praktische Schritte festlegen soll. Über Vietnam und Kuba hatte die Sowjetunion versucht, die Sitzung zu sprengen, indem diese den Ausschluß der Delegation des Demokratischen Kampuchea forderten. – In vollem Bewußtsein über die schmutzigen Absichten dieses Schachzugs haben die Delegationen der Dritten Welt ausführliche Beratungen durchgeführt und sich gegen die Supermacht zusammengeschlossen.

Zwei wichtige Konferenzen der Blockfreien

z.anb. Gegenwärtig entfaltet die Blockfreienbewegung bewußte Aktivitäten, um ihre Einheit gegen die Spaltungspolitik der Imperialisten, vor allem der Supermächte, zu festigen. Diesem Zweck diente das erste Treffen der gewerkschaftlich organisierten Journalisten der Bewegung vergangene Woche in Bagdad, die über die Fortschritte im Kampf gegen das Nachrichtenmonopol der Imperialisten berieten vier Jahre nach Gründung des eigenständigen Nachrichtenpools der Blockfreien. Gleichzeitig beschlossen Vertreter von 14 blockfreien Ländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und der arabischen Staaten die Gründung eines gemeinsamen Forschungssystems. Es soll allen Ländern der Dritten Welt kostenlos zur Verfügung stehen und durch Vermittlung von Kenntnissen, vor allem über die Gesetze des ungleichen Tausches auf dem Weltmarkt, den Kampf um den Schutz der natürlichen Reichtümer stärken.

Dritte Welt baut eigene Stahlindustrie auf

z.pek. Auf der Konferenz der UNIDO (UNO-Organisation für industrielle Entwicklung) über die Eisen- und

Reichtümer stärken.

Dritte Welt baut eigene Stahlindustrie auf

z.pek. Auf der Konferenz der UNIDO (UNO-Organisation für industrielle Entwicklung) über die Eisen- und

Stahlindustrie, die vom 15. bis 19. Januar in Neu Dehli stattfand, wurde ein Programm zur verstärkten Zusammenarbeit der Länder der Dritten Welt beim Aufbau ihrer eigenen Stahlindustrie beschlossen. Insbesondere Brasilien, Ägypten, Indien und die VR China, die bereits über eine relativ entwickelte Stahlindustrie verfügen, werden die anderen Länder der Dritten Welt unterstützen. Während sich nahezu die Hälfte der bekannten Eisenerzvorkommen in den Ländern der Dritten Welt befinden, beträgt deren Anteil an der Welt-Stahlproduktion gegenwärtig nur etwa 12%. Aufgrund der gemeinsamen Anstrengungen konnten die Länder der Dritten Welt 1977 ihre Eisen- und Stahlproduktion um 76 Mio. Tonnen steigern.

Polen und Ungarn festigen Warenhandel mit der VR China

z.rua. Mitte Januar haben Polen und Ungarn mit der VR China Handelsabkommen für 1979 unterzeichnet und die Erweiterung des Warenaustausches beschlossen. Die VR China liefert Nahrungsmittel, Rohstoffe und Chemieprodukte, sie importiert Maschinenprodukte, Motoren und Fahrzeuge. – Die Vertiefung der Handelsbeziehungen Polens und Ungarns mit der VR China ist ein Schlag ins Gesicht der Sozialimperialisten. Polen hat im Bericht über die Nichterfüllung der Pläne die Ausplünderung durch die UdSSR indirekt angegriffen und zur Voraussetzung für die Planerfüllung 1979 die ,,Festigung des wirtschaftlichen Gleichgewichts“ gemacht. Der Außenhandel mit Ländern der Dritten Welt wird intensiviert. Mit Jugoslawien wird der Warenumsatz um 30% gesteigert. Jugoslawien und die VR China wollen 1979 ihren Handel verdoppeln.

US-Bilanz im Minus – verschärfte Aggression

Carters Haushalt für Handelskrieg und Krieg / GATT-Zollverhandlungen platzen

z.mif. Das Handelsbilanzdefizit der US-Imperialisten hat 1978 eine Rekordhöhe von 28,45 Mrd. Dollar erreicht. Dies, obwohl sie im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten einen Überschuß von 14,8 Milliarden Dollar erzielt haben. Und den Preis für die Öleinfuhr von 42,4 Milliarden auf 39,5 Milliarden Dollar drücken konnten. Zwei Gründe nennt die Regierung Carter für dieses Defizit: mangelnden konjunkturellen Gleichschritt der anderen westlichen Imperialisten und deren Schutzzollpolitik.

,,Die Probleme der siebziger Jahre sind dadurch entstanden, daß der Weltgeschäftskreislauf phasenverschoben ist“, stellt im Oktober 1978 das Joint Economic Committee, der Wirtschaftsausschuß des Kongresses, fest. Nämlich weil die westdeutschen Imperialisten und die japanischen Imperialisten sich weigern würden, parallel zu den US-Oberherren die Konjunktur anzukurbeln, könnten die US-Kapitalisten auf den dortigen Märkten weniger absetzen als jene auf dem US-Markt. Soviel ist richtig, daß das Handelsdefizit der US-Imperialisten mit Japan 11,6 Mrd. Dollar 1978 beträgt (1977: 8 Mrd.), mit der BRD 3 (1977: 1,25) Milliarden Dollar. Das ist mehr als die Hälfte des Gesamtdefizits der USA. Erbittert stellen die US-Imperialisten fest, daß die EG- und japanischen Imperialisten nicht mehr nach ihrer Pfeife tanzen und sich anstrengen, nicht in den Sog des Krisenzyklus des US-Imperialismus zu geraten, sondern im Gegenteil aus diesem Krisenzyklus des US-Imperialismus Vorteil zu ziehen: unterhalb von dessen Inflationsrate zu bleiben, um den Warenmarkt zu erobern; Kapital zu exportieren, wenn die Profitrate in der BRD oder Japan ihnen zu niedrig ist.

Mit der Dollaraggression wollten die US-Imperialisten diesen Eigenbröteleien ein Ende machen. Die Dollaraggression war Abwertung zur Preissenkung für die US-Waren im Ausland, so daß die US-Imperialisten trotz niedrigerer Preise ihren Mehrwert und noch was dazu voll realisieren können; und gleichzeitig Versuch, die ausländische

en ein Ende machen. Die Dollaraggression war Abwertung zur Preissenkung für die US-Waren im Ausland, so daß die US-Imperialisten trotz niedrigerer Preise ihren Mehrwert und noch was dazu voll realisieren können; und gleichzeitig Versuch, die ausländische

Konkurrenz aus dem US-Warenmarkt rauszudrängen, da sie Preise aufgezwungen kriegen, da die den Mehrwert nicht mehr realisieren. Es war eine länger geplante Sache. Der erwähnte Wirtschaftsausschuß des Kongresses zitiert – im Oktober, also mitten in der Dollaraggression (Tiefststand des Dollar 31.10.) – den Professor Dornbusch, der vor dem Kongreßausschuß für Banken, Finanz- und Städte-Angelegenheiten bereits am 7. März 1978 sagte: ,,Um eine wirkliche Abwertung des Dollar zu erreichen, muß der Dollar erheblich gegenüber dem DM-Block und dem Yen abgewertet werden, denn das sind die beiden einzigen Währungen, denen gegenüber eine spürbare Abwertung wirksam erreicht werden kann.“ Mit dieser Aggression haben die US-Imperialisten einiges erreicht.

In Japan schlugen sie im Oktober 1978 68% mehr Waren los als ein Jahr zuvor, und zwar bei fast allen Warengruppen. Im gesamten Außenhandel verbuchten die US-Imperialisten im November bei der Bilanz der industriellen Fertigwaren erstmals einen Überschuß von 300 Mio. Dollar.

Auf Basis dieser Daten hat Carter jetzt seine Planzahlen für den Haushalt 1980 veröffentlicht: Die Inflationsrate, 1978 9,2%, will er 1979 auf 7,4%, 1980 auf 6% drücken, das Außenhandelsbilanzdefizit auf 19 statt 28 Milliarden Dollar verringern, den Militärhaushalt

Fortsetzung Seite 2

Ausweitung der Aktionen gegen Niedrigstlöhne im britischen öffentlichen Dienst



Die Arbeiter der Stadtverwaltungen und Krankenhäuser in Britannien weiten ihre Streikaktionen für die Forderung nach 60 Pfund pro Woche Mindestlohn aus. Der Gesundheitsminister Ennals mußte bekanntgeben, daß knapp die Hälfte aller Krankenhäuser in England und Wales nur noch Notfälle aufnimmt. Die Arbeiter, also die Träger, Fahrer, Küchenbeschäftigten, Reinigungsarbeiter usw. führen einzelne, meist zeitlich begrenzte Streiks sowie Bummelstreiks durch. Die Krankenschwestern, über deren Löhne im April verhandelt wird, streiken nicht, aber unterstützen in den meisten Krankenhäusern die Aktionen (s. Bericht S. 5). In dieser Woche ist die Ausweitung der Streiks der Müllarbeiter, Schulhausmeister und anderer Gemeindearbeiter geplant. Die LWK-Fahrer haben in den meisten Bezirken ihren Streik mit einem Erfolg gegen die Kapitalisten beendet. – Das Bild zeigt die Demonstration von Zehntausenden aus dem öffentlichen Dienst am 22. Januar in London.

Krankenhäuser in England und Wales nur noch Notfälle aufnimmt. Die Arbeiter, also die Träger, Fahrer, Küchenbeschäftigten, Reinigungsarbeiter usw. führen einzelne, meist zeitlich begrenzte Streiks sowie Bummelstreiks durch. Die Krankenschwestern, über deren Löhne im April verhandelt wird, streiken nicht, aber unterstützen in den meisten Krankenhäusern die Aktionen (s. Bericht S. 5). In dieser Woche ist die Ausweitung der Streiks der Müllarbeiter, Schulhausmeister und anderer Gemeindearbeiter geplant. Die LWK-Fahrer haben in den meisten Bezirken ihren Streik mit einem Erfolg gegen die Kapitalisten beendet. – Das Bild zeigt die Demonstration von Zehntausenden aus dem öffentlichen Dienst am 22. Januar in London.

Der Dreh mit den ,,Arbeitsplätzen“, deren Sicherung und Schaffung – bei ,,Opferbereitschaft“ der Arbeiter

z.brp. Auf dem SPD-Technologieforum am 1. Februar in Essen haben der BDI-Präsident Rodenstock und Kanzler Schmidt dem sozialdemokratischen DGB-Vorsitzenden Vetter eine Gardinenpredigt gehalten: Dieser forderte eine ,,Sozialklausel, mit der alle öffentlich geförderten Technologieprojekte hinsichtlich ihrer sozialen Verträglichkeit zwingend geprüft werden sollen“ (Handelsblatt, 2.2.79). – Eine neue Variante der ,,Arbeitsplatzsicherung + erhaltung“. Damit sich daraus nicht etwa auch ein Bumerang entwickelt wie bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit, von den Sozialdemokraten als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit propagiert, von den Arbeitern gefordert als Schranke gegen den schnellen Verschleiß ihrer Arbeitskraft, weshalb Lohnausgleich notwendig ist, legen Rodenstock und Kanzler die Linie fest. Rodenstock: ,,Ein Verzicht auf Rationalisierungsinvestitionen brächte die deutschen Unternehmen, insbesondere mit ihren ausländischen Konkurrenten, erheblich ins Hintertreffen. Eine Schrumpfung der betroffenen Branchen und schmerzhafter Arbeitsplatzverlust wären letztlich die Folgen.“ Der Kanzler: ,,Technischer Fortschritt sei nun einmal nicht möglich ohne Veränderung von Arbeitsplätzen, Arbeitsbedingungen und Qualifikationsanforderungen. Der Staat trage durch Subventionen weiterhin zur Schaffung und notfalls – wie im Bergbau – auch zur Erhaltung solcher Arbeitsplätze bei“ (Handelsblatt 2.2.79). Die Propagierung von ,,Sicherung der Arbeitsplätze“, die die Sozialdemokraten seit der Krise 1974/75 verfolgen, baut auf der Tatsache auf, daß ein Teil der Arbeiterklasse einen Käufer für ihre Ware Arbeitskraft findet, ein anderer Teil beschäftigungslos und ohne Käufer bleibt.

Zu dem Druck, den der kapitalistische Arbeitsmarkt und eine große industrielle Reservearmee auf den Lohnstandard bereits erzeugt, gesellen die Sozialdemokraten mit dem Lügengebäude ,,Arbeitsplatzsicherung“ vor allem ideologische Verwirrung und Fesselung der selbständigen Kämpfe der Arbeiter bei der Verteidigung des Werts der Arbeitskraft. Dann kämpft der Arbeiter nicht mehr gegen seine Entlassung, gegen die Freisetzung von Lebensmitteln, sondern er kämpft um den Erhalt seines Arbeitsplatzes, so als würde er um den Erhalt seines Autos kämpfen. Der Preis der Ware Arbeitskraft erscheint als abhängig von den Anforderungen, den der ,,Platz“ an den Arbeiter stellt, und nicht mehr von der Menge Lebensmittel, die der Arbeiter für seine Reproduktion erkämpfen kann.

Die Anzahl der Arbeitskräfte, die der Kapitalist vernutzt, ist unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen begrenzt: Sie ist begrenzt durch das vorhandene Kapital und dessen Konkurrenzbedingungen gegenüber anderen Kapitalien. Wird der Kapitalist, weil die Aussichten auf Extraprofit günstig sind, mehr Arbeitskraft vernutzen, dann wird er versuchen, die Arbeitskraft billiger und intensiver zu vernutzen: durch Nacht-, Schicht- und Überstundenarbeit macht er zu gleichen Kaufbedingungen mehr Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters flüssig, und er wird versuchen, den Preis für die Vernutzung der Arbeitskraft insgesamt zu senken, um dann auch mehr Arbeitskräfte, beispielsweise in Teilzeitarbeit, zu verschleißen. Diesen Plänen arbeiten die Sozialdemokraten zu, wenn sie für die Schaffung von mehr ,,Arbeitsplätzen“ eintreten. Und sie entwaffnen die Arbeiterbewegung gegenüber den Angriffen der Kapitalisten, ,,Opferbereitschaft“ und niedrige Löhne seien notwendig, damit ,,neue Arbeitsplätze“ geschaffen werden könnten.

Die jugendliche Arbeitskraft bieten die Sozialdemokraten über die ,,Schaffung von Ausbildungsplätzen“, nachdem sie das Theater mit der ,,Ausbildungsplatzabgabe“ inszeniert haben, den Kapitalisten fast gratis feil: In der Bundestagsdebatte vom 18. Januar über die ,,Zukunftschancen der jungen Generation“ waren sich SPD, FDP und CDU/CSU einig: der Jugendliche müsse nur genug mobil und flexibel gemacht werden, ,,damit er nicht dem gnadenlosen Verdrängungswettbewerb ausgesetzt ist“ – damit er seine Arbeitskraft verkaufen kann – unter schlechteren Bedingungen, als das ein erwachsener Arbeiter tun würde. Sie trennen die jugendlichen Arbeiter von den übrigen Arbeitern: Nach dem im Frühjahr 1978 im Bundestag verabschiedeten Programm ,,Vordringliche Maßnahmen zur Minderung der Beschäftigungsrisiken von Jugendlichen“ soll bis 1982 das Berufsgrundbildungsjahr von 46700 auf dann 146000 Teilnehmer ausgebaut werden, die überbetriebliche Ausbildung von 38000 auf 77000, und für die Berufsberatung sollen dann statt bisher 1400 Berufsberater 4200 eingesetzt werden. Im Ehrenberg-Ministerium werden zur Zeit ,,mehrere Anträge“ von Kapitalisten behandelt, die fordern, die Arbeitszeit für Jugendliche, die unter das Jugendarbeitsschutzgesetz fallen, auszudehnen auf 10 Stunden täglich und 6 Tage in der Woche, Schicht-und Wochenendarbeit.

Um dieses Programm durchzusetzen, müssen die Bourgeois die Generationen spalten: Daraus, daß die älteren Arbeiter über Kündigungsschutz- und Rationalisierungsschutzabkommen einen Kapitalisten zum weiteren Kauf ihrer Arbeitskraft gezwungen haben, oder daß sich die Arbeiter gegen ihre Entlassung wehren und gegen Zeitverträge und Teilzeitarbeit auftreten, machen sie ,,das Monopol auf einen Arbeitsplatz“, das gebrochen werden müsse, und sie erdreisten sich, wie Kanzler Schmidt, diesen Arbeitern ,,Konservatismus und Faulheit“ (Handelsblatt 2.2.79) vorzuwerfen, oder sie sind so reaktionär, wie die als Kalkar-Rebellin bekannte FDP-Schuchardt: ,,daß viele Jugendliche heute die ältere Generation fragen, wo denn eigentlich die Werte sind. Diese sind nämlich von vielen in der älteren Generation verschüttet worden“.

US-Bilanz im Minus – verschärfte Aggression

Fortsetzung von Seite 1

um 10% auf 125,8 Mrd. Dollar erhöhen. An Einnahmen aus der Sozialversicherung sind 161,5 Mrd. geplant, an Ausgaben 129,4 Mrd. Dollar. Die Regierung Carter ist finster entschlossen, den gegenüber den imperialistischen Konkurrenten verlorenen Boden wiedergutzumachen und sie in die Schranken zu weisen, um die Konkurrenz mit der anderen Supermacht mit geordneten eigenen Heeren und gehorsamen Unterfeldherren austragen zu können. „Die Frage ist daher, ob wir ein reicheres Land mit einer größeren Auswahl an Gütern werden, weil wir mit einer Vielfalt anderer starker Länder Handel treiben. Das ist das Ziel, auf das wir hinarbeiten. Es geht nicht immer alles glatt und schön. Auf dem Wege gibt es Anpassungsprobleme, und manche davon werden sehr ernst sein. ... Aber wir sollten in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, denn es liegt in unserem langfristigen Interesse wie auch im Interesse der Weltwirtschaft", erklärt der Chefberater des US-Handelsministeriums (Amerika-Dienst, 13.12.78). Diese „Anstrengungen" richten sich als erstes gegen die Arbeiterklasse der USA.

3,5 Millionen Arbeiter stehen in diesem Jahr im Tarifkampf. Zum 1.4. läuft der Vertrag der Teamsters aus, der Transportarbeiter. Sie schließen in der Regel für drei Jahre ab, bisher erkämpften sie meist um die 33%. Jetzt will Carter seine 7-Prozent-Lohnleitlinie durchsetzen. Im April läuft ferner der Tarif der Gummiarbeiter aus, im Juni/Juli der der Elektroarbeiter. Die Gewerkschaft der Automobilarbeiter verhandelt im September. Die Regierung will den Lohnkampf unter Einsatz des Staatsapparates zerschlagen, das hat sie jetzt mit dem gerichtlichen Verbot gegen den Streik der Stahltransportfahrer, die über zehn Wochen lang um Löhne und Anerkennung als selbständige Gewerkschaft kämpften, dokumentiert.

Verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse und Lohnsenkung – Carter vervollständigt sein Programm durch massive staatliche Unterstützung für den Waren- und Kapitalexport. Die staatliche Export-Import-Bank hat 1977 direkte Kredite in Höhe von 747 Mio. Dollar vergeben, 1978 2,93 Mrd. Im nächsten Jahr sollen es nach Carters Planung 3,75 Mrd. Dollar werden, 1981 4,4 Mrd.: Versechsfachung in vier Jahren. Ebenso die „Versicherungszusagen" dieser Bank: von 3,95 Mrd. 1978 auf 12,45 Mrd. 1981. Das Finanzkapital bedient sich direkt aus den Massensteuern, und der Staatsapparat wird vom Finanzkapital in Auslandsgeschäften enger an die Kandare genommen. Früher hatte der Staat im wesentlichen den Militärapparat in Schuß zu halten, und die US-Monopole konnten das als ausreichende Rückversicherung betrachten. Jetzt, konfrontiert mit dem Befreiungskampf der Dritten Welt und in Auseinandersetzung mit der imperialistischen Konkurrenz, holen sie sich für jedes Räubergeschäft den Staatsapparat dazu.

Die Zuspitzung der innerimperialistischen Widersprüche ist gut abzulesen am Nichtzustandekommen der fälligen Abmachungen in der GATT-Runde. Das GATT-Abkommen (Generalabkommen über Zölle und Handel), wird seit fünf Jahren neuverhandelt, es soll 1980 in Kraft treten. 80 Länder sind Mitglied, also die meisten Länder der Dritten Welt. 1974 legten die US-Imperialisten *gesetzlich* fest, der Präsident solle in den GATT-Verhandlungen eine „Revision des Entscheidungsprozesses" erreichen (Trade Act). Denn jedes Land hat eine Stimme. Zwei Jahre später tritt der „Atlantische Rat", ein Verein von führenden US-Imperialisten wie Blumenthal, Goodpaster, Kissinger, Meany, mit einer Schrift hervor, in der ein „Zusatzabkommen" der stärksten Imperialisten für die Handelsabmachungen untereinander vorgeschlagen wird: ein innerer Kreis innerhalb des GATT, mit der Stimmenverteilung entsprechend der Handelsstärke. USA 24,82%, Japan 11,9%, EG 33,31% der Stimmen, diese drei also zusammen 70%. Von diesem Plan reden die US-Imperialisten heute nicht mehr. Weil die Zusammenschlüsse der Dritten Welt im Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung ihnen klargemacht haben, daß sie damit niemals durchkommen. Und weil die Widersprüche zwischen US-, EG- und japanischen Imperialisten sich so zugespitzt haben, daß der Vorschlag von 1976 nicht 70% zu 30% bedeuten würde, sondern 25 : 12 : 33 : 30%, mit unberechenbaren Koalitionen. Damit wäre der Supermacht nicht gedient.

Alle imperialistischen Länder haben in letzter Zeit Handelsschranken errichtet, die nach Angaben des GATT-Sekretariats 3-5% des Welthandels, 30 bis 50 Milliarden Dollar betreffen. In Genf, wo die GATT-Verhandlungen stattfinden, übergibt der US-Unterhändler Strauss dem EG-Unterhändler Haferkamp einen Brief, des Inhalts, man könne sich nicht einigen, wenn die EG nicht Handelszugeständnisse mache, die „US-Exporteure begünstigen". Die „International Herald Tribune" meldet das mit dem Kommentar: „Das wird die EG eindeutig nicht tun".

z.jüb. **Das Strafverfahrensänderungsgesetz 1979 ist jetzt einen Monat in Kraft.** Mußte bis zum 31.12.1978 ein Richter, der wegen Befangenheit abgelehnt wurde, zunächst eine Entscheidung über diesen Antrag abwarten, bevor er die Verhandlung weiterführen konnte, so teilt er jetzt lediglich mit, daß in der gesetzlichen Frist, d.h. bis zum übernächsten Verhandlungstag, spätestens bis zum Beginn der Plädoyers, entschieden werde. Von den Angeklagten herbeigeschaffte Beweismittel, vorgelegte Urkunden oder selbst geladene Zeugen werden mit der Begründung nicht mehr eingeführt, das gehöre nicht zur Sache. Polizeizeugen, die schon vor Änderung der Strafprozeßordnung von ihren Dienstvorgesetzten angehalten waren, ihren Wohnort nicht anzugeben, finden jetzt nahezu ausnahmslos die Unterstützung der Richter, indem unter Verweis auf die Neufassung der Strafprozeßordnung erklärt wird, die Bekanntgabe des Wohnortes würde diese Zeugen gefährden. Die Glaubwürdigkeit dieser Zeugen ist damit in der Regel einer Überprüfung entzogen, da Erkundigungen über diese Zeugen einzuziehen unmöglich gemacht wird. In einem Strafverfahren wegen angeblicher Falschaussage gegen Rechtsanwalt Dr. Härdle vor dem Landgericht Heidelberg trat als Hauptbelastungszeuge ein Richter eben dieses Landgerichts auf. Dieser Richter Beyer hatte behauptet, Dr. Härdle habe in einem Strafverfahren bewußt die Unwahrheit gesagt. Deswegen wurde er angezeigt. Da bei einem Freispruch Dr. Härdles dieser Richter verurteilt werden müßte, wurde das Gericht wegen Befangenheit abgelehnt. Die Richter seien nicht befangen, weil sie keine persönlichen Beziehungen zu Richter Beyer unterhielten, hieß die Entscheidung. Um dies nachzuprüfen, wurde Richter Beyer nach seinem Wohnort gefragt. Unter Bezugnahme auf die neue Strafprozeßordnung wurde diese Frage nicht zugelassen.

Geboten: Fesselung der Arbeiterklasse gegen Ministerien

Italienische Revisionisten verlangen direkte Regierungsbeteiligung

z.ulg.Rom. Am vorletzten Freitag hat Berlinguer der Regierung Andreotti die parlamentarische Unterstützung der Revisionisten aufgekündigt. Am Mittwoch ist Andreotti zurückgetreten, am

verlockend erscheinen, zumal in einem Jahr, in dem in allen großen Wirtschaftszweigen die Tarifverträge für die nächsten drei Jahre abzuschließen sind.



Richter verurteilt werden müßte, wurde das Gericht wegen Befangenheit abgelehnt. Die Richter seien nicht befangen, weil sie keine persönlichen Beziehungen zu Richter Beyer unterhielten, hieß die Entscheidung. Um dies nachzuprüfen, wurde Richter Beyer nach seinem Wohnort gefragt. Unter Bezugnahme auf die neue Strafprozeßordnung wurde diese Frage nicht zugelassen.

Den Kronzeugen gibt es bereits. Der Kronzeuge, der insbesondere von der CDU gefordert, von Teilen der SPD unter Hinweis auf „rechtsstaatliche Bedenken" abgelehnt wurde, ist in der Neufassung der Strafprozeßordnung noch nicht geregelt. Gleichwohl gibt es ihn. Gerhard Müller z.B. verbrachte seine Strafe, zu der er verurteilt war, mit Reisen zu allen möglichen Gerichten, um der Bundesanwaltschaft und dem Bundeskriminalamt aus Beweisnöten zu helfen. Gleiches werden nun Dellwo und Speitel nach dem Willen des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart praktizieren. Mit der Zusicherung des BKA auf neue Papiere und Geld in der Tasche sollen sie die Verurteilung der Rechtsanwälte Arndt Müller und Armin Newerla sichern. Mit diesem Verfahren sollen nachträglich die Verteidigerausschlußgesetze, Kontaktsperre und Trennscheibe gerechtfertigt werden. Schließlich soll durch eine Verurteilung der beiden Anwälte endgültig die Verantwortung des Staates für den Tod der drei Gefangenen in Stammheim gerichtlich bestritten und diesen beiden Anwälten aufgebürdet werden. Die Linie des Staatsapparates ist klar. Durch immer schneller aufeinanderfolgende Änderungen der Strafprozeßordnung stattet sich der Staatsapparat ein umfangreiches Instrumentarium, um kurzen Prozeß zu machen mit den Teilen des Volkes, die gegen diese Gesellschaftsordnung rebellieren und deren Gesetze verstoßen. Verteidiger, die gleichwohl im Gerichtssaal und in der Öffentlichkeit für die Rechte dieser Angeklagten eintreten, werden ihrerseits mit Strafverfahren überzogen.

Geboten: Fesselung der Arbeiterklasse gegen Ministerien
Italienische Revisionisten verlangen direkte Regierungsbeteiligung

z.ulg.Rom. Am vorletzten Freitag hat Berlinguer der Regierung Andreotti die parlamentarische Unterstützung der Revisionisten aufgekündigt. Am Mittwoch ist Andreotti zurückgetreten, am Samstag war derselbe Andreotti bereits wieder mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

Auf Heller und Pfennig hat Andreotti in seiner letzten Regierungserklärung den italienischen Finanzbourgeois vorgerechnet, was sie an ihm gehabt haben: 8 Mrd. Dollar Zahlungsbilanzüberschuß, zum ersten Mal in der italienischen Geschichte eine positive Handelsbilanz, 10 Mrd. Dollar Devisenreserven und den von der westdeutschen Bundesbank gepfändeten Goldschatz wieder unter eigene Kontrolle gebracht, die Inflationsrate halbiert. Ohne den erbarmungslosen Plünder- und Ausbeutungsfeldzug der letzten zweieinhalb Jahre wäre die Exportoffensive der italienischen Imperialisten tatsächlich nicht möglich gewesen, und ihre Früchte sind beachtlich.

Tags darauf protestierte lebhaft das revisionistische Zentralorgan. Wer, wenn nicht die PCI, hätte all das denn durch Spaltung der Arbeiterklasse und vor allem der Gewerkschaften möglich gemacht? „Es muß unterstrichen werden, daß diese Ergebnisse, die vor allem die wirtschaftliche, finanzielle und Devisensituation betreffen, ganz offensichtlich die Frucht einer harten und bewußten Anstrengung der Welt der Arbeit und besonders der Arbeiterklasse sind (wovon die Halbierung der Streikstunden 1978 gegenüber dem Vorjahr eines der beredtsten Zeichen ist)." (Unità, 30.1.)

Wie wäre es mit einer nochmaligen Halbierung, ist das Angebot der revisionistischen Partei für einen Platz in der Regierung. Und welcher Finanzbourgeoisie müßte das Angebot nicht verlockend erscheinen, zumal in einem Jahr, in dem in allen großen Wirtschaftszweigen die Tarifverträge für die nächsten drei Jahre abzuschließen sind.

Das Problem ist, daß sich die Revisionisten trotz aller „harten und bewußten Anstrengung" bei der Fesselung der Arbeiterbewegung zusehends schwerer tun. Den wochenlangen Streik an den Krankenhäusern haben sie nicht verhindern können. In der Metallarbeitergewerkschaft sind sie danach mit ihren „wenigen tausend Lire" erst recht aufgelaufen, und es konnte eine Forderung verabschiedet werden, auf der Einheit im Lohnkampf möglich ist. Erstmals seit Jahren ist die Mitgliederzahl der PCI im letzten Jahr leicht zurückgegangen.

Allzu deutlich ist geworden, daß die Politik, die „mitzuverantworten" die PCI bisher so stolz war, den nächsten Interessen der arbeitenden Klassen direkt entgegengesetzt ist. Nur als Regierungspartei, deuten die Revisionisten jetzt an, könnten sie ihren letzten Trumpf zur Fesselung der Arbeiterbewegung noch ausspielen: Die „Opfer" von heute seien notwendige Schritte zu einer besseren Zukunft, in der die Arbeiterklasse „an der Macht" das Land „demokratisch und sozialistisch umgestalten" werde. „An der Macht" wird die Arbeiterklasse selbstredend durch die revisionistische Partei vertreten. Doch damit solcher Schmarren auch nur einigermaßen unter die Leute gebracht werden kann, muß wenigstens ein Zipfel der „Macht" schon heute sichtbar sein, eben in Gestalt einiger Ministerien.

Kaltlächelnd hat Berlinguer in seiner Abschiedserklärung seinen „Partnern" bedeutet, sie könnten ja versuchen, ohne die PCI weiterzuregieren, die numerische Parlamentsmehrheit



„Nein zur Regierung der ‚Opfer'!" – Krankenhausbeschäftigte demonstrieren.

dazu hätten sie doch. Er pokert hoch, weil er weiß, daß die Finanzbourgeoisie bei der Unterdrückung der Arbeiterbewegung vorerst kaum ohne die Revisionisten auskommen kann. Zur Bekräftigung setzten die Reformisten und Revisionisten in der Gewerkschaftsführung durch, daß der für diesen Freitag bereits fest geplante Generalstreik gegen die Mezzogiorno-Politik der Regierung und zur Eröffnung des Metalltarifkampfs wieder abgesetzt wurde.

Doch die italienischen Finanzbourgeois und die ausländischen Imperialisten, an die das Land noch immer mit 14 Mrd. Dollar verschuldet ist, sind mißtrauisch. Erst jüngst haben die Revisionisten mit ihrer lautstarken Propaganda für die sowjetisch-vietnamesische Aggression gegen Kampuchea in Erinnerung gebracht, wie eng sie der sozialimperialistischen Supermacht noch immer verbunden sind.

„Die innenpolitischen und internationalen Bedingungen" würden eine Regierungsbeteiligung der PCI „nicht zulassen", hat der christdemokratische Sekretär Zaccagnini dieser Tage erklärt. Bei seinem kürzlichen Besuch in Washington befragt, ob er den US-Imperialisten entsprechende Zusagen gemacht habe, antwortete er: „Ich habe den amerikanischen Führern gegenüber klargestellt, daß die Partei der Democrazia Cristiana die gegenwärtige Mehrheit als die bestmögliche betrachtet... Die DC sieht nicht die Möglichkeit weiterer Schritte nach vorn."

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon: 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 6: 32 000

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Willi Geike

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Matthias Stab

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'informations et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 49/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road · GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Rienößlgasse 12 · A-1040 Wien ·

Verbreitungsgebiete und Liste der Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung · Bezugsadressen



Bezirksausgaben: Flensburg (01), Flensburg-Westküste · Kiel (02), Holstein · Hamburg (03), Hamburg-Unterelbe

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Bezirksausgaben: Bremen (04), Bremen-Unterweser · Oldenburg (05), Weser-Ems · Münster (06), Münsterland-Emsland

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Bezirksausgabe: Westberlin (07)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Bezirksausgaben: Hannover (08), Hannover · Braunschweig (09), Südostniedersachsen · Bielefeld (10), Ostwestfalen

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Bezirksausgaben: Dortmund (11), Dortmund/Westliches Westfalen · Essen (12), Essen-Ruhr · Duisburg (13), Duisburg/Niederrhein · Düsseldorf (14), Düsseldorf/Rhein · Wuppertal (15), Wuppertal/Bergisches Land

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Telefon 0201/252353

Bezirksausgaben: Kassel (16), Kassel/Nordhessen · Gießen (17), Gießen/Sieg-Lahn · Frankfurt (18), Frankfurt/Südhessen · Mainz (19), Mainz/Rheinhessen-Taunus

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730241

Bezirksausgaben: Köln (20), Köln/Rhein-Sieg · Aachen (21), Aachen/Grenzland · Koblenz (22), Koblenz/Mittelrhein · Trier (23), Trier/Eifel-Hunsrück · Saarbrücken (24)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77

Bezirksausgaben: Mannheim (25), Rhein-Neckar-Pfalz · Heilbronn (26), Franken · Würzburg (27), Unterfranken · Nürnberg (28), Mittelfranken · Bayreuth (29), Oberfranken

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Bezirksausgaben: Karlsruhe (30), Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald · Stuttgart (31), Mittlerer Neckar · Freiburg, Südbaden · Konstanz (32), Konstanz-Südschwarzwald · Ulm (33), Ulm-Bodensee

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Bezirksausgaben: Regensburg (35), Mittlere Donau · Landshut (36), Niederbayern · München (37), München-Oberbayern · Augsburg (38), Schwaben

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft · Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten

30 Jahre RGW – 25 Jahre Ausplünderung und Unterdrückung

z.krk. Am *23.1.1949* ist der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe gegründet worden. Der Grund: „... die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens sowie die Regierungen verschiedener anderer westeuropäischer Staaten (haben) dem Sachverhalt nach einen wirtschaftlichen Boykott gegen die volksdemokratischen Länder und die UdSSR verhängt... weil es diese Länder nicht für möglich erachten, sich dem Diktat des Marschallplanes zu unterwerfen, da dieser Plan die Souveränitätsrechte der Länder, sowie die Interessen ihrer nationalen Wirtschaft verletzt. ... Seine (des RGW) Aufgaben werden im Austausch von wirtschaftlichen Erfahrungen, Gewährung gegenseitiger technischer Hilfe und gegenseitigen Beistandes, im Austausch von Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Maschinen und Ausrüstungsgegenständen bestehen." (Kommunique über die Errichtung des RGW.)

Als mächtiges sozialistisches Land gewährte die Sowjetunion den europäischen Volksdemokratien Hilfe beim Aufbau ihrer Wirtschaften, wobei sie die Linie verfolgte, die Unabhängigkeit dieser Länder zu fördern und sie dabei in erster Linie zum Aufbau einer eigenständigen Schwerindustrie in die Lage zu versetzen. Als Ergebnis dieser Politik entwickelte sich der Anteil der Industrie an der Gesamtproduktion von 1938 bis 1953 in Polen von 38% auf 72%, in Ungarn von 44% auf 80%, in Rumänien von 35% auf 63% und in Bulgarien von 27% auf 56%.

Mit der revisionistischen Entartung der KPdSU verwandelte sich die verhältnismäßige wirtschaftliche Stärke der Sowjetunion und die Tatsache, daß sich die Volksdemokratien beim Aufbau ihrer Wirtschaft auf die Sowjetunion stützten, aus einem positiven in einen negativen Faktor. Der Farbwechsel der Sowjetunion bedeutete zugleich den Farbwechsel des RGW.

1954. Die 4. Ratstagung bedeutete eine scharfe Wende in der Politik der Sowjetunion den anderen Mitgliedstaaten gegenüber. Gestützt auf ihre bestehende militärische und wirtschaftliche Überlegenheit, setzte sie ein Programm der Abstimmung der Produktion der Mitgliedstaaten durch.

Auf dem 20. Parteitag der KPdSU erklärte Chruschtschow: „Heute ist es schon nicht mehr nötig, daß jedes sozialistische Land unbedingt alle Zweige der Schwerindustrie entwickelt, wie es die Sowjetunion tun mußte."

1955. Die 6. Ratstagung faßte das erste Mal Beschlüsse über Spezialisierung und Kooperation in den einzelnen Industriezweigen und stellte damit die Weichen für die Vereinseitigung der wirtschaftlichen Entwicklung der kleineren Mitgliedstaaten und zu ihrer Verwandlung in Zulieferabteilungen für die Sowjetunion.

1956. Die 7. (außerordentliche) Ratstagung faßte bereits Beschlüsse über die „Koordinierung der Entwicklung der wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft der Teilnehmerländer", was eine schwerwiegende Beschneidung der Souveränität der kleineren Mitgliedsstaaten bedeutete. Auf der nächsten Ratstagung konnte festgestellt werden, daß die Einzelländer ihre Volkswirtschaftspläne bereits entsprechend geändert haben. Allein in der metallverarbeitenden Industrie wurden 600 Produkte unter den einzelnen Ländern aufgeteilt.

1963, auf der 9. Sitzung des RGW-Exekutivkomitees ist die Gründung der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ) beschlossen worden, nachdem vorher der Transferrubel (Tr) als allgemeine Verrechnungseinheit eingeführt wurde. Mit der Gründung der Bank bezweckte die Sowjetunion die Förderung der Verschuldung der einzelnen Länder, da der jährliche Ausgleich der Handelsbilanzen entfiel. Sie schuf eine wirksame Kontrolle über den gesamten RGW-Warenaustausch, sowie die finanztechnische Grundlage für die sogenannten gemeinsamen Investitionen. Die IBWZ kann verschiedene Sanktionen gegen Schuldner vornehmen, wie die Erhöhung der Zinssätze, Kreditbeschränkungen und Plünderung ihrer Währungsreserven. Der Präsident des Bankdirektoriums ist wie naturgegeben russischer Nationalität.

1969, auf der 23. (außerordentlichen) Ratstagung erfolgte der nächste entscheidende Schritt zur Ausplünderung und Fesselung der kleineren Mitgliedstaaten. Das sogenannte Komplexprogramm ist verabschiedet worden, sowie die Gründung der Internationalen Investitionsbank (IIB). Das Komplexprogramm beinhaltet eine noch stärkere Aufhebung der nationalen Souveränität der osteuropäischen Länder auf der Ebene der Wirtschaftsplanung und der Produktion. RGW-Organe wurden geschaffen für alle wesentlichen Wirtschafts- und Produktionsbereiche, die unmittelbar mit den entsprechenden nationalen Ministerien in Verbindung treten, d.h. ihnen Befehle erteilen, so z.B. die Organisation für die Chemieproduktion Interchim an die Ministerien für die chemische Industrie, usw.

Die IIB soll angeblich günstige Kredite vergeben, aber vor allem für Projekte, die „die Integration fördern". Die Bank stellt bei der Kreditierung Bedingungen, deren Erfüllung sie überprüfen kann. Als Ergebnis dieser Praxis sind zB. 1972 die Hälfte der beantragten Kredite abgelehnt worden. Auch ist es der Sowjetunion bei der Leitung der IIB das erste Mal gelungen, das Prinzip der Einstimmigkeit abzuschaffen, zugunsten des Mehrheitsprinzips.

1976 bis 1980 findet das erste Mal die Koordinierung der nationalen 5-Jahrespläne statt. In diesem Zeitraum werden im Rahmen des Komplexprogramms 10 gemeinsame Projekte realisiert, davon 9 auf dem Gebiet der Sowjetunion, im Wert von 9 bis 10 Mrd. Rubel, wovon die Hälfte die kleineren osteuropäischen Länder zu tragen haben.

Das Ergebnis der RGW-Politik zeigt sich in den Handelsbilanzen der Länder. Bei Polen sieht das z.B. so aus: zwischen 1973 und 1977 gingen im Durchschnitt 32% der polnischen Exporte in die Sowjetunion, 26% der Importe kamen von dort. Trotzdem war 1977 die polnische Handelsbilanz mit 1,32 Mrd. Rubel negativ der Sowjetunion gegenüber. Die Ausplünderung durch die Sowjetunion treibt diese Länder in die Fänge der westlichen Imperialisten, so wies die polnische Handelsbilanz 1977 insgesamt ein Defizit von 2,3 Mrd. Dollar auf. Das Außenhandelsdefizit der kleineren RGW-Staaten gegenüber der Sowjetunion hat sich von 1974 auf 1977 vervierzehnfacht. Diese Lage widerspiegeln auch die neuen Volkswirtschaftspläne. In Ungarn heißt die Parole „alles für den Export", dafür wird der inländische produktive und unproduktive Verbrauch gedrosselt, Preise erhöht, Löhne gesenkt, Arbeitsintensität erhöht.

Von Anfang an gab es Kampf gegen die Ausplünderung und Unterdrückung im RGW. Rumänien hat den Beitritt zur IIB zunächst verweigert und konnte nur durch sowjetische Erpressungen zum Eintritt gezwungen werden. 1964 sagte Ministerpräsident Maurer über den RGW: „Wie man weiß, wurden in den letzten Jahren Maßnahmen empfohlen, die auf die Schaffung von supranationalen Organismen abzielen. Die Rumänische Volksrepublik ist mit diesen Vorschlägen nicht einverstanden. ... Wir sind der Ansicht, daß solche Formen der Zusammenarbeit unvereinbar sind mit den hauptsächlichsten Grundsätzen, nämlich der Respektierung der nationalen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes ...".

Heftige Schläge der Revolutionären Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea gegen die Invasoren

z.ges. Die „Siegesfeier" der sowjetisch-vietnamesischen Marionetten mit derzeitigem Sitz Phnom Penh war gedämpft. Es sitzt sich nicht gut in der Hauptstadt des Demokratischen Kampuchea als vorgeschobene Pappfigur. Heng Samrin bedankte sich bei Vietnam als „Waffenbrüdern", die die Marionetten „mit Hilfe aller Art versorgt" hätten. Fürwahr. Aber mit dem „Sieg" ist nichts vorbei. Pensovan, die Marionette Nr. 2, bekannte: „Unsere Aufgabe ist nicht vollendet. Große und kleine Schwierigkeiten gibt es noch, wie auch komplizierte Situationen". Mühen müßten ertragen und Opfer müßten gebracht werden. „Die Solidarität und Freundschaft mit Vietnam sollte entschlossen verteidigt werden und ewig dauern".

Wir drucken einen Bericht des Rundfunks des Demokratischen Kampuchea und einen Bericht des „International Herald Tribune" ab. Bei den „Analytikern" handelt es sich um amerikanische und thailändische Geheimdienstler, die den Krieg von Thailand aus verfolgen.

Beijing, 29. Januar (Xinhua) Nach einem Bericht des Rundfunks des Demokratischen Kampuchea von heute, haben die Revolutionären Streitkräfte den größten Teil der Nordwestregion zurückerobert.

Befreite Gebiete erstrecken sich von dem Küstengebiet von Kirivong nach Takeo, von westlich des Basacflusses bis nach Takhmau. Sie umfassen große Gebiete entlang der Landstraße Nr. 2 und Nr. 3, ausgenommen Kantol, nahe bei Phnom Penh.

Außerdem haben die Revolutionären Streitkräfte die Kontrolle über die Landstraße Nr. 4 gewonnen. Die vietnamesischen Aggressoren in den Städten Kampot und Kep werden umzingelt und angegriffen.

Rund um Phnom Penh haben die Revolutionären Streitkräfte eine heftige Offensive gegen die Invasoren eingeleitet und nähern sich der Hauptstadt. In Takhmau, Vat Slay, Ank Snoul, Bek Chan und Ra Samrong werden die Aggressoren ebenfalls angegriffen.

Die Revolutionären Streitkäfte haben die vietnamesischen Truppen in Kompong Chnang fest eingekreist. Täglich führen sie Angriffe auf die vietnamesischen Aggressoren in Koh Kong durch.

Die vietnamesischen Invasoren in Kompong Som, Pursat, Battambang, Siem Reap, Stung Treng und Kratie werden eingekreist und erhalten durch die Revolutionären Streitkräfte Schläge.

Der Rundfunk des Demokratischen Kampuchea sagte in einem Kommentar: „Was immer es unterwegs für Schwierigkeiten geben wird und wie lange der Krieg dauern mag, die kampucheanische Nation und das Volk von Kampuchea sind entschlossen, auf die vietnamesischen Invasoren einen heftigen Gegenangriff zu führen. Sie haben Erfahrung darin, verschiedenste Feinde zu bekämpfen."

In einem Kommentar hieß es, daß das kampucheanische Volk ein unerschütterliches Vertrauen in den Sieg hat und sein gerechter Kampf gegen die vietnamesischen Invasoren die Unterstützung und Sympathie aller Frieden und Gerechtigkeit liebenden Völker gefunden hat.

Bangkok, 1. Februar (International Herald Tribune) Westliche Analytiker berichteten heute, daß die vietnamesische Armee, nachdem sie die Städte Kambodschas und die Straßen erobert und die Regierung Pol Pot gestürzt hatte, jetzt ernste Schwierigkeiten mit starken Einheiten der Revolutionären Streitkräfte Pol Pots bekommt, die sie in dem raschen Vormarsch Vietnams Ende letzten Jahres überrollt hatte.

Es wird berichtet, daß kambodschanische Einheiten in Brigadegröße wahrscheinlich jeweils mehr als 1000 Mann, die Umzingelung durch vietnamesische Kräfte durchbrochen haben und heftige Gegenangriffe führen. Wie berichtet wird, sind die Kämpfe an den meisten Hauptstraßen besonders heftig.

Die Analytiker berichteten, daß wenigstens zwei größere kambodschanische Hauptquartiere arbeiten und mit militärischen Einheiten in Funkkontakt stehen. Ministerpräsident Pol Pot und Präsident Khieu Samphan sollen wie auch andere Führer der Regierung noch in Kambodscha sein und die Schlachten vielleicht von einem dieser Hauptquartiere aus leiten.

Die Analytiker berichteten auch, daß ein zweiseitiger Funkkontakt zwischen der früheren Regierung und China eingerichtet worden ist.

Es hieße, daß die Invasionskräfte unter ernsthaften Versorgungsschwierigkeiten leiden würden, nachdem sie bei ihrem Vormarsch anscheinend wenig Reislager und Lebensmittelvorräte gefunden hatten. Die Analytiker glauben, daß die Pol Pot-Truppen in Vorbereitung des Guerillakrieges Reis- und Waffenverstecke angelegt hätten und wenig zurückgelassen hätten, was erobert werden konnte.

Die Analytiker berichteten auch von einer wachsenden Zahl von Fällen, daß Kambodschaner, die mit den Invasoren zusammenarbeiteten, von den Truppen Pol Pots bei ihren Überfällen bestraft werden. Es wird angenommen, daß Angst vor Rache dazu beiträgt, daß es den Vietnamesen und dem Regime des Präsidenten Heng Samrins, das sie in Phnom Penh eingerichtet haben, offensichtlich an breiter und aktiver Unterstützung von seiten der Volksmassen fehlt.

Bezeichnend für die verbliebene Stärke der Streitkräfte des früheren Regimes waren nach Meinung der Analytiker die schweren Kämpfe rund um die Hauptstadt der Südostprovinz, Takeo. Die Stadt wurde am 17. Januar durch die Kambodschaner zurückerobert in einer großangelegten Operation, die durch wenigstens 2 Brigaden mit Panzerunterstützung durchgeführt wurde.

Die Kambodschaner konnten nicht nur die Stadt zurückerobern, sondern auch die Straßenverbindung nach
auch die Straßenverbindung nach
Phnom Penh und eine andere zum Süden zerschneiden, indem sie ein großes Straßenstück und viel Gelände besetzten. Die Vietnamesen brauchten viel Luftwaffe und Bodentruppen, um Takeo letzten Montag zurückzuerobern. In der Schlacht wurden 7 kambodschanische Tanks und andere gepanzerte Fahrzeuge zerstört.

Die Kämpfe um Takeo zeigen nach Ansicht westlicher und asiatischer Analytiker den Charakter des Krieges, der jetzt weitergeht, obwohl Vietnam seine wichtigsten Ziele erreicht hat. Die Analytiker stimmen darin überein, daß Vietnam gezwungen sein wird, auf unabsehbare Zeit große Kräfte einzusetzen, um seine Stellung zu halten und die Heng-Samrin-Regierung zu stützen.



Die „internationale Arbeitsteilung" führt zum Ruin der vietnamesischen Landwirtschaft

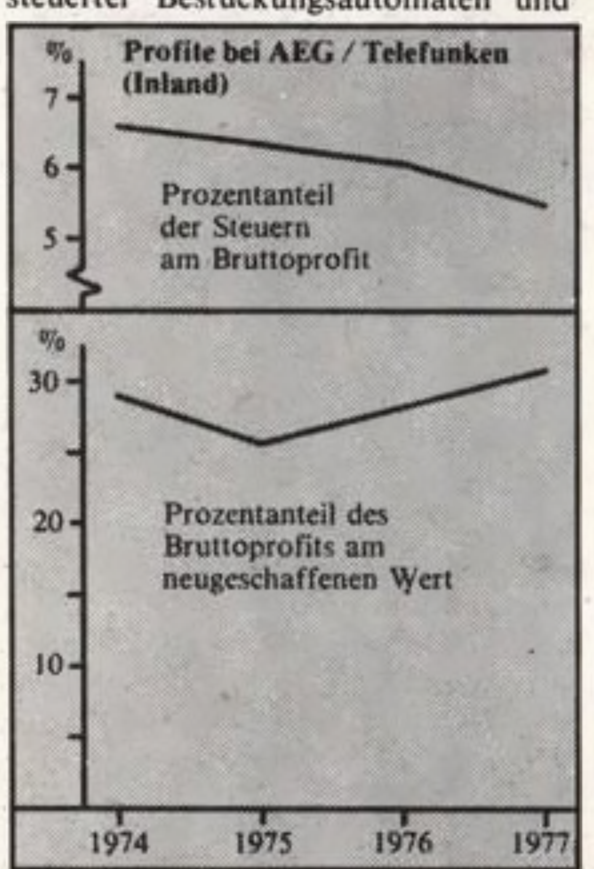
z.nop. Die vietnamesische Nachrichtenagentur VNA hat am 29.1. bekanntgegeben, daß Hanoi auf die dreifache Größe ausgebaut werden soll. Geplant ist die Vergrößerung der Fläche auf 2122 km² und die Erhöhung der Bevölkerungszahl von jetzt 1,5 Mio. auf 2,5 Mio. In der Stadt soll der Bau von Industriekomplexen forciert werden. Bereits jetzt reicht die landwirtschaftliche Produktion Vietnams nicht aus, die Bevölkerung – vor allem auch die Bevölkerung der großen Städte – ausreichend zu ernähren. 1977 wie 1978 blieb die Getreideproduktion jeweils um 2 – 3 Mio. t hinter den Zielen des Fünfjahrplans zurück, sodaß umfangreiche Importe notwendig waren. In Hanoi sind heute die Grundnahrungsmittel rationiert. Die Höchstration, die nur Soldaten erhalten, beträgt 13 kg Getreide im Monat. Anders als zur Zeit des nationalen Befreiungskrieges sind in den zugeteilten Rationen nicht nur Reis, sondern auch Mais, Kartoffeln und Maniokmehl enthalten. Die herrschende Revisionistenclique hat diesbezüglich eine „revolutionäre Änderung" der Eßgewohnheiten der Massen angeordnet und angekündigt, daß sie „skeptisches, rückständiges und pessimistisches Denken" nicht dulden werde.

Welche Linie wird mit der Zusammenballung noch größerer Menschenmassen in den großen Städten verfolgt? Le Duan hat 1977 erklärt, daß es darauf ankomme, die Schwerindustrie „vorrangig" voranzutreiben und „die Beziehungen der Arbeitsteilung ... mit den sozialistischen Bruderländern auf der Grundlage des sozialistischen Internationalismus zu verstärken". Dafür sei die Schaffung einer „neuen Arbeitskräftestruktur" erforderlich, insbesondere der „Transfer eines wichtigen Teils der Arbeiter aus dem landwirtschaftlichen in den industriellen Bereich und die gleichzeitige Erhöhung der Zahl der Arbeiter in den Dienstleistungsbereichen". Zugleich wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit, die derzeitige landwirtschaftliche Nutzfläche von 5 Mio. ha zu erweitern, „zur Zeit" sehr gering sei (sie „in Zukunft" allerdings auf mehr als 10 Mio. ha vergrößert werden könne). Bei dieser geringen Nutzfläche sei schnellste Rationalisierung und die Schaffung von agro-industriellen Komplexen nötig, wozu ebenfalls die Entwicklung der Schwerindustrie „absolut erforderlich" sei. Tatsächlich kann aber in einem Land wie Vietnam, wo selbst die Mechanisierung noch in den Anfängen steckt, eine Schwerindustrie nur aufgebaut werden auf der Grundlage einer entwickelten Landwirtschaft und Leichtindustrie. Ohne ausreichendes landwirtschaftliches Mehrprodukt können die erforderlichen umfangreichen Investitionen für die Schwerindustrie nur durch die direkte Aushungerung der Massen aufgebracht werden, und auch das nur kurzfristig. Der Abzug von Arbeitskräften muß über kurz oder lang zum Zusammenbruch der Landwirtschaft und damit des ganzen Aufbaus führen.

Der Versuch der vietnamesischen Führungsclique, durch ständig neue Kredite die nötigen Mittel zu erhalten, beschleunigt diese Entwicklung nur noch. 3,1 Mrd. $ sollen die RGW-Staaten für den laufenden Fünfjahrplan zur Verfügung stellen, davon 2,4 Mrd. $ die SU. Damit gerät Vietnam vollends in den Würgegriff der Sozialimperialisten, die nicht nur die Zinsen einstreichen, sondern damit auch ihre Exporte an Vietnam bezahlen lassen. 1977 hat Vietnam für ca. 1 Mrd. $ Waren importiert, davon 60% aus RGW-Ländern. Die Exporte erreichten nur 328 Mio. $. Um das gewaltige Außenhandelsdefizit zu mindern, ist eine durchschnittliche jährliche Steigerung des Exports von 40% geplant. Die wichtigsten Exportprodukte sind Kautschuk, Früchte, Gemüse, Forstprodukte und Kohle. Ein wesentlicher Teil der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte muß jetzt für diese Exportproduktion eingesetzt werden, wobei viele der exportierten Güter in Vietnam selbst fehlen. Kaum vorangetrieben wird demgegenüber ein künstliches Bewässerungssystem für die Hauptreisanbaugebiete, das der gemeinsamen Anstrengung der gesamten Landbevölkerung bedarf.

Erst 600000 ha im Norden sind künstlich bewässert. Die „vorrangige" Entwicklung der Schwerindustrie führt also zu einer einseitigen Ausrichtung und Auspowerung der Landwirtschaft; die Ernährungsfrage kann die herrschende Revisionistenclique nur noch durch Reisraub in anderen Ländern zu lösen versuchen. „Unsere ganze Kraft" wollte Le Duan schon 1977 für „die Entwicklung der *besonderen* Beziehungen zwischen dem vietnamesischen Volk und den Völkern von Laos und Kampuchea" einsetzen, „damit die Länder sich beim Aufbau ... für immer eng miteinander verbinden". Dieser Plan, Kampuchea als Reisschüssel und materielle Grundlage für die eigenen expansionistischen Pläne zu benutzen, ist bereits jetzt fehlgeschlagen.

z.reb. **Elektro- und Elektronikindustrie: Der Kampf um Höchstprofite führt erneut in die Überproduktionskrise.** Kurzarbeit für 15 000 Beschäftigte haben die Elektrokonzerne Grundig, Nordmende, Blaupunkt, Telefunken, Loewe-Opta, ITT Schaub Lorenz und Graetz (SEL) für das erste Halbjahr 1979 angemeldet.600 000 Farbfernseher liegen auf Halde. Der Preisindex für „braune Ware" (Rundfunk, Phono, Fernsehen), und zwar der Verkaufspreise, lag bereits im ersten Halbjahr 1978 bei 80,2 % (1970 = 100). Im August 1977 lag er noch bei 133,4 %. Das sind schon deutliche Anzeichen für die Überproduktionskrise. – Durch die Anwendung numerisch gesteuerter Bestückungsautomaten und



durch Revolutionierung der Bauelemente wurde es den Elektro-Kapitalisten möglich, die Ausbeutung der Arbeitskraft – ausgedrückt in ihrer Produktivität – enorm zu steigern. Durch Verwendung von 6 integrierten Schaltungen im Farbfernseher z.B. werden 267 Bauteile alter Art eingespart. –

duktivität – enorm zu steigern. Durch Verwendung von 6 integrierten Schaltungen im Farbfernseher z.B. werden 267 Bauteile alter Art eingespart. –

Die westdeutschen Konzerne klagen: „Sowohl auf dem Weltmarkt wie im eigenen Land führen die deutschen Hersteller einen verzweifelten Kampf. Vor allem (...) mit preiswerten Einfachgeräten ist der Vormarsch der japanischen Hi Fi-Industrie offenbar kaum zu bremsen." 4,66 Mio. Kofferradios inkl. Radiorecorder setzten ausländische Elektromonopole 1977 in der BRD ab, die westdeutschen Monopole 0,97 Mio. Bei tragbaren Fernsehgeräten haben japanische Monopole bereits einen Marktanteil in der BRD von 90% errungen. Der Zentralverband der Elektro-Industrie fordert bereits von der Regierung Handelsschranken gegen die „fernöstliche Bedrohung", weil so die „Existenz der deutschen Gerätehersteller gefährdet wird". Um als Sieger aus der Überproduktionskrise hervorzugehen, wird die Ausbeutung maximal gesteigert. Das Schaubild illustriert dies für den AEG-Telefunken-Konzern; die Steuerpolitik der Bundesregierung unterstützt offensichtlich den Kampf um die Höchstprofite.

z.zik. **Die Ausgaben der Volksmassen für elektrische Haushaltsgeräte steigen.**

Monatliche Ausgaben für elektrische Haushaltsgeräte

	1972	1977
Haushaltstyp I	4,12	7,76
Haushaltstyp II	12,14	19,93
Haushaltstyp III ...	18,42	24,17

Quelle: Statistisches Bundesamt

Den Massen wird immer mehr lebensgefährlicher Schrott verkauft. Aufschlußreich die Tests der „Stiftung Warentest". Zum Beispiel Bodenstaubsauger: 11 von 17 Geräten haben keine Anlaufstrombegrenzung, so daß es bei jedem Einschalten die Wohnungssicherung durchhaut. Bei zwölfen riskiert man beim Saugen ohne Papierbeutel den Exitus des Motors, vier sind im Dauertest ausgefallen. – Oder Toplader-Waschautomaten: Sechs von neun Geräten lassen sich bei geöffnetem Deckel in Gang setzen, in welchem Fall *mindestens* der Deckel kaputtgeht. Der Schleudergang ist bei allen so lahm, daß es eines Trockenspeichers bedarf – wer hat – oder des Kaufs einer Schleuder dazu. Und bei 3 von 9 kann man „nach längerer Benutzung... einen Stromschlag erhalten".

z.geh.Sulzbach-Rosenberg. **Am Freitag, 27. Januar, wurde der Tarifvertrag für die Oberpfälzische Hüttenindustrie abgeschlossen, der für die 6000 Maxhütte-Arbeiter des Klöckner-Konzerns gilt.** Danach erhöht sich der Lohn ab dem 1.12.1978 um 4% rückwirkend, bei einer Laufzeit von 15 Monaten. Auch der Urlaub wurde entsprechend dem Abschluß von NRW bis Anfang 1983 auf sechs Wochen für alle Arbeiter verlängert. Die Klöckner-Kapitalisten hatten versucht, die bayerischen Stahlarbeiter getrennt zu schlagen, die um einen Monat zeitlich von den Tarifauseinandersetzungen in NRW, Bremen und Osnabrück abgehängt sind. Das ist ihnen auch in einem gewissen Umfang gelungen. Zwar gilt bis zum 31.12.81 auch der um 50% erhöhte Urlaubslohn wie bisher, ab da an ist er aber „auf ein auf Monatsbasis berechnetes Monatsgeld eingefroren" (69%), nämlich gerade dann, wenn auch für die jüngeren Arbeiter die 6 Wochen Urlaub gelten. Die Stahlkapitalisten begründeten das damit, daß die 50-%-Urlaubsregelung in NRW auch nicht gelte, stattdessen ein 13. Monatsgehalt (Bayern: 80% als Weihnachtsgratifikation).

z.mes. **Eine neue Stufe der Dienstaufsicht will der Westberliner Senat mit der gesetzlichen Regelung der Weiterbildung in den Medizinalberufen schaffen.** Daß die Krankenhausleitungen die Kämpfe der Beschäftigten nicht unterdrücken können, bereitet der Bourgeoisie erhebliche Kopfschmerzen. So beteiligen sich die Stationsschwestern häufig an den Kämpfen des Pflegepersonals. – Voraussetzung für die neue „staatlich geprüfte" Fachschwester ist ein Weiterbildungsjahr mit zwei Dritteln Praktika und einem Drittel Unterricht, der selbst wieder zu zwei Dritteln aus praktischen Kursen bestehen soll. Beim Senator für Gesundheit und Umweltschutz weiß man, daß man entsprechende Unterdrücker nicht ausbilden kann, wenn die „Weiterbildungswilligen" weiter unter den Schwestern und Pflegern bleiben, mit denen sie auch bisher zusammengearbeitet haben: ausdrücklich sollen die Krankenhäuser nur „klinikfremde" Schwestern weiterbilden. Ähnliche Regelungen sind für alle Länder des Bundesgebietes vorgesehen.

Krankenhäuser nur „klinikfremde" Schwestern weiterbilden. Ähnliche Regelungen sind für alle Länder des Bundesgebietes vorgesehen.

z.mac. **Am 23.1. fanden die ersten Verhandlungen der Gewerkschaft HBV Hessen, Abteilung Buchhandel und Verlage für den neuen Manteltarif statt.** Die wichtigsten Forderungen der Arbeiter und Angestellten, die für Bayern, Baden-Württemberg und Hessen gemeinsam aufgestellt wurden: - Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit 40 Stunden (einschließlich einer bezahlten Pause von 15 Minuten)! - Mindesturlaub 25 Arbeitstage, ab dem 30. Lebensjahr 30 Arbeitstage! - Für Arbeiter und Angestellte im Ladenverkauf jeden 2. Samstag arbeitsfrei! - Bei Arbeiten am Bildschirmgerät eine bezahlte Pause von 20 Minuten pro Stunde! - Die Arbeitszeit am Bildschirmgerät darf 4 Stunden täglich nicht überschreiten! - Urlaubs- und Weihnachtsgeld in Höhe von 50% des Tariflohns, mindestens 1000 DM! – Für Bayern und Baden-Württemberg wurde bereits Anfang Januar abgeschlossen. Der hessische Tarif, der abgetrennt verhandelt wird, wird mit 4jähriger Laufzeit abgeschlossen und gilt rückwirkend zum 1.1. 1978 bis zum 31.12. 1981. Die Verhandlungen werden am 16. Februar fortgesetzt.

z.brp. **Für die Rentner bedeutet die ab 1. Juli 1979 erhöhte Mehrwertsteuer den weiteren Wegfall von Lebensmitteln.** Die Durchschnittsrente betrug im Juli 1977 639 DM, im September 1978 lag sie bei 635 DM, die 4,5% zum 1. Januar erhöht die Rente durchschnittlich noch nicht einmal um 20 DM. – Den Warenkorb des Haushaltstyp 1 (2-Personen-Haushalt von Renten- und Sozialhilfeempfängern) haben wir zusammengestrichen auf das, was in 1977 mit 639 DM *bezahlt* werden konnte: Ausgaben für Kleidung und Schuhe, übrige Dienstleistungen für den Haushalt, Ausgaben für Kraftfahrzeughaltung, für Post- und Fernsprechgebühren, Dienstleistungen und Waren für die Körperpflege, Ausgaben für Bildungs- und Unterhaltungszwecke und Sonstiges für den privaten Verbrauch fallen dabei aus der Reproduktion. Wir kommen dann auf Ausgaben von 679,19 DM für die Miete, die Elektrizitäts- und Energiekosten, Pflegemittel für den Haushalt, fremde Verkehrsleistungen, Gesundheitspflege und Nahrungs- und Genußmittel, immer noch 40 DM über dem, was der Rentner zur Verfügung hat, die nur noch eingespart werden können bei den Lebensmitteln. 1978 muß der Rentner auf noch mehr Nahrungsmittel verzichten, oder er verschuldet sich monatlich mit 60,56 DM. 1979 werden die Stromkapitalisten den erhöhten Kohlepfennig für Stromtariferhöhungen nutzen, die Rundfunkgebühren sind auf 12 DM angehoben worden, auf die übrigen Waren (bis auf die Miete) haben wir die erhöhte Mehrwertsteuer gerechnet. Das monatliche Minus beträgt jetzt 42,66 DM; kommen auf die Waren noch Preiserhöhungen von 3% dazu, dann liegt das Minus bei 74,45 DM.

Druckindustrie: Mindestforderungen und Vertrag zur Maschinenbesetzung – zwei dringliche Aufgaben

r.jöd. In der Druckindustrie läuft der Lohntarif zum 31. März aus. In der zweiten Februar-Hälfte stellt die Tarifkommission die Forderung gegen die Kapitalisten auf. In den Betrieben finden zur Zeit Versammlungen statt und in der Gewerkschaft Delegierten- und Mitgliederverammlungen. Was sind die Ausgangsbedingungen für die Aufstellung einer Lohnforderung in der Druckindustrie?

Die Kapitalisten rationalisieren weiter. In den letzten Monaten ist die Beschäftigtenzahl leicht gestiegen, was deutlich macht, daß die Kapitalisten nicht nur rationalisieren, sondern auch noch mehr menschliche Arbeitskraft in den kapitalistischen Produktionsprozeß einsaugen. Die Überstundenzahl ist gleich geblieben. Im zweiten Halbjahr 1978 betrug die wöchentliche Arbeitszeit in der Durckindustrie 42,8 Stunden (Niedersachsen). Den Kapitalisten ist es gelungen, den Lohnanteil am Gesamtumsatz erheblich zu senken. In der Druckindustrie steigt die Schichtarbeit weiter. Durch die Einführung der neuen Maschinerie wird die Arbeit in die Nacht verlegt, um die Arbeiter noch mehr auszubeuten. Der Konkurrenzkampf und die Vernichtung der kleineren Druckereien ist zum Teil ins Stocken gekommen, weil durch den Konkurrenzkampf auf dem Durckmaschinensektor die Maschinenpreise zum Teil gesenkt worden sind. Z. B. auf dem Sektor des Fotosatzes können auch kleine Druckereien neue Maschinen einsetzen.

Die Kapitalisten haben also Geld und können zahlen. Grundsätzlich hängt das damit zusammen, daß es den Kapitalisten gelungen ist, die Rationalisierung durchzusetzen und dabei die unteren Lohngruppen in der Druckindustrie aufzufüllen und die Arbeit in die Nacht und in die Schichten zu verlegen.

Es muß also den Druckarbeitern darum gehen, in diesen Lohnverhandlungen gerade das Absinken in die unteren Lohngruppen zu bekämpfen. Facharbeiter hin und Facharbeiter her. Hat der Arbeiter am Bildschirm nicht einen ausreichenden Lohn, ist es völlig unwichtig, ob er nun Facharbeiter ist oder nicht. Außerdem gibt es den Bildschirmvertrag bzw. die Vereinbarungen, danach können auch Nicht-Facharbeiter aus der Druckindustrie an diesen Maschinen eingesetzt werden. Diese Arbeiter bzw. alle Arbeiter in der Druckindustrie müssen darum kämpfen, daß auch der Facharbeiterlohn gezahlt wird.

Bei diesen Lohnverhandlungen muß also vor allem auf die unteren Lohngruppen geachtet werden, gerade nach dem schlechten Tarifabschluß im letzten Jahr. Haben die Metallarbeiter 4,3 % Lohnerhöhung, den Lohngruppenschlüssel und eine Urlaubsforderung durchgesetzt ohne Streik, so muß dies festgehalten und zur weiteren Überlegung gemacht werden. Der Abschluß war schnell und stand natürlich noch unter dem Druck, den die Stahlarbeiter auf die Kapitalisten mit fünf Wochen Streik ausgeübt hatten.

Wollen die Druckarbeiter einen Abschluß, der die taktischen Bedingungen der Druckarbeiter verbessert, muß eine gemeinsame Politik mit dem Öffentlichen Dienst gemacht werden und muß aber vor allem eine Festgeldforderung oder eine Mindestforderung aufgestellt werden. Die Forderung muß überhaupt nicht hoch sein, sie muß vor allem die unteren Lohngruppen berücksichtigen. Wenn schon von der „5 %-Schallmauer" gesprochen wird, warum soll man nicht den Kapitalisten gleich sagen: Zahlt diese 100 DM, und wir schließen den Vertrag bereits ab.

Wenn es Strategen in der IG Druck gibt (und es gibt einige, die meinen, dies sei zu wenig), dann sollte man die Tarifkommission noch auf den peinlichen Vorgang mit der Maschinenbesetzung hinweisen. Diese Verhandlungen laufen bereits seit Jahren und werden immer wieder hinausgeschoben. Das kann nicht angehen. Die Kapitalisten müssen gezwungen werden, diese Vertragsbedingungen jetzt mit zu unterschreiben. Das Rausschieben bis zu den anderen Manteltarifverhandlungen wäre schon aus dem Grunde nicht richtig, weil diese Vertragsbedingungen noch von alten Verhandlungen offen sind, und ein rascher Abschluß drängt, weil die Kapitalisten dauernd die Maschinenbesetzung an den Druckmaschinen drücken, nicht nur damit den Lohkampf spalten, sondern auch die Arbeitsbedingungen der Druckarbeiter verschärfen. – Ein Lohnabschluß auf Grundlage einer Mindestforderung und der Abschluß bei den Maschinenbesetzungen sind die nächsten Schritte im Lohnkampf der Druckarbeiter.

Bei Rehers 0,50 DM weniger für übernommene Povel- Arbeiter

Bei Rehers 0,50 DM weniger für übernommene Povel- Arbeiter

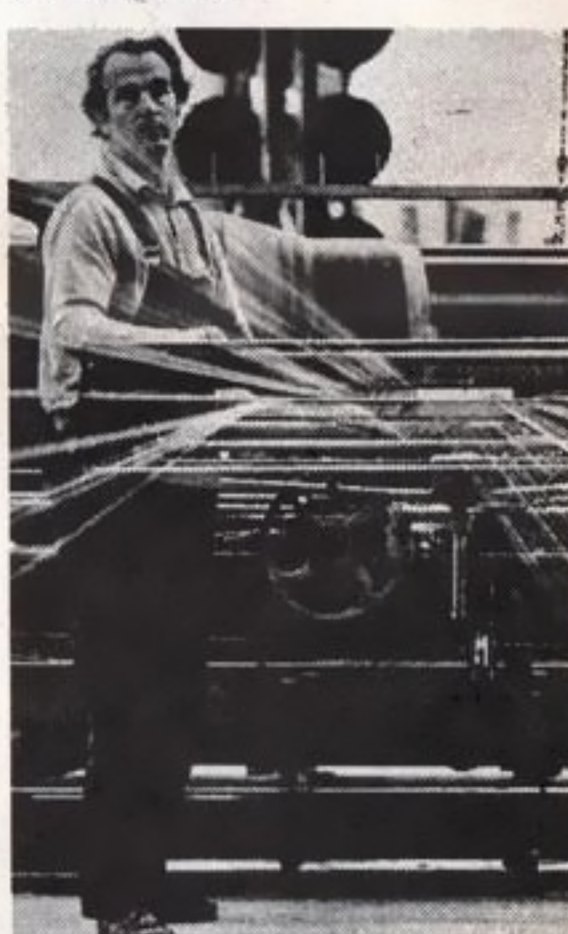
r.boj.Nordhorn. Als Retter textiler Arbeitsplätze war er im Dezember 1978 von der örtlichen Presse und den bürgerlichen Parteien gefeiert worden. Die SPD lobte die „Initiative dieses Unternehmens aus sozialen Gesichtspunkten" und verlangte in einem „Info" von den Arbeitern „Respekt vor solchen Unternehmern". Die Rede ist hier von Hermann Rehers, Kapitalist der Garnveredlung Rehers KG, Effektzwirnerei Rehers KG, Spinnerei Rehers KG Nordhorn und der American-Rehers-Zwirne-Corp. 1978 hat Rehers aus 360 Arbeitern 40 Mio DM Umsatz gepreßt – 110 000 DM pro Arbeiter – das bedeutet Spitzenstellung in der Textilindustrie.

Nach zähem Hin und Her um staatliche Zuschüsse hatte Rehers zum 1.1.1979 die Spinnerei II (Werk II) von Povel übernommen. Zum Kaufpreis von 4 Mio DM hat Rehers aus Steuergeldern die „üblichen Zuschüsse erhalten", wie Frau Breuel aus Hannover mitteilen ließ; das sind in Nordhorn 20% entsprechend der Fördererpräferenz „sowie Unterstützung vom Landkreis Grafschaft Bentheim und der Stadt Nordhorn in Grundstücksfragen". Diese Unterstützung bestand darin, daß man es Rehers ermöglichte, Spekulationsgewinne zu machen, indem das Industriegelände um Povel Werk II in Baugelände umgewandelt wurde, was der dann wohl zu einem erheblich höheren Preis wieder an Stadt und Land verkaufen konnte.

Rehers hat stolze Pläne. 100 Mio. DM Umsatz ist für 1980 geplant. Allein aus den 100 Arbeitern der Povel-Spinnerei II sollen 20 Mio. DM gepreßt werden.

In der Effektenzwirnerei, dem Hauptwerk in Bentheim, läßt Rehers zum überwiegenden Teil ausländische Kollegen für sich arbeiten. Die Produktion läuft von Sonntag 22 Uhr bis Samstagmittag. Die Sonderschichten und Überstunden werden nach dem bekannten Schema abgepreßt. Erst werden die ausländischen Arbeiter mit Hilfe ihrer besonders rechtlosen Lage unter Druck gesetzt; wollen die deutschen Arbeiter nicht erscheinen, heißt es nach dem zweiten oder dritten Mal Arbeitsverweigerung und es folgt die Kündigung. Während so in der Effektenzwirnerei Sonderschichten und Überstunden abgepreßt werden, hat Rehers in der Garnveredlung den Januar über kurzarbeiten lassen. 9,36 DM verdient ein Arbeiter in der Stunde in der Effektzwirnerei. Rehers bezahlt Zeitlohn, obwohl die Arbeit akkordmäßig organisiert ist.

Wer von Rehers von van Delden im Povel Werk II übernommen werden wollte, mußte Arbeitsverträge unterzeichnen, die von den Kollegen schlicht als Sklavenverträge bezeichnet werden. Wer nicht unterschreibt, daß er bereit ist, jederzeit an Sonn- und Feiertagen und samstags zu arbeiten, der bekam die Tür gewiesen. Arbeiter, die 1978 mehrfach krank waren, wurden nur unbefristet auf Probe eingestellt, d.h. Rehers kann die Probezeit über 4 Wochen hinaus verlängern und hat damit ein Mittel in der Hand, die Arbeiter, die solche Verträge haben, jederzeit ohne Kündigungsfrist zu entlassen. Arbeitern, die aus der Spinnerei nach der Übernahme in andere Abteilungen z.B. in das Vorwerk versetzt wurden, hat Rehers den Lohn bis zu 1,40 DM



die Stunde gedrückt. In der Feingarnspinnerei, so berichten Kollegen, müssen die Arbeiter statt vorher 12 bis 12,5 Spinnmaschinen jetzt 18 bis 19 anhalten.

Berechnungen von Arbeitern der Feingarnspinnerei haben ergeben, daß sie bei den jetzigen Zeiten ca. 0,50 bis 0,60 DM weniger verdienen würden als im letzten Monat bei van Delden.

Erleichtert wird Rehers die Schinderei jetzt dadurch, daß es in der Spinnerei Povel II noch keinen Betriebsrat gibt. Die Meinung der Arbeiter ist die, daß dies sofort von der Geschäftsleitung der GTB in die Wege geleitet werden muß.

z.höm. **Über kräftige Schließung von Rentenschaltern bei der Post und beständige Verlängerung der Zeit, die man dort hat auf sein Geld warten müssen, hat die Regierung bis heute Empfänger von 12,1 Mio. DM Rente in den bargeldlosen Verkehr getrieben.** War so auf zumindest einen Teil der ausgezahlten Gelder Zugriff geschaffen, so sollen jetzt die restlichen bislang bar ausgezahlten Rentengelder (155000 DM) unter dem Motto „Gebührenfrei - mit Postscheckkonto" ebenfalls dem Finanzkapital zur teilweisen Verfügung gestellt werden, zum 1.4. schließt die Post sämtliche Rentenschalter und setzt 7000 Angestellte frei.

z.juh. **Preissenkungen bei Kaffee? Die Packungen werden um 25-50g leichter.** Die Großröstereien Tchibo, Eduscho und Jacobs haben ab 24.1. den Preis für Kaffee bis 1 DM/Kilo gesenkt (Süddeutsche Zeitung vom 24.1.). Der Kaffeeverbrauch des „4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalts mit mittlerem Einkommen" ist trotz Preissteigerungen von 1971: 4,15 DM/250 g auf 1977: 7,10 DM/250g (= 53,6%) von 725g/Monat (1971) auf 851g (1977) gestiegen (alle Zahlen, auch des Schaubildes: Statistische Jahrbücher). Für 1978 liegen uns keine Zahlen vor, er wird weiter gestiegen sein, wie sonst sollen die arbeitenden Massen die enorme Arbeitshetze, die Überstunden und Schichtarbeit durchhalten, wenn sie sich nicht mit Kaffee aufputschen? Billigerer Kaffee? Tchibo will demnächst Packungen zu 225 g auf den Markt bringen, die wohl die 250-g-Packungen ablösen sollen. Angenommen sie werden um je 25 Pfg weniger kosten. (Kaffeepreis vom April 1978: 6,63 DM für

DM
20
15
10
Gramm 900
800
700
Kaffeeverbrauch
Kaffeepreis
1971 1972 1973 1974 1975 1976 1977 1978

250 g.) Macht 6,38 DM. Das ergibt einen Preisaufschlag von 34 Pfg je 225 g Packung, je Kilo wären das 1,36 DM.

z.doj. **Über Bundessozialgerichtsurteile ist Ende des letzten Jahres festgelegt worden, daß arbeitslose Frauen statt 24 DM nur noch 13 DM Mutterschaftsgeld erhalten sollen.** Das macht runde 330 DM im Monat weniger. – Mit der zunehmenden Frauenarbeit mußten die Krankenkassen in den letzten Jahren mehr Mutterschaftsgelder in Höhe des Durchschnittslohns zusätzlich zu den 150 DM Entbindunggeld bezahlen:

Klöckner Osnabrück: 600 sollen entlassen werden!

Stillegungs- und Restrukturierungspläne für verschärfte Ausbeutung / Betriebsrat lehnt ab

r.hej. Kurz nach Beendigung des Stahlarbeiterstreiks, am 12. Januar, haben die Klöckner-Kapitalisten dem Betriebsrat mitgeteilt, daß 600 Arbeiter und Angestellte entlassen werden sollen. Bis Mitte des Jahres ist geplant, die Stahlgießerei, Stahlputzerei und Modelltischlerei mit 300 Arbeitern und Angestellten stillzulegen. Darüber hinaus sollen „durchgreifende Restrukturierungsmaßnahmen" zu weiteren 300 Entlassungen führen.

Die verbleibenden Betriebe sollen in drei Linien konzentriert und zentralisiert werden. In einem Interview der „Pütt und Hütte" (Dez. 78) legt Gienow (Vorstandsvorsitzender der KlöcknerWerke AG) den Rahmen fest: „Mit diesen Umstrukturierungsmaßnahmen fahren wir fort: Wir legen Profilstahlstraßen in Haspe und Troisdorf still, wir legen die gesamte Metallurgie in Georgsmarienhütte still und ersetzen sie durch ein KSE-Stahlwerk. Unsere Belegschaft wird nach Auslaufen aller Programme im Vergleich zu 1970 um mehr als 10.000 Mitarbeiter abgenommen haben."

Jahrelang geht es nun schon so: Mit dem Hinweis auf die Rettung der verbleibenden Arbeitsplätze entlassen die Klöckner-Kapitalisten in allen Werken. Je heftiger die Konkurrenz mit zunehmender Stagnation der Produktion zwischen den Stahlmonopolen tobt, schrauben die Klöckner-Kapitalisten die Mehrwertauspressung in die Höhe.

In den beiden Werken Osnabrück und Georgsmarienhütte sollen in den nächsten Jahren für die Kapitalisten „nicht rentable Anlagen" stillgesetzt und mit Subventionen durch den bürgerlichen Staat durchgeführte Investitionen in moderner Maschinerie die Ausbeutung der Belegschaft mächtig verschärft werden.

Mit der Stillegung der Stahlgießereibetriebe soll das Stahlwerk Osnabrück direkt dem Stahlwerk in GM-Hütte angegliedert werden. Die beiden großen 100 t Elektroöfen, wovon im letzten Jahr einer stillstand, sollen verstärkt die GM-Hütte versorgen. Mit Spekulation auf das Kernenergieprogramm der Bundesregierung sollen die Schmiedebetriebe die Gier nach Extraprofit sichern. Die Räder- und Reifenproduktion ist konkurrenzlos, Sonderschichten und Überstunden sind die Regel.

Dagegen dauernde Kurzarbeit in den „nicht produktiven Betrieben" für das ganze Geschäftsjahr. Im Angestellten-, Reparatur- und Instandhaltungsbereich soll verschärfte Arbeitshetze durch organisatorische Neuordnung mit den Entlassungen durchgesetzt werden. Ist dann in zwei Jahren die neue KSE-Anlage gebaut, sollen in GM-Hütte die Hochofenbetriebe stillgelegt werden, was weitere 400 Entlassungen bedeutet. Wie in den letzten Jahren tönen die Kapitalisten: „sollen die Folgen für die Mitarbeiter durch einen Sozialplan gemildert werden." Der Sozialplan soll dann der Hebel sein, womit die verbleibenden Arbeiter verschärfter Ausbeutung unterworfen werden sollen, die anderen sich einen neuen Ausbeuter suchen sollen oder den Ehrenbergmaßnahmen unterworfen und die Versicherungskassen zu diesem Zweck geplündert werden. Alles zusammengenommen soll bewirken, daß der Lohn der Stahlarbeiter gesenkt wird.

Mehrere Jahre haben die Klöckner-Belegschaften jetzt Erfahrungen im Kampf gegen die Entlassungen gemacht. Der Stahlarbeiterstreik hat die Belegschaften politisch gestählt im Kampf gegen die Stahlkapitalisten. Auf der Belegschaftsversammlung am vergangenen Montag haben die Klöckner-Arbeiter den geplanten Maßnahmen der Kapitalisten den Kampf angesagt. Der Werksvorstand wurde mit dauernden Pfeif- und Buhkonzerten angegriffen.

Hatten die Klöckner-Kapitalisten allen Arbeitern und Angestellten einen Brief geschickt, in dem erklärt wird: „Jetzt geht es darum, daß Mitarbeiter, Betriebsräte und Unternehmensleitung schnell wieder ebenso vertrauensvoll zusammenarbeiten, wie das vor dem Arbeitskampf der Fall war", mußte der Sprecher des Werksvorstandes auf der Belegschaftsversammlung feststellen: „Hier wird Klassenkampf betrieben". Der Betriebsrat hat die Pläne der Klöckner-Kapitalisten in einem Brief an den Vorstand zurückgewiesen und abgelehnt. Es gehe nicht darum, jetzt über einzelne Sachen wie z.B. den Sozialplan zu reden, sondern darum, ob dem grundsätzlich zugestimmt werde, betonte der Betriebsratvorsitzende.

Die betrieblichen Angriffe können nur durch politische Forderungen zurückgeschlagen werden, dies ist die Erfahrung aus dem Stahlarbeiterstreik. 10 Arbeiter haben die Stillegungs- und Entlassungsabsichten angegriffen. Der Betriebsrat erklärte, er habe die geplante Kurzarbeit abgelehnt und werde Anträge auf Mehrarbeit ablehnen.

Tarifabschluß für italienisches Schulpersonal

z.ulg.Rom. Am 26.1. hatte das Personal der italienischen Schulen einen 24stündigen nationalen Streik durchgeführt, um endlich den vollständigen Abschluß des im Juni bereits wieder auslaufenden „dreijährigen" Tarifvertrags durchzusetzen. Nach mehreren Kurzstreiks war für letzten Freitag ein weiterer ganztägiger Streik geplant. Am Mittwoch Abend haben die Gewerkschaften mit der Regierung abgeschlossen. Gefordert war Angleichung der Löhne an die im letzten Sommer bei Post und Bahn durchgesetzten Tariferhöhungen und Anhebung der Alterszuschläge. Diese werden nun um 800 Lire pro Dienstjahr erhöht, was durchschnittlich etwa 35 DM im Monat ausmacht. Doch die „Angleichung" an die anderen Zweige des öffentlichen Dienstes hat einen Pferdefuß. Sie soll nämlich – ab 1.4.79 – durch stärkere Spreizung der Lohngruppen erfolgen. Gegenüber dem niedrigsten an Schulen gezahlten Lohn (= 100) soll das Schmiergeld der Dienstaufsicht von 220 auf 300 aufgestockt werden. Zwar werden auch die Lehrergehälter kräftig erhöht, doch die Unterscheide zwischen den einzelnen Lehrergruppen (Grundschullehrer und akademisch ausgebildete Mittelschullehrer) wachsen. Das „Hilfspersonal" soll vollends von den Lehrern abgespalten werden: für einen Pedell beträgt die Lohnerhöhung kaum ein Drittel der Anhebung bei den Lehrern.

Aktionen der französischen Lehrer gegen Stellenkürzungen

z.jon.Paris. Zehn- bis fünfzehntausend

z.jon.Paris. Zehn- bis fünfzehntausend Sekundarschullehrer aus ganz Frankreich haben am 27.1. gegen das ausdrückliche Verbot des Erziehungsministers Beullac, an diesem Tag dienstfrei zu geben, in Paris gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen demonstriert. Die Delegationen aus den einzelnen Regionen führten Forderungen gegen Stellenkürzungen, gegen die Ausdehnung der Arbeitszeit und die Gehaltskürzungen mit. Beullac versucht, mit Personalkürzungen die Schulunterdrückung zu verschärfen. Allein an den Lehrerseminaren soll fast die Hälfte aller Lehrkräfte gestrichen werden. Die frei werdenden Stellen werden teilweise mit jederzeit kündbaren Hilfskräften besetzt, die umgerechnet 1500 DM (Sekundarschullehrer) bzw. 1350 DM (Grundschullehrer) brutto verdienen. Die obligatorische Fortbildung soll außerhalb der Dienstzeit stattfinden. Der Zwang zu Überstunden und zum Unterricht in fachfremden Gebieten soll verstärkt werden. Die Sportlehrer haben am 24.1. in ganz Frankreich Aktionen gegen das Dekret durchgeführt, das sie zu regelmäßiger Überstundenarbeit verpflichtet. In Rennes haben am 23.1. 800 Lehrer eine Sitzung der regionalen Schulbehörde gesprengt, wo über die Schließung eines halben Dutzend von technischen Gymnasien und über die Streichung von 47 Dozentenstellen an Lehrerseminaren beschlossen werden sollte.

Kreiskys „privatisierter" Lohnraub im öffentlichen Dienst

z.anb.Wien. „Schneearbeiter gesucht" – so werben die Wiener Stadtwerke in den Straßenbahnen. Schwerarbeit für 24 Schilling die Stunde am Tag, und 29 Schilling bei Nacht – für eine Schachtel Zigaretten oder eine Tasse Kaffee im Kaffeehaus. Nach fünf Jahren „unkündbar", Sonder-Arbeitsdienstverträge mit Aussicht auf Eingliederung in das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes angepriesen. Das genaue Gegenteil, nämlich die hinterhältige Beseitigung erkämpfter Rechte der öffentlich Bediensteten, ist beabsichtigt. Seit langem in Planung, rostet Kreiskys „Dienstrechtsreform" vor sich hin. Was die österreichische Kapitalistenklasse in ihrem Lohnraubprogramm durch Streichung von Zulagen – sie nennen das Zahlung der „Tariflöhne" – erreichen will, geht in den öffentlichen Diensten nicht auf diese Weise. Unerträglich, weil die Eckmarke der untersten Lohngruppen immer noch über der der Industrie liegt. Das mühsame Geschäft zu bewerkstelligen, schlagen die regierungssozialdemokraten eine Doppeltaktik ein: Nackte Vorenthaltung von Lohnbestandteilen, als „Abschaffung der Regelbeförderung" verkleidet, ist die eine Hälfte, Rationalisierung und „Neueinstellungen" in „privatisierten" Unternehmen die andere. Letztere sind Holding-Gesellschaften, deren Kapital durch „Beteiligungen" privater Kapitalisten die Verschärfung der Schweißauspressung verpaßt bekommt.

Britannien: Arbeiter im öffentlichen Dienst weiten Streiks aus

Britannien: Arbeiter im öffentlichen Dienst weiten Streiks aus

LKW-Fahrerstreik mit Erfolg beendet / FDP fordert Eingreifen des Europaparlaments

z.hef.London. Die britischen LKW-Fahrer haben in den meisten Bezirken ihren Streik in der letzten Woche beendet. Die Kapitalisten hatten dort 64 Pfund für 40 Stunden geboten, einzelne Kapitalisten, vor allem in Nordengland und Schottland, 65 Pfund. Die britische Bourgeoisie empfindet das Ergebnis als bittere Niederlage. „Die Kapitulation gegenüber den LKW-Fahrern stellt sicher, daß 15% nicht der Gipfel der Pyramide sein werden", schreibt der „Economist". Den Industriekapitalisten wird die gescheiterte Lügenkampagne über Kurzarbeit und knappe Lebensmittelproduktion vorgeworfen: „Wenn es den Unternehmern wirklich ernst damit gewesen wäre, die LKW-Fahrer zu besiegen, wäre die Vorhersage von großem Chaos das letzte gewesen, was sie hätten tun sollen. Stattdessen hätten sie klarstellen sollen, daß die LKW-Fahrer die Industrie zwar verletzen, aber nicht abwürgen können, und daß sich die Unternehmer für einen langen Kampf eingraben würden."

Nach dem so eingestandenen Scheitern dieser Hetzkampagne schießen die bürgerlichen Propagandamaschinen seit zwei Wochen auf die Arbeiter im Gesundheitswesen. „Krebskranken der Zugang verweigert", ist die Linie. Gesundheitsminister Ennalds wählt als Besuchsziel ein kleines Kinderkrankenhaus, das Queen-Elizabeth-Krankenhaus in Ostlondon, posiert mit einem 6 Monate alten Baby vor den Fernsehkameras und sagt: „Ich bin gekommen, um mit Patienten und Beschäftigten zu reden." Die Arbeiter des Krankenhauses führten anstelle des bisherigen Bummelstreiks einen 24-stündigen Streik durch und versammelten sich zu einer Begrüßungskundgebung vor dem Krankenhaus, wo sie mit Sprechchören 60 Pfund Mindestlohn pro Woche und den Rücktritt Ennalds forderten.

„Wir haben Frauen in der Wäscherei, die 40 Stunden hart arbeiten und dafür 31 Pfund netto mit nach Haus nehmen", sagte uns Nobby Brackett, der Sekretär der zuständigen Gruppe der Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheitswesen (COHSE) und Reparaturschlosser in diesem Krankenhaus. Alfred Marshall, Vorsitzender der Gruppe und Krankenhausfahrer, fügt hinzu: „Die Regierung hat diesen Frauen 20 Pence in der Woche auf ihren Grundlohn angeboten, 20 Pence, und 2,10 Pfund sind nicht abgesichert. Die 20 Pence machen ½ Pence pro Stunde aus, du verstehst, warum unsere Mitglieder das als Beleidigung empfinden." In diesem Krankenhaus arbeiten insgesamt 350 Beschäftigte. Ungefähr die Hälfte ist bei den gegenwärtigen Aktionen direkt beteiligt. „Das sind Reinigungsarbeiter, Köche, Träger und Küchenträger, Heizer, ich selbst bin Fahrer", sagt Marshall. „Und die Hilfskrankenschwestern." Sind sie auch im Streik? „Nicht die Hilfsschwestern, es ist die Politik unserer Gewerkschaft, Krankenschwestern nicht zum Streik aufzurufen, wegen der Patienten." Insgesamt hat der bürgerliche Staat es geschafft, 10 verschiedene Verhandlungsgruppen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen zu schaffen. Unterstützen die Krankenschwestern den Kampf? „Ja, außerhalb der Dienstzeit unterstützen sie uns. Du hast ja bei der Demonstration die große Zahl von Krankenschwestern gesehen, die mitmarschiert sind." Es werden keine Neueinstellungen vorgenommen, die Arbeitshetze wird immer größer. 8 Träger halten einen Dreischichtbetrieb aufrecht, wobei immer zwei da sein müssen. Vor zwei Monaten arbeitete ein Träger 36 Stunden ununterbrochen in der Telefonzentrale, wo auch die internen Notrufe zusammenlaufen. „Ich bin Oberfahrer, ich mache keine Schichtarbeit, die anderen drei machen", sagt Marshall. „Wenn einer von uns krank ist, halten drei den Dienst aufrecht, das heißt, alle drei Tage 16½ Stunden. Normalerweise arbeite ich 10½ Stunden." Wenn es ganz eng wird, holt sich die Krankenhausverwaltung Leiharbeiter und Leihschwestern bei Spezialagenturen. Als Fahrer erhält Marshall 104,1 Pence in der Stunde, außer 4,57 Pfund pro Woche London-Zulage gibt es keine Zuschläge. Fast alle Arbeiter, die jetzt streiken, haben Anspruch auf eine Form von Sozialhilfe: „Meine Ausgaben, bevor mein Geld in die Haushaltskasse geht, für Miete, Grundsteuer, Strom, Gas machen 32 Pfund pro Woche aus, ich habe nicht genug für die Haushaltsgeld, was ich meiner Frau geben kann. Da kommt dann das Kindergeld dazu. Aber wir wollen keine Sozialhilfezahlungen, Mietzuschüsse und all das, wir wollen einen Lohn, von dem wir leben können."



Gesundheitsminister Ennalds wird von Arbeitern vor dem Krankenhaus gestellt.

In mehr als 40 Städten und 7 Londoner Bezirken streiken die Müllarbeiter, Wasserarbeiter streiken in Nordengland, Krankenwagenfahrer beantworten im ganzen Land nur noch Notfallrufe. Durchhalten und Härte zeigen, ist die Parole der Bourgeoisie. Der „Economist" in dem bereits zitierten Artikel: „Die Verzagtheit britischer Unternehmer während des LKW-Streiks kommt schlecht weg im Vergleich mit der Solidarität der Unternehmer in dem westdeutschen Stahlstreik (den die Gewerkschaften sang- und klanglos verloren)." Die westdeutschen Imperialisten mischen sich gern ein. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Bangemann erklärte, wenn „Streikposten über Leben und Tod entscheiden, ist das ein Mißbrauch des Streikrechts, das dieses selbst gefährdet." Das berichtet „Die Welt" am 3.2. Weiter: „Er forderte eine Regelung des Streikrechts und der Aussperrung sowie des Rechts auf Arbeit auf europäischer Ebene."

1969 2 Millionen, 1975 5 Millionen und für 1979 befürchtet die Bourgeoisie einen Posten von 8 Millionen DM trotz sinkender Geburtenrate. Davon muß der Bund den Kassen für jeden Leistungsfall 400 DM bezahlen. – Also herunter damit: Begrenzung des Mutterschaftsgeldes von im Arbeitsverhältnis stehenden Frauen auf maximal 750 DM über 6 Monate durch die jüngste Reform; das schafft den richtigen Druck zur Annahme von ebenso billig bezahlter Arbeit nach der Mutterschaft. Gleichzeitig Kürzung des Mutterschaftsgeldes für Arbeitslose über Sozialgerichtsurteil um fast die Hälfte; das bewirkt, daß die arbeitslose Mutter noch schneller und billiger auf den Arbeitsmarkt geworfen wird.

z.jon.Paris. **Mit einer Demonstration von 2000 Teilnehmern in Paris hat am 21.1. eine neue Kampagne gegen das Abtreibungsverbot in Frankreich begonnen.** Das jetzt gültige Strafgesetz wurde 1974 für fünf Jahre beschlossen und soll Ende 1979 neu im Parlament beraten werden. Nach diesem Gesetz bleibt Abtreibung strafbar. Ausnahmen sind in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft in staatlichen Zentren gestattet. Die Kosten werden nicht von den Krankenkassen ersetzt.



Die „Gewissensfreiheit der Ärzte" dient als Begründung dafür, die Zahl dieser Zentren knapp und die Preise damit hoch zu halten und die Schwangeren zu unterdrücken. Die Bourgeoisie will das Gesetz erneut verschärfen. Die Demonstration forderte das freie Recht auf Abtreibung und Zahlung der Kosten durch die Krankenkassen, auch für Minderjährige und Ausländerinnen.

z.mab. **Seit 1977 verlangt der Westberliner Senat von den Leitern der Vorschulgruppen und -klassen die Ausfüllung des „Beobachtungsbogens zur Ausgangslage von Schulanfängern".** Dieser Bogen ist ein perfektioniertes Zeugnisformular, mit dem vielfältiger gespalten und sorgfältiger bespitzelt werden soll. Den Fächern entsprechen Oberkategorien wie „Motorik", „Sprachverhalten" und „Mathematisches Verständnis". Jede ist noch weiter untergliedert, Sprachverhalten z.B. in „Sprachverständnis", „Lautunterscheidung", „sprachliche Richtigkeit", „Zuhören", „Mitteilungsbedürfnis" usw. Jeder Schüler soll in jeder dieser Unterkategorien mit einer Art Zensur zwischen Eins und Fünf bewertet werden. Gut ein Drittel des dreiseitigen Bogens nehmen die Rubriken „Sozialverhalten", „Arbeitsverhalten" und „allgemeine Verhaltensmerkmale" ein, die den Betragensnoten entsprechen. In den „Hinweisen" für die Erzieher wird auf die sorgfältige Ausfüllung des Bereichs „Sozialverhalten" besonderes Gewicht gelegt, weil es „zu den wichtigsten Zielen der Vorklassenerziehung (gehört), Kinder zu befähigen, sich ... sozial zu verhalten". Vertrauliche Mitteilungen der Eltern über die Familienverhältnisse sollen auch ohne deren Zustimmung durch persönliche Gespräche oder durch Zusatzberichte auf einem besonderen Bogen mit dem Vermerk „Vertraulich – nicht für den Schülerbogen bestimmt!" weitergegeben werden.

,,Sie starb, um Ja zum Leben zu sagen''

z.erm.Rom. Mit einer Kampagne ,,Bewegung für das Leben'' haben die italienische Kirche und der Vatikan zur Offensive gegen das neue Abtreibungsgesetz geblasen. Nach dem Gesetz, mit dem die bürgerlichen Parteien in letzter Minute einem Volksentscheid für die ersatzlose Streichung des Paragraphen zuvorgekommen sind, ist Abtreibung in den ersten drei Monaten straffrei, wenn sich die Schwangere einer ,,Beratung'' und einer einwöchigen ,,Bedenkzeit'' unterzogen hat. Die Kirche hat daraufhin die im Gesetz vorgesehene Weigerung der Ärzte aus ,,Gewissensgründen'' organisiert, so daß Abtreibungen an vielen Krankenhäusern praktisch unmöglich sind. Jetzt wendet sich der Vatikan mit einer Broschüre direkt an die Familien. Als vorbildlich wird darin die Entscheidung einer Frau propagiert, die sich nach zwei Fehlgeburten und der operativen Entfernung eines Tumors an der Gebärmutter kurz vor der Geburt des vierten Kindes den Risiken der Geburt aussetzte und an deren Folgen starb. Jetzt soll sie selig gesprochen werden, weil sie ,,ihr Leben gegeben hat für ein neues Leben''. Daß eine Seligsprechung allein unter den italienischen Volksmassen wenig fruchten wird, befürchtet die Kirche zu Recht. Die Italienische Bischofskonferenz droht daher ,,wegen der Schwerwiegendheit des Delikts und weil die gängige Meinung wenig geneigt ist, sie zur Kenntnis zu nehmen'', allen, die abtreiben lassen oder abtreiben, mit automatischer Exkommunikation, um den ,,Sinn für den Wert des Lebens lebendig und wirksam zu erhalten''. Um die ,,traurige Anwesenheit von sozialen Ursachen'' für die Abtreibung nicht zu ,,vergessen'', kündigt die Bischofskonferenz den Ausbau von pfäffischer Einmischung und Kontrolle über ,,Zentren für die Aufnahme des Lebens'' und ,,Häuser für junge Mütter'' an, die neben ,,moralischer und materieller Hilfe'' gleichzeitig ,,Orte einer möglichen Adoption darstellen'' sollen. Eindringlich ermahnen die Bischöfe die ,,Gesetzgeber christlicher Inspiration'', sich an vorderster Front für die Wiederherstellung der uneingeschränkten Strafbarkeit der Abtreibung einzusetzen.

Westberliner Senat fördert Film zur Jugendarbeitslosigkeit

z.mes. Als erster Film wurde ,,Die

Westberliner Senat fördert Film zur Jugendarbeitslosigkeit

z.mes. Als erster Film wurde ,,Die Faust in der Tasche'' von Max Willutzki der neuen Filmförderung durch den Westberliner Senat für würdig befunden. Willutzki hatte in seinem vorletzten Film ,,Vera Romeike ist nicht tragbar'' versucht, die Bewegung gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst auf das Grundgesetz der Ausbeuter einzuschwören. Der Senator für kulturelle Angelegenheiten, Sauberzweig, wußte also, wem er das Geld anvertraute – und es hat sich ausbezahlt. Willutzki hat die Jugendarbeitslosigkeit zum Thema seines neuen Films gemacht. Am Beispiel des Filmhelden Wolle und seiner Clique will er Sprache und Gefühle, Schwierigkeiten und Aktivitäten arbeitsloser Jugendlicher darstellen. Wolle, gelernter Industrie-Lakkierer, findet keinen Ausbeuter mehr. Nach mühsamer, vergeblicher Arbeitssuche und einem Job als Bierkutscher nimmt Wolle schließlich Schwarzarbeit bei Nacht an; Willutzki läßt ihn sagen: ,,Besser als gar nichts.'' Als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit soll den Jugendlichen die Unterwerfung unter die schlimmsten Ausbeutungsbedingungen schmackhaft gemacht werden.

Nur durch die Anleitung eines Pfaffen ohne Priesterrock, Bruder Lukas hinter der Theke und auf dem Motorrad, sind die Jugendlichen fähig, ,,ohne einen Pfennig Geld'' ein Jugendzentrum herzurichten. Als die Kirche das Jugendzentrum schließen will und die Polizei es stürmt, droht Wolle mit dem Sprung vom Dach. Aus Sorge um das Leben Wolles läßt der Polizeioffizier seine Truppen abziehen. Viele Jugendliche haben die Erfahrung gemacht, daß man dem bürgerlichen Staatsapparat nicht als wehrloses Lamm entgegentreten darf, weil man sonst bloß Opfer ist. Willutzki empfiehlt ihnen, diese Erfahrungen zu vergessen und stattdessen an das Mitgefühl der Bourgeoisie zu appellieren.

Dieser Film verbreitet den penetranten Gestank der Versöhnung mit dem bürgerlichen Staatsapparat und der sozialdemokratischen Kampagne ,,Für das Recht auf Arbeit!''

Was kann die Arbeiterbewegung im öffentlichen Dienst gegen die Spaltung der Lohnbewegung unternehmen?

z.anl. Der Forderungsvorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes für die Lohnbewegung 1979 ist eine Mischung aus Bestandteilen, die für und gegen die Interessen der Masse der Mitglieder zusammengesetzt ist. Die 250 DM mehr Urlaubsgeld sind praktisch auf allen Versammlungen auf Abteilungs-, Betriebs- und Kreisebene unterstützt worden, ebenso wie alle, die sich damit befaßt haben, unterstützen, daß die Herunterstufung der Krankenpflegeschüler rückgängig gemacht werden soll, daß sie nicht dem BAFöG unterworfen werden, sondern das Koalitionsrecht behaupten und ihre Arbeitsverhältnisse durch Ausbildungs- und Tarifverträge regeln.

Nicht so ist es mit dem Vorschlag, 6,5% mehr Lohn und Gehalt zu fordern. Viele Mitglieder haben Berechnungen angestellt, welche Geldmenge die Dienstherren gezwungen wären auszuzahlen, könnte eine 6,5%-Forderung ihrem Volumen nach als Ergebnis der Lohntarifverhandlungen durchgesetzt werden. Sie haben ausgerechnet, wieviel dieses Geld, als Festgeldbetrag für alle gleich ausgezahlt, pro Beschäftigten ergeben würde, und haben festgestellt, daß zwischen 130 und 150 DM herauskommen müßten, je nachdem, welchen Anteil der Belegschaft die schlechtbezahlten Arbeiter und Angestellten und die hochbezahlte Dienstaufsicht stellen. Jeder kann sich davon überzeugen, daß die Durchsetzung solcher Festgeldforderungen für die Arbeiter, Angestellten und die unteren bis mittleren Beamten das günstigste Ergebnis wäre unter der Bedingung, daß die Gewerkschaftsführungen richtig liegen mit der Annahme, daß der Gesamtbetrag, den das Volumen von 6,5% ausmacht, den Dienstherren abgenommen werden kann.

Die Bewegung im öffentlichen Dienst, die für Festgeldforderungen ist, kann mit unverblümten Angriffen gegen diese Erkenntnis nicht mehr betrogen werden. Sie weiß aber auch, daß eine sehr große Einheit zur Durchsetzung notwendig ist und bekämpft die Spaltungslinien, die die Bourgeoisie mit wechselnden Taktiken zieht, um immer dasselbe, nämlich Lohnsenkung, zu erreichen.

Der Beamtenbund hat eine dieser Spaltungen begonnen. Er will das Parlament um 6% mehr Lohn und 150 DM mehr Urlaubsgeld bitten. An Be-

Der Beamtenbund hat eine dieser Spaltungen begonnen. Er will das Parlament um 6% mehr Lohn und 150 DM mehr Urlaubsgeld bitten. An Be-

scheidenheit dieser Staatsagentur glaubt keiner. Man sieht sofort, daß beide Hauptstücke gegenüber dem Forderungsvorschlag der DGB-Gewerkschaften niedriger sind. Was den Lohn betrifft, würde das die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen noch empfindlicher treffen, als das bei den Prozenten und dem ziemlich hohen Urlaubsgeld der Gewerkschaften der Fall wäre. Die eigentliche Gemeinheit liegt aber darin, daß diese Forderung gar nicht für alle, sondern speziell für die Beamten sein soll. Sie soll einen Graben ziehen zwischen Arbeitern und Angestellten einerseits, Beamten andererseits. Obendrein soll sie die Spaltung in dem gespaltensten Teil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst so verschärfen, daß die kleinen Beamten ganz niedergedrückt werden und über den Segen der Abgeordneten schlechtere Maßstäbe für den ganzen öffentlichen Dienst gesetzt werden sollen. Diese Spalterei gedeiht bloß auf dem Boden der Forderungsstruktur der Gewerkschaften. Wenn es gelingt, daß der 6,5%-Vorschlag nicht unverändert am 21.2. von der Großen Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV zur Forderung erhoben wird, ist die Spalterei des Beamtenbundes mißlungen, denn die beteiligten Lohnabhängigen werden dann auch die nötige Kraft entfalten, ein besseres Ergebnis auch für die Beamten durchzusetzen, und die meisten Beamten können sie unterstützen.

Die Spaltung, die die DAG beabsichtigt mit ihrer Forderung von 6% und Urlaubsgeld in Höhe von 15% des Gehalts, ist ziemlich offenherzig. Eine darauf aufgebaute Taktik kann bloß von wirklich hochbezahlten Angestellten unterstützt werden. Für alle anderen hat sie nichts Attraktives, was den Forderungsvorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes zumindest aufgrund des hohen Urlaubsgeldfestbetrages auszeichnet.

Wirklich schleimig agieren die revisionistischen Betriebsfunktionäre. Sie schlagen die Taktik ein, die starke Bewegung für Festgeld lächerlich zu machen. Sie treiben, wo sie können, die Beschlüsse für Festgeld in absurde Höhen, oft über 200 DM. Jeder weiß, daß das jetzt, nach dem Tarifabschluß in der Stahlindustrie und dem absehbaren niedrigen Abschluß in der Metallindustrie, nicht durchzusetzen ist. Das wol-

das jetzt, nach dem Tarifabschluß in der Stahlindustrie und dem absehbaren niedrigen Abschluß in der Metallindustrie, nicht durchzusetzen ist. Das wol-

DM
120
Lohnerhöhung in Festgeld einschließlich 250 DM mehr Urlaubsgeld
150 DM
110
140 DM
100
130 DM
120 DM
90
110 DM
80
100 DM
70
6,5% plus 250 DM mehr Urlaubsgeld
60
Forderungsvorschlag der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst
Forderung des Beamtenbundes
50
6% plus 150 DM mehr Urlaubsgeld
40
1024 1200 1600 2000 2400 2800 3200 3600 DM

,,Wir wollen das Gehalt von statischen Elementen, von Fest- und Sockelbeträgen befreien'', hat der DAG-Häuptling Groteguth verkündet. Das heißt, die Bahn für eine Lohnsenkung, die für die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen unerträglich ist, soll freigemacht werden. Dieselbe Absicht verfolgt der Beamtenbund mit der besonderen Feinheit, daß es die Beamten, die sowieso kein Koalitions- und Streikrecht haben sollen, noch empfindlicher treffen soll als die Arbeiter und Angestellten in den unteren Lohngruppen. 100 DM mindestens sind für die meisten besser als 6%.

len diese Kerle auch nicht gesagt haben. Ihre Absicht ist, das starke Bewußtsein von der Richtigkeit von Festgeldforderungen zu zersetzen, indem sie jeden Festgeldabschluß zur Utopie erklären. Einer von ihnen betrieb das auf der ÖTV-Mitgliederversammlung an der Universität Hannover, indem er propagierte, eine Festgeldforderung sei eine politische Forderung, man müsse sie aufstellen, siegen könne man damit nicht. Das ist eine weitreichende Schweinerei, denn darin ist die Behauptung enthalten, daß die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst es überhaupt mit politischen Forderungen, z.B. für Verbot der Überstunden, der Nacht- und Schichtarbeit, der Teilzeitarbeit, für die Beseitigung der Ministerpräsidentenbeschlüsse, zu nichts

gen, z.B. für Verbot der Überstunden, der Nacht- und Schichtarbeit, der Teilzeitarbeit, für die Beseitigung der Ministerpräsidentenbeschlüsse, zu nichts

als Sprüchen, die man sich übers Bett hängen kann, bringen würden.

Man kann diese Spalter schlagen, wenn man verlangt, daß 100 DM mindestens für jeden herauskommen müssen, wie sie die Seehafenarbeiter durchgesetzt haben. Die Einheit für eine Mindestforderung von 100 DM wird ausreichend sein, um sie auch durchzusetzen.

,,Im übrigen würde ich davon ausgehen, daß es kein nationales Unglück ist, wenn Mitglieder Forderungsempfehlungen korrigieren'', hat der ÖTV-Vorsitzende Kluncker durch den ,,Stern'' mitgeteilt. Eine 6,5%-Forderung ohne Mindestbetrag wäre schon ein Unglück, kein nationales, sondern bloß eins für die Lohnabhängigen.

,,Stern'' mitgeteilt. Eine 6,5%-Forderung ohne Mindestbetrag wäre schon ein Unglück, kein nationales, sondern bloß eins für die Lohnabhängigen.

,,Befähigt zur nächstniedrigeren Laufbahnstufe''

Neues Laufbahnrecht: Lohnsenkung und Überarbeit

z.alb. Seit dem 1. Februar gilt für Bundesbeamte ein neues Laufbahnrecht. Die Länder sollen schnell nachziehen. Die Bourgeoisie drangt, denn das, was sich hinter diesem bürokratische Ödigkeit verströmenden Titel verbirgt, ist Teil ihres Planes, das Lohnniveau im öffentlichen Dienst und darüber in allen anderen Bereichen noch tiefer zu drücken. Die Pläne dazu sind schon zur Zeit der Großen Koalition unter dem Kanzler Brandt in Auftrag gegeben worden. Eine ,,Studienkommission zur Reform des öffentlichen Dienstrechts'' – mehrheitlich mit Kapitalisten und Spitzenmanagern besetzt und unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der ESSO AG, Fischer-Menshausen, bekam den Auftrag, den geplanten Angriff genauer auszuarbeiten. 4 Jahre später, 1973, hat sie ihre ,,Vorschläge für die Neuordnung des Statusrechts, der Berufsordnung sowie der Bezahlung und Versorgung'' unterbreitet. Innenminister Genscher damals: ,,Die Vorschläge zu einer an Funktion und Leistung orientierten Regelung des Zuganges und des Berufsweges und zu einem an der Wertigkeit der wahrgenommenen Funktion orientierten Bezahlungssystem, das die Berücksichtigung individueller Leistungsunterschiede ermöglicht, sind das Kernstück der Realisierungskonzeption''. Um die ,,Neuordnung'' gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchzusetzen, hatten die Bourgeois-Studien weiter ergeben, daß es am günstigsten wäre, angesichts der heftiger werdenden Klassenkämpfe, den ganzen öffentlichen Dienst ,,einheitlich'' den Beschränkungen zu unterwerfen, die für Beamte gelten – also kein Koalitionsrecht, Streikverbot, Aufhebung der Tarifautonomie.

Die Empörung unter den öffentlichen Bediensteten war stark. Kluncker im ,,ÖTV-Magazin'' 6/73: ,,Mit der Veröffentlichung des Berichts haben sich die Fronten geklärt. Unsere Gegner haben deutlich gemacht, daß sie zum Angriff auf die Tarifautonomie entschlossen sind (...) Es ist fast überflüssig zu betonen: Unabdingbarer Grundsatz einer Reform des Tarif- und Dienstrechts im öffentlichen Dienst bleibt für uns das uneingeschränkte Koalitions-, Verhandlungs- und Streikrecht für alle Beschäftigten.'' Das ,,Kernstück'' allerdings blieb weitgehend unangegriffen.



Das neue Laufbahnrecht ist ein Teilstück dieser Reform. Es macht das bisherige Beamtenrecht, dort wo es sich bei solchen Absichten sperrig entgegenstellte, ,,durchlässig'' und gefügig. Hauptsächlich werden die Bedingungen geregelt, unter denen der ,,Eignung, Befähigung und Leistung'' entsprechend über Tests, Zwischenprüfungen, in kurzen Abständen wiederholte Beurteilungen und einem neuentwickelten System der analytischen Arbeitsplatzbewertung die ,,Anerkennung der Eignung entzogen'' (§11) bzw. die ,,Befähigung zur nächstniederen Laufbahnstufe'' ausgesprochen (§6) werden kann. Die dafür notwendigen Beurteilungs- und Bewertungssysteme sind derzeit in Erprobung. Alle 6 Monate wird neu beurteilt. Für die Leistungsbeurteilung – in die z.B. auch die Arbeitsdauer also die Bereitschaft des Beamten, Überstunden zu machen, eingeht – schreibt das Innenministerium in einer Richtlinie vor, daß 25% der Beurteilungen mit den beiden schlechtesten Noten (5 und 6), 15% mit den beiden besten (1 und 2) zu beurteilen sind, 60% werden mit mittleren Beurteilungen unter den Druck drohenden Abstiegs gesetzt. Für die ,,leistungsgerechte Bezahlung'' sorgt bei 25% der Beamten dann die Abgruppierung, 15% werden für hervorragende Leistungen in Eignung und Befähigung – der Treue zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie im Beamtenrecht vorgeschrieben, und der Fähigkeit, andere anzutreiben und zu ,,beurteilen'' – mit einer Leistungszulage belohnt. Um das System perfekt zu machen und am Laufen zu halten, wird die Zulage immer nur für den Beurteilungszeitraum bezahlt, so daß sie durch noch mehr derartige ,,Leistung'' immer neu ,,verdient'' werden muß.

Nach den großen Streikkämpfen für Festgeld 1974, in denen Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst durchgesetzt wurden, hat die Bourgeoisie diese offene Flanke genutzt und den Plan der einheitlichen Zwangsentrechtung im öffentlichen Dienst zunächst aufgegeben zugunsten eines Programms zur ,,Verbesserung der Leistungsfähigkeit'' und ,,Verringerung der Kosten''. Als Mittel nennt das Maihofersche Aktionsprogramm von 1975 die ,,funktions- und leistungsgerechte Personalsteuerung'' und die ,,funktions- und leistungsgerechte Bezahlung'', also Lohnsenkung bei gleichzeitiger Steigerung der Auspressung von Mehrarbeit im öffentlichen Dienst.

Die Beurteilungs- und Bewertungssysteme sind, obwohl wesentlicher inhaltlicher Bestandteil des neuen Laufbahnrechts, noch nicht in Kraft. Zersplittert in eine Vielzahl von Gesetzen, Bestimmungen, Verordnungen versucht die Bourgeoisie, in Einzelattacken die Wucht des gesamten Angriffs, den sie mit der Reform des öffentlichen Dienstrechts vorhat, zu verbergen und die Kämpfe dagegen zu zersplittern. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung ist auf die bereits 1973 angedeutete Linie mit fliegenden Fahnen übergelaufen. Aus dem Stillhalteabkommen von damals hatte Kluncker schon 1976 das Angebot der Zusamenarbeit entwickelt, als er auf dem Gewerkschaftstag ,,Modernisierungsforderungen'' propagierte wie ,,Qualitätsorientierung, Steigerung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes, vertretbare Leistungsmotivation''. Die Gewerkschaftsmitglieder und die unteren Gewerkschaftsebenen haben sich darauf nicht einschwören lassen. In der ÖTV Hessen wurden Forderungen aufgestellt wie: ,,Keine Leistungsbeurteilung. Die Beurteilung darf nicht zu einkommensmäßigen Konsequenzen führen. Keine regelmäßige Beurteilung aller Beschäftigten''. Über den Erfolg, den Zusammenschluß gegen jeden Teil der Dienstrechtsreform, entscheidet, ob es im Verlauf der Kämpfe gelingt, die Fessel der gewerkschaftlichen Forderung nach einem ,,einheitlichen Dienstrecht'' endlich ganz abzuwerfen und die Kraft zusammenzufassen unter den Forderungen ,,Weg mit dem besonderen Dienstrecht, politische und gewerkschaftliche Freiheiten im öffentlichen Dienst.''

Verbot der Nacht- und Schichtarbeit!

13-wöchige Schichteinteilung bei der Hauptpost Kiel

r.ulh. „Die Wochenarbeitszeit wird auf 35 Stunden herabgesetzt. Nacht-Wochenend- und Feiertagsdienste sind weitgehend abzuschaffen." Diese Forderung erhebt die Deutsche Post-Gewerkschaft in den „Forderungen im Gesellschafts- und Berufspolitischen Programm", abgedruckt in „Deutsche Post", Sonderausgabe vom 7.12.74. In der „Deutschen Post" vom 5. Juni 77 wird aus einer Studie der „Internationalen Arbeiterorganisation" in Genf neben den Auswirkungen der Nacht- und Schichtarbeit zitiert: „Gesundheitsgefährdungen und Störungen des sozialen und familiären Lebens (können) nur dadurch auf ein annehmbares Maß zurückgeschraubt werden, daß für alle Arbeitnehmer – Männer und Frauen – Nachtarbeit streng begrenzt und in Fällen, in denen zwingende Gründe Nachtarbeit unumgänglich machen, die Arbeitszeit stark verkürzt wird."

Tatsächlich ist es dem staatlichen Dienstherrn bei der Post in einigen Dienststellen jedoch gelungen, ein ausgeklügeltes System aus Nacht-, Schicht-, Feiertags-, Teilzeitarbeit und geteilten Diensten durchzusetzen, damit keine Sekunde Luft im Arbeitstag bleibt. Der Dienstplan in der Hauptpost in Kiel liegt für 13 Wochen fest, jeden Tag und jede Woche hat jeder andere Dienstzeiten. Der 8-Stundentag und die 40 Stunden Woche sind aufgehoben, sie werden im Durchschnitt über die 13 Wochen errechnet. In den 13 Wochen liegen 15 geteilte Dienste, das heißt, man muß zweimal am Tag zur Arbeit kommen. Damit nicht genug, sind 9 dieser geteilten Dienste direkt verbunden mit einer Nachtschicht. In der zweiten Woche z.B. beginnt die Arbeit am Donnerstag um 8.30 Uhr, um 12 Uhr ist erstmal Schluß. Um 19.45 beginnt die neue Schicht und endet am Freitag um 5.15. In den 13 Wochen ist an 5 Samstagen Dienst, davon einmal geteilter Dienst und an 2 Sonntagen, hier jedesmal geteilter Dienst.

Zusätzlich zu diesem Netz von Diensten wird in Teilzeitarbeit mit 18- und 26-Stunden Verträgen die Sortierung der Briefe durchgeführt, und zwar in Schichten ab 16, 17 und 18 Uhr. 70 Frauen hat das Hauptpostamt unter diesen Bedingungen eingestellt. Ebenso wird die Sortierung der eingehenden Briefe vormittags von Frauen mit Teilzeitverträgen gemacht. Seit kurzem werden Briefe und Pakete nicht mehr am Bahnhof vorsortiert, sondern diese Arbeit muß jetzt auch von den Kollegen in der Hauptpost durchgeführt werden, wobei nur ein Kollege mehr eingestellt wurde. Erreicht hat der Dienstherr damit, daß praktisch sämtliche Pausen, die die Nachtschicht früher noch erträglich erscheinen ließen, beseitigt wurden.

Seit Ende letzten Jahres führt die Deutsche Postgewerkschaft eine Unterschriftensammlung für eine Verkürzung der Arbeitszeit und gegen die Verschärfung der Arbeitshetze in den Nachtschichten durch. Diese Aktion wurde überall begrüßt und unterstützt, bis jetzt haben in Schleswig-Holstein 2000 Kollegen unterschrieben, davon 1086 in Kiel, onen daß die Listen auf alle Ämter gelangt sind. Die Sammlung wird fortgeführt, es sollen mindestens 4000 Unterschriften zusammenkommen. Schlecht ist, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung versucht, jegliche Verbindung zwischen Tarifkampf und dem Kampf gegen die Nacht- und Schichtarbeit zu leugnen und zu hintertreiben und dem Dienstherrn die Listen erst nach Abschluß der Tarifrunde vorlegen will. Dabei weiß jeder, daß die Arbeiterklasse nur auf der Grundlage des niedrigen Lohns zur Nacht- und Schichtarbeit gezwungen werden kann, die Forderung nach Verbot der Nacht-und Schichtarbeit muß also unbedingt im Tarifkampf erhoben werden.



Am 3.2. führte der Bund der Deutschen Zollbeamten (BDZ) mit den Bezirken Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen in Lübeck eine Kundgebung gegen die schlechte Besoldung durch, an der sich 750 Zollbeamte beteiligten. Diese Kundgebung ist als ein Versuch der Sozialdemokratie zu werten, die Wut der Zollbeamten für ihre Zwecke auszunutzen. Der Bundesvorsitzende des BDZ verlangte die Aufnahme der Zollbeamten in das Programm der inneren Sicherheit. Dementsprechend waren die Forderungen: Polizeizulage für Zollbeamte, bessere Ausrüstung, BGS – Zoll gleicher Dienst, angleiche Bezahlung. Matthöfer traute sich nicht, selbst auf der Kundgebung zu erscheinen und schickte seine dritte Garnitur (2. Stellvertreter des Finanzministers, Dr. Ohlau), der mit seiner Behauptung, die Forderungen der Zollbeamten unterstützen zu wollen, ausgepfiffen wurde. Denn die Wut der Zollbeamten richtet sich gegen die schlechte Besoldung. Ein Zollbeamter aus dem mittleren Dienst, 30 Jahre mit zwei Kindern, bekommt 1900 DM brutto. Der Preis, den die Zollbeamten aber für die „Unterstützung" durch den Herrn Finanzminister zu zahlen hätten, würde für sie bedeuten, als Polizisten in das Programm der inneren Sicherheit einbezogen zu werden. Bereits auf der Kundgebung gab es Debatten unter den Zollbeamten, die im Lohnkampf für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu gewinnen sind. Ein Zollbeamter meinte, daß man die Forderung nach 6,5%, mindestens 140 DM unterstützen müsse und sich in der ÖTV organisieren solle.

Manteltarif Chemie: Der Stufen- und Stillhalteplan der Chemiekapitalisten ist unannehmbar

z.mai. Die Verhandlungen über den Manteltarifvertrag Chemie sind auf den 28. Februar verschoben worden. Zum 31.12.77 hatte die IG Chemie den seit Februar 1973 geltenden Manteltarifvertrag gekündigt. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung ist damals unter „Grundsatzforderungen" angetreten zwecks „Entlastung des Arbeitsmarktes": Verkürzung der Schichtarbeit wäre geeignet, zusätzliche Arbeitskräfte einzusetzen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.7.77). „Die Gewerkschaft weist darauf hin, daß sie diesmal auf eine umfangreiche Gestaltung des Manteltarifvertrages verzichtet." (Gewerkschaftspost 8/77) Als Ergebnis kam dabei heraus: Der Manteltarifvertrag wurde im Sommer '78 mit dem Abschluß der Lohntarifverträge bis 31.12.78 in seiner alten Fassung wieder in Kraft gesetzt. Der 4,3% Abschluß im letzten Jahr in der Chemieindustrie wurde mit 2 Tagen Urlaub verrechnet.

Jetzt erhebt die IG Chemie die Forderungen nach einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit für die Beschäftigten in vollkontinuierlichen Schichtbetrieben von 42 auf 40 Stunden, Erhöhung der Schichtzulagen bei 2-Schichtbetrieb, Absicherung des Effektivlohns bei Umsetzungen und die Forderung nach 6 Wochen Grundurlaub. Forderungen gegen die Nacht-, Schicht-, Überstunden- und Akkordarbeit werden wieder nicht erhoben. An der Möglichkeit für die Kapitalisten, den Arbeitstag zu verlängern und zu intensivieren, die der bestehende Manteltarifvertrag ihnen gibt, soll nicht gerüttelt werden.

– Im bestehenden Manteltarifvertrag ist unter §1 (1) festgelegt: „Eine Verteilung der Arbeitszeit auf 3 Wochen ist dann zulässig, wenn hierdurch eine längere, mit dem Sonntag zusammenhängende Freizeit ermöglicht wird." D.h. Zusammenpressung des Monatsarbeitszeit auf 3 Wochen, Sonntagsarbeit, Vollkonti-Schicht.
– Unter §1 (2): Zusatzschichten bis zu 12 Überstunden an Sonn- und Feiertagen bei „betrieblicher Vereinbarung".
– Unter III (4) und (5): Verlegung, Kürzung und Streichung der Pausen, wenn „unvorhergesehene", „technische Gründe" vorliegen.
– Unter V: „... Bei gleitender Arbeitszeit kann die tägliche Arbeitszeit bis zu 10 Stunden betragen."
– Unter §3, IV die Möglichkeit jederzeitiger Abpressung von Überstunden: „...ist notwendige Mehrarbeit, Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit im Rahmen der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen zu leisten", bei „Einvernehmen mit dem Betriebsrat". Der Achtstundentag wird also durchlöchert.

Die Chemiekapitalisten haben den Manteltarifvertrag auch entsprechend genutzt. Von 1970 bis 1978 haben die Chemiekapitalisten den Umsatz pro Beschäftigten von 84800 DM auf 210237,66 DM gesteigert. Das Produktionsergebnis pro Beschäftigten ist von 1970 bis 1977 um 44,5% gestiegen. 1970 waren 365700 Arbeiter in der Chemieindustrie beschäftigt, 1977 nur noch 319000. D.h. Steigerung der Arbeitsproduktivität über eine ungeheure Intensivierung der Arbeit. Als Mittel dazu setzen die Kapitalisten die Kurzarbeit ein.

Während der Kurzarbeit v.a. wird die Arbeitshetze gesteigert, der Lohn gedrückt, so daß hinterher mehr Überstunden gemacht werden müssen, um mit dem Lohn überhaupt hinzukommen. So haben die BASF-Kapitalisten 1975 Kurzarbeit schaffen lassen. Nach einer Betriebsvereinbarung fallen leistungsabhängige Prämien bei Produktionsrückgang und Umsetzung weg. Das bedeutete für einen Teil der Arbeiter bis zu 300 DM weniger. Gleichzeitig wurde die Belegschaft um 800 verkleinert und die Auslastung der Kapazitäten von durchschnittlich 68% während der Kurzarbeit auf über 90% im ersten Halbjahr 1976 hochgeschraubt. Über die Senkung des Lohns werden immer weitere Teile der Belegschaft zu Schicht-, Akkord- und Überstundenarbeit gezwungen. 115000 Arbeiter in der Chemieindustrie arbeiten heute Vollkonti-Schicht. Die Ruinierung der Arbeitskraft ist die Folge. Die Zahl der angezeigten Berufskrankheiten in der chemischen Industrie stieg von 1542 im Jahre 1975 über 1678 1976 auf 1793 1977. Davon wurden erstmals entschädigt 1975: 175, 1976: 150, 1977: 194. 1973 betrug die Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle bei BASF, Ludwigshafen, 101 je 1000 Arbeiter, 1977 schon 120. Die „plötzlichen", „für alle überraschenden" Todesfälle werden schon gar nicht mehr aufgeführt.

Über Umsetzungen, Rationalisierungen, Neueinstellungen füllen die Chemiekapitalisten die unteren Lohngruppen auf, der Lohn insgesamt wird gedrückt.

Der Kapitalistenverband der Chemieindustrie hat für die laufenden Manteltarifverhandlungen einen langjährigen Stufen- und Stillhalteplan zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Verlängerung des Urlaubs vorgelegt. Der Plan soll die bereits schon bestehenden Möglichkeiten für die Kapitalisten zur Ausdehnung der Schicht-, Überstunden- und Nachtarbeit, wie sie im Manteltarifvertrag festgelegt sind, noch ausdehnen und Lohnsenkungen vorbereiten. So sollen die 3 Tage Zusatzurlaub für Arbeiter, „die unter besonders gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen arbeiten", wegfallen, „weil es keine gefährlichen Arbeitsbedingungen in der Chemieindustrie gibt", die Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Konti-Arbeiter um 2 Stunden bis 1982 soll „ohne besonderen Lohnausgleich" durchgesetzt werden.

Der Hauptvorstand der IG Chemie hat den „geschlossenen Kompromißvorschlag" der Kapitalisten abgelehnt. Er hat erklärt, daß er in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit für Konti-Schichtler hart bleiben wolle. D.h. er hat selbst die Forderung nach 6 Wochen Grundurlaub schon über Bord geworfen. Die Chemiearbeiter brauchen aber die 6 Wochen Urlaub *sofort*, der Stufenplan der Kapitalisten ist unannehmbar. Ebenso müssen sämtliche Punkte des Manteltarifvertrags, die den Kapitalisten die Möglichkeit geben, Nacht-, Schicht-, Akkord- und Überstundenarbeit durchzusetzen und auszudehnen, gestrichen werden. Die Forderungen verlieren aber ihre Wirkung, wenn nicht der Kampf um einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag geführt wird.

Die Konkurrenten der westdeutschen Chemiekapitalisten konnten ihre Einfuhren letztes Jahr um 4% ausweiten. Die Exportquote der westdeutschen Chemiekapitalisten ist von 1976 auf 1977 von 35,3 auf 32,9% zurückgegangen, d.h. sie haben Einbußen auf dem Weltmarkt einstecken müssen. Entsprechend wollen sie die Ausbeutung der Arbeiter im nächsten Jahr steigern. „Die deutsche Chemieindustrie hofft 1979 der dringend erforderlichen Vollauslastung der Kapazitäten ein Stück näherzukommen." (Die Welt, 31.1.79) Für die Tarifverhandlungen hat der Präsident des Verbandes der Deutschen Chemieindustrie, Seefelder, „bestenfalls Inflationsausgleich" angekündigt. (Frankfurter Rundschau, 30.1.79) Für die Arbeiter in der Mineralölindustrie haben die Chemiekapitalisten bereits einen 4,9%-Abschluß, ab 1979 einen Mindesturlaub von 27 Tagen und ab 40 Jahren einen Höchsturlaub von 30 Tagen durchgesetzt. Die Sozialdemokraten werden versuchen, die Manteltarifverhandlungen mit den Lohntarifverhandlungen zusammenzulegen. Man sollte sie daran hindern, das eine gegen das andere auszuspielen.

	Arbeiter in der Chemieindustrie	durchschnittl. beahlte Wochenstd.	Mehrarbeitsstunden	Kurzarbeiter
1970	365700	42,8	2,6	209
1971	354800	42,4	2,2	2165
1972	344100	42,3	2,2	1710
1973	345700	42,8	2,3	926
1974	350300	42,2	1,9	5679
1975	331600	40,8	1,4	43080
1976	322600	41,6	1,4	6899
1977	319000	41,8	–	4236

Quelle: Zahlen zur Sozialpolitik in der chemischen Industrie, 1977

Demonstration in Bremen für die sofortige Abschaffung des Radikalenerlasses

z.jös. Am 2. Februar kamen die Länderinnenminister in Bremen zusammen. Auf der Tagesordnung stand unter anderem, die Verschärfung der Gangart gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mittels des Radikalenerlasses bundeseinheitlich zu regeln. Einig sind sie sich, „die Extremisten aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten" (Berichte vom Tage, 2.2.79) Bei dem Regierungs-Oppositionwechselspielchen wollen sie bleiben. Die SPD hat die Regelanfrage beim Verfassungsschutz aufgehoben und die CDU wettert dagegen, was ihr Part ist.

Gegen den Radikalenerlass wurde am 1. 2. in Bremen von über 1000 Menschen demonstriert. Aufgerufen zur Demonstration hatten der Ausbildungspersonalrat am wissenschaftlichen Institut für Schulpraxis sowie 15 Betriebsgruppen der ÖTV und GEW, einige Betriebs- und Personalräte und der KBW unter folgenden Forderungen: Der Ministerpräsidentenerlass muß für null und nichtig erklärt werden! Vernichtung aller Verfassungsschutzunterlagen aus den Personalakten! Einstellung aller Disziplinierungen! Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf!

Die Revisionisten und Reformisten in Form des „Komitees gegen die Berufsverbote" versuchten, in ihrem Demonstrationsaufruf und der Kundgebung diese klaren Forderungen zu verwässern und den Kampf für politische Freiheiten im öffentlichen Dienst auf die Verfassung der Geldsäcke einzuschwören. Die beiden Redner vom Ausbildungspersonalrat und von der Post machten dagegen klar, daß der Radikalenerlass für null und nichtig erklärt werden muß, weil er hinderlich ist beim Kampf für ausreichenden Lohn, gegen das besondere Dienstrecht, Streikverbot und Rationalisierungen.

Im Aufruf des Ausbildungspersonalrats, der von der Personalversammlung der Referendare am 29. Januar beschlossen wurde, heißt es: „Die Frage, was sich letztlich durchsetzt, ob nun eine effektivere, verschärfte Entrechtung, oder ob der staatlichen Entrechtung Einhalt geboten werden kann, ist nicht entschieden. Diese Entscheidung wird wesentlich abhängen von der Aktivität der betroffenen Kollegen im öffentlichen Dienst, vom dem Engagement aller Lohnabhängigen, der lernenden und studierenden Jugend, die bereits seit Jahren den Radikalenerlaß und die Berufsverbotepolitik bekämpft. Wir sind der Auffassung, daß jeder Bürger, jeder Kollege, jede Organisation, die es Ernst meint mit ihrer Kritik an den Berufsverboten und ihren Erscheinungen der Schnüffelei usw., die Demonstration am 1.2.79 und die aus diesem Anlaß erhobenen Forderungen unterstützen sollte."

Schon auf den Aktionseinheitsverhandlungen hatten die Verfassungsschützer von DKP und Jusos erklärt: „Unüberbrückbare Gegensätze bestehen, den Kampf gegen die Berufsverbote auf der gemeinsamen Basis der Verteidigung und Verwirklichung der in der Verfassung garantierten Grundrechte zu führen." Ihre Parole „Berufsverbot geht jeden an, morgen bist Du selber dran" verfing nicht, der Kampf der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, der die Unterstützung von großen Teilen der Arbeiterklasse hat, läuft gerade darauf hinaus, daß dieser Staatsapparat gespalten wird. Die Revisionisten brauchen allerdings einen intakten Staatsapparat, das militärische Potential der Sowjetunion in der Hinterhand, der Arbeiterklasse und Volksmassen im Nacken zu sitzen. Ihr Problem mit der Regierung ist, daß diese auf die US-Imperialisten setzt, wohlwollend aber die Nützlichkeit dieser Pappnasenkommunisten anerkennt: Abbringen der Massenbewegung vom proletarischen Klassenkampf, Spaltung, Hinabzerren auf die verfassungsmäßige Herrschaft der Geldsäcke, das ist es, was Revisionisten und Opportunisten einbringen müssen, um als Zugelassene zum Kreis der potentiellen Hosenbandordenträger der Republik zu stoßen.

Sie sind für den neugefaßten Radikalenerlaß, das zeigt die Praxis. Ihre Mitglieder – soweit im proletarischen Klassenkampf aktiv – haben dann ihre Probleme, denn dieser wird nicht von der mit Blut der Arbeiterbewegung besiegelten geschichtlichen Gültigkeit ihres revolutionären Programms lassen.

Dollarfall – steigende Schuldzinsen der Dritten Welt

z.gek. Auf *251 Mrd. $* sind bis Mitte 1978 die (veröffentlichten) Schuldforderungen der Banken der USA und der EG für *„Auslandskredite"* aufgelaufen. Diese Bankkredite mit langer Laufzeit sind die teuerste und am meisten mit Schikanen und Auflagen versehene Form der Verschuldung. Außer kapitalistischen Unternehmen und Regierungen, deren Kredit erschüttert ist, sind es vor allem die Länder der Dritten Welt, denen der direkte Zugang zum Kapitalmarkt der imperialistischen Länder über Anleihen (die billiger und festverzinslich wären) versperrt ist. (Vgl. Kommunismus und Klassenkampf, 2/1979)

Von den Schuldforderungen der US- und EG-Banken dürften sich etwa *130–140 Mrd. $* gegen Länder der *Dritten Welt* richten. Deren Schuldenlast wird noch erhöht durch die Schulden an die „internationalen" Agenturen der Imperialisten, wie IWF, Weltbank, Europäischer Entwicklungsfonds etc., und ebenso die Verschuldung an den Sozialimperialismus. Am dicksten stehen bei den westlichen Banken die Länder *Lateinamerikas* in der Kreide, mit allein 83,4 Mrd. $.

Die Länder der Dritten Welt haben zuerst Anfang der 70er Jahre große Kredite aufgenommen, als die Preise für die meisten Rohstoffe infolge des wachsenden Zusammenschlusses der Produzenten wie infolge der erhöhten Nachfrage der kapitalistischen Industrieländer stiegen. Das Ziel war, sich Industriewaren für den beschleunigten
strieländer stiegen. Das Ziel war, sich
Industriewaren für den beschleunigten
Aufbau ihrer nationalen Wirtschaften zu beschaffen.

Als die Preise für viele Rohstoffe während der Krise 1974/75 erneut verfielen und durch den damaligen Dollar-Inflationsschub zusätzlich gedrückt wurden, mußten sich die Länder der Dritten Welt von neuem und höher verschulden. Sie mußten schon die ersten großen Rückzahlungen leisten, während sie gleichzeitig Anstrengungen machten, um durch neue Investitionen ihre Produktion und Exporte zu steigern.

Dabei muß bedacht werden, daß es sich vielfach um Investitionen in die den imperialistischen Monopolen entrissenen, nationalisierten Industrien gehandelt hat, und daß diese Bergbau-Betriebe, um die es sich dabei weitgehend handelte, einen hohen Einsatz von teurer Maschinerie erfordern. In dieser Lage hat die neuerliche Dollar-Aggression des US-Imperialismus, der 1977/78 wieder dazu überging, große Rohstoffimporte einschließlich Erdöl zu tätigen und mit ungedeckten Dollar-Anweisungen zu bezahlen, so daß der Kurs gegenüber den anderen imperialistischen Währungen systematisch gedrückt wurde, die Widersprüche ins Unerträgliche verschärft.

Gerade die Inflation des Dollarwerts hat auch den Zinssatz für Dollar-Kredite, damit aber das ganze Zinsniveau in steiler Kurve nach oben gezogen. Die Bankkredite, die die Länder der Dritten Welt erhalten, sind durchweg mit sog. „Roll over"-Klauseln versehen, d.h. der Schuldenvertrag wird mit jeder Zinserhöhung „angepaßt". Konkret sieht das so aus, daß die Länder der Dritten Welt für Kredite, die sie Anfang 1977 für etwa 6,5% (alle Bankprovisionen etc. eingeschlossen) aufgenommen haben, jetzt *11% und mehr* pro Jahr an *Zinsen* zu zahlen haben. Es ist von US-Bankfritzen ausgerechnet worden, daß dies schon für 1978 eine Erhöhung der Schuldendienstzahlungen der Dritten Welt von *5,6Mrd. $* und eine Steigerung der Zinslast um 50% bedeutete.

Auch die Opec-Länder haben sich 1978 mit ca. 10Mrd. $ neuverschulden müssen, ihre miserabel verzinsten Einlagen bei den imperialistischen Banken sind um ca. 3Mrd. $ gefallen. Für 1979/80 rechnen die Imperialisten jetzt mit ernsten „Rückzahlungsschwierigkeiten" der Dritten Welt.

Es kann aber auch ganz anders kommen: Gegenwärtig versammeln sich die Staaten der „Gruppe der 77" in Arusha, Tansania, um zu beraten, wie sie ihre dringenden Forderungen, darunter die nach Schuldenstreichung, durchsetzen können. Der Ayatollah Khomeiny hat den Imperialisten bereits die Überprüfung aller internationalen Verträge, auch der Schuldverträge, angekündigt.

Zinserhöhung durch die Bundesbank und Bundeshaushalt: gemeinsam für die Verschärfung der Ausbeutung

z.frb. Die Bourgeois sind fiebrig geworden. In allen Berichten und Stellungnahmen malen sie sich ein verlockendes Bild über die wirtschaftliche Entwicklung des begonnenen Jahres 1979 vor. Vier Prozent Wachstum des Bruttosozialproduktes haben sie sich vorgenommen. Die Profite der Industrie- und Handelsmonopole haben sich erhöht, die Aktienkurse haben in den letzten vier Wochen um vier Prozent angezogen, die Börsenumsätze überschritten Mitte Januar die Umsätze des letzten Herbst. Die Aktie des Volkswagenkonzerns und von BMW erreichten einen absoluten Kurs-Höchststand.

Lockt da nicht ein duftender Braten? Sollen die vereinten Geldseelen da nicht einen großen Freudentanz beginnen? Die Freude der Bourgeois ist durchaus getrübt.

Die Vernichtung von Kapital, die Umwälzung der Produktionsmittel mit folgender Intensivierung der Arbeit und die Erhöhung der Produktivkraft ist nur in einigen Branchen ausreichend gelungen, die Exportoffensive ist ins Stocken geraten. Im Zentrum der Furcht der Finanzbourgeois steht der Fortgang der Lohnsenkung. Otmar Emminger, Präsident der Bundesbank, vor der IHK Offenbach am 19. Januar: „Zu einer erfolgreichen Mixtur für 1979 gehört jetzt nur noch ein Maßhalten bei der Anhebung der Löhne und Gehälter sowie eine stabilitätsgerechte
ten bei der Anhebung der Löhne und
Gehälter sowie eine stabilitätsgerechte
Preispolitik der Unternehmungen". Matthöfer konnte vier Tage später im Bundestag sich mit Lob für seine Parteifreunde in der Gewerkschaftsspitze angesichts des Metallabschlusses in Hessen kaum bremsen. Hier hätten die deutschen Gewerkschaften wieder einmal ihr volkswirtschaftliches Verantwortungsbewußtsein gezeigt. „Wir sollten dankbar sein, daß wir diese Gewerkschaften haben ...".

Aber der Finanzminister weiß, daß diese Erfolge teuer erkauft sind mit einem politischen Verlust, die in tiefe Erschütterung geratene Kontrolle der Sozialdemokratie über die Arbeiterbewegung.

In dieser Lage muß jede Maßnahme der staatlichen Organe zu einem aufgeblähten Krach in den erlauchten Reihen der Parlamentarier zu Bonn führen. So geschehen anläßlich angeblicher Widersprüche zwischen Bundesregierung und Bundesbank über die jüngsten kreditpolitischen Maßnahmen der Bundesbank. Matthöfer hat sofort sein „solidarisches, freundschaftliches, ja geradezu kameradschaftliches Verhältnis" zur Bundesbank versichert.

Bereits letzten November hatte die Bundesbank die Mindestreserve, die die Banken halten müssen, erhöht. Das begrenzt das Volumen der Kredite, die die Banken im Verhältnis zu ihren Einlagen vergeben können. Doch das hat nichts genutzt. Die Banken schwimmen weiterhin in Geld, das die Kapitalisten eingesackt haben und jetzt nicht investieren wollen. Vor allem die Banken sind es auch, die die Börsenkurse in den letzten Wochen nach oben getrieben haben, sie vor allem haben gekauft. Von November 1977 bis November 1978 haben die Industrie- und Handelskapitalisten über 32 Milliarden Mark an Termingeldern bei den Banken angelegt. Eine Zunahme um mehr als 20% ist dies.

Diese Gelder haben sich bei den Kapitalisten gesammelt, weil das fixe Kapital entsprechend seiner Vernutzung laufend Werteteile abgibt, aber ja nicht laufend, sondern in größeren Zeitabständen erneuert wird. Gegenwärtig ist dieser brachliegende Kapitalteil überdimensioniert, weil das fixe Kapital von den Kapitalisten nur zögernd erneuert wird. Für die Banken dienen diese Gelder für gewagte Kreditoperationen, hier schlummert aber auch eine Inflation, die im Augenblick bloß noch durch den Konkurrenzdruck der gesunkenen Einfuhrpreise zurückgehalten wird.

Die Maßnahmen der Bundesbank vom November haben praktisch keine Wirkung gezeigt. Die Zinsen sind nicht gestiegen, und die Kreditvergabe an Kapitalisten ist weiter gestiegen. Deshalb hat die Bundesbank zum 1. Ja-
Kapitalisten ist weiter gestiegen. Des-
halb hat die Bundesbank zum 1. Ja-
nuar das Kontingent der Wechsel, das die Banken bei der Bundesbank einlösen können, kräftig reduziert. Und gerade zweieinhalb Wochen später hat sie sowohl die Mindestreserve erneut erhöht, als auch den Lombardzinssatz von 3,5 auf 4% erhöht (siehe auch unsere letzte Ausgabe, Seite 1). Emminger begründete die Beschlüsse mit dem gewaltigen Ansteigen der Kreditvergabe und des Geldumlaufs in den letzten Monaten. Sicher ist, daß diese Beschlüsse die Zinsen von ihrem Tiefstand nach oben treiben. Der Lombardzins bildet faktisch die Untergrenze für das mit Tagesfrist zwischen den Banken verliehene Geld. Er wirkt auf alle Zinsen.

Rasant steigende Einlagen der Kapitalisten bei den Banken bei gleichzeitig rasant steigender Kreditvergabe der Banken an die Industrie- und Handelskapitalisten läßt eine höchst ungleichmäßige Entwicklung erkennen; sowohl zwischen verschiedenen Branchen als auch zwischen den hochkonzentrierten Kapitalien und kleineren Kapitalien.

Offensichtlich dienen die vergebenen Kredite vor allem der Umwälzung der Produktionsanlagen, die für eine erhöhte Ausbeutung notwendig ist. Dafür sind natürlich billige Kredite günstig, aber was die Finanzbourgeois unter allen Umständen vermeiden wollen, ist, daß auch die kleineren Kapitalisten, die noch aus dem Weg geräumt werden müssen, ebenfalls in den Genuß der billigen Kredite kommen und sich mit Hilfe dieser billigen Kredite über Wasser halten. Die Umwälzung der Produktionsanlagen ist noch längst nicht abgeschlossen, und keinesfalls soll eine Entspannung des Arbeitsmarktes eintreten. Die Kapitalisten, die das Geschäft der Ausbeutung unterdurchschnittlich gut betreiben, müssen weiter ausgeschieden werden. Die fachmännische Methode ist die Anhebung des Zinses über die Profitrate dieser ausgedienten Mitglieder der Kapitalistenklasse. Gerade darauf zielen die in kurzem Abstand beschlossenen Maßnahmen der Bundesbank. Und für den Profit der Banken ist ein höherer Zins nebenbei auch förderlich.

Die Finanzpolitik der Bundesregierung stimmt mit der Politik der Bundesbank vollständig überein. Die Erhöhung der Investitionszulage und insbesondere die Förderung der Innovationen – also der Umwälzung des Produktionsapparates – gehen in dieselbe Richtung. Lobend hat der Sachverständigenrat schon für das letzte Jahr erfreut festgestellt, daß der Anteil der Personalausgaben der öffentlichen Haushalte 1978 deutlich gesunken und der Anteil der Sachinvestitionen erstmals wieder gestiegen ist. Diese Linie wird im Haushalt 1979 fortgesetzt, und

Matthöfer will entgegen aller früheren Ankündigungen zur Finanzierung dieser gezielten Zuschüsse an die Kapitalisten das Tempo der Staatsverschuldung erneut steigern. Im Zeitraum von 1950 bis 1962 und von 1962 bis 1970 hatte sich der Schuldenstand verdoppelt, von 1970 bis 1978 hat er sich verdreifacht. Matthöfer schraubt alle Rekorde in seiner „Kameradschaft".

Handwerk und Einzelhandel: 15820 Bankrotte seit 1967

z.diz. 1968 gab es noch 43181 Damen- und Herrenschneiderbetriebe,, 1977 waren es noch 15040. Schuhmacher gab es 1977 15507 weniger als 1968, Bäcker und Konditoren 12985. Ein gutes Viertel aller Tischler und ein knappes Viertel aller Fleischer machten in dieser Zeit ihren Laden zu. Diejenigen, die sich halten konnten, waren gezwungen, relativ große Investitionen in ihren Betrieben durchzuführen, so daß die Durchschnittszahl der Beschäftigen pro Betrieb bei den Bäckern und Tischlern von 5 auf 6 und bei den Fleischern von 6 auf 7 erhöht werden konnte – aber wie sollten sie sich damit auf Dauer gegen die Konkurrenz der Wurst-, Möbel- und Brotfabrikanten halten
er gegen die Konkurrenz der Wurst-,
Möbel- und Brotfabrikanten halten
können, die Hunderte oder Tausende Lohnarbeiter ausbeuten?

Zinsen für Überziehungskredite (%): Kredite unter 1 Mio. DM; Kredite über 1 Mio. DM

Bankrotte: Handwerk; Einzelhandel

67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78

Quellen: Monatsberichte der Bundesbank, div. Nrn.; Statistische Jahrbücher, div. Jg.; Wirtschaft und Statistik 12/78. Konkurse bis Oktober 1978.

An der Grafik kann man sehen: Ungebrochen seit 1970 im Einzelhandel und seit 1972 im Handwerk steigt die Zahl der jährlichen Bankrotte und scheint sich jetzt einzupendeln auf dem Doppelten des Niveaus von Anfang der 70er Jahre. Selbst in der Krise Ende der 60er Jahre sind nicht so viele kleine Kapitale vernichtet worden. Weniger als bei den Einzelhändlern, die mehr unter der Knute der Lieferantenkredite zu ächzen haben, zeigt sich bei den Handwerkern ein Zusammenhang mit den Bankzinsen: Steigen die Kreditzinsen (wir haben als Beispiel die Zinsen für Überziehungskredite genommen; die Bewegung wird bei den anderen genauso gewesen sein, wenn auch vielleicht nicht so hoch), kracht es im Jahr darauf in den Handwerksbetrieben.

Unter dem Druck der Konkurrenz müssen sie investieren, eigenes Geld haben sie aber nicht. Das Finanzkapital leiht ihnen nur zu Wucherzinsen, die sich mit dem Betrieb nicht erwirtschaften lassen – also Pleite. Auffällig, daß die Zinsen für Kredite zwischen 1 und 5 Mio. DM, die von großen Kapital genommen werden, billiger zu haben sind: einen halben bis ganzen Prozentpunkt, was bei 5 Mio. DM immerhin einen Unterschied in der Zinsbelastung von 25000 bis 50000 DM im Jahr ausmacht.

Deutsche Bank: Personelle und Kapitalverflechtungen mit der Industrie

z.kam. An der Verschmelzung von Bankkapital und Industriekapital zum Finanzkapital zeigt sich der Charakter der imperialistischen Monopolbourgeoisie als Finanzbourgeoisie, die sich die ganze Wirtschaft des Landes unterwirft und das Land als Basis für die Expansion in der Welt nutzt. Diese enge Verschmelzung haben wir – am Beispiel der größten, der Deutschen Bank – in zweierlei Hinsicht untersucht: erstens von seiten der personellen Verflechtung her, d.h. wir haben aufgelistet, in welchen Unternehmen einige Mitglieder des Aufsichtsrates sitzen, und zweitens die Kapitalbeteiligung der Deutschen Bank an Wirtschaftsunternehmen aufgeschlüsselt nach den größten Industriezweigen. Dieser Aufstellung zugrundegelegt haben wir den Geschäftsbericht der Deutschen Bank von 1977. Die Angaben über das Grund- bzw. Stammkapital des jeweiligen Unternehmens beziehen sich auf den Stand von 1976/77 (Wer gehört zu wem, Commerzbank, 12. Aufl. 1977) und sind in Klammern dahinter aufgeführt (in Mio. DM).

I. Von dem **Aufsichtsrat der Deutschen Bank** sind in anderen Wirtschaftsunternehmen: H.L. *Merkle:* Vorstand der Allianz Lebensversicherung AG (312,0); Deutsche Linoleum-Werke AG; Handels- und Gewerbebank AG (16,0); Zellstoffabrik Waldhof / Prof. Dr. J.R.M. *van den Brink:* Vorsitzender des Aufsichtsrates der AKZO N.V. (Niederlande) / Dr. H. *Fabricius:* Vorsitzender des Gesellschaftsausschusses der Freudenberg & Co. (220,0) / Dr. Friedrich Karl *Flick:* geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Flick KG / J.A. *Henle:* geschäftsführender Gesellschafter von Klöckner & Co. (246,0); Vorstand der GFK Kugellagerfabriken GmbH Schweinfurt (423,0) / Dr.-Ing. E.H. Heinz *Kemper:* Ehrenvorsitzender der VEBA AG (1403,9) / Dipl.-Ing. Dr. Ing. E.h. H. *Meysenburg:* Vorstand der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG (1500,0) / Dr. hc. Herbert *Quandt:* Vorsitzender des Vorstandes der ALTANA AG und der Varta AG; Hauptbeteiligter der Herbert-Quandt-Gruppe; beteiligt an BMW / Dr. Peter *von Siemens:* Vorsitzender des Aufsichtsrates der Siemens AG (1594,1); Mitglied des Aufsichtsrates der J.M. Voith GmbH (60,0), der Hapag-Lloyd AG (180,0), der Bayer AG Leverkusen (2130,0), der Allianz Versicherungs AG (312,0), der Mannesmann AG (934,0) / Dipl.-Kaufmann G. *Vogelsang:* Vorsitzender des Aufsichtsrates der Dornier GmbH (3,5); Mitglied des Aufsichtsrates der Stahlwerke Röchling-Burbach GmbH (330,0); der Ruhrkohle AG (534,5), des Gerling-Konzerns.

II. **Die Deutsche Bank ist direkt beteiligt** an 25 inländischen und 34 ausländischen Kreditunternehmen, 16 inländischen Unternehmen aus der Sparte Versicherungen, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie in folgenden Industriebetrieben (in Klammern sind angegeben Grundkapital in Mio. DM sowie die Beteiligung der Deutschen Bank in Prozent):

Land- und Forstwirtschaft: KWS Kleinwanzlebener Saatzucht Aktiengesellschaft (30,0) / *Energiewirtschaft, Bergbau:* Südwestdeutsche Salzwerke AG (18,0) / Portland-Zementwerke Heidelberg (108,0/über 25%); Bayerische Elektricitätslieferungs Gesellschaft AG (95,0); Hamburgische Elekricitäts-Werke AG (387,0); Isar-Amperwerke AG (131,59); Lech-Elektrizitätswerke AG (88,6); Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs AG (125,25); Rheinelektra AG (37,8); Kernkraftwerk Lingen GmbH (80,0/7,8%) / *Eisen- und Stahlindustrie:* Deutsche Babcock AG (175,0); Eisen- und Drahtwerk Erlau AB (3,12); Gutehoffnungshütte AG (326,8); Klöckner Werke AG (347,0); Friedrich Krupp Hüttenwerke AG (573,0); Mannesmann AG (934,0); Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (150,0); Rösler Draht AG (8,4); Stahlwerke Peine Salzgitter AG (312,0); Stahlwerke Südwestfalen AG (80,0); Thyssen AG (1299,0) / *Metallindustrie:* Bayerische Motoren Werke AG (330,0); Bremer Vulkan Schiffbau und Maschinenfabrik (66,0); Daimler Benz AG (1189/28,5%); Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg AG (79,27); Motorenwerke Mannheim AG (20,2); Siemens AG (1594,1) / *Elektrotechnik, Datenverarbeitung:* AEG Telefunken Kabelwerke AG (57,6); Braun AG (30,0); Brown Boveri & Cie. AG (132,0); Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG (20,0); Nixdorf Computer AG (96,0); Standard Elektrik Lorenz AG (356,9); Bergmann Elektricitätswerke AG (70,0/über 25%) / *Chemische Industrie:* Hoffmanns Stärkefabriken AG (15,7); Koepp AG (6,0); Schering AG (223,34) / *Nahrungsmittelindustrie:* Süddeutsche Zucker-AG (78,0/über 25%); Allgäuer Alpenmilch AG (76,0); Stollwerck AG (22,0) / *Schiffahrt:* Hapag-Lloyd AG (180,0).

Der Bundesregierung geht das Bauernlegen zu langsam – Schlachtplan: Europaprogramm der Sozialdemokraten

z.eve. In der neuen Ausgabe des „Hessenbauern" wird gemeldet, daß die Geflügelkontor GmbH Frankfurt einen Kontrakt mit Saudi-Arabien über 6000 t Hähnchen abgeschlossen hat. Saudi-Arabien und die Golf-Emirate sind seit zwei Jahren die größten Abnehmer von westdeutschem Geflügel. Der Umfang dieses Handels an der westdeutschen Geflügelproduktion wird für 1979 auf 7,5% geschätzt. Dieses Geschäft ist für die BRD-Imperialisten keine Ausnahme. Insgesamt hat der Außenhandel der BRD bei den Ernährungsgütern von 1970 bis 1976 mit den EG-Staaten um 198% zugenommen. Mit den afrikanischen Staaten (eingeschlossen der VAR Ägypten) sogar um 201%. Aber nach wie vor hängt der BRD-Imperialismus in seinem Außenhandelsvolumen, und d.h. in seiner Schlagkraft auf dem Weltagrarmarkt, weit hinter dem französischen Imperialismus hinterher.

Trotz der Worte Helmut Schmidts auf dem außerordentlichen Parteitag im Dezember '78 zu den EG-Wahlen an den französischen Imperialismus (ohne die Franzosen gäbe es in Europa keine Einigung, geistige Wurzeln, französische Revolution etc.) ist die Bundesregierung in ziemlicher Sorge. Schon der Agrarbericht der Bundesregierung von 1977 stellte fest: „Struktureller Anpassungsprozeß der Landwirtschaft weiter verlangsamt". Und der Agrarbericht 1978 beginnt: „Weiterhin verminderter struktureller Anpassungsprozeß der Landwirtschaft", „die weitere Abnahme der vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte dürfte überwiegend auf das altersbedingte Ausscheiden von Arbeitskräften aus dem Erwerbsleben zurückzuführen sein und deshalb auch in den nächsten Jahren nicht wesentlich unterschritten werden. Bedingt durch diese Form der Mobilität erfolgen strukturelle Anpassungsschwierigkeiten im Agrarsektor häufig mit zeitlicher Verzögerung. (...) Vielfach erfolgt die endgültige Auflösung der Betriebe erst im Zuge des Generationenwechsels".

Tatsächlich hat der französische Imperialismus eine andere Ausgangslage. 1975 gab es folgende landwirtschaftliche Betriebe:

	1-5 ha	50 und mehr ha
BRD	311683	26234
Frankreich	245000	143000

1977 war die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1-5 ha in der BRD auf 290355 gesunken und die Zahl der großen Höfe auf 28457 gestiegen. Aber wenn der BRD-Imperialismus den französischen Imperialismus überflügeln will, reicht das bei weitem nicht hin.

Die Bundesregierung muß sich etwas einfallen lassen. Das Europaprogramm der Sozialdemokratie gibt die Stoßrichtung an.

Geschickt wird an dem Kampf der kleinen und mittleren Bauern angeknüpft: „... kein anderer Bereich europäischer Politik so im Kreuzfeuer der Kritik. Diese Kritik besteht zu Recht ... Die bisherige Agrarpolitik mit einer pauschalen Preis- und Abnahmegarantie hat in vielen Bereichen zu steigender Überproduktion geführt und zugleich die landwirtschaftlichen Großbetriebe in ohnehin begünstigten Regionen bevorteilt". Versprochen wird eine Politik im Interesse der kleinen Bauern: „Bei den meisten Agrarprodukten ist den Überschußproblemen mit den Mitteln der Preispolitik nicht beizukommen. Sie muß daher schrittweise ersetzt und ergänzt werden durch eine Einkommenspolitik, die in der Gewährung direkter Zuschüsse an einkommensschwache Landwirte unabhängig vom Produktionsumfang besteht. Aus diesem Grund ist im Haushalt der Europäischen Gemeinschaft der Anteil der Maßnahmen zur Strukturverbesserung zu Lasten der Preisstützungsmaßnahmen zu erhöhen."

Die gemeinsame Absicht, die dieser Plan verfolgt, ist leicht zu durchschauen. Auch wenn die bisherige Preispolitik natürlich ein Instrument zur Ruinierung der kleinen Bauern war, so war es doch so, daß die Bauern bei bestimmten Produkten eine Absatzgarantie hatten und dem bodenlosen Preisverfall der Erzeugerpreise so entgegengewirkt wurde. Und ein Stück weit der Forderung nach der Erhöhung der Erzeugerpreise nachgegeben werden mußte.

Damit soll jetzt Schluß sein. Zum einen ist die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt durch diese Politik erheblich vermindert worden, massenweise Waren, die auf dem Weltmarkt nicht losgeschlagen werden konnten, weil die Preise zu hoch waren. Zum anderen können sich mehr kleine und auch gerade mittlere Bauern halten, als es der Bundesregierung lieb ist, die ja gerade darauf aus ist, die Kapitalisierung der Landwirtschaft voranzutreiben. „Strukturell bedingte Überschüsse können auf Dauer nicht mehr hingenommen werden. Die Gemeinschaft kann der Landwirtschaft das Marktrisiko nicht völlig abnehmen", so liest sich das im Europaprogramm der Sozialdemokraten.

Der Konkurrenzkampf der „freien Marktwirtschaft" soll sich voll entfalten können, wo nur die Großbauern bestehen können, die genügend Landarbeiter auspressen können und sich einen großen Maschinenpark anlegen können. Der kleine Bauer soll stattdessen „bezuschußt" werden. Das heißt nichts anderes, als daß die kleinen und mittleren Bauern sich vollständig dem Staat ausliefern sollen. Wahrscheinlich wird man diese Zuschüsse beantragen müssen, wird Kontrollen und Schikanen über sich ergehen lassen müssen und an welche Bedingungen diese Zuschüsse geknüpft sind, ist noch nicht einmal heraus. Vermuten kann man schon, daß die Zuschüsse vergeben werden an Höfe, die sie für „rentabel" halten.

Aber schließlich geht es um höhere Ziele: „Die europäische Agrarpolitik muß in den Zusammenhang der Probleme der Welternährung gestellt werden. Das Wachstum der Agrarproduktion hält nur mühsam Schritt mit dem Wachstum der Bevölkerung, insbesondere der Dritten Welt." So sollen mit schleimiger christlicher Ideologie die Bauern für die Ziele der BRD-Imperialisten gewonnen werden. Es ist schon jetzt abzusehen, daß die kleineren und mittleren Bauern demgegenüber an der Forderung nach Erhöhung der Erzeugerpreise festhalten werden.

Streichung der Gasölverbilligung oder Steuererhöhung!

z.evm. Am 15. Februar müssen die Anträge auf Gasölverbilligung für das Jahr 1980 gestellt werden. Der Verbilligungsbetrag, der 1973 festgelegt wurde, beträgt für 100 l Gasöl 41,15 DM. Um in den Genuß dieser Verbilligung zu kommen, müssen von den Bauern über ein Jahr zuvor umfangreiche Formulare ausgefüllt werden, die wirtschaftlichen Verhältnisse zwecks Bespitzelung offengelegt werden, muß der Zukauf im Betrieb im letzten Jahr, die Dieselfahrzeuge sowie deren Verbrauch, der Restbestand Öl vom letzten Jahr, die bewirtschaftete Fläche im laufenden Jahr und die voraussichtlich bewirtschaftete im nächsten, der überbetriebliche Maschineneinsatz und dessen Verbrauch gemeldet werden. Für falsche Angaben oder nicht angegebene Veränderungen „kommt es meist zu unliebsamen Rückforderungen, für die noch Zinsen berechnet werden" (Badische Bauernzeitung, 20.1.79).

„Zur Zeit werden in Baden-Württemberg 140 000 Bauern gefördert", d. h. knapp zwei Drittel. Viele Kleinbauern können die Verbilligung gar nicht oder nur in kleinstem Umfang in Anspruch nehmen, lohnen tut es sich erst ab einem größeren Maschinenpark. Dennoch: der Finanzbourgeoisie sind die 140 000 bei weitem zuviele. Die SPD-Regierung hat erklärt, die Gasölverbilligung verursache der Bundesregierung weit höhere Kosten als die Bauern an Steuern aufbrächten. Mehr Steuern und verschärfte Kriterien für die Vergabe von verbilligtem Gasöl, das ist der Plan.

verminderter struktureller Anpassungsprozeß der Landwirtschaft", „die weitere Abnahme der vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte dürfte überwiegend auf das altersbedingte Ausscheiden von Arbeitskräften aus dem Erwerbsleben zurückzuführen sein und deshalb auch in den nächsten Jahren nicht wesentlich unterschritten werden. Bedingt durch diese Form der Mobilität erfolgen strukturelle Anpassungsschwierigkeiten im Agrarsektor häufig mit zeitlicher Verzögerung. (...) Vielfach erfolgt die endgültige Auflösung der Betriebe erst im Zuge des Generationenwechsels".

Tatsächlich hat der französische Imperialismus eine andere Ausgangslage.

nicht beizukommen. Sie muß daher schrittweise ersetzt und ergänzt werden durch eine Einkommenspolitik, die in der Gewährung direkter Zuschüsse an einkommensschwache Landwirte unabhängig vom Produktionsumfang besteht. Aus diesem Grund ist im Haushalt der Europäischen Gemeinschaft der Anteil der Maßnahmen zur Strukturverbesserung zu Lasten der Preisstützungsmaßnahmen zu erhöhen."

Die gemeinsame Absicht, die dieser Plan verfolgt, ist leicht zu durchschauen. Auch wenn die bisherige Preispolitik natürlich ein Instrument zur Ruinierung der kleinen Bauern war, so war es doch so, daß die Bauern bei bestimmten Produkten eine Absatzga-

träge auf Gasölverbilligung für das Jahr 1980 gestellt werden. Der Verbilligungsbetrag, der 1973 festgelegt wurde, beträgt für 100 l Gasöl 41,15 DM. Um in den Genuß dieser Verbilligung zu kommen, müssen von den Bauern über ein Jahr zuvor umfangreiche Formulare ausgefüllt werden, die wirtschaftlichen Verhältnisse zwecks Bespitzelung offengelegt werden, muß der Zukauf im Betrieb im letzten Jahr, die Dieselfahrzeuge sowie deren Verbrauch, der Restbestand Öl vom letzten Jahr, die bewirtschaftete Fläche im laufenden Jahr und die voraussichtlich bewirtschaftete im nächsten, der überbetriebliche Maschineneinsatz und dessen Verbrauch gemeldet werden. Für falsche Angaben oder nicht angegebe-

unliebsamen Rückforderungen, für die noch Zinsen berechnet werden" (Badische Bauernzeitung, 20.1.79).

„Zur Zeit werden in Baden-Württemberg 140 000 Bauern gefördert", d. h. knapp zwei Drittel. Viele Kleinbauern können die Verbilligung gar nicht oder nur in kleinstem Umfang in Anspruch nehmen, lohnen tut es sich erst ab einem größeren Maschinenpark. Dennoch: der Finanzbourgeoisie sind die 140 000 bei weitem zuviele. Die SPD-Regierung hat erklärt, die Gasölverbilligung verursache der Bundesregierung weit höhere Kosten als die Bauern an Steuern aufbrächten. Mehr Steuern und verschärfte Kriterien für die Vergabe von verbilligtem Gasöl, das ist der Plan.

Vernichtungsprogramm gegen die kleinen Winzer in Südeuropa

EG „saniert" Weinbau / Agrarpreisverhandlungen: faktische Preissenkung geplant

z.ulg.Rom. An diesem Montag tritt in Brüssel der EG-Agrarministerrat zur Beratung über die neuen Agrarpreise zusammen. Die EG-Kommission hat dafür einen einfachen Vorschlag gemacht: Die Erzeugerpreise sollen 1979 *gar nicht* erhöht werden. Bis Ende April haben die Minister Zeit zu überlegen, mit welchen Spaltungs- und Täuschungsmanövern der Bewegung der Bauern begegnet werden kann, die sich gegen diese faktische Preis*senkung* unzweifelhaft entwickeln wird, und wie bei gleicher Gelegenheit der Konkurrenz eins ausgewischt werden kann.

Zum Beispiel mit diversen Abwertungen der „grünen" Währungen. So will die italienische Regierung die „grüne Lira" um 10% abwerten, was entsprechende Kürzung der „Grenzausgleich" getauften Exportsubventionen für die – vor allem westdeutsche – Konkurrenz bedeuten würde. Für die italienischen Bauern würde die Erhöhung der Erzeugerpreise um 10% bei weitem nicht ausreichen, um die raschen Preissteigerungen für Landmaschinen, Dünger und Saatgut auszugleichen: Allein 1978 sind nach offiziellen Angaben die Betriebskosten um 19% gestiegen.

Mit vorweihnachtlichem Jubel wurde im Dezember verkündet, nach Beendigung des „Weinkrieges" zwischen Italien und Frankreich könne nun endlich das „Mittelmeerpaket" der EG seinen Lauf nehmen. In ihrem jetzigen Vorschlag liefert die Kommission eine neue Kostprobe für „Mittelmeerpolitik". Die Höchstquote für die italienische Zuckerrübenproduktion soll von 15,6 auf 14,76 Mio. dz gesenkt werden, obwohl das Land schon bisher große Mengen Zucker importieren muß. Dafür soll die Prämie für Hartweizen, den Grundstoff der Nudelherstellung beibehalten werden. Wirklich fürsorglich: Erst diktieren die EG-Imperialisten der italienischen Regierung, die Arbeiterklasse auf Brot und Nudeln zu setzen, dann sorgt die Kommission dafür, daß auch genug Hartweizen produziert wird.

In Wirklichkeit ist auch der Wein-Frieden nichts anderes als ein großangelegtes Programm zur Ruinierung der kleinen Winzer in den Mittelmeerländern. Auf fünf Jahre kalkuliert die EG-Kommission die Zeit, „damit die Strukturmaßnahmen ihre volle Wirkung erreichen". Wir gut es sich da trifft, daß für den „Beitrittskandidaten" Griechenland eine Übergangszeit von just – fünf Jahren festgelegt wurde.

Im letzten Jahr hat die EG-Kommission ihr Programm zur Konzentration des Weinbaus in den Händen weniger Großagrarier und Weinkonzerne „kodifiziert". Bereits seit 1976 ist die Neuanpflanzung von Tafelwein-Reben grundsätzlich verboten. Künftig soll sie nur auf „besonders zum Weinbau geeigneten Flächen" und möglichst zur Umstellung auf „Qualitäts"weinproduktion genehmigt werden. Tatsächlich haben z.B. in Italien Agrarier und Weinkonzerne längst den großen Teil der „besonders geeigneten Flächen" in ihre Hände gebracht, z.B. in der Chianti-Gegend in Mittelitalien.

Um die kleinen Winzer von ihrem „wenig geeigneten" Boden zu vertreiben, rechnet die Kommission mit der vereinigten wohltätigen Wirkung ihrer Prämien und des Bankagenten. Für die Rodung von Rebflächen, verbunden mit der Verpflichtung, auf acht Jahre keine neuen Reben anzupflanzen, gibt es die „Umstellungsprämie", etwa 8500 DM/ha. Nicht viel, aber doch ein bißchen, um die dringendsten Schulden zu bezahlen. Verschuldet sich der Winzer in der Folge um so mehr – die Erträge sinken ja –, winkt schon die „Aufgabeprämie", rund 6800 DM/ha, für die sich die Winzer „für alle Zeit" verpflichten müssen, „die von ihnen bewirtschaftete Rebfläche nicht zu erweitern, sofern sie noch weiter Reben anbauen." Ja, sofern.

Wo das nicht reicht, hat die Imperialistenbande noch weitere Mittel parat. Der zu Weihnachten geschlossene „Weinfrieden" besteht darin, daß die EG bei Preisfall den Verkauf von Wein unter einem Mindestpreis untersagt, wie die französischen Imperialisten gefordert hatten, zugleich aber zu diesem Mindestpreis allen Wein zur Destillation ankauft. Wie hoch dieser Destillationspreis liegen soll, hatte die Kommission bereits in einem Verordnungsentwurf angedeutet: bei 55% des Durchschnittspreises der letzten Jahre.

Das gilt natürlich nur für die kleinen Winzer. Denn gleichzeitig gibt es „Verträge über private Lagerhaltung". Dafür werden die „technischen Kosten" und ein Zins erstattet. Bei „langfristigen Lagerverträgen" gibt es „wegen des Risikos" einen Aufschlag von 20%. „Langfristige Lagerverträge" werden in der Regel nur kapitalistische Weinproduzenten abschließen können, denn kein kleiner Winzer kann über neun Monate auf die Einnahmen aus dem Weinverkauf verzichten, sofern er überhaupt über eigene Keltereinrichtungen und Lagerräume verfügt.

Mit dem „Risiko" des Agrariers dagegen verhält es sich so. Hält der Preisfall an, so können die Lagerverträge verlängert werden (mit dem Aufschlag von 20%) und/oder der Wein wird zu dem zu Beginn des Lagervertrags geltenden Interventionspreis (gewöhnlich 95% des Durchschnittspreises der letzten Jahre) zur Destillation angekauft.

Amerikanische Farmer gegen Carters Landwirtschaftspolitik



USA: Mit einem 25 km langen Traktor-Konvoi mit dem Ziel Washington (2. Februar) fahren Farmer über die Autobahn in Virginia. Sie werden sich noch mit drei weiteren Konvois aus allen Staaten der USA vereinigen. Sie protestieren gegen Carters Landwirtschaftspolitik, die mit der Kürzung des Etats um 2 Mrd. Dollar eine weitere Welle des Bauernlegens einleiten will. „Es ist kein Witz, wir gehen kaputt", steht auf dem Schild.

VR China errichtet zweite große Mauer

z.dab. In einem „großen Sprung nach vorn" wird die VR China bis 1985 eine mehrere tausend Kilometer lange „grüne Mauer" aus Bäumen bauen, um das Vordringen der Wüste und weitere Erosionen zu verhindern. Der Schutzgürtel wird sich durch 11 Provinzen ziehen, von Heilongjiang im Nordosten bis zum Autonomen Gebiet Xinjiang Uygur im Nordwesten. Der Baumgürtel wird eine Fläche von 5,33 Mio. ha bedecken bei einer durchschnittlichen Breite von 11,1 km – das sind dreimal so viel Hektar wie 1949 bis 1975 aufgeforstet wurden – und 13 Mio. ha Farm- und Weideland schützen. Durch Ausdehnung der Ackerbauflächen, ohne auf die notwendigen Aufforstungen zu achten, wurde – auch nach der Befreiung – nicht nur das Vordringen der Wüste beschleunigt, sondern auch das Abtragen der Erdkruste durch Wind und Regen. Der Gelbe Fluß transportiert heute 16 Mrd. t Schlamm jährlich ins Meer. 4000 bis 5000 t Erde werden jährlich von jedem Quadratkilometer dieser Region abgewaschen. Das hatte schädliche Auswirkungen: im Kreis Guyuan des Autonomen Gebietes Ningxia Hui fiel die pro Bauer an Getreide produzierte Menge von 1949 bis 1977 von 510 kg auf 190 kg jährlich. Ihr Einkommen lag bei 50 oder weniger Yuan. Die „große grüne Mauer" soll den Ausstoß von Getreide um 20% und die Grasflächen um 100% steigern. Der Waldbestand auf den Lößhöhen soll von 5 auf 18% anwachsen.

Bulgarien: Wucherpacht für Privatparzellen

z.pek. Mit der Einrichtung der „Agroindustriellen Komplexe" seit Anfang der siebziger Jahre wurde die Landwirtschaft Bulgariens zum Gemüse- und Obstgarten der Sozialimperialisten auf agrarkapitalistischer Grundlage ausgerichtet. Den daraus erwachsenden Mangel der Volksmassen an Obst und Gemüse nutzt die neue Bourgeoisie als neuerlichen Quell der Bereicherung. Seit dem vergangenen Jahr werden die großindustriell nicht bebaubaren Parzellen an Arbeiter zur Deckung ihrer eigenen Nahrungsmittelversorgung verpachtet. Wenn sich

Bulgarien: Wucherpacht für Privatparzellen

z.pek. Mit der Einrichtung der „Agroindustriellen Komplexe" seit Anfang der siebziger Jahre wurde die Landwirtschaft Bulgariens zum Gemüse- und Obstgarten der Sozialimperialisten auf agrarkapitalistischer Grundlage ausgerichtet. Den daraus erwachsenden Mangel der Volksmassen an Obst und Gemüse nutzt die neue Bourgeoisie als neuerlichen Quell der Bereicherung. Seit dem vergangenen Jahr werden die großindustriell nicht bebaubaren Parzellen an Arbeiter zur Deckung ihrer eigenen Nahrungsmittelversorgung verpachtet. Wenn sich
die Arbeiter auf diese Weise schlecht und recht mit Gemüse versorgen wollen, sind sie nicht nur gezwungen, sich nach Feierabend auf den 100 Quadratmeter großen Parzellen abzurackern, sondern müssen auch noch einen erheblichen Pachtzins bezahlen und sind den Schikanen des revisionistischen Staatsapparates ausgesetzt. In den Bestimmungen über die Verpachtung innerhalb des „Systems der landwirtschaftlichen Selbstversorgung" heißt es, daß „die Privatparzellen demjenigen wieder entzogen werden, der sie nicht vorschriftsmäßig benutzt oder seinen vertraglichen Verpflichtungen (z.B. pünktliche Zahlung des Pachtzinses) nicht nachkommt."

Tarifkampf der italienischen Landarbeiter

z.erm.Rom. Mit einem nationalen Streik haben die 1,1 Millionen Landarbeiter Italiens den Tarifkampf aufgenommen. Die Landarbeitergewerkschaft fordert die Erhöhung der nationalen Mindestlöhne von derzeit zwischen 700 bis 800 DM um 24500 Lire (ca. 50 DM) und die Erhöhung der Produktionsprämie um 3%. Während für die Arbeiter in 18 südlichen Provinzen, die nicht mehr als den Mindestlohn verdienen, die Forderung in voller Höhe erhoben wird, soll sie zum Ausgleich der regionalen Unterschiede in den restlichen 72 Provinzen auf die dort bestehenden Zuschläge angerechnet werden. Aufgrund der niedrigen Forderung würden somit die Landarbeiter in einigen Regionen lediglich die Erhöhung der Produktionsprämie erhalten, was den Tarifkampf schwächen kann. Neben Forderungen zur Verbesserung des Versicherungsschutzes fordert die Gewerkschaft die Beschränkung der Überstundenhöchstzahl auf 200 jährlich. Die Agrarkapitalisten beuten die Landarbeiter insbesondere in Bereichen der ersten Verarbeitungsstufe, z.B. beim Einfrieren der Tiefkühlkost, oft 13 bis 14 Stunden täglich aus. Auf diese Weise konnten sie die Zahl der jährlichen Arbeitstage der über 920000 Tagelöhner seit 1961 von durchschnittlich 102 auf 84 drücken. – Für den 9. Februar haben auch die Waldarbeiter einen nationalen Streik angekündigt.

Richter Mattes: „Boykottausschuß... eine kriminelle Vereinigung“ – 15 Monate Gefängnis

sua. Heidelberg. Zu 15 Monaten Gefängnis ohne Bewährung wurde am 24.1. der Germanistikstudent Dieter Emig vor dem Heidelberger Amtsgericht verurteilt. Die ebenfalls wegen des Klausurenboykotts angeklagte ehemalige Fachschaftsvertreterin Sabine Koch wurde zu 3 Monaten mit Bewährung und 1800 DM Geldstrafe verurteilt. Das waren die ersten Gefängnisstrafen in der Reihe dieser Prozesse. Vorbereitet wird damit der Prozeß gegen H. Sautmann, S. Schmitt und C. Koepsell, die ebenfalls als Fachschaftsvertreter den Klausurenboykott mitorganisiert haben. Mit diesem Prozeß, der vor der Großen Strafkammer stattfindet, will die Bourgeoisie ein Grundsatzurteil fällen, das ein für allemal das Verbot des Koalitions- und Streikrechts für die Studenten und die uneingeschränkte Willkür der Professoren absichert.

In seiner 3stündigen Urteilsbegründung gab Richter Mattes schon die Linie an: „Was es mit dem Streik an der Hochschule auf sich hat, ist auf jeden Fall verwerflich und strafbar... Greift man... in das Recht der Lehrfreiheit ein, dann verletzt das die Grundrechte der Hochschulbeamten.“ Diese „Grundrechte“ der „Hochschulbeamten“ sichern dem Professor im § 4 des Universitätsgesetzes „die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre“, „insbesondere die Abhaltung von Lehrveranstaltungen und deren inhaltliche und methodische Gestaltung“. Wollen die Studenten nun z.B. im Seminar über das Vorgehen gegen das neue BAFöG-Gesetz der Regierung diskutieren, so stellt dies bereits eine „Nötigung“ des Professors dar.

Lassen sie sich nicht – wie es im § 38 des Universitätsgesetzes unter „Ziel des Studiums“ festgelegt ist – „zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ „befähigen“, will heißen: abrichten, so begehen sie „Hausfriedensbruch“, denn „einen Hausfriedensbruch begeht bereits, wer in störender Absicht die Universität betritt“, und „störende Absichten“ haben die Studenten allemal, wenn sie sich gegen die Studienbedingungen zusammenschließen, mit denen sie zwangsweise zur „wissenschaftlichen“ Verteidigung der Ausbeuterordnung der Kapitalisten „befähigt“ werden sollen.

Das tiefempfundene Grausen der Professoren vor diesem „Tatbestand“ drückt Richter Mattes in den wüstesten Worten aus: Die Studenten bezeichnet er als „wildgewordene Akademiker“, „Meute“, die „in die Schlacht geführt“ worden sei. „Der Boykottausschuß ist nichts anderes als eine kriminelle Vereinigung, die zu strafbaren Handlungen aufrief“, so faßte er der langen Urteilsbegründung kurzen Sinn zusammen.

Dieses Ziel verfolgen die Reaktionäre – sie sind die Feinde der Vertretungsrechte der Studenten. Es ist sicher, daß nicht bloß an der Heidelberger Universität der Widerstand gegen dieses Urteil dokumentiert wird.

Als Lehrer nur die Besten, der Rest „flexibler und mobiler“

z.mos. 196 Seiten „Emfehlungen zur Differenzierung des Studienangebots“ hat der Wissenschaftsrat dem Bundespräsidenten übergeben. Das ist als Anweisung an die überregional und regional eingerichteten Studienreformkommissionen zu verstehen, im Sommersemester an allen Hochschulen die Aussiebung rationeller, billiger und für die Kapitalisten dienstbarer zu machen. „Ziel dieser Vorstellung ist es, die Ausbildungsmöglichkeiten in den Lehrerbildungsfächern voll zu nutzen, ohne die Studenten wie bisher beinahe ausschließlich auf das Berufsziel des Lehrers festzulegen.“ (Braunschweiger

lich 6 Jahre studiert, soll jetzt ein Teil dieser Studenten den Kapitalisten frühzeitig als Werbetexter, Sachbearbeiter, pädagogischer Reiseleiter, als Journalist oder im diplomatischen Dienst und Erwachsenenbildung zur Verfügung stehen und so zusätzlichen Druck auf das Lohnniveau in diesen Bereichen ausüben. Die „Besten“ sollen dann das vierjährige „Aufbaustudium“ als Lehrer machen können.

„Herkömmliche Erwartungen hinsichtlich des beruflichen Status und der Einkommenshöhe müßten revidiert werden“, schreibt das Handelsblatt.

Als Lehrer nur die Besten, der Rest „flexibler und mobiler“

z.mos. 196 Seiten „Emfehlungen zur Differenzierung des Studienangebots“ hat der Wissenschaftsrat dem Bundespräsidenten übergeben. Das ist als Anweisung an die überregional und regional eingerichteten Studienreformkommissionen zu verstehen, im Sommersemester an allen Hochschulen die Aussiebung rationeller, billiger und für die Kapitalisten dienstbarer zu machen. „Ziel dieser Vorstellung ist es, die Ausbildungsmöglichkeiten in den Lehrerbildungsfächern voll zu nutzen, ohne die Studenten wie bisher beinahe ausschließlich auf das Berufsziel des Lehrers festzulegen.“ (Braunschweiger Zeitung, 26.1.79) Schon lange klagt die Bourgeoisie über die geringe Mobilität der ca. 18000 arbeitslosen Lehrer, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. Sie würden nur „ungern Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten und zeitlich befristete Arbeitsplätze annehmen“, klagt die Bundesanstalt für Arbeit. Nach dreijährigen Studiengängen sollen „die Absolventen auch solche Tätigkeiten übernehmen müssen, die dem Ausbildungsfach vergleichsweise fernstehen“ (Wissenschaftsrat). Es soll ein „hohes Maß an beruflicher Mobilität und Flexibilität vermittelt werden“ (BZ). Während bisher ein Lehrerstudent durchschnitt-

lich 6 Jahre studiert, soll jetzt ein Teil dieser Studenten den Kapitalisten frühzeitig als Werbetexter, Sachbearbeiter, pädagogischer Reiseleiter, als Journalist oder im diplomatischen Dienst und Erwachsenenbildung zur Verfügung stehen und so zusätzlichen Druck auf das Lohnniveau in diesen Bereichen ausüben. Die „Besten“ sollen dann das vierjährige „Aufbaustudium“ als Lehrer machen können.

„Herkömmliche Erwartungen hinsichtlich des beruflichen Status und der Einkommenshöhe müßten revidiert werden“, schreibt das Handelsblatt. Durch die im Grundstudium obligatorischen Kurse in Buchführung, Schreibmaschine, Stenographie, Datenverarbeitung und Betriebspraktika können sie eben „mehr“ als nur Lehrer sein. Warum dann nicht gleich allen Lehrern das Gehalt kürzen? Ausgangspunkt ist die Intensivierung der Vernutzung der Arbeitskraft auf der Grundlae ihrer völligen Entrechtung und materiellen Abhängigkeit im Studium. 50 bis 60 Stunden in der Woche soll die Arbeitszeit dieses dreijährigen Studienganges sein, auf jeden Fall 8 Semesterwochenstunden mehr als bisher, die Zahl der Prüfungen soll vereinheitlicht und erhöht werden.

Hamburger Senat richtet Arbeitshäuser ein

r.urk. Der Hamburger Senat hat in den letzten Jahren Arbeitshäuser für Jugendliche, die sogenannten Berufsvorbereitungsheime (BVH) ausbauen lassen, die vom Amt für Jugend als „Förderung“ der Jugend, vor allem guter Sonderschüler und schlechter Hauptschüler propagiert werden. Das Ziel dieser Einrichtungen ist lt. Radio-Interview mit Innungsvorstand des Metallgewerbes Beuke (26.1.), daß die Jugendlichen „an geregelte Arbeit herangeführt werden“. Sie „lernen die Verhältnisse hier kennen, die sie draußen in der Wirtschaft vorfinden werden“. Zufrieden hat sich die Innung am Tag der offenen Tür im BVH Helbingtwiete am 27.1. geäußert über die gute Zusammenarbeit des Amtes für Jugend und der freien Wirtschaft und sich bereit erklärt, 15 Jugendliche in eine Ausbildung zu übernehmen. Kein Wunder, denn das Amt für Jugend finanziert aus Steuergeldern die Abrichtung der Jugendlichen, damit sie „Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit“ entwickeln und sich „gewöhnen ... an Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Ordnung und Sauberkeit“ (Informationen über BHV des Amtes für Jugend). Nach einem Jahr „Förderlehrgang“ wird den Jugendlichen bescheinigt, in welchem Bereich sie abgerichtet worden sind. Aus der Helbingtwiete erhalten ca. 50% der Jugendlichen einen Ausbildungsvertrag, die anderen werden als Hilfsarbeiter vom Arbeitsamt vermittelt. Allerdings, so muß der Leiter einräumen, springen viele schon vorher ab, und es seien Plätze frei. Das soll der Tag der offenen Tür ändern, damit die Handwerksinnung weiterhin Jugendliche, die schon Grundfertigkeiten der Produktion erlernt haben, von hier übernehmen kann.

Bedauernd stellt Beuke im Radio fest, daß eine „Diffamierung der Mädchen“ und damit eine Auslese stattfindet, denn nicht in allen Berufszweigen können Mädchen übernommen werden, weil sie „z.B. nicht mehr als 6kg heben dürfen“. Diese Grenzen in der schrankenlosen Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft will er eingerissen sehen.

Die Jugendlichen erhalten für die Abrichtung zum Lohnsklaven in den BHVs 2,53 DM je Tag Anwesenheit, wovon täglich 1,20 DM für das Mittagessen wieder abgezogen wird, so daß ein Taschengeld von 1,33 DM übrigbleibt. Zu dieser Großzügigkeit des Hamburger Senats verkündet die Behörde, daß die Kosten der Berufsvorbereitung sogar über Berufsausbildungsbeihilfe finanziert würden.

Kein Durchkommen für die Reaktion in NRW mit dem Studentenschaftsgesetz

z.wob. Die Landesregierung arbeitet hartnäckig daran, Schritt für Schritt das Studentenschaftsgesetz gegen die Studentenmassen durchzusetzen. Nachdem in den letzten Semesterferien der Duisburger Gesamthochschul-AStA – im Sommersemester gewählt auf Grundlage der Satzung der Studenten – durch Polizeieinsatz amtsenthoben worden ist, ist im Wintersemester der AStA der Sporthochschule Köln durch Polizeieinsatz geräumt worden, letzten Dienstag der AStA der GHS Essen.

Hartnäckig und breit ist der Widerstand, den die besitzlosen Studenten gegen die Beseitigung der Organe der Verfaßten Studentenschaft als ihre selbständigen Vertretungs- und Kampforgane leisten.

An den meisten Hochschulen des Ruhrgebietes sind die von den Rektoren nach dem SSG anberaumten Wahlen boykottiert worden, dafür Wahlen nach eigener Satzung durchgeführt worden. In weiser Voraussicht hat der Wissenschaftsminister in seiner Verordnung über die Grundsätze des Wahlverfahrens den § 11 „Wahlverfahren in Sonderfällen“ eingefügt, wo es heißt: Daß, wenn keine oder zu wenige Kandidaten sich zur Wahl melden, jeder Student gewählt werden kann, und wenn die Sitze des SP dann immer noch nicht voll sind, die restlichen unbesetzt bleiben. Dieser Sonderfall ist bisher mindestens dreimal zur Anwendung gekommen: an der FH Düsseldorf, wo sich nur ein Student zur Wahl gestellt hat (Wahlbeteiligung 1,88%), an der FH Aachen, wo 11 Studenten kandidiert haben und 21 gewählt worden sind (Wahlbeteiligung 3,23%) und an der Sporthochschule Köln, wo es ganze 2 Kandidaten gab und 32 gültige Stimmen insgesamt abgegeben wurden.

Hat sich die Boykott-Taktik bewährt im Kampf gegen das Studentenschaftsgesetz?

Was die Durchführung des Boykotts anbetrifft, zeichnet sich landesweit eine Spaltung entlang den Hochschularten ab. An den meisten Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen und Gesamthochschulen sind die Wahlen nach eigener Satzung durchgeführt, die Wahlen nach SSG boykottiert worden. An den meisten Universitäten sind die Wahlen nach SSG durchgeführt worden. Was das Ergebnis anbetrifft, so werden die nach eigener Satzung gewählten ASten von den Hochschulverwaltungen nicht anerkannt, so an der Sporthochschule Köln trotz zweiwöchigem Streik. Abzusehen ist, daß auf der Linie der Durchführung der Wahlen nach eigner Satzung und des Boykotts der Wahlen nach SSG nicht lange wird verfahren werden können. Was sind die Ursachen?

Die Studentenbewegung hat in dem bundesweiten Streik im Winter 77 ihre Forderungen nicht durchsetzen können, weshalb die Landesregierung Schritt für Schritt darangehen konnte, die Hochschulgesetze zu verabschieden. In solch einer Lage kann eine Taktik nicht erfolgreich sein, die sich nicht auf den Hauptpunkt der Unterdrückungswirkung dieser Gesetze konzentriert. Der Hauptpunkt der Unterdrückungswirkung des SSG ist nicht der Zeitpunkt der Wahl und das Wahlverfahren, sondern sind die Bestimmungen, die die Vertretungsorgane vom Einfluß der Studentenmassen abschotten und sie auf Zusammenarbeit und Kontrolle durch den bürgerlichen Staat festlegen.

Die Anerkennung der Organe der Verfaßten Studentenschaft als selbständige Vertretungs- und Kampforgane der Studenten kann gegen den Staat nur durchgesetzt werden, indem diese Organe die Vertretung der Interessen der Studenten und die notwendigen Kampfschritte dazu organisieren, dabei Rechte der Vertretungsorgane durchzusetzen gegenüber dem Staat wie das Einspruchsrecht.

Die Pläne der Regierung, sich mit dem 6. BAFöG-Änderungsgesetz einen gewaltigen Hebel zu schaffen zur Durchsetzung der Studienreform, die gerade veröffentlichten Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Differenzierung des Studienangebots, die einen umfassenden Vorschlag darstellen zur Schaffung billiger, mobiler, flexibler Arbeitskräfte, zeigen die Dringlichkeit, diese Rechte durchzusetzen. Die zahlreichen hartnäckigen Auseinandersetzungen zwischen Studentenmassen und Professoren in den Seminaren, die Breite der gewerkschaftlichen Bewegung in den Fachbereichen und Instituten ist ein Ausdruck der Verschärfung des Widerspruchs zwischen besitzlosen Studenten und Staatsapparat.

An einer Reihe von Hochschulen haben Listen kandidiert, die sich aus dieser Bewegung gebildet haben. So an der Universität Köln die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Fachschafter (AUF), die auf Anhieb über 1000 Stimmen bekommen hat und 6 von 51 Sitzen im SP.

Die Revisionisten haben die Boykottaktik an den Punkten eingeschlagen, wo sie in den Vertretungsorganen sitzen, und versucht, die Kraft der Studentenbewegung zu verpulvern, damit sie noch weiter in diesen Organen sitzen bleiben. Sie haben verhindert, daß die Organe der VS die Vertretung der Interessen der Studenten und die notwendigen Kampfschritte organisieren. An der Sporthochschule Köln haben die Erstsemester zu Beginn des WS die Einführung eines Schecksystems boykottiert, das die Möglichkeit einschränkt, die Kurse zu einem selbst gewählten Zeitpunkt zu machen und sie zu wiederholen. Den Kampf gegen die Anerkennung des AStA haben die Revisionisten getrennt von den Auseinandersetzungen um die Seminarbedingungen. Jetzt ist die Lage, daß weder der AStA anerkannt ist, als auch daß der Rektor vorhat, im nächsten Semester das Schecksystem weiterzuführen und noch auszudehnen. In Köln und Bonn verschweigen die Revisionisten systematisch das 6. BAFöG-Änderungsgesetz. Der SHB hat in seiner Wahlzeitung zu den PH-Rheinland-Wahlen zum BAFöG nur soviel geschrieben, daß er eifrig im Interesse der Studenten in den Bafög-Ausschüssen „den rechtlichen Rahmen des BAFöG-Gesetzes“ ausgeschöpft habe.

Die Studentenbewegung kann mit der Fesselung durch die Sozialdemokraten und die Revisionisten brechen, wenn sie sich einigt auf ein Programm auf der Grundlage ihrer gewerkschaftlichen und politischen Interessen und die Organe der Verfaßten Studentenschaft darauf verpflichtet. Dazu müssen die zu Beginn des nächsten Semesters anstehenden Fachschaftswahlen genutzt werden. Gut ist, wenn man sich an den Hochschulen auf die einheitliche Durchführung der Wahlen und die einheitliche Stoßrichtung des Programms einigt.

1,88%), an der FH Aachen, wo 11 Studenten kandidiert haben und 21 gewählt worden sind (Wahlbeteiligung 3,23%) und an der Sporthochschule Köln, wo es ganze 2 Kandidaten gab und 32 gültige Stimmen insgesamt abgegeben wurden.

Hat sich die Boykott-Taktik bewährt im Kampf gegen das Studentenschaftsgesetz?

Was die Durchführung des Boykotts anbetrifft, zeichnet sich landesweit eine Spaltung entlang den Hochschularten ab. An den meisten Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen und Gesamthochschulen sind die Wahlen nach eigener Satzung durchgeführt, die Wahlen nach SSG boykottiert worden. An den meisten Universitäten

durchzusetzen gegenüber dem Staat wie das Einspruchsrecht.

Die Pläne der Regierung, sich mit dem 6. BAFöG-Änderungsgesetz einen gewaltigen Hebel zu schaffen zur Durchsetzung der Studienreform, die gerade veröffentlichten Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Differenzierung des Studienangebots, die einen umfassenden Vorschlag darstellen zur Schaffung billiger, mobiler, flexibler Arbeitskräfte, zeigen die Dringlichkeit, diese Rechte durchzusetzen. Die zahlreichen hartnäckigen Auseinandersetzungen zwischen Studentenmassen und Professoren in den Seminaren, die Breite der gewerkschaftlichen Bewegung in den Fachbereichen und Instituten ist ein Ausdruck der Verschärfung

schrieben, daß er eifrig im Interesse der Studenten in den Bafög-Ausschüssen „den rechtlichen Rahmen des BAFöG-Gesetzes“ ausgeschöpft habe.

Die Studentenbewegung kann mit der Fesselung durch die Sozialdemokraten und die Revisionisten brechen, wenn sie sich einigt auf ein Programm auf der Grundlage ihrer gewerkschaftlichen und politischen Interessen und die Organe der Verfaßten Studentenschaft darauf verpflichtet. Dazu müssen die zu Beginn des nächsten Semesters anstehenden Fachschaftswahlen genutzt werden. Gut ist, wenn man sich an den Hochschulen auf die einheitliche Durchführung der Wahlen und die einheitliche Stoßrichtung des Programms einigt.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben von der Kommunistischen Hochschulgruppe Mittlerer Oberrhein für die Studenten der Universität Karlsruhe — Jg. 2 Nr. 4 — 29. Januar 1979

Mit der Arbeitswissenschaft gegen die kapitalistische Rationalisierung?

z.kls. Stellenweise ausgelacht wurde der Vertreter von SEL, Dr. Anexer, auf der Veranstaltung „Auswirkungen technischer Entwicklungen auf die Arbeitswelt“ am letzten Mittwoch in der Uni Karlsruhe. Ein Vertreter der Kapitalisten, ein Vertreter der Gewerkschaft und zwei Professoren waren im Rahmen des sogenannten „studium generale“ eingeladen worden. Der Gaede-Hörsaal war überfüllt mit Studenten. Der junge dynamische Manager von SEL versuchte zuerst die Rationalisierung auszugeben als Humanisierung des Arbeitsplatzes. Z.B. die Rationalisierung in der Bildröhrenproduktion von SEL Esslingen. Er versuchte tatsächlich den Studenten weiszumachen, daß das Ziel ist, die Maschinen an den Menschen anzupassen und das eigentliche Problem nur in der rechtzeitigen Umschulung besteht.



Die Studenten widerlegten ihn mit harten Zahlen über die Steigerung des Umsatzes bei gleichzeitiger Senkung der Beschäftigtenzahlen. Gleichzeitig wird die Arbeit intensiviert und die Schichtarbeit ausgedehnt, wie in der Stahlindustrie. Ab da redete Andexer nur noch von der „Randbedingung Gewinn“ und „unserer“ Konkurrenzfähigkeit, womit er keinen Blumentopf mehr gewinnen konnte. „Die Politik des Unternehmens wird doch von uns allen bestimmt...“ Antwort: Gelächter. Auf die Forderung nach mehr Lohn und die 35-Stundenwoche versuchte er: „Da kann ich nur sagen: Wer soll das bezahlen...“ Der Rest ging in Gelächter unter. Denn Zahlen über die jährliche Gewinnentnahme waren von den Studenten genannt worden.

Sozialdemokratische Kritik an den Positionen der Kapitalisten ist, wie man an den Beiträgen des IGM Vertreters H. Jäger sah, schwache Kritik und falsche Kritik, weil sie die Rationalisierung unter allen möglichen Deckmäntelchen fördert. Die Position der IGM, besser gesagt: des IGM-Vorstandes ist:

– Rationalisierung wird gefordert, wenn Gesundheit, Arbeitssicherheit, humane Gestaltung des Arbeitsplatzes etc. es erfordern.
– Rationalisierung wird abgelehnt, wenn es eine unerträgliche Belastung des Arbeitnehmers bedeutet.
– Prinzipiell steht die IGM der Rationalisierung positiv gegenüber, weil sie die Wettbewerbsbedingungen verbessert, die Produkte verbilligt usw. Diese Rationalisierung wird befürwortet, wenn sie keine negativen Auswirkungen auf die Arbeitnehmer hat.

Diese Position läßt nicht nur jeden Spielraum für die Argumente der Kapitalisten, sondern fordert und fördert die Rationalisierung, wie sie z.B. die Bundesregierung mit dem Programm „Humanisierung des Arbeitslebens“ betreibt (Fördermittel: 1974 12,7 Mio. DM, 1975 29,4 Mio., 1976 39,9 Mio., 1977 48,5 Mio., geplant 1980 120 Mio., 1982 150 Mio.).

Prof. von Friedeburg (Frankfurt) und Dr. Bullinger (Stuttgart) schlugen in die gleiche Kerbe. Bullinger: der Konstrukteur einer NC-Maschine konstruiert deswegen keine „menschengerechte Maschine“, weil er es nicht weiß, weil er keine Vorlesung über Arbeitswissenschaft hören mußte. Sein Vorschlag ist, mehr Funktionen in den Arbeitsplatz an einer Maschine zu legen, damit er qualifizierter, menschengerechter ist, und nicht so stupide und unqualifiziert. Er geht davon aus, daß menschengerechte Arbeit und Rentabilität sich nicht widersprechen.

Unter der Illusion, daß die antagonistischen Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaft „sich nicht widersprechen“, will er die Studenten unter fortschrittlichem Mäntelchen für die kapitalistische Rationalisierung gewinnen. Eine Maschine mit mehr Funktionen versehen, heißt: Mehr Arbeit. Prof. Rühl, Arbeitswissenschaftler an der Uni Karlsruhe, macht Auftragsforschung für die Kapitalisten (z.B. Pfaff); er ließ ein Flugblatt verteilen, wo er seine Arbeitswissenschaft anstelle des Kampfes der Arbeiterklasse preist. Den Mund aufzumachen traute er sich nicht, denn seine Taten sind allzu bekannt an der Uni. Der Kampf der Arbeiterklasse setzt der kapitalistischen Rationalisierung Schranken, und mit der sozialen Revolution wird das Eigentum der Kapitalisten an Maschinerie beseitigt und die Maschinerie in den Dienst der produzierenden Klasse überführt.

Hamburger Polizisten gegen Überstunden und für bessere Besoldung

z.ano. 3400 Polizisten haben nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei in Hamburg gegen die elende Besoldung und die ständige Überstundenschinderei und Schichtarbeit demonstriert. Die Gewerkschaftsführung hatte mit 1000 Teilnehmern an der Demonstration gerechnet (Hamburger Abendblatt, 24.1.), erschienen sind aber 3400.

Die Lage der Polizisten im Mittleren Dienst – hier sind 6580 der insgesamt 10000 Hamburger Polizisten konzentriert – ist elend. Der Mittlere Dienst ist nach der Entlohnung folgendermaßen aufgeteilt:

Wachtmeister:	980,67 DM	Grundgehalt
plus	559,41 DM	Ortszuschlag
zusammen	1540,08 DM	
Hauptwachtmeister:	1038,00 DM	Grundgehalt
plus	559,41 DM	Ortszuschlag
zusammen	1597,41 DM	
Polizeimeister:	1121,86 DM	Grundgehalt
plus	648,38 DM	Ortszuschlag
zusammen	1770,24 DM	
Polizeiobermeister:	1174,92 DM	Grundgehalt
plus	648,38 DM	Ortszuschlag
zusammen	1823,30 DM	
Polizeihauptmeister:	1312,85 DM	Grundgehalt
plus	681,67 DM	Ortszuschlag
zusammen	1994,52 DM	

Prozentige Lohnerhöhung wird nur auf das Grundgehalt berechnet.

Rund 800 Polizisten des Mittleren Dienstes müssen Schichtarbeit machen – ähnlich wie in der Contischicht haben sie nur alle 4 Wochen ein freies Wochenende. Eine Schichtzulage bekommen sie nicht, und für die Nachtstunden bekommen sie nur 75 Pfennig Nachtzuschlag. Alle Polizisten werden ständig zu Überstunden gezwungen – allein im letzten Jahr waren es über 1,5 Mill. zusätzlicher Unterdrückertätigkeit. Sie selber sind der ständigen Überwachung und Unterdrückung durch die Polizeioffiziere (ab Revierführer aufwärts) ausgesetzt. Die Triebkräfte für die einfachen Polizisten, sich um die Forderungen nach Lohnerhöhung gegen Schicht und Überstunden zusammenzuschließen, sind stark und zwingen die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung und den Hamburger Senat zum Taktieren. So mußte die Gewerkschaftsführung in ihrem Flugblatt zugeben: „Nach 20 Jahren Schichtarbeit sind unsere Kollegen gesundheitlich verschrottet. 75 Pfennig pro Nachtstunde sind eine Unverschämtheit!"

Die Sozialdemokraten betreiben die Spaltung dieses Zusammenschlusses, indem sie die Ausweitung des Beförderungsplans fordern. Bisher wurden jährlich 10 bis 15 Polizisten aus dem Mittleren Dienst in den Gehobenen Dienst befördert – für jede Beförderung bewarben sich über 700 Polizisten. Angesichts dieser Lage konnte sich jeder Polizist ausrechnen, daß das Kratzen an der Vorgesetztentür ihm keine Lohnerhöhung durch Beförderung einbringen würde. Den einfachen Polizisten bleibt nur, auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren. Dazu haben nicht unwesentlich die Iran-Demonstrationen vor Weihnachten beigetragen. Dem Haß der Massen auf der Straße ausgesetzt, von den Offizieren ständig zu Überstunden gezwungen – das hat die „Motivation und das Betriebsklima" im Polizeiapparat erheblich zersetzt. „Ein großer Teil der Überstunden resultierte aus Terroristenbekämpfung und Demonstrationseinsätzen", so versucht Innensenator Staak die einfachen Polizisten gegen die Massen aufzubringen. Die Bourgeoisie weiß, daß das nicht zieht. Unmittelbar nach der Polizei-Demonstration hat die SPD den Beschluß gefaßt, die Stellenplanobergrenze im Mittleren Dienst um 100%, im Gehobenen Dienst um 50% auszuschöpfen. So sollen 1979 136 Polizeimeister zu Polizeiobermeistern befördert werden und 127 Polizeiobermeister zu Polizeihauptmeistern. 38 Polizisten des Mittleren Dienstes sollen in den Gehobenen Dienst befördert werden. 1,5 Mill. kostet das die Bourgeoisie zusätzlich, um den Mittleren Dienst besser zu spalten. Gleichzeitig versuchen die Sozialdemokraten in Gewerkschaft und Senat, den Haß der einfachen Polizisten auf die Schichtarbeit und die Überstundenschinderei zum Ausbau des Polizeiapparates zu nutzen. Sie fordern, die „Überstundenbelastung, die durch Demonstrationen, Terroristeneinsätze, Staatsbesuche usw." entsteht, durch Neueinstellungen zu vermindern. Im Aufruf der GdP heißt es dazu: „851 offene Stellen im Vollzugsdienst müssen besetzt werden ... uns fehlen Polizisten an allen Ecken und Kanten!"

Die Bourgeoisie hat trotz der hohen Arbeitslosigkeit große Schwierigkeiten, Jugendliche aus der Arbeiterklasse für den Unterdrückungsapparat zu rekrutieren.

Mobile Lagerung und Datenerfassung

Truppen sollen kriegsfähiger gemacht werden

r.wik. Die Nachschubtruppe in der Bundeswehr hat die Aufgabe, alle Truppengattungen des Heeres zu versorgen. Ihr obliegt die Bereitstellung, Verwaltung, Ausgabe und der Transport, sowie der Umschlag aller von der kämpfenden Truppe benötigten Versorgungsgüter, von Waffen bis hin zur Verpflegung. Von der Schnelligkeit des Nachschubs und seiner Präzision, hängt daher auch die Schnelligkeit des Vorstoßes der kämpfenden Truppe, kurz gesagt ihre Kriegsfähigkeit ab.

Mit Apel als Kriegsminister wird die Kriegsfähigkeit beständig ausgebaut und verbessert. „Wir wollen innerhalb der Bundeswehr rationalisieren, wo immer wir können, d.h. die Kapazitäten zusammentun, zusammenwerfen, gemeinsam transportieren, gemeinsam Nachschub organisieren usw." Mit weniger Soldaten mehr umschlagen und das in kürzeren Zeiten, um dann nicht nur die Nachschubtruppe zu verkleinern, sondern sie auch zu „Pilot-Diensten" für die Marinestreitkräfte und die Luftwaffe einsetzen zu können.

Schon jetzt sind die Teileinheiten der Nachschubkompanien unterbelegt und die beständige Ausweitung der Dienste kann nur noch durch verschärfte Unterdrückung aufrecht erhalten werden. In der Nachschubkompanie 330 in Lingen sind Arbeitskontrollsysteme für die Umschlagstaffeln eingerichtet und die Dienstaufsicht verschärft worden.

Der Transportzug hat seit Herbst einen Offizier als Zugführer erhalten. In der Nachschubkompanie 3./11 der Feldwebel-Lilienthal-Kaserne in Delmenhorst sind die Lagerhallen des Depots vergrößert worden, um neben größerem Lagerraum auch rationellere Verladung zu sichern. Nach dem Vorbild fabrikmäßiger Fertigung fahren die LKWs von einer Seite in die Hallen hinein, werden nacheinander abgefertigt und beladen und verlassen die Hallen auf der anderen Seite. Vor einem halben Jahr wurden peinlichst genau die Verladezeiten erfaßt. Auf Umlagerungsbefehl der Division wird das Versorgungsmaterial der Nachschubkompanie für die kämpfende Truppe ab sofort bis zum Juli 1979 in anderer Weise gelagert. Nämlich in solcher Form, daß das gesamte Kriegsmaterial, das auf einem LKW verstaut werden soll in einer viertel bis halben Stunde verladen ist.

Die Soldaten müssen zur Vorbereitung dieser „V-Fälle", die Boxen, die das Material enthalten, so ordnen, daß jeweils eine komplette LKW-Ladung bereitsteht. Der Unterlagerungsbefehl gilt bisher nur für Einzelverbrauchsgüter, also Ersatzteile. Vorher blieben die Boxen auf den LKWs und wurden von dort ausgeladen, jetzt werden mit Feldarbeitsgeräten, lediglich die in den Kasernen aufgefüllten Boxen komplett ausgeladen. Die in der 3./11 NschKp verladenen Boxen werden durch Computererfassung befehlsmäßig gefüllt. Die Lagerorte sind ebenfalls auf Computer erfaßt, ähnlich der Ersatzteilelager bei großen Konzernen. Die Soldaten müssen nach dieser Computerzusammenstellung die LKWs beladen. Wie ernst es Apel mit der kriegsmässigen Umstrukturierung der Bundeswehr ist, zeigt auch, daß die LKWs in Bergen-Hohne auf richtige Ladung hin überprüft werden. Mit dem Kalkül, daß statt Granaten Lebensmittel gen Osten geschickt werden, hat Apel nicht unrecht. Als Finanzhai ist sein Vertrauen in Computer ungetrübt, an denen wird es auch nicht liegen.

2500 demonstrieren gegen Ausbau von US-Munitionsbunkern im Erlanger Reichswald

z.kln. Die US-Besatzer wollen ihre Munitionsdepots im Raum Erlangen von bisher sechs auf 49 noch in diesem Jahr und insgesamt über 150 ausbauen. Der Grund ist laut CSU-Staatssekretär Vorndran, „daß sich bei einer NATO-Überprüfung 1977 die Notwendigkeit ergeben habe, die Kampfkraft der konventionellen Streitkräfte durch Verbesserung der Munitionsausstattung zu erhöhen". Die praktische Anwendung wird gegenwärtig im Manöver „certain sentinel" erprobt.

Eine breite Front kämpft gegen den Bau der Munitionsbunker. Am 7.1.79 kamen etwa 500 zur Platzbegehung auf das Gelände der US-Besatzer, zu der die Bürgerinitiative gegen die Munitionsbunker aus der nächsten Ortschaft – Uttenreuth – aufgerufen hatte. Am 27.1.79 demonstrierten in Erlangen nach Angaben der Presse 2500 gegen den Bau der Bunker.

Die bürgerlichen Parteien fürchten alle den Erfolg dieses Kampfes und versuchen sich an seine Spitze zu stellen, um ihn zu spalten und zu unterdrücken. Alle erklären sie, daß sie gegen den Bau der Bunker im Ballungsgebiet Nürnberg-Erlangen und für die Erhaltung des Reichswalds als Naherholungsgebiet sind. Die US-Truppen sollten sich doch nicht wie Besatzer, sondern wie Verbündete benehmen.



„Wir bejahen grundsätzlich die Anwesenheit amerikanischer Truppen auf deutschem Boden und haben auch volles Verständnis für die Forderung der US-Streitkräfte nach Munitionslagerstätten", beschlossen die Kreisverbände Erlangen Stadt und Land und wünschten sich Mitspracherecht „zumindest darüber, wo die Munitionsbunker nicht stehen sollen". Die SPD hat den gleichen Standpunkt; in der Presse groß veröffentlicht will sie aber lieber nur ihren Beschluß, im Bezirk dieses Jahr den Entspannungsschwindel zum Schwerpunkt ihrer Politik zu machen. CSU-Strauß hat erklärt, er halte „eine dezentrale Lagerung in kleineren Einheiten außerhalb des Ballungsraums für richtiger". Wegen der Sicherheit – der Munitionsdepots vor den Angriffen der revolutionären Volksmassen und der imperialistischen Rivalen, denen der Standort jetzt allzu bekannt ist.

Die Volksmassen sind für die Verhinderung des Baus der Bunker, nicht für ihre Verlagerung. Auf den Demonstrationen fanden die Forderungen: Abzug aller fremden Truppen, Austritt der BRD aus der NATO, Friedensvertrag viel Zustimmung, die SPD wagte nicht, sie anzugreifen. Sie weiß nicht, wie sie sich retten soll vor den Tatsachen, daß sie selbst für die westdeutsche Bourgeoisie auf den imperialistischen Krieg rüstet, dies der Zweck der NATO-Mitgliedschaft ist, und der Ablehnung eines Friedensvertrags trotz allen Entspannungsgesäusels.

Die Bürgerinitiative Uttenreuth hat die Platzbesetzung beschlossen.

„Israel kann uns nicht angreifen, ohne dafür bestraft zu werden"

Interview mit Genossen Abdalla Frangi, Vertreter der PLO bei der Liga der Arabischen Staaten in Bonn

Am 23. Januar ist der 14. Palästinensische Nationalkongreß zu Ende gegangen. Was sind die wichtigsten Beschlüsse?

Wir haben auf diesem Nationalrat drei Punkte besprochen, der wichtigste von ihnen ist die Festigung der palästinensischen Einheit. Und hier haben wir ein politisches Programm verabschiedet, das einheitlich aufgenommen worden ist, von allen palästinensischen Organisationen. Dieses Programm soll dazu dienen, den palästinensischen Kampf zu stärken gegen den zionistischen Feind und den Imperialismus im Nahen Osten.

Der zweite Punkt waren die Kontakte mit Jordanien. Die haben wir im Nationalrat diskutiert, viele Organisationen haben Vorbehalte, aber wir haben unsere Diskussionen in den Rahmen des politischen Programms eingeordnet, so daß die Kontakte mit Jordanien auf der Anerkennung der PLO basieren und damit die jordanische Regierung sich verpflichtet, nicht Sadat zu folgen oder die gleichen Schritte wie Sadat zu unternehmen.

Der dritte Punkt innerhalb des Nationalrates war die Erweiterung des Exekutivkomitees. Wir haben vorgehabt, das Exekutivkomitee zu erweitern, aber es ist uns nicht gelungen, uns dabei auf die richtigen Zahlen zu einigen, deswegen haben wir das alte Exekutivkomitee erhalten; das wurde auch einstimmig verabschiedet.

Auf diesem palästinensischen Nationalrat war die Einheit sehr deutlich, die Beschlüsse vom 12. und 13. Nationalrat wurden hier wiederholt in dem neuen politischen Programm, das heißt, diejenigen Gruppen, die bisher eine ablehnende Haltung gehabt hatten, haben ihre Haltung wahrscheinlich aufgegeben, weil sie gesehen haben, daß die PLO bis jetzt eine richtige Politik geführt hat.

Das ist einer der großartigen Erfolge, die wir innerhalb dieser Konferenz verzeichnen. Es ist auch zum ersten Mal zu registrieren, daß George Habasch innerhalb des palästinensischen Nationalrats die Mitgliedschaft erworben hat, und das bedeutet, daß die Vorbehalte, die die Volksfront gegenüber der PLO gehabt hat, aufgehoben sind.

Gen. Frangi, zionistische Truppen sind erneut in den Libanon eingefallen. Der zionistische Geheimdienst hat das führende Mitglied der PLO, Genossen Abu Hassan, ermordet. Was ist eure Antwort?

Die Zionisten haben Abu Hassan ermordet, weil er erstens der Vertraute von Arafat ist und zweitens verantwortlich für die Sicherheit der palästinensischen Organisationen. Sie haben die Zeit gewählt, wo der palästinensische Nationalrat getagt hat, um diese Aktionen durchzuführen. Es ist ihnen gelungen, Abu Hassan umzubringen, aber wir wissen genau, daß das eine Antwort auf die Aktivitäten des palästinensischen Widerstandes im Nahen Osten ist. Sie haben mit allen Mitteln versucht, den palästinensischen bewaffneten Kampf zu zerschlagen, und sie müssen feststellen, daß die Palästinenser jetzt mit dem iranischen Volk



Demonstration in den besetzten West Banks

und den iranischen Kräften gemeinsam eine Art Revolution im Iran gegen den Imperialismus, gegen die Interessen der USA und auch gegen die Interessen der Zionisten durchführen. Also ist diese brutale Aktion der Israeli wieder um ein Versuch, die PLO einzuschüchtern. Diese Aktion ist von den Israeli und den USA-Imperialisten gemeinsam vorbereitet worden. Und wir wissen auch, daß die Verantwortlichen im „Büro für Sicherheit" von Menachim Begin hinter dieser Aktion standen.

Unsere Antwort auf diese Aktion ist, den bewaffneten Kampf in Palästina weiter zu verstärken, den bewaffneten Kampf überall gegen die Interessen der Imperialisten weiter zu verstärken, die Massen so weit zu organisieren, daß die Massen in der Lage sind, sich zu organisieren und gegen diese Aktionen Widerstand zu leisten, so daß die verantwortlichen Israeli nicht unbestraft von solchen Aktionen wegkommen.

Der zweite Teil, das ist auch parallel dazu, die Angriffe im Süd-Libanon. Die Zionisten haben die Zeit gewählt, wo der Palästinensische Nationalrat getagt hat, um ihre Angriffe gegenüber der palästinensischen Basis im Südlibanon zu führen. Sie wollen damit Versuche starten, um zu testen, ob sie den Südlibanon besetzen können oder nicht, aber die Antwort der Streitkräfte der PLO war so hart und so stark, daß Israel vielleicht zum ersten Mal in seiner Geschichte einen Waffenstillstand durch die UNO verlangt hat. Israel wird jetzt schon gemerkt haben, daß es nicht einfach unsere Zivilisation angreifen kann, ohne daß es dafür bezahlt und ohne daß es bestraft wird. Indem wir zum ersten Mal einen großangelegten Angriff eingeleitet haben, war das wiederum auch ein Beweis dafür, daß die palästinensische Revolution militärisch und politisch in der Lage ist, das palästinensische Volk und das arabische Volk zu verteidigen gegenüber dem zionistischen Staat. Wie ist unsere Antwort auf solche Angriffe von den Zionisten, die Einheit zu bekräftigen und die Streitkräfte der Palästinenser straff zu organisieren und sofort in der Lage zu sein, Gegenlektionen zu geben.

Verfolgt ihr mit dem Beschluß, den bewaffneten Kampf in den besetzten Gebieten weiter zu verstärken, auch die Absicht, Ägypten für die gemeinsame arabische Front zurückzugewinnen?

Wir werden alles unternehmen, um Ägypten in die gemeinsame arabische Front zurückzubekommen. Aber Sadat ist inzwischen wahrscheinlich nicht mehr in der Lage, seine Politik zu korrigieren. Wir sind aber überzeugt, daß die ägyptische Armee und die ägyptischen Massen, daß die ägyptische Bevölkerung niemals auf die Dauer zulassen werden, daß Ägypten sich von dem Kampf der Palästinenser oder von der arabischen Sache isolieren läßt. Wir sind überzeugt, daß eines Tages Ägypten mit all seiner Bevölkerung, mit all seinem Gewicht in die Reihe der arabischen Völker kommt, und – und das haben wir in dem politischen Programm sehr betont, und das haben wir in all unseren Diskussionen während des Nationalrates sehr betont – seine Rolle wahrnimmt. Aber, wie gesagt, wir machen hier einen klaren Unterschied zwischen dem ägyptischen Volk und Sadat.

Kongreß der FNL Algeriens: Stärkung der Demokratie und der nationalen Unabhängigkeit

z.jon. Der Kongreß der Nationalen Befreiungsfront Algeriens FLN ist am 31.1. mit der Verabschiedung eines neuen Statuts und der Wahl des Zentralkomitees, des Politbüros und eines Generalsekretärs zu Ende gegangen. Der neue Generalsekretär, Oberst Ben-



jedid Chadli, ist zugleich der einzige Kandidat für die Wahl des Staatspräsidenten am 7.2. Der Kongreß hat einen Kampf gegen Bürokratismus und Korruption und zur Stärkung der Demokratie in Partei und Staat eingeleitet. Er beschloß unter anderem die Verbesserung des Informationswesens, die Stärkung der Arbeiterversammlungen bei der Führung der Betriebe, Beschleunigung der Agrarrevolution, Verbesserung der Lebensverhältnisse der Massen durch die Förderung der Landwirtschaft und des Handwerks und besondere Anstrengungen im Wohnungsbau. Außenpolitisch bekräftigten die Delegierten die Politik der Blockfreiheit, der Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt, des Kampfes für eine neue Weltwirtschaftsordnung und für einen Frieden, „der vor allen Vorherrschaftsbestrebungen geschützt wird." Die Unterstützung für das saharauische Volk, das palästinensische Volk unter Führung der PLO und die Völker des südlichen Afrika soll verstärkt werden. Die 3290 Delegierten beschlossen den Kongreß mit dem Rufen folgender Parolen: „Islam und Arabismus! Nationalcharta und Verfassung! Sozialistische Revolution! Durch das Volk für das Volk! Agrarrevolution! Industrielle Revolution! Kulturrevolution! Regionales Gleichgewicht! Kostenlose Medizin! Nationale Dienstpflicht! Freiwilligkeit im Dienst der Revolution! Volksversammlungen! Arbeiterversammlungen! Die FNL ist unsere einzige Partei! Die Nationale Volksarmee ist die Speerspitze der Revolution! Die Massenorganisationen sind die Stütze der FNL! Algerien bekämpft Imperialismus, Zionismus, Rassismus, Reaktion, Kolonialismus, Neokolonialismus und Ausbeutung!"

Portugal: Landarbeiter verteidigen Landreform – Unterstützung durch die Industriearbeiter

z.jon. Fast die Gesamtheit der Landarbeiter in der südportugiesischen Provinz Alentejo hat sich am 24.1. an einem „Streiktag zur Verteidigung der

nen beherrschte Montageindustrie in Portugal zur Verfügung stehen. Trotz vielfacher gewaltsamer Einsätze der Bereitschaftspolizei „Republikanische

– Unterstützung durch die Industriearbeiter

z.jon. Fast die Gesamtheit der Landarbeiter in der südportugiesischen Provinz Alentejo hat sich am 24.1. an einem „Streiktag zur Verteidigung der Landreform" beteiligt. In 32 Städten fanden Massenversammlungen und Demonstrationen statt. Die Industriearbeiter im Raum Lissabon und in Setubal haben Unterstützungsstreiks zwischen 30 Minuten und vier Stunden durchgeführt. Streiks und Demonstrationen richteten sich gegen erneute Versuche der Regierung Mota Pinto, das 1977 verabschiedete, von dem damaligen sozialdemokratischen Landwirtschaftsminister Barreto formulierte „Landreformgesetz" durchzusetzen. Es handelt sich um ein Gesetz zur Liquidierung der 1974 bei der Befreiung vom Faschismus erkämpften Landreform. Die Landarbeiterheere Südportugals haben damals die Großgrundbesitzer enteignet und, oft durch den Zusammenschluß mehrerer Güter, große Kollektivwirtschaften geschaffen, die das Eigentum von oft mehreren tausend Landarbeitern sind. Die westeuropäischen und US-Imperialisten fordern die Rückgabe der Güter an ihre früheren Privateigentümer und die Vertreibung der Landarbeiter, damit sie als Reservearmee für die von ihnen beherrschte Montageindustrie in Portugal zur Verfügung stehen. Trotz vielfacher gewaltsamer Einsätze der Bereitschaftspolizei „Republikanische Nationalgarden" ist es der Regierung bisher nicht gelungen, mehr als 20 der insgesamt 450 Kollektivgüter zu zerschlagen. Dabei hat sie allerdings schon 13000 Landarbeiter arbeitslos gemacht. In der kommenden Woche besucht eine Delegation des Weltwährungsfonds Portugal, um Bedingungen für neue Kredite auszuhandeln. Die Auslandsverschuldung Portugals beträgt z.Zt. 250 Mrd. Escudos. Ministerpräsident Mota Pinto hat aus diesem Anlaß eine Reihe von „schmerzhaften und unpopulären Maßnahmen" angekündigt, um die portugiesischen Werktätigen zu zwingen, „nicht mehr zu konsumieren, als sie produzieren", und um das „Landreformgesetz" endlich durchzusetzen. Um ihren Eifer zu beflügeln, locken die Imperialisten die portugiesischen Bourgeois mit Barem. International Herald Tribune berichtet von einem Weltbankprojekt, „156 private Güter im Alentejo zu finanzieren, wo zur Zeit nur 20 existieren. Um diesen Plänen zu entsprechen, muß der Prozeß der Rückgabe von illegal besetztem Land beschleunigt werden".

US-Bankkapital diktiert Steuererhöhung und Rationalisierung im öffentlichen Dienst

z.bew. Die Stadt Cleveland im US-Bundesstaat Ohio ist als erste Großstadt der USA seit der großen Krise 1933 nicht mehr in der Lage, die seit dem 15. Dezember 1978 beim Finanzkapital fälligen Kredite zurückzuzahlen. 15,5 Mio. Dollar sind kurzfristig fällig, die Summe der fälligen Kredite wird sich im nächsten Jahr auf 25 Mio. und bis 1980 auf 52 Mio. Dollar erhö-

$3,790,000,000
State of New York
1978 Tax and Revenue Anticipation Notes

Salomon Brothers
The Chase Manhattan Bank, N.A.
Citibank, N.A.
Morgan Guaranty Trust Company
Bank of America NT & SA
Merrill Lynch, Pierce, Fenner & Smith
Bankers Trust Company
Chemical Bank
Manufacturers Hanover Trust Company
Continental Bank
The First Boston Corporation
Goldman, Sachs & Co.
State Bank of Albany
W. H. Morton & Co.

hen. Gleichzeitig müssen die 2,7 Mio. Dollar, die die Stadt aus der Pensionskasse der Polizei geraubt hat, und die 2,1 Mio. Dollar aus der Pensionskasse der Feuerwehr zurückgezahlt werden.

Die Banken weigern sich jetzt, den Rückzahlungstermin zu verlängern oder neue Kredite zu geben. Vor neuer Kreditvergabe, die sie in einer Höhe von 50 Mio. Dollar sofort angeboten haben, wenn die Stadt ihre Bedingungen erfüllt, wollen sie erst die nächsten Schritte zur weiteren Ausplünderung der Volksmassen diktieren. Dieses Programm sieht vor, die städtische Einkommenssteuer, die in Cleveland 1967 mit 0,5 Prozent eingeführt wurde und sich gegenwärtig auf 1 Prozent beläuft, auf 1,5 Prozent zu erhöhen. Mit 1 Prozent liegt Cleveland hinter vergleichbaren Großstädten wie Detroit mit 2%, Philadelphia 4,4% und New York mit bis zu 4,3 Prozent. Die Möglichkeit, die durch die Verschuldung geschaffen wurde, scheint jetzt günstiger als 1970, wo eine schon beschlossene Erhöhung auf 1,8 Prozent auf Grund des Widerstandes der Volksmassen wieder zurückgenommen werden mußte.

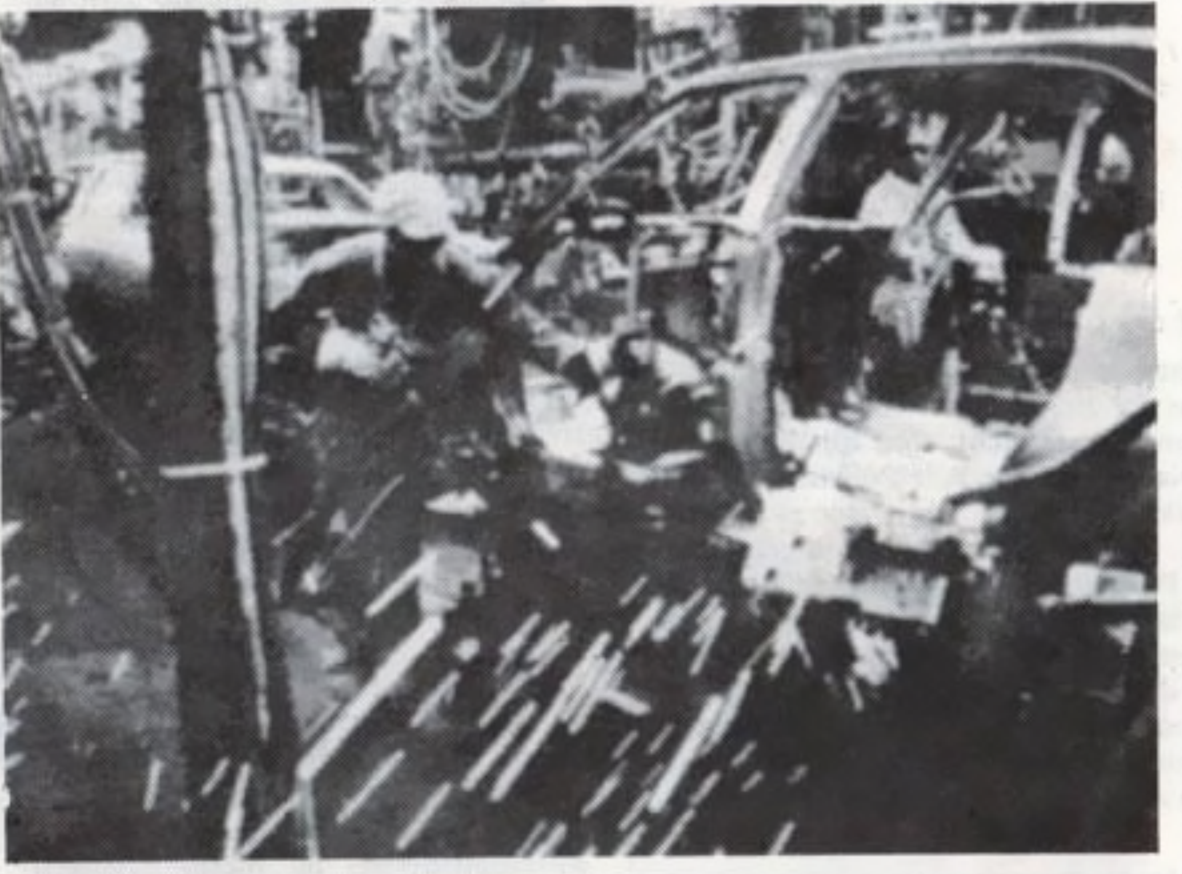
Die Durchsetzung einer höheren städtischen Einkommenssteuer im Zentrum der US-Stahlindustrie hätte Signalwirkung für eine allgemeine Erhöhung der städtischen Einkommenssteuern, die vor allem in den Städten unter 500000 Einwohner noch in der Mehrzahl bei 1 Prozent liegt.

Parallel zu der geplanten Erhöhung der Steuern sollen kräftige Rationalisierungen bei den städtischen Bediensteten durchgesetzt werden. Der ursprüngliche Plan, 3000 bis 5000 der 10000 Beschäftigten zu entlassen, ist aufgrund des Widerstandes der Gewerkschaften sehr schnell gescheitert, und auch mit der Zahl von 400 Entlassungen sind sie nicht durchgekommen. Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst haben angekündigt, sofort zu streiken, wenn auch nur einer entlassen wird.

Die Schlacht um den Automobilmarkt ist Kampf um die Weltherrschaft

z.gek. „Rekordverkäufe" haben einige der führenden imperialistischen Automobilmonopole 1978 gemeldet. Das ist die überschwänglich profitbesoffene Bezeichnung für den eher nüchternen Sachverhalt, daß im allgemeinen erst 1978 wieder der Produktionsstand von 1973 im Weltautomobilbau erreicht worden ist.

Schon diese Feststellung trübt also das Bild des freudigen Fortschritts, das die Propagandisten des kapitalistischen Privateigentums mit Vorliebe von der Automobilindustrie zeichnen. Näher betrachtet, löst sich das heile Bild weiter auf in eine Reihe trüber Erscheinungen. Der Fortschritt, den die eine der führenden Monopole, speziell aus den USA, Japan, der BRD und Frankreich, sowie aus der Sowjetunion erzielten, wurde in klirrender Konkurrenzschlacht gegen die anderen erzielt, die entsprechende Einbußen zu verzeichnen hatten. Massen von Produktionsmitteln wurden dabei vernichtet oder lagen jedenfalls brach; produzierte Fahrzeuge standen herum und verkamen; Zehntausende von Arbeitern wurden arbeitslos auf die Straße geworfen, für die übrigen haben sich die Fabriken mehr als je in Galeeren verwandelt. „Fortschritt"!



In den Automobilfabriken der USA sind seit den 20er Jahren die Maßstäbe der intensiven Ausbeutung der Arbeitskraft gesetzt worden.

In den Automobilfabriken der USA sind seit den 20er Jahren die Maßstäbe der intensiven Ausbeutung der Arbeitskraft gesetzt worden.

Die Gesamtentwicklung der Produktion und des Absatzes der Automobilmonopole in den kapitalistischen Ländern mit den größten inneren Märkten stellt sich dar als eine abflachende, teils absinkende, in allen Fällen von immer tieferen Einbrüchen gekennzeichnete Entwicklungskurve. Diese Stagnation hat Mitte der 60er Jahre bereits in den USA begonnen, in der ersten Hälfte der 70er Jahre Westeuropa erreicht, und jetzt Japan, das nur durch eine außerordentliche Steigerung seiner direkten Exporte den Produktionseinbruch von 1974/75 wettmachen konnte. „Sättigung" des Marktes nennen es die imperialistischen Ideologen. Es geht aber nicht um Sattheit, sondern hauptsächlich darum, in welchem Grad die arbeitenden Massen ihre elementaren Bedürfnisse noch oder eben *nicht* mehr befriedigen können aus ihrem Lohn.

Der Grund der Stagnation auf den Märkten der imperialistischen Länder, die ihrerseits über 80% des Weltautomobilmarktes bilden, ist kein Geheimnis. Der Einbruch der LKW-Produktion, die nachfolgende mühsame Erholung und begrenzte Neuausdehnung ist nur ein Ausschnitt der allgemeinen Situation auf dem Sektor für Investitionsgüter. Die Luxusautomobilproduktion für die Bourgeoisie floriert in üppiger Wucherung, ohne aber die Lage wesentlich zu beeinflussen. Gerade für die größten Monopole hängt alles ab von der Produktion von Autos, die in den Konsum der Massen eingehen. Zwar wächst für die Arbeiter und Angestellten noch immer die *Notwendigkeit*, sich angesichts immer längerer Anfahrten zu Fabriken und Büros, zu den Erholungsplätzen „automobil" zu machen. Für eine wachsende Zahl von Arbeitern ist aber der Lohnstandard so gesunken, daß nur noch mit jahrelanger Überarbeit der nötige Anschaffungsfonds gebildet werden kann. Dies gerät an einem Punkt in offensichtlichen Widerspruch zum *Zweck* der Anschaffung, der – welche Blumenkränze die Bourgeoisie ums Auto zu winden beliebt – in der Schonung der Arbeitskraft in der Zeit außerhalb von Fabrik und Büro besteht. Für einen noch größeren Teil der Arbeiter, der dauernd auf die untersten Lohnstufen herabgedrückt ist, hat sich dieser Konflikt sowieso schon in einer Richtung entschieden.

Im großen und ganzen wird sich dabei der Kraftfahrzeugbestand in den kapitalistischen Ländern noch erneuern, aber kaum oder gar nicht mehr ausdehnen. Teilweise sinkt er sogar absolut, was nur noch eine Zeitlang von der längeren Nutzungsdauer der Fahrzeuge überdeckt wird.

Die relative Überproduktion der letzten Jahre und die Verschärfung der Konkurrenz hat insbesondere in den letzten fünf Jahren zu neuen Schüben in der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, das im Automobilbau angelegt ist, geführt. Ein, zwei, höchstens drei Monopole bestimmen in den führenden imperialistischen Ländern das Bild. Diese drängen ihrerseits die Konkurrenten aus den kleineren kapitalistischen Ländern an die Wand oder verschlucken sie, wie die Daf-Werke in den Niederlanden durch Volvo, das seinerseits mit dem Rücken an der Wand steht. Im RGW sind es die älteren selbständigen Automobilproduktionen der CSSR, Ungarns und der DDR, die sich auf immer engerem Feld zusammengetrieben sehen, einerseits durch die westlichen Importe und Lizenzproduktionen, andererseits durch die zu selbständigen imperialistischen Monopolen gemauserten sowjetischen Konzerne.

Gerade in den letzten fünf Jahren haben sich die führenden Automobilkonzerne mit wahrem Gründungsfieber auf die Errichtung von Niederlassungen in der Dritten Welt gestürzt, wie die Schaukarte eindrucksvoll zeigt. Die Niederlassungen sind dabei von sehr unterschiedlicher Art. Oft handelt es sich nur um kleine Montage- oder sogar nur Teilefabriken. Andere sind von den Kapitalisten als große Montagewerke mit billiger Arbeitskraft für den Export gedacht. Ein dritter Typ, meist von mittlerer Größe, trägt mehr den Charakter von Lizenzproduktionen, die die betreffenden Länder selbst aufzunehmen beginnen, d.h. sie stellen schon Ansätze einer eigenen Automobilproduktion dar, mitsamt einem Unterbau von Zulieferindustrien. Die Länder der Dritten Welt können dabei die Konkurrenz der Imperialisten untereinander nutzen. Da ihr schmaler städtischer Markt in aller Regel schon

Kämpfe der

tereinander nutzen. Da ihr schmaler städtischer Markt in aller Regel schon

Kämpfe der

Europa:

z.rül. Im Januar streiken die *westdeutschen* Automobilarbeiter gegen die unverschämten Tarifangebote der Kapitalisten. Diese Streiks reißen nicht ab. Nach Urabstimmung in NRW und Urabstimmung und Streik in Nordwürttemberg-Nordbaden schließt die IGM bei 5% ab. Lediglich bei VW gelingt den Arbeitern nach Streikaktionen über mehrere Wochen ein Abschluß von 5,9%, mindestens 120 DM. Das ganze Jahr über kämpfen sie gegen die Nacht- und Schichtarbeit, gegen Akkord, gegen Sonderschichten. In *Großbritannien* kämpfen die Arbeiter von British-Leyland in zahlreichen betrieblichen und Abteilungsstreiks gegen Lohnkürzungen, Entlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen. Ein neues Prämienlohnsystem, mit dem die Kapitalisten die Ausbeutung verschärfen wollen und die Entlassung von 40000 vorbereiten, wird abgelehnt. Die Arbeiter der Ford-Werke bringen im November nach acht Wochen Streik die 5%-Lohnleitlinie der Callaghan-Regierung zu Fall und erzwingen Lohnerhöhungen zwischen 140 und 180 DM. In *Belgien* und *Frankreich* (s. Bild) kämpfen die Automobilarbeiter mit anderen Teilen der Arbeiterklasse für die Verkürzung der Arbeitszeit auf 36 bzw. 35 Stunden, Senkung des Rentenalters; in *Spanien* streiken im März 170000 Metallarbeiter für Lohnerhöhungen, Anhebung des Mindestlohns sowie die Anerkennung gewerkschaftlicher Rechte im Betrieb durch die Ka-

DDR-Werftindustrie: Sanierung für den Export

z.mih. Mit Wirkung vom 1. Januar 1979 ist ein „VEB Kombinat Schiffbau" gegründet worden, das die DDR-Werften in Warnemünde, Wismar, Rostock, Stralsund und Boitzenburg/Roßlau sowie das Institut für Schiffbau zusammenfaßt. So soll das Ziel der Exportsteigerung, die „den Weltstand mitbestimmt", und die Erhöhung der Qualität über die Verschärfung der Ausbeutung und Freisetzung von Werftarbeitern durchgesetzt werden. 58 seegehende Schiffe 12 verschiedener Typen baute die Werftindustrie der DDR 1978 (1977: 54). 44 wurden exportiert, davon 31 in die Sowjetunion. Ein Schwerpunkt der „brüderlichen Zusammenarbeit" ist der Bau von Containerschiffen für die UdSSR. 5000 Container werden pro Jahr im Handel zwischen der DDR und der UdSSR verschifft, 10000 per Schiene transportiert. Ein Containerschiff vom Typ „Merkur" faßt pro Fahrt 729 20-Fuß-Container bzw. 330 40-Fuß-Container. Die Lieferung einer ganzen Serie dieses Typs an die neuen Zaren hat die Warnow-Werft zu erfüllen. Anläßlich des Stapellaufs des ersten Schiffes lobte die „Prawda" die „signalsetzende" sehr kurze Bauzeit, die bei gleichbleibenden Produktionskapazitäten und Arbeitskräften von 110 auf 95 Tage gesenkt wurde, und die Schinderei bis zur „Selbstaufgabe".

Andreotti: Schmiergelder stärken Parteiensystem

z.erm.Rom. „Die Republik braucht keine Skandale, keine Auspeitschungen, sondern einen Prozeß der Erneuerung", erklärt der sozialistische Senator Campopiano, mit dessen Stimme die parlamentarische Untersuchungskommission den italienischen „Ölskandal" begraben hat. 30 Mrd. Lire (damals ca. 150 Mio. DM) haben in den Jahren 1967 bis 1973 imperialistische Ölkonzerne auf die Konten einzelner Politiker und ganzer Parteien gezahlt. Als Gegenleistung haben diese den Ölgesellschaften zu kräftigen Steuererleichterungen verholfen. Für die Provision für jedes Gesetz: 5% des Extraprofits der Konzerne. Letzte Woche hat die Untersuchungskommission nach fünfjähriger Tätigkeit ihren Auftrag mit der Freisprechung der letzten beiden Angeklagten „erfolgreich" abgeschlossen. Die Untersuchung gegen Andreotti, der als Wirtschaftsminister kräftig abkassiert hatte, wurde bereits Anfang letzten Jahres wegen „Verjährung" eingestellt. Sein Kommentar: „Es waren Taten, um den demokratischen Rahmen und das Parteiensystem zu stärken". Sicher hat er damit nicht ganz Unrecht. Die bürgerlichen Parteien versuchen jetzt frech, mit dem Skandal die Parteienfinanzierung aus Steuergeldern zu rechtfertigen. Dagegen haben bereits im letzten Jahr 45% der Wähler in einer Volksabstimmung für die Abschaffung dieses Gesetzes gestimmt.

1978: Rekordjahr der belgischen Finanzbourgeoisie

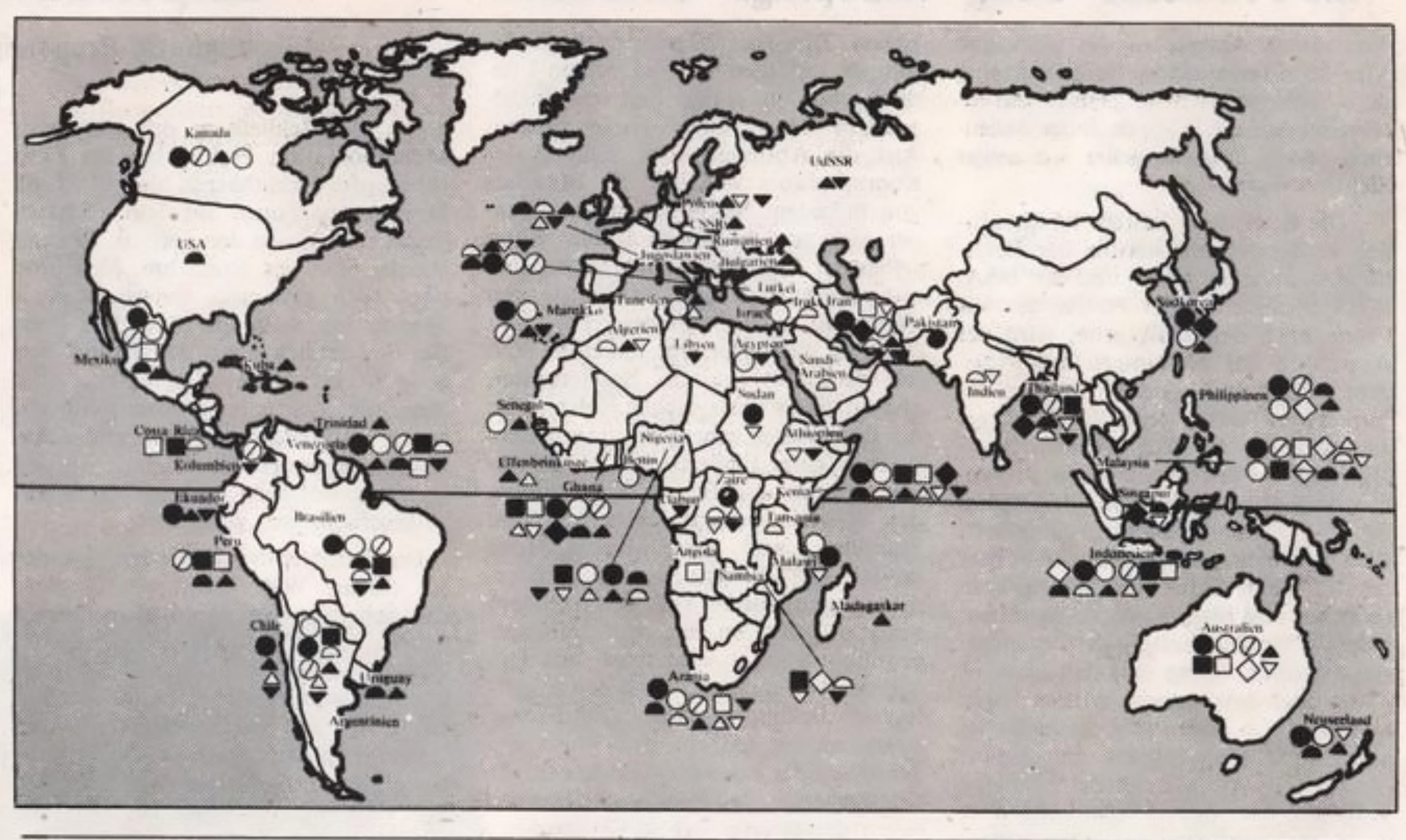
z.scc.Brüssel. Die belgischen Imperialisten können sich in der Bilanz des Staatshaushaltes 1978 gleich zwei neuer Rekorde rühmen: Bereits 1976

nach kurzer Zeit überfüllt ist, sehen sich die Imperialisten gezwungen, neue, vereinfachte Konstruktionen zu entwickeln, da auch ihre Jeeps in aller Regel zu teuer sind. Solche auf die Motorisierung der Dritten Welt zielende Konstruktionen sind der neue russische Niva (der ,,für die Fortsetzung des Exports mit anderen Mitteln'' nicht mehr viel umgespritzt werden muß) oder ein noch in der Erprobung befindliches ,,Basis-Nutzfahrzeug'', das Toyota entwickelt. Diese vereinfachten Konstruktionen müssen aber die Errichtung einer eigenen Kraftfahrzeugindustrie durch die Länder der Dritten Welt letzten Endes weiter befördern, obwohl sie als Waffe gegen sie gedacht sind und teilweise auch wirken werden. Die Tatsache, daß unabhängige Länder wie Rumänien, Jugoslawien und Spanien die Schwelle einer eigenen Automobilindustrie überschritten haben, in näherer Zukunft auch der Aufbau einer großen und modernen Kraftfahrzeugindustrie im sozialistischen Entwicklungsland China, werden diese Entwicklung mit Sicherheit beschleunigen.

Die Märkte der Dritten Welt werden also für die Automobilmonopole der imperialistischen Länder nicht das Problem lösen, daß sie sich angesichts des Zustandes fauliger Stagnation, worin ihre Wirtschaften insgesamt sich befinden, bereits zuviel geworden und im Wege sind. Die Schlacht muß sich auf ihren eigenen Märkten abspielen. Größere Truppenbewegungen sind im Gang. Die japanischen Monopole konzentrieren ihre Projekte in der Dritten Welt zu einem beträchtlichen Teil auf solche, die dem Wiederexport auf die Märkte ihrer Konkurrenten dienen. Zugleich setzen sie bei ihrem Vordringen auf die Märkte kleinerer westeuropäischer Länder, wie Belgien, Portugal und Griechenland, jetzt mit Kapitalexporten nach, um von dort aus weiter vorzudringen. Die westdeutschen Volkswagen-Kapitalisten haben vor allem mit ihren nord- und lateinamerikanischen Niederlassungen sich ein schlagfertiges Instrument geschaffen. Daimler-Benz beabsichtigt nachzuziehen und in den USA Diesel-Lastwagen zu bauen, die es dort noch kaum gibt. Fiat hat mit dem Iveco-LKW-Trust (der außer Fiat und OM in Italien Unic in Frankreich und Magirus-Deutz in der BRD umfaßt) die Errichtung eines ähnlichen Brückenkopfes im Auge. Renault will über die Kooperation mit American Motors, Peugeot-Citroen über die Kapitalverflechtung und Vernetzung der Produktion mit Chrysler auf den nordamerikanischen Markt. Die US-Imperialisten ihrerseits haben mit neuen Produktionsstätten für Ford- und GM-Lastwagen den Ausbau ihrer europäischen Filialen fortgesetzt, als Ergänzung zu der starken Position, die sie auf dem europäischen PKW-Sektor schon haben. Auf der anderen Seite haben sich alle drei großen US-Monopole in die kleineren japanischen Konzerne eingekauft, deren Typen sie auf dritten Märkten mitvertreiben.

Diese Schlacht wird mit Hirn, Muskel und Nerv der Arbeiter geschlagen werden, so rücksichtslos wie noch kaum je zuvor. Für die Kapitalistenklasse dieser Länder hängt an ihrer Automobilproduktion nicht nur der fetteste Profitbrocken von allen, sondern wesentlich auch ihre imperialistische Kriegsfähigkeit. Die Belegschaften in den Werken dieser Weltausbeuter werden sich in den Kämpfen, die sie zu führen haben, unbedingt gegenseitig unterstützen müssen.

Kapitalexport der 14 größten Fahrzeugmonopole



Symbol	Konzern	Produktion in Mio. Kfz	Umsatz in Mrd. $	Beschäftigte	Niederlassungen in ... Ländern
●	General Motors (USA)	8,75	47,2	748000	29
○	Ford (USA)	5,98	28,8	443917	31
⊘	Chrysler (USA)	2,73	15,5	244865	22
■	Toyota Motor (Japan)	2,72	9,6	60202	13
□	Nissan Motor (Japan)	2,28	7,7	79837	13
◓	Volkswagen (BRD)	2,09	10,4	191891	20
▲	Renault (Frankreich)	1,66	10,0	243456	31
△	Peugeot-Citroen (Frankreich)	1,52	8,5	184500	17
▼	Fiat (Italien)	1,34	4,5	139825	30
◆	Toyo Kogyo (Japan)	0,80	2,4	31822	5
◇	Mitsubishi Heavy Ind. (J.)	0,78	8,0	105200	5
▽	British Leyland (GB)	0,77	4,5	194619	25
⊖	Honda (Japan)	0,66	2,8	29084	2
⌓	Daimler Benz (BRD)	0,58	8,6	138042	22

▽	British Leyland (GB)	0,77	4,5	194619	25
⊖	Honda (Japan)	0,66	2,8	29084	2
⌓	Daimler Benz (BRD)	0,58	8,6	138042	22

z.scc. Über 40 Millionen Kraftfahrzeuge produzierten 1977 die weit mehr als zwei Millionen Automobilarbeiter der Welt. Fast 33 Millionen, knapp 80%, produzierten sie unter dem Kommando und für den Profit der 14 größten Automobilkonzerne (s.o.). Rechnet man die sowjetische Automobilindustrie als großes Staatsmonopol hinzu, entfallen nahezu 85% der Fahrzeugproduktion auf 15 große imperialistische Monopole.

Die strategische Basis, von der aus die großen Konkurrenten die Schlacht um den Weltfahrzeugmarkt aufnehmen, sind die imperialistischen Länder selbst: 30% der Weltproduktion an Fahrzeugen werden in den USA, 27% in den Staaten der EG, 20% in Japan, dann – schon mit Abstand folgend – 7% in den Staaten des Comecon (Sowjetunion 5%) produziert. Weitere 4% in den übrigen europäischen Ländern, wobei vor allem Spanien und Jugoslawien (wie übrigens auch Rumänien) teilweise erfolgreiche Anstrengungen einer selbständigen Fahrzeugproduktion unternehmen; der Rest, rund 8%, in den Ländern Lateinamerikas, Afrikas, Asiens und Australien (ca. 1%).

Haupthaie unter den Fahrzeugmonopolen sind die drei großen US-imperialistischen, die nicht nur die US-, sondern auch die kanadische Fahrzeugproduktion (4%) fast unangefochten beherrschen. Bis Anfang 1978 hielt die Sperre, die sie ausländischem Kapital errichtet hatten, das sich in der US-Automobilindustrie anlegen wollte. Umgekehrt konnten sich die US-Monopole schon früh mit Niederlassungen in Westdeutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Irland in der europäischen Automobilproduktion fest einnisten, ein unschätzbarer Vorteil bei der Errichtung des ,,Gemeinsamen Marktes''. Rund ein Viertel der 1977 in den EG-Staaten produzierten Fahrzeuge trug die Markenzeichen GM, Ford und Chrysler. Mit Niederlassungen in zwei weiteren europäischen Ländern, Portugal und Spanien, sowie in insgesamt 32 Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens haben sie sich eine beträchtliche Anzahl von Stützpunkten für den Kampf um die Beherrschung des Weltfahrzeugmarktes schaffen können.

Während die US-Monopole sich deshalb einen relativ zu ihrer Produktion geringen Warenexport leisten können, exportieren ihre europäischen und japanischen Konkurrenten zwischen knapp 40 und gut 50% ihrer Produktion. Mit wiederum dem Löwenanteil der Exporte versuchen sie auf den nordamerikanischen Markt vorzudringen, vor allem aber, sich gegenseitig Marktanteile in Europa abzujagen. Von den 1977 in EG-Staaten produzierten Personenwagen beispielsweise werden 36,5% in andere europäische, hauptsächlich andere EG-Staaten exportiert. Auffällig ist dabei, daß es weder den japanischen noch den europäischen Automobilmonopolen bis Anfang 1978 gelungen ist, mit Kapitalexport auf den inneren Markt ihrer Gegner einzudringen, um den Warenexport abzusichern. Insofern konnten die Volkswagenkapitalisten mit der Aufnahme der Produktion in New Stanton/USA einen Durchbruchserfolg erringen, der zugleich jedoch die relative Schwäche der europäischen und japanischen Monopole gegenüber den US-Giganten zeigt.

Intensiviert haben seit einigen Jahren alle Fahrzeugmonopole den Kapitalexport in die Länder der Dritten Welt. Eine selbständige Fahrzeugproduktion existiert dort bislang nur in Ansätzen. Die Imperialisten wünschen, daß das so bleibt. Deshalb hüten sie sich in der Regel, ganze Produktionen zu verlagern. Nach – unvollständigen – imperialistischen Statistiken errichteten sie, bis auf vier Ausnahmen, nämlich Argentinien, Brasilien, Mexiko und Indien, lediglich Montage- oder Fahrzeugteilewerke. Erfolge der Staaten der Dritten Welt, sich vom Diktat und von der Ausplünderung durch die imperialistischen Fahrzeugmonopole zu befreien, können sie dennoch nicht verhindern. Immer mehr Staaten beschränken die imperialistischen Beteiligungen so weit wie möglich, nehmen Lizenzproduktionen auf, die die Rechte der Imperialisten beschneiden, und unterstützen sich, wie z.B. die Andenstaaten, gegenseitig beim Aufbau nationaler Produktionen.

Automobilarbeiter 1978 – ein Überblick

pitalisten. In *Griechenland* streiken im Tariflöhnen und Anerkennung der Ge-

Automobilarbeiter 1978 – ein Überblick

pitalisten. In *Griechenland* streiken im Dezember u.a. die DAF-Arbeiter; ihre Forderungen: Lohnerhöhungen, Steuersenkungen, Aufhebung der staatlichen Antistreikgesetze.

Nordamerika:
Gegen den Versuch der Automobilkapitalisten, in wachsendem Umfang die Tariflöhne zu unterlaufen, kämpfen die Automobilarbeiter der *USA* mit einigem Erfolg. So wird VW gezwungen,die Löhne von 5,5 auf 7 $ die Stunde zu erhöhen (US-Durchschnittstarif für Automobilarbeiter: 8,1 $); General Motors wird in mehreren Südstaaten-Werken zur Zahlung von Tariflöhnen und Anerkennung der Gewerkschaften gezwungen.

Südamerika:
In *Brasilien* leiten große Streiks der Automobil- und Metallarbeiter den Fall der Ausnahmegesetze der Regierung ein; die Imperialisten werden zu Lohnerhöhungen gezwungen und zur Anerkennung gewerkschaftlicher Rechte.

Afrika:
Streiks in *Azania* unterstützen die Aufstände gegen das Kolonialregime und die imperialistische Ausplünderung. In *Nigeria* streiken die Arbeiter von Peugeot und VW.



hatten sie mit einer Steuerausplünderung von umgerechnet 4991 DM pro Kopf die hart umkämpfte Spitzenstellung unter den EG-Imperialisten sich erkämpft. Bis 1978 konnten sie die Steuern um weitere knapp 500 DM auf 5486 DM pro Kopf und Jahr steigern. Die belgischen Lohnabhängigen zahlen doppelt: mehr Mehrwertsteuern bei den nach wie vor galoppierenden Preisen, mehr Lohnsteuern durch die Steuerprogression, in die sie durch Lohngleitklauseln, die die Preissteigerungen keineswegs ausgleichen, immer rascher getrieben werden. – Neue Gipfel erreichte auch die Staatsverschuldung, mit der das Finanzkapital den imperialistischen Staatsapparat an die Kette legt: Sie stieg um die neue Rekordsumme von 11,4Mrd. DM auf 89Mrd. DM. Über diese Verschuldung erhebt das Finanzkapital allein für die Schuldentilgung Anspruch auf durchschnittlich über 9000 DM pro Kopf, die den Lohnabhängigen zusätzlich abgepreßt werden müssen. Von den Zinszahlungen, die ins Astronomische wachsen, ganz zu schweigen. Unter den Gläubigern und Zinseintreibern sind nicht nur die großen belgischen Banken, sondern u.a. – über den Europäischen Fonds für Währungszusammenarbeit, bei dem sich die belgische Regierung noch im Sommer letzten Jahres neu um 2,7Mrd. DM verschuldete – auch die BRD-Imperialisten.

Kein ,,Austro-Ford'' – dafür ein ,,Austro-Bomber''

z.lik. Wien. Im Rahmen ihrer Maßnahmen zur ,,Arbeitsbeschaffung'' verhändeln die österreichischen Imperialisten bereits seit zwei Jahren mit verschiedenen Automobilkonzernen über den Aufbau einer ,,heimischen'' Autoindustrie. Verhandlungen mit Renault, Chrysler, Mitsubishi, Fiat, Porsche sowie dem sozialimperialistischen Lada-Konzern sind bisher ergebnislos verlaufen. Auch auf ihrem Angebot an den US-Konzern Ford – 1,5 Mrd. Schilling ,,Fördermittel'' und kostenlose Bereitstellung des Geländes – sind sie bisher sitzengeblieben. Stattdessen soll jetzt die ,,Arbeitsbeschaffung'' durch die Produktion von Kampfflugzeugen vorangetrieben werden. Der ,,Austro-Kfir'' soll aus israelischen Teilen, mit einem Triebwerk des US-Konzerns General Electric, in Österreich zusammengebaut werden.

Durch ihre militärische Zusammenarbeit mit dem Besatzerstaat Israel stärken die österreichischen Imperialisten der zionistischen Aggression gegen das palästinensische Volk und die arabische Nation den Rücken. Ihre sogenannte ,,Neutralität'' haben sie noch nie als Hindernis für die Unterstützung der zionistischen Aggression aufgefaßt. Außenminister Pahr erklärte zur Produktion des ,,Austro-Kfir'': ,,Neutralitätspolitisch ist das keine Sache, die besonders relevant ist.''

IWF-Erpressung gegen Kenia

z.rül. Eine ,,sofortige und drastische Schillingabwertung'' hat der IWF jetzt von der Regierung Kenias verlangt. Diese hat, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung empört feststellt, ,,das Ansinnen energisch zurückgewiesen''. Finanzminister Kibaki erklärte, daß dadurch die Exporterlöse Kenias weiter sinken und vor allem seine Schuldzahlungen an das Ausland weiter steigen würden. 1976 war Kenia bei den Imperialisten mit 1249 Mio. $ verschuldet; davon waren 589 Mio. $ bereits überfällig. Für einen lumpigen Devisenkredit von 22 Mio. hat der IWF im November '78 das Einfrieren der Staatsausgaben bei 880 Mio. Shilling sowie eine Begrenzung der ,,Inflation'', d.h. vor allem der Preise für die Exporte Kenias, verlangt. – Stattdessen hat die Regierung Kenias die Preise für Grundnahrungsmittel festgeschrieben, eine Richtlinie herausgegeben, daß die Unternehmen 10% mehr Arbeiter beschäftigen müssen, und alle Importeure verpflichtet, 25 – 100% des Werts ihrer Einfuhren bei der Zentralbank zu deponieren, was jetzt vor allem die Montagewerke der Imperialisten zwingen wird, die fehlenden Devisen aufzubringen.

Generalstreik gegen die französische Militärherrschaft

z.jon.Paris. Mit einem 24-stündigen Generalstreik antworteten am 25.1. die Arbeiter und Schüler und ein großer Teil der Kaufleute in N'Djamena, der Hauptstadt des Tschad, auf die Drohungen des Kommandeurs der Gendarmerie, Kamungé, mit einem Putsch. Kamungé ist eine Kreatur des französischen Imperialismus. Ministerpräsident Habré hatte den Streik zunächst unterstützt, um ihn in seiner Rivalität gegen Staatspräsident Malloum zu nutzen. Er half aber rasch, ihn zu unterdrücken, weil er ,,zu degenerieren'' drohte und sich gegen die französische Militärherrschaft im Tschad richtete. Habré ist selbst ein Instrument der Kolonialisten. Als ehemaliger Führer der nationalen Befreiungsbewegung FROLINAT wurde er im August 1978 als Ministerpräsident eingesetzt, um FROLINAT zu spalten und zu unterdrücken. Jetzt zwingt der unaufhaltsame Vormarsch der FROLINAT die über 2500 Mann starken Kolonialtruppen, direkt die Verwaltung der noch von ihnen kontrollierten Gebiete zu übernehmen. FROLINAT-Einheiten haben begonnen, in der Nähe der Hauptstadt zu operieren. Über die Ufer des Tschadsees hat die Regierung die Kontrolle bereits verloren. Der Generalstreik am 25.1. war die erste Massenbewegung gegen die französischen Kolonialisten in der Hauptstadt selbst.

„Mit aller Kraft gegen einen neuen Weltkrieg“
Vize-Präsident Deng Xiaopings USA-Reise

Vor seiner Abreise in die USA gab Vize-Ministerpräsident Deng Xiaoping der US-Wochenschrift „Time“ ein Interview. Auf die Frage nach der Bedeutung seines USA-Besuches aus seiner Sicht antwortete er:

„Die Bedeutung besteht hauptsächlich in der Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den USA. Weil ich als einer der Führer der VR China nach den USA gehe, wird der Austausch der Meinungen mit Präsident Carter und anderen Führern natürlich von Nutzen sein. Vor allem gegenwärtig ist die Welt ziemlich unruhig, und wir sehen uns vielen Problemen gegenüber. Nicht nur bei diesem Besuch, sondern auch in Zukunft, wird es nützlich sein, wenn die Führer der USA und Chinas sich häufig kontaktieren und Meinungen austauschen. Über die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den USA ist schon viel gesprochen worden, aber man darf die Bedeutung dieses Ereignisses nicht unterschätzen. Ein Aspekt ist die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern, aber noch wichtiger sind sie unter einem weltstrategischen Gesichtspunkt.“

Auf die Frage nach seiner Definition des Hegemonismus antwortete Deng Xiaoping:

„Wir sprechen von großem Hegemonismus, wo einer Weltherrschaft auszuüben versucht, und von kleinem Hegemonismus, wo jemand nur örtliche Vorherrschaft anstrebt. Gegenwärtig können nur die Sowjetunion und die USA die Weltherrschaft erringen, aber seit den frühen siebziger Jahren sind wir der Ansicht, daß die USA sich strategisch auf dem Rückzug befinden. Globaler Hegemonismus bedeutet, daß man die ganze Welt zu kontrollieren versucht und keine Skrupel hat, Krieg zu führen, um einen Schritt zur Weltherrschaft voranzukommen. Aber zunächst wird er versuchen, sein Ziel durch Intervention zu erlangen, indem er Streit schürt oder, wie sie in Europa sagen, einen Prozeß der Finnlandisierung betreibt. Aber letztlich wird er Militärgewalt anwenden, und das würde der Dritte Weltkrieg sein.“

Auf die Frage, ob er die USA für moralischer halte oder ob er meine, daß sie schwächer seien als die SU, antwortete Deng Xiaoping:

„Wir meinen, daß der wirkliche Kriegsherd die SU ist, nicht die USA.“

Ob er meine, daß sich die USA auf dem strategischen Rückzug befände, oder ob er meine, daß ihre Absichten friedlicher seien?

„Gegenwärtig haben die USA keinen Grund und keinen Bedarf, um einen Krieg zu beginnen. Es ist im Interesse der USA, den Status quo aufrechtzuerhalten. Das Problem ist, daß es schwierig ist, den Status quo aufrechtzuerhalten.“

Wie er auf die abweichenden Meinungen der US-Politiker antworten werde?

„Jeder kann nur seine persönliche Meinung ausdrücken. Kein Land kann dem anderen seine Meinung aufdrängen. Aber wir glauben, was Mao Zedong und Zhou Enlai wiederholt gesagt haben: Vom weltstrategischen Gesichtspunkt und von der Weltpolitik her sehen wir uns nackten Tatsachen gegenüber. Das war schon so, als die Beziehungen zwischen China und den USA noch nicht normalisiert waren. Tatsachen können nicht durch irgendjemandes subjektive Meinungen geändert werden.“

Deng Xiaoping äußerte sich zur Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen China, den USA und Japan:

„Die Frage ist: Nachdem wir die Beziehungen zwischen China, den USA und Japan hergestellt haben, müssen wir diese Beziehungen vertiefen. Wenn wir den Polarbär wirklich im Zaum halten wollen, ist der einzig realistische Weg, daß wir uns vereinigen. Wenn wir uns nur auf die Stärke der USA verlassen, ist es zu wenig. Wenn wir uns nur auf die Stärke Europas verlassen, ist es zu wenig. Wir selber sind ein unbedeutendes, armes Land, aber wenn wir uns vereinigen, dann wird es doch einiges Gewicht haben.“

Auf die Frage nach einer „Demaoisierung“ in China:

„Vielleicht haben Sie bemerkt, daß wir schon bei vielen Gelegenheiten gesagt haben, wir würden uns weiterhin von den Gedanken Mao Zedongs leiten lassen. Mehr als das. Viele unserer Grundsätze beruhen nach wie vor auf Lehren, die Vorsitzender Mao und Ministerpräsident Zhou Enlai entwickelt haben. Zum Beispiel wurden die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern schon vor einiger Zeit von Vorsitzendem Mao selber vorgeschlagen. Auf die Abfassung des Schanghaier Kommuniques während des Besuches von Präsident Nixon haben Vorsitzender Mao und Ministerpräsident Zhou selber ein Auge geworfen. Das beruhte auf unserer Strategie, die Welt in drei Welten zu teilen. Nach unserer Ansicht der drei Welten besteht die erste Welt aus den USA und der Sowjetunion, aber in dieser strategischen Konzeption der drei Welten gehen wir aus von dem Aufbau einer Einheitsfront gegen Hegemonismus und für die Verteidigung des Weltfriedens, der Sicherheit und Stabilität, und diese Einheitsfront schließt die USA ein. Die Vier Modernisierungen wurden von Vorsitzendem Mao aufgeworfen und von Ministerpräsident Zhou in seiner Rede auf dem Vierten Nationalen Volkskongreß öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig haben wir nie gedacht, daß Vorsitzender Mao über jeden Fehler erhaben sei. Von keiner großen Persönlichkeit können wir verlangen, daß sie fehlerlos ist. Das zu verlangen, würde nicht mit den Gedanken von Marx und Mao Zedong selber übereinstimmen. Dann gibt es viele Dinge, die Vorsitzender Mao zu seinen Lebzeiten nicht voraussehen konnte wegen der Schranken der objektiven Bedingungen damals. Jetzt gibt es neue Bedingungen, und deshalb werfen wir neue Fragen auf. Das ist völlig logisch und kann nicht Demaoisierung genannt werden. Zum Beispiel bestanden zu Lebzeiten des Vorsitzenden keine Bedingungen, um die Frage aufzuwerfen nach der Annahme von fremdem Kapital und fremder Technologie, um unsere Entwicklung zu fördern.“

In den USA äußerte Vize-Ministerpräsident Deng Xiaoping gegenüber Journalisten:

„Die Sowjetunion will einen Krieg vorbereiten. Zu diesem Zweck muß sie ihre strategischen Anordnungen vollenden, sichere Basen finden und nach strategischen und materiellen Hilfsquellen suchen. Die Probleme in vielen Teilen der Welt sind dadurch entstanden, daß der Hegemonismus nach neuen Basen und neuen Hilfsquellen sucht. Wir sind der Meinung, daß die Kriegsgefahr von der Sowjetunion kommt, daß die Bedrohung des Friedens, der Sicherheit und der Stabilität in der Welt von der Sowjetunion kommt. Wir alle können folgendes tun: Wenn die Sowjetunion Unruhe stiftet, können wir sie daran hindern, ihre Pläne durchkreuzen und ihre Umtriebe in jedem Gebiet der Welt zum Scheitern bringen.“

Auf entsprechende Fragen bemerkte Vize-Ministerpräsident Deng Xiaoping:

„Der Vertrag zwischen Vietnam und der Sowjetunion trägt den Charakter eines Militärbündnisses. Vietnam hat eine militärische Invasion gegen Kampuchea entfesselt und verübt Provokationen an der chinesischen Grenze. Vietnam spielt eine noch schlimmere Rolle als Kuba. Wir nennen Vietnam ‚Kuba des Ostens‘. Ohne ihnen einen gehörigen Denkzettel zu geben, kann wahrscheinlich keine Methode gegen solche Leute anschlagen. Selbstverständlich sorgen wir für die Sicherheit an unserer Grenze. Wir haben notwendige Truppenverlegungen unternommen. Darüber sind sie sich im klaren. Aber was wir schließlich tun werden, das wollen wir uns noch überlegen. Ich will damit zweierlei sagen: Wir Chinesen halten unser Wort. Und die Chinesen sind auch keine Draufgänger.“

Auf einer Veranstaltung verschiedener amerikanischer Vereinigungen sagte Vize-Ministerpräsident Deng Xiaoping:

„In Erfüllung seiner internationalistischen Pflichten“ werde China „nicht zögern, die notwendigen Opfer auf sich zu nehmen, um die internationale Gerechtigkeit und die langfristigen Interessen des Weltfriedens und der Stabilität zu verteidigen. Das chinesische Volk steht unerschütterlich an der Seite Kampucheas in seinem Widerstand gegen die vietnamesische Aggression.“

Deng Xiaoping sagte:

„Das chinesische Volk litt sehr unter dem Elend des Krieges. Wir wollen keinen Krieg führen, wenn wir nicht dazu gezwungen werden. Wir sind mit aller Kraft gegen einen neuen Weltkrieg. Eines der Ziele der chinesischen Außenpolitik ist es, den Ausbruch eines neuen Weltkrieges hinauszuzögern.“

Imperialisten stocken Metallvorräte auf
Sprunghafte Preissteigerungen für Kupfer / Strategische Reserven ausgebaut

z.hef. Bei Schließung der Londoner Metallbörse am Freitag lag der Preis für Kupfer-Drahtbarren mit 954 Pfund Sterling pro Tonne auf dem höchsten Stand seit nahezu drei Jahren. In einer Woche war der Preis um 83 Pfund oder 10% gestiegen, innerhalb eines Monats um mehr als 20%. Der Preis für *Blei* erreichte mit 555 Pfund eine neue Rekordhöhe. Geringere, aber ebenfalls sichtbare Preiserhöhungen gab es im Handel von Zink und Zinn. Platin und andere Edelmetalle wurden vor allem auf dem inoffiziellen Markt zu Höchstpreisen gehandelt.

Die kupferproduzierenden Länder der dritten Welt haben seit längerer Zeit Schritte gegen den niedrigen Kupferpreis unternommen, den die Imperialisten ihnen aufzwingen konnten und der unter den Produktionspreisen lag. Die freiwillige Produktionsbeschränkung der Länder in der Vereinigung kupferproduzierender Länder (CIPEC) wie der Beschluß Sambias, sein Kupfer in Zukunft selbst zu vermarkten, sind solche Maßnahmen. Sie erklären aber nicht den sprunghaften Anstieg der Kupferpreise in einer solchen Höhe.

„Das US-Wirtschaftsministerium sagt in seinem Ausblick auf die Industrie für 1979 einen Fall von 2% auf 3,3 Millionen Tonnen im US-Kupferverbrauch voraus und begründet das mit der geringeren Anzahl von Neubauten und dem Sinken des Ausstoßes der Automobilindustrie“, schreibt die „Financial Times“ am 30. Januar. Es ist also nicht verstärkter industrieller Bedarf, der die US-Imperialisten als einen der Hauptkäufer für Kupfer auf dem Weltmarkt auftreten läßt, ganz abgesehen davon, daß die USA mit über 1,5 Millionen Tonnen Jahresproduktion der größte Kupferproduzent der Welt sind, sondern es ist die blitzschnelle Aufstockung der strategischen Vorräte der Supermacht. Das Beschaffungsamt ist der Hauptkäufer von Kupfer wie von Edelmetallen auf dem New Yorker Metallmarkt – die imperialistische Presse berichtet vom „aggressiven Aufkaufen durch das Beschaffungsamt, wegen der Sorge über eine mögliche Konfrontation im Iran.“ (Financial Times, 3.2.) Gemeint ist ein Krieg zwischen den Supermächten, der der Intervention einer von ihnen im Iran folgen könnte. Kupfer ist unersetzbarer Rohstoff der Elektro- und Elektronikindustrie sowie der Munitionsherstellung. Die US-Imperialisten versuchen sich auch zu versorgen mit anderen strategischen Metallen zu sichern. Mit Zaire wurde in aller Eile ein neuer Vertrag über die Lieferung von Kobalt geschlossen. Statt wie 1978 3500 Tonnen sollen 1979 6000 Tonnen geliefert werden. Die US-Imperialisten begründen den verstärkten Bedarf mit dem Ausbau der Flugzeugindustrie.

Bereits während der letzten Monate waren Imperialisten und Sozialimperialisten dabei, ihre strategischen Metallvorräte auszubauen. Die Sozialimperialisten füllten z.B. im November ihre Lager bis oben hin mit Blei, auch wenn sie im Dezember etwas verkauften. Blei ist immer noch bedeutend als Metall für Geschoßhülsen und zunehmend in der Atomstrahlenabwehr. Ähnliche Bewegungen gab es auf den Märkten für Zinn wie für Spezialmetalle, z.B. Indium, Tantalit, Molybdän; unter Beteiligung aller führenden imperialistischen Mächte.

Die propagandistische Interventionsvorbereitung gegen den Iran nimmt konkretere Züge an. „Wenn also Irans Produktion nicht bald wieder aufgenommen wird“, sagt der Energieminister Schlesinger, „würden wir uns im nächsten Winter viel größerem Bedarf gegenüber sehen, als wir mit unseren Vorräten aufrechterhalten können“. (Time, 5.2.) Die Sozialimperialisten schicken den Sekretär der revisionistischen Tudeh-Partei nach vorn: „Welche Bedeutung messen Sie dem sowjetisch-iranischen Vertrag von 1921 zu, der zum Ausdruck bringt, daß die Sowjetunion das Recht hat, Iran zur Hilfe zu kommen, falls dieser einem Angriff ausgesetzt ist? – (…) Er (der Vertrag) hat immer eine bedeutende Rolle gespielt, tut es auch unter den gegenwärtigen Bedingungen und wird auch weiterhin für die nationale Unabhängigkeit Irans wichtig sein.“ (International Herald Tribune, 23.1.) US- und Sozialimperialisten wie ihre Verbündeten verlieren Öl- und Gaslieferungen in großem Umfang. 20% aller Ölimporte der Welt stammen aus dem Iran. Die Sozialimperialisten haben sich bis zum letzten Jahr jährlich 10 Milliarden Kubikmeter Gas durch eine 1970 gebaute Pipeline liefern lassen. Die Erhebung der iranischen Massen, vor allem die Streiks auf den Ölfeldern, haben Öl- und Gaslieferungen ein Ende gesetzt.

Dabei geht es nicht nur um Öl und Gas. Die gegenwärtige Auffüllung ihrer strategischen Metallvorräte wird Imperialisten und Sozialimperialisten schmerzhaft an die großen Metallvorkommen im Iran erinnern. Z.B. sind die Kupfervorräte bei Sar Chesmesh die viertgrößten in der Welt, mit geschätzten Vorkommen von 450 Millionen Tonnen 1,13-prozentigem Kupfererz. Weitere Bohrungen waren geplant, und Voraussagen von 800 Mio. Tonnen wurden gemacht. Seit 1972 ist das US-Monopol Anaconda mit „technischer Hilfe während der Aufbau- und Anfangsphase der Produktion“ dabei. Für 61,9 Millionen Dollar sollten die Friedrich Krupp Hüttenwerke ein Walzwerk bauen. Die Imperialisten konnten sich vor allem Hoffnungen auf Iran als Preisbrecher gegen die CIPEC-Länder machen. Denn im Juni gab die staatliche Gesellschaft, die die Kupferbergwerke betreibt, bekannt, daß Iran nicht Mitglied der CIPEC werde. Das Kupfer wird im Übertagebau gefördert: 15 Meter tiefe Löcher werden gebohrt, mit Sprengstoff gefüllt und die Brocken nach der Explosion abtransportiert. Das Kupfer wäre also *sehr* billig in der Förderung geworden. Da wurmt die Imperialisten besonders, daß die Mine wegen der Kämpfe die Lieferungen nicht wie vorgesehen im Herbst aufgenommen hat.

Preisentwicklung auf der Londoner Metallbörse

Metall	6.1.78	22.12.	29.12.	6.1.	12.1.	19.1.	26.1.	2.2.
Kupfer Drahtbarren – Kasse	671	777	773	782	825	844	862	945
– 3 Monate	685	787	787	793	839	858	879	957
Blei – Kasse	361	430	445	469	519	501	518	555
558								
Platin (Unze)....	96	156	152	152	152	152	152	165
Zinn								
– Kasse........	6263	6928	6985	6970	6825	6945	6950	7155
– 3 Monate	6273	6825	6863	6895	6727	6865	6887	7155
Zink								
– Kasse........	284	343	347	346	362	369	360	379
– 3 Monate	291	353	356	356	374	380	372	391

Angaben auf volle Pfund gerundet

Die iranische Arbeiterbewegung unterstützt die Bildung einer unabhängigen iranischen Republik

z.bil. Millionenmassen von Arbeitern, Bauern und anderen Teilen des iranischen Volkes haben sich am letzten Donnerstag auf dem Behesht-Zahra-Friedhof in Teheran versammelt. Die von den US-Imperialisten in den Sattel gehievte Bakhtiar-Regierung hat die Rückkehr des Ayatollah Khomeini nicht verhindert. Die Schließung des Flughafens war mit Demonstrationen beantwortet worden, die Arbeiter des Flughafens forderten die Öffnung des Flughafens. Die Ziele der nationalen Bewegung sind fortschrittlich und revolutionär. Sie bezieht ihre Stärke aus der engen Verbindung der Bewegung der Arbeiter mit den Bauern, den kleinen Händlern und dem Kleinbürgertum. Das zeigt sich in dem hohen Grad der Organisiertheit und Unterstützung; die Massen sind in der Lage, die Versorgung aufrechtzuerhalten, die notwendigen Lebensmittel, Kleidung und Heizmaterial zu sichern. Von Anfang an haben die streikenden Arbeiter an der Spitze der nationalen Bewegung gestanden.

– Im Juni streiken die 3700 Arbeiter der Montage-Fabriken in Ahwas. Sie fordern mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig streiken 400 Arbeiter der Albors-Fabrik. Sie fordern eine von den Arbeitern gewählte Gewerkschaft und höheren Lohn.

– Am 15. Juni wird der Generalstreik von den Arbeitern, Bauern und kleinen Geschäftsleuten durchgeführt. Alle Geschäfte sind geschlossen. Auf den Versammlungen wird zum Sturz des Schah-Regimes aufgerufen.

– Im Herbst streiken die Arbeiter und Angestellten der Wasserversorgungswerke in Meshad und Fars. Das Schah-Regime hatte ihnen keinen Lohn mehr ausgezahlt.

– Mit dem Streik der Erdöl- und Erdgasarbeiter, der über Monate hinweg mit einer klugen Taktik geführt wird, setzt sich das Proletariat an die Spitze der Bewegung. 35000 Erdöl- und Erdgasarbeiter sind an dem Streik in den Raffinerien beteiligt. Seit Oktober wird diese Streikbewegung in den Raffinerien fortgeführt, um den Imperialismus und das Schah-Regime maximal zu treffen. Gleichzeitig sichern die Erdölarbeiter die Versorgung der Massen mit Heizöl. Sie fordern mehr Lohn, und von Anfang an erheben sie die Forderungen nach

– Aufhebung des Kriegsrechts

– Freilassung aller politischen Gefangenen

– Alle Ausländer raus aus dem Iran. Am 25.1. müssen 200 der imperialistischen ausländischen „Berater“ die Ölfelder von Ahwaz verlassen, darunter britische Militärexperten.

– Dem Streik der Erdöl- und Erdgasarbeiter schließen sich Arbeiter und Angestellte der Iran-Air (iranische Fluggesellschaft) an. Die Streikbewegung in der Industrie verbindet sich mit den Kämpfen der Staatsbediensteten. In Täbris kündigen 500 Polizisten den Dienst bei der Polizei. Die Angestellten der iranischen Nationalbank streiken. Sie enthüllen in einem Flugblatt, wieviel Geld die Schahfamilie und ihr Anhang durch die Nationalbank ins Ausland überwiesen hat. Der Spaltungsversuch der Schahregierung im Oktober, die Bediensteten im öffentlichen Dienst durch eine Lohnerhöhung von 13,5% abzuspalten, scheitert. Die Kämpfe um die politischen Forderungen werden fortgesetzt. Die Zollbeamten, die Angestellten des Finanz- und Justizministeriums setzen den Streik fort. 450000 Lehrer führen ihren Streik weiter. Am 5., 6. und 7. Dezember halten die Universitätsprofessoren und Dozenten an der Universität in Teheran Kundgebungen ab und fordern ebenfalls die Aufhebung des Kriegsrechts, die Auflösung des SAVAK, Freilassung der politischen Gefangenen. Immer häufiger verweigern die Soldaten den Schießbefehl und entwaffnen ihre Offiziere. Der Staatsapparat kann durch diese Taktik der Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten maximal zersetzt werden.

Die Presse ist für die Propaganda der Bourgeoisie nicht mehr uneingeschränkt verfügbar. Im Dezember streiken alle Schriftsetzer und Angestellten der Zeitungen gegen die Zensur des Militärregimes. Sie erklären und veröffentlichen in Flugblättern: „Wir Schriftsetzer haben unsere Buchstaben bereitgestellt, und wir warten auf den Befehl des Volkes, das Wort ‚Freiheit‘ mit großen Buchstaben zu drucken.“ Der Streik der Schriftsetzer wird materiell von den Volksmassen unterstützt, innerhalb weniger Tage sind die Streikkassen mit Spenden gefüllt.

Einmischung der Supermächte gefährdet Pakistans Unabhängigkeit. Außenhandelsverschuldung: 7,6 Mrd. Dollar

z.wom. Am 23. Dezember letzten Jahres schloß der Oberste Gerichtshof von Pakistan seine Beratungen über die Berufung ab, die der frühere pakistanische Präsident Bhutto gegen das gegen ihn verhängte Todesurteil wegen angeblicher Anstiftung zum Mord eingelegt hatte. Bald wird der Oberste Gerichtshof die Entscheidung über die Berufung Bhuttos verkünden. Etwa zur gleichen Zeit wie der Gerichtshof tagte das von der Weltbank geführte Pakistan-Konsortium der Gläubiger-Länder und -Banken Pakistans, um über einen von der pakistanischen Militärregierung beantragten Zahlungsaufschub der pakistanischen Auslandsschulden zu verhandeln. Gegenwärtig beläuft sich Pakistans Auslandsverschuldung auf 7,6 Milliarden US-Dollar; sie hat sich innerhalb der letzten zwei Jahre verdoppelt, und der Schuldendienst frißt inzwischen 38% aller Außenhandelseinnahmen des Landes.

Ergebnis: Wachsende Abhängigkeit vom Imperialismus

Das Militärregime, seit Mitte 1977 im Amt, hat das Land wieder mehr dem Imperialismus und insbesondere den beiden Supermächten geöffnet. Aber es hat nicht vermocht, die antiimperialistische Massenbewegung zu zerschlagen:

In der Landwirtschaft wurden die Reformansätze der Bhutto-Regierung rückgängig gemacht. Die Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte sanken. Das lähmte die Initiative der Bauernmassen, so daß es im letzten Jahr bei der Getreideernte ein Rekorddefizit von 2,3 Mio. t gab und der Baumwollertrag – Baumwolle ist ein Hauptexportgut – ebenfalls sehr niedrig lag. Die Mißernte wurde noch verstärkt durch eine Knappheit an Düngemitteln.

In der Industrie, im Handel und bei den Banken und Versicherungen wurden die Nationalisierungen des imperialistischen Kapitals rückgängig gemacht. Der britische Premier Callaghan kam im Auftrag der Londoner City extra dazu im letzten Herbst nach Pakistan, um dem Militärregime einzuheizen. Bei Karachi und Lahore, den größten Städten Pakistans, sollen Freihandelszonen errichtet werden, die den ausländischen Investoren Niedriglöhne und Steuer- und Zollfreiheit garantieren. Die wirtschaftliche Devise des Militärregimes ist, der „Privatinitiative" wieder mehr Raum zu geben.

militärregimes ist, der „Privatinitiative" wieder mehr Raum zu geben.

Der Staatshaushalt für das Finanzjahr 78/79 weist nach Angaben des Finanzministeriums ein Rekorddefizit von 1,7 Milliarden Dollar auf, und das Land wird über weitere kürzlich bewilligte Kredite von fast 1 Milliarde Dollar noch tiefer in die Abhängigkeit der imperialistischen Gläubiger geraten. Schon im letzten Jahr hat das Militärregime die Steuern und staatlichen Gebühren für die Massen kräftig erhöht, und man kann sicher sein, daß das Gläubiger-Konsortium den Militärs jetzt ein noch schärferes Durchgreifen aufgetragen hat. Die Mißernte 1978 hat das Handels- und Zahlungsbilanzdefizit des Landes weiter verschärft, weil weniger Agrarprodukte exportiert werden konnten und dafür zusätzlich Getreide importiert werden mußte.

Zur „Sanierung" der Finanzen Pakistans hat das Weltbankkonsortium der Regierung vorgeschlagen, Streichungen an Projekten vorzunehmen, mit denen Pakistan seine nationale Wirtschaft entwickeln will. Einige Projekte sind schon gestoppt worden.

Aber auch von dem Militärregime bekamen die US-Imperialisten nicht die Zusage, daß Pakistan keine Wiederaufbereitungsanlage bauen wird und sein Atomenergieprogramm stornieren wird. Unter dem Druck der Massen mußten die Militärs hart bleiben. Daraufhin intervenierten die USA bei der französischen Regierung, die dann im letzten August erklärte, sie werde die Wiederaufbereitungsanlage nicht liefern. Nach gelungener Erpressung machten die US-Imperialisten ihren Entwicklungshilfestopp gegen Pakistan rückgängig.

Die Schwächung des Landes hat die andere Supermacht angelockt

Pakistan mit seiner strategischen Lage am Indischen Ozean und direkt neben den Ölquellen des Nahen Ostens ist für beide Supermächte ein begehrter Brocken. Auch bei der Sowjetunion, die in Karachi ein Stahlwerk baut, ist Pakistan verschuldet. Die gegenwärtige innere Zerrissenheit des Landes, dessen Massen in nicht abreißenden Kämpfen die reaktionäre Militärregime bekämpfen, nutzt die SU, um speziell unter den Belutschen in Westpakistan an der Grenze zum Iran separatistische Strömungen zu stärken. Die pakistanische Provinz Belutschistan hat eine lange Küstenstrecke am arabischen Golf, und man vermutet dort auch große Öllager. Bei ihrer Einmischung kommt den Sozialimperialisten zugute, daß die pakistanische Zentralregierung seit Jahren die Forderung der Belutschen nach nationaler Autonomie unterdrückt hat und daß das Militärregime die Erschließung und Ausbeutung der Ölvorkommen in Belutschistan US-Monopolen überlassen hat. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich in Nordwestpakistan, dem Siedlungsgebiet der Paschtunen, ab. Die SU versucht dabei das Regime in Afghanistan, das kürzlich mit der SU einen Friedens- und Freundschaftsvertrag unterzeichnet hat, gegen Pakistan einzusetzen.

Die Volksmassen in Pakistan haben eine lange Tradition des Kampfes gegen Kolonialismus und Imperialismus. Es war der Kampf der Massen für nationale Unabhängigkeit und soziale Reformen, der Pakistans antiimperialistischen blockfreien Kurs in den letzten



Bhutto 1969 im Wahlkampf gegen das Regime Ayub Khans.

10 Jahren bestimmt hat. Dieser Kurs verbindet sich mit dem Namen des ehemaligen Präsidenten Bhutto. In den letzten 1 1/2 Jahren ist es den US-Imperialisten und dem von ihnen eingesetzten Militärregime nicht gelungen, diese Massenbewegung zu zerschlagen. Das „Investitionsklima" sei nach wie vor unfreundlich, und ausländische Investoren seien durch die ‚Instabilität' abgeschreckt, vermeldet die imperialistische Presse. Das Militärregime kann nur noch schwer weiterregieren gegen den Kampf der Massen. Die Kämpfe nach der jetzt fälligen endgültigen Gerichtsentscheidung über Bhutto werden zeigen, ob die Massenbewegung

richtsentscheidung über Bhutto werden zeigen, ob die Massenbewegung

sich gegenüber den imperialistischen Intrigen und der Einmischung der Supermächte und gegenüber der Reaktion im Inneren behaupten kann.

Das zeitliche Zusammenfallen der Gerichtsberatungen über das Schicksal des früheren pakistanischen Präsidenten und der Tagung des Konsortiums der imperialistischen Ausplünderer und Erpresser Pakistans ist nicht zufällig. Die Geldgeber (die USA an 1. Stelle, dann Großbritannien und die BRD) sind unzufrieden mit der gegenwärtigen Militärregierung, die nicht auftragsgemäß die antiimperialistische und antifeudale Massenbewegung in Pakistan, auf die sich der frühere Präsident Bhutto bei seiner unabhängigen und blockfreien Politik gestützt hatte, zerschlagen hat und die selbst nicht genügend den Wünschen und Forderungen der Imperialisten entgegenkommt.

Militärputsch: US-Imperialisten wollten Pakistan abhängig machen

Die Militärregierung unter Zia Haq wurde 1977 offenkundig vom US-Imperialismus an die Macht geputscht. Die Regierung Bhutto war den US-Imperialismus genauso wie dem Sozialimperialismus schon lange ein Dorn im Auge. Denn besonders unter dieser Regierung verfolgte Pakistan, selbst künstliches Produkt der imperialistischen Spaltungspolitik des früheren britischen Kolonialregimes auf dem indischen Subkontinent und in seinen heutigen Grenzen (seit 1971 ohne Ostpakistan, das heutige Bangladesh) Resultat des Hegemoniestrebens und der Kriegstreiberei der beiden Supermächte, eine Politik der Blockfreiheit und spielte zeitweilig eine führende Rolle beim Zusammenschluß der Länder und Völker der Dritten Welt. In Pakistan selbst waren Maßnahmen gegen die imperialistische Ausplünderung und gegen den Feudalismus auf dem Lande ergriffen.

Pakistan war zunächst nach seiner formellen Unabhängigkeit 1947 eine ganze Zeitlang Stützpunkt des US-Imperialismus auf dem indischen Subkontinent und damit eine Bedrohung der Völker Asiens und des damaligen sozialistischen Lagers. Mit dem Iran und der Türkei gehörte es zum CENTO-Pakt, von US-Imperialismus gegründet zur Sicherung der Ölquellen im Nahen Osten und als Bedrohung der Sowjetunion und der VR China. Aber später wurde Pakistan zur treibenden Kraft, daß der CENTO-Pakt schließlich platzte. Es nahm frühzeitig Beziehungen zur VR China auf und vereitelte damit die Einkreisungspolitik der beiden Supermächte gegen das revolutionäre China. Insbesondere die Regierung Bhutto ergriff Schritte, um die vom Kolonialismus hinterlassenen und später von den beiden Supermächten geschürten Widersprüche zu Indien und zum heutigen Bangladesh friedlich zu lösen. Mit den Nachbarländern Afghanistan und dem Iran wurden Übereinkommen erzielt, daß die durch die willkürliche Grenzziehung der britischen Imperialisten entstandenen Nationalitätenprobleme (im westlichen Pakistan, im Osten des Iran und in Südafghanistan leben 5 Millionen Belutschen; in Nordpakistan leben 7 Millionen Paschtunen und in Afghanistan etwa 6 Millionen) im gegenseitigen Einvernehmen gelöst werden sollten. Das war ein wichtiger Schlag gegen die Einmischungsversuche der Supermächte.

Imperialistische Erpressungen gegen das Atomenergieprogramm

Wirtschaftlich hatte Pakistan im letzten Jahrzehnt einen Kurs der Unabhängigkeit verfolgt, mit dem Aufbau einer eigenen Industrie und mit Landreformen begonnen. Pakistan ist eines der Länder mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen in Asien: 1977 120 US-Dollar. 80% der Bevölkerung leben auf dem Lande, und die Hauptagrarprodukte sind Weizen und Baumwolle. Die Bhutto-Regierung als Regierung der nationalen Bourgeoisie schuf

wolle. Die Bhutto-Regierung als Regierung der nationalen Bourgeoisie schuf

Landgesetze, die der Willkür und der Habgier der Grundherrn Schranken setzten und die Vertreibung der Pächter vom Land, das sie bebauten, fast unmöglich machten. Die Einkommen der Bauern erhöhten sich durch die Heraufsetzung der Ankaufspreise für Agrarprodukte. Das ausländische Kapital im Land wurde teilweise nationalisiert und der Aufbau einer eigenen Schwerindustrie mit Stahlwerken und Maschinenfabriken begonnen. Unter dem Druck der Arbeiterbewegung erließ die Regierung ein Kündigungsschutzgesetz.

Pakistans Atomenergieprogramm lief den Interessen der Supermächte völlig zuwider. Das Land, äußerst arm an bislang erschlossenen fossilen Energiequellen, begann mit dem Bau von Atomkraftwerken und orderte bei den französischen Imperialisten eine Wiederaufbereitungsanlage. Im Januar 1977 erklärte der US-Botschafter in Pakistan dem damaligen Präsidenten Bhutto, die Wiederaufbereitungsanlage werde sicher nicht gebaut. Ex-US-Außenminister Kissinger hatte schon 1976 gedroht, die USA würden ihre Entwicklungshilfe und ihre Waffenlieferungen an Pakistan streichen, sollte die Wiederaufbereitungsanlage gebaut werden. Zynisch erklärte er, er würde es bedauern, wenn Pakistan das erste Ziel von US-Maßnahmen gegen die Weitergabe von Atomtechnologie würde. Die US-„Entwicklungshilfe" wurde eingestellt, und auf amerikanischen Druck stellte Kanada seine Uranlieferungen für die schon arbeitenden pakistanischen Kernkraftwerke ein. Als die Bhutto-Regierung nicht nachgab, nutzten die US-Imperialisten die Unzufriedenheit der reaktionären Grundbesitzer- und Kompradorenklassen und der reaktionären religiösen Kreise, um ein Militärregime an die Macht zu putschen. Für das Eingreifen der USA spricht die Tatsache Bände, daß zur Zeit der Unruhen gegen die Bhutto-Regierung 1977 der Schwarzmarktdollarkurs erheblich unter dem offiziellen Kurs Dollar/Rupie lag, weil so viele Dollars schwarz ins Land geflossen waren zur Finanzierung der Unruhen.

Der Kampf der afghanischen Volksmassen gegen die Fremdherrschaft hat Tradition

z.rua. Auf den zentralen Plätzen in Kabul hängt neben dem Bild Tarakis das Bild Breschnews. Hinweisschilder sind zweisprachig: in den afghanischen Sprachen paschtu oder dari und in – russisch. In Ministerien und Behörden Afghanistans sitzen sowjetische „Berater". Die 70000 Mann umfassende afghanische Armee ist mit russischen Waffen ausgerüstet und wird von russischen Offizieren gedrillt. Im März soll der 1976 verabschiedete 7-Jahresplan außer Kraft gesetzt werden durch einen 5-Jahresplan, der von russischen Experten verfaßt wurde. Der im Dezember 1978 zwischen der UdSSR und Afghanistan geschlossene „Freundschaftsvertrag" sieht die „Stärkung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet" vor und verpflichtet Afghanistan, für das sozialimperialistische „System der kollektiven Sicherheit in Asien" die Trommel zu rühren. Er hat eine Laufzeit von 20 Jahren mit fünfjährigen Verlängerungsfristen. Die Sozialimperialisten haben sich damit die Legitimation verschafft, Afghanistan als Aufmarschgebiet für ihre Expansion zum Indischen Ozean zu benutzen.

Ob sie es *können*, ist eine andere Frage. Sie sind verhaßt unter den afghanischen Volksmassen. Auf den Straßen Kabuls werden sie angegriffen. Das 80 km² große Gelände, auf dem sich die sowjetische Botschaft und sowjetische Wohnblocks befinden, ist von einer hohen Steinmauer umgeben und wird streng bewacht. Vor den Ministerien und öffentlichen Einrichtungen der Stadt stehen schwerbewaffnete Armee-Einheiten. Auf dem Land können sie sich überhaupt nicht bewegen. Die afghanischen Volksstämme führen den bewaffneten Kampf gegen die sowjetischen Besatzer und die Regierung, die das Land an die sozialimperialistische Supermacht verschachert.

Die Regierungstruppen versuchen, mit Luftangriffen und Bombardements den Befreiungskampf zu zerschlagen. Wie die pakistanische Zeitung „Junj Rawalpindi" am 26.1. berichtete, bombardierten Flugzeuge Mitte Januar erneut hunderte von Häusern und verwandelten ganze Dörfer im Norden des Landes in Schutt und Asche. *Nach* den Bombenangriffen wurden Flugblätter abgeworfen, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, das Taraki-Regime zu unterstützen. Sollten sie sich den „revolutionä-

wird, das Taraki-Regime zu unterstützen. Sollten sie sich den „revolutionä-

ren Reformen" in den Weg stellen, würden sie restlos vernichtet werden.

Es sind gerade diese „revolutionären Reformen", gegen die die afghanischen Volksmassen erbitterte Kämpfe führen. Sie bedeuten die Zerstörung ihrer Lebensbedingungen, ihrer Kultur und traditionellen Verbindungen und die zwangsweise Umwandlung in Lohnsklaven für die Profite der Sozialimperialisten.

90% der afghanischen Bevölkerung leben auf dem Land. Sie ernähren sich vor allem von der Viehwirtschaft, vom Anbau von Getreide und verschiedener Obstsorten. Sie haben innerhalb der Stammesgemeinschaften Handelssysteme entwickelt, nach denen sie untereinander ihre Waren austauschen. Der staatlich verordneten Steuer-, Schul- und Wehrpflicht sind sie nie nachgekommen. Sie bilden ihre Kinder entsprechend ihren Bedürfnissen selbst aus, produzieren ihre Waffen selbst und haben sich eigene Milizen geschaffen. Weder die britischen Kolonialisten noch die russischen Zaren konnten das Land unterwerfen. Im gemeinsamen Kampf gegen die ausländischen Mächte schlossen sich die verschiedenen Volksstämme zusammen und stellten die Widersprüche untereinander hintan.

Afghanistan ist ein Vielvölkerstaat. Neben den zahlenmäßig stärksten paschtunischen Stämmen leben dort Tadschiken, Uzbeken, Kirgisen und Perser. Die Imperialisten und Sozialimperialisten wollen unter ihnen Widersprüche schüren, um ihre Herrschaft zu vertiefen. Die Sozialimperialisten stacheln Afghanistan zur Annektierung von Teilen Pakistans, in dem paschtunische Volksstämme leben, an und propagieren die Schaffung eines „unabhängigen Paschtunistan" unter ihrer Schirmherrschaft. Es ist eine Frage der Zeit, wann sie mit demselben „Recht", das sie Afghanistan gegenüber Pakistan zubilligen, ihre eigenen Ansprüche auf Zwangsassimilierung von Teilen Afghanistans geltend machen. Im Norden Afghanistans leben Uzbeken, Tadschiken und Kirgisen, deren zahlenmäßig größten Teil schon die alten Zaren in das russische Völkergefängnis geworfen haben.

Die Verwandlung Afghanistans in eine Halbkolonie der sozialimperialistischen Supermacht wurde nicht erst im letzten Dreivierteljahr vollzogen. Seit ihrer Machtergreifung haben die russischen Revisionisten die Weichen gestellt, um Afghanistan zur Rollbahn für ihre Expansion zum Indischen Ozean auszubauen. Einer der ersten Kredite, den sie Afghanistan gaben, betraf den Bau eines Straßennetzes von der sowjetischen Grenze nach Kabul und Kandahar mit Abzweigungen an die iranische und pakistanische Grenze. Die Straßen bestehen aus panzerfestem Baumaterial. Mitte letzten Jahres erteilten sie einen neuen Kredit für die Modernisierung der Straßen und den Bau einer Eisenbahnbrücke über den Grenzfluß Amu Darja. Obwohl die Sozialimperialisten den Fluß in voller Breite für sich beanspruchen, bürdeten sie Afghanistan die Hälfte der Kosten auf.

Während der ersten Regierungsphase des Ministerpräsidenten Daud (1953 – 1963) wurde der sowjetisch-afghanische Handel verfünffacht. Mit der Kreditvergabe diktierten die russischen Revisionisten Afghanistan die Wirtschaftsstruktur (s. KVZ 44/78). 1963 wurde Daud von der nationalen Bourgeoisie abgesetzt, die das Land den westlichen Imperialisten öffnete. Deren Plünderung und Erpressung trieb Afghanistan jedoch wieder in die Umklammerung der UdSSR, die 1967 ein Abkommen über die Lieferung von 95% des afghanischen Erdgases bis 1985 durchsetzte. Im Mai 1973 besuchte der damalige Vorsitzende des Obersten Sowjets, Podgorny, Afghanistan und pries das „System der kollektiven Sicherheit" und die „ehrliche Bereitschaft" der UdSSR, an diesem System „mitzuarbeiten". Afghanistan teilte die Begeisterung der UdSSR nicht. Zwei Monate später wurde Daud durch Putsch erneut an die Regierungsmacht gehievt.

Während seiner Amtszeit wurden 40 Gesetze und Verordnungen erlassen, die den Sozialimperialisten den Zugriff auf die Reichtümer des Landes erleichtern. Zur Unterwerfung der Volksmassen wurde eine „Landreform" verordnet. Schon Mitte der 50er Jahre wurden Nomadenstämme gewaltsam aus-

den Nomadenstämme gewaltsam aus-

einandergerissen und zwangsangesiedelt. Für den Erwerb von Boden mußten sie Kredite aufnehmen, die mit Wucherzinsen wieder eingetrieben wurden. Sie mußten ihre Viehherden verkaufen oder abschlachten und wurden auf den Anbau von Baumwolle und Obst verpflichtet. In der „Landreform" von 1973 ist festgehalten, daß aller Grundbesitz über 40 ha enteignet und an ehemalige Pächter, Landarbeiter und weitere Nomaden auf Kredit verkauft wird. Sie müssen sich verpflichten, den größtenteils brachliegenden Boden innerhalb von vier Monaten urbar zu machen und zu bebauen. Kommen sie dieser Verpflichtung nicht nach oder sind sie mit Ratenzahlungen in Verzug, wird ihnen das Land wieder geraubt. Den Nomaden, die ihres Viehs und Landes beraubt sind, wird angeraten, sich als Lastwagenfahrer zu verdingen, da dies ein für sie „typischer Beruf" sei.

Gegen die Unterdrückung und Ausplünderung verstärkten die Volksmassen den bewaffneten Kampf. Sie zwangen Daud, die Produktion und den Export des Erdgases in die UdSSR zu drosseln, „vermutlich, um die vorhandenen Vorkommen für spätere eigene Verwendung nutzbar zu machen", mutmaßen die „Mitteilungen" der Bundesstelle für Außenhandelsinformation im Februar 1978 treffend. Im 1976 verabschiedeten 7-Jahrplan wurde der Bau von 50 Betrieben für die Nahrungsmittelversorgung und der Kleinindustrie als vorrangig festgesetzt. Kreditabkommen zur Finanzierung dieser Projekte wurden vor allem mit Ländern der Dritten Welt geschlossen. Im März 1978 besuchte Daud Pakistan und einigte sich mit Zia Ul Haq, alle Streitigkeiten auf friedlichem Wege auszuräumen. Eine gemeinsame Wirtschaftskommission wurde gegründet. Der sozialimperialistische Plan, Afghanistan in die Aggression gegen Pakistan zu treiben, war damit geplatzt. Daud war nicht länger der Mann, den die Sozialimperialisten für ihre Hegemonialabsichten brauchten. Einen Monat später wurde er von Taraki weggeputscht und umgebracht.

167 Schlagstöcke bei der Landesregierung nicht wiederzufinden

r.jöd. Das Landgericht Hannover hat in der letzten Woche die Klageschrift gegen 18 Grohnde-Demonstranten verschickt. Gleich päckchenweise kamen die Schriftsätze und Aktenunterlagen an. – Am 26. April um 11 Uhr im Landgericht in Hannover will die Landesregierung den Beweis über ihren Schadensanspruch antreten. Sie will Beweise dafür erbringen, daß ihren Polizeitruppen 167 Schlagstöcke abhanden gekommen sein sollen, Unmengen von Schutzschildern und viel anderes Polizeigerät. Die Landesregierung will unter anderem den Beweis auch dafür antreten, daß einem Polizeibeamten eine Unterhose kaputtgegangen sein soll; veranschlagter Schaden 8,50 DM. Kann wohl nur die Unterhose eines Offiziers gewesen sein... Den Gesamtschaden beziffert die Landesregierung auf 233926,09 DM und verlangt zusätzlich „3 % Zinsen". Außerdem schreibt sie, daß der Schadenseingang noch nicht beendet ist und noch mit neuen Forderungen zu rechnen ist. – Die 18 Angeklagten haben unmißverständlich erklärt, daß sie nicht zahlen und die Landesregierung in ihrer Unterdrückung nicht noch finanzieren werden. – Nach eingehendem Studium der Klageschrift konnte die Redaktion der KVZ etwaige Sonderausgaben, auf die Ministerpräsident Albrecht für *seinen* Sondereinsatz Anspruch erhebt, nicht finden. Dies wird sicher beim ersten Prozeßtermin zur Sprache kommen.

Metallabschlüsse – Kapitalisten wollen nachstoßen

r.gör. Nach der „Einigung" in Hessen wurden auch in Niedersachsen am Dienstag und im Nordverbund (Schleswig-Holstein, Hamburg, nordwestliches Niedersachsen, Unterwesergebiet) am Donnerstag die Verhandlungen mit den Metall-Kapitalisten abgeschlossen. Herausgekommen ist ebenfalls der 4,3 %/13 Monate-Abschluß sowie die 6-Wochen-Urlaubsregelung. *Unter* den Abschluß in Hessen zu gehen, ist den Kapitalisten nicht geglückt (aber im Metallbereich der Preußag AG: nur 4 % für die 17000 Beschäftigten). – Der Zwang zur Akkord- und Überstundenarbeit wird sich durch den niedrigen Abschluß verschärfen. Im Maschinenbau etwa liegt die *durchschnittliche* bezahlte Wochenarbeitszeit der Arbeiter bei 42,1 Stunden, davon 2,7 Überstunden. Nimmt man den Zeitlohndurchschnitt entsprechend dem Ecklohn (in Niedersachsen), so machen die 4,3 % 73 DM bzw. in Steuerklasse I gerade 46 DM netto aus, also

Metallabschlüsse – Kapitalisten wollen nachstoßen

r.gör. Nach der „Einigung" in Hessen wurden auch in Niedersachsen am Dienstag und im Nordverbund (Schleswig-Holstein, Hamburg, nordwestliches Niedersachsen, Unterwesergebiet) am Donnerstag die Verhandlungen mit den Metall-Kapitalisten abgeschlossen. Herausgekommen ist ebenfalls der 4,3 %/13 Monate-Abschluß sowie die 6-Wochen-Urlaubsregelung. Unter den Abschluß in Hessen zu gehen, ist den Kapitalisten nicht geglückt (aber im Metallbereich der Preußag AG: nur 4 % für die 17000 Beschäftigten). – Der Zwang zur Akkord- und Überstundenarbeit wird sich durch den niedrigen Abschluß verschärfen. Im Maschinenbau etwa liegt die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit der Arbeiter bei 42,1 Stunden, davon 2,7 Überstunden. Nimmt man den Zeitlohndurchschnitt entsprechend dem Ecklohn (in Niedersachsen), so machen die 4,3 % 73 DM bzw. in Steuerklasse I gerade 46 DM netto aus, also
noch weit unter den aufgestellten Mindestforderungen, über die ein Wort zu verlieren, sowohl von den Kapitalisten als auch von der IGM-Führung peinlich vermieden wird. – Die Metall-Kapitalisten werden auf den Abschluß mit weiteren Vorstößen gegen die Arbeiter antworten. So wie bei Stahl jetzt schon zu sehen ist. Was sich die Regierung denkt, hat Minister Ehrenberg „im Rückblick" ausgedrückt: schon „in der Lohnrunde 1978 (seien) die niedrigsten Erhöhungen der siebziger Jahre vereinbart worden", nämlich 5,1 % im Durchschnitt (Handelsblatt, 1.2.).

Abschluß bei Braunschweigischen Kohlebergwerken

r.bel. Den 3045 Arbeitern und Angestellten der Braunschweigischen Kohlenbergwerke ist es gelungen, die Übernahme des Metallmusters auch auf ihren Bereich zu verhindern. Durch Abschluß des Haustarifvertrages am vergangenen Wochenende werden die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen rückwirkend ab 1.1.79 um 5% erhöht, die Laufzeit bleibt bei 12 Monaten. Gefordert hatte die IG Bergbau 6,5%. Für einen mittleren Facharbeiter in der Lohngruppe 13 bringt das auf den seit 77 geltenden Monatslohn etwa 102 DM, für die Masse der Beschäftigten etwa 95 DM. Auf die Gesamtlohnsumme berechnet hätten die 5% gut 125 DM für jeden bringen können, was die Ärgerlichkeit solcher Prozentbeträge unterstreicht. – Vollständig durchsetzen konnte die IG Bergbau die Forderung nach zwei Tagen mehr Urlaub für alle sofort, ebenso wurde in der Erhöhung der Nachtschichtzulage um 24% von 1,91 DM pro Stunde auf 19 DM pauschal pro Schicht ein wichtiger Erfolg erzielt, der auch die bisher vorhandene Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten beseitigt. – Mit dem Abbaubeginn für die Salzkohle im März und der Vorantreibung des Ölschieferabbaus erhoffen sich die BKB Kapitalisten aber einen erneuten Aufschwung in der Profitmacherei.

In der Konzentration des Kapitals ein „Entwicklungsland"

Schleswig-Holstein: 3 Tage Landtagssitzung / Volksbeschimpfung auf der Tagesordnung

r.her. Kaum haben die Kapitalisten auch im Tarifbezirk Nordmark den 4,3 %-Lohnraubabschluß unter Dach, hört man, daß es der notleidenden Werftindustrie auch schon wieder besser geht: „HDW kauft sich an der Mützelwerft in Cuxhafen ein, und HDW baut Fähre Kiel-Oslo." Der Auftrag wurde gegen schärfste Konkurrenz gewonnen. Das vermelden die „Kieler Nachrichten" am 3. Februar. Die norwegische Konkurrenz hatte ihren Beschäftigten zur Ergatterung dieses Geschäfts schon einen Lohnstopp aufgezwungen. Aber die „Deutschen" sind billiger und schneller und haben, von Bund und Küstenländern ausgebrütet, ein Werfthilfeprogramm. Daß dieser „Wettbewerbserfolg" dem niederen Lohnstandard und der Kunstfertigkeit der westdeutschen Kapitalisten in der Schweißauspressung zu verdanken ist, „verblüfft" auch nur in der bürgerlichen Presse: „Nachdem die Werft Lindenau, Kiel, vor einiger Zeit zwei Tanker in einer *verblüffend* kurzen Zeit verlängern konnte, gelang es ihr, einen weiteren Auftrag zur *kurzfristigen* Schiffsverlängerung (wiederum) gegen schärfste Konkurrenz abzuschließen." (Kieler Nachrichten, 3. Februar)

Wie zufrieden die Finanzbourgeoisie mit der Rührigkeit der Landesregierung und ihres Ministerpräsidenten Stoltenberg ist, läßt sie auch durch den derzeitigen Spitzenvertreter ihrer Interessen – in diesem Bereich –, durch Kanzler Schmidt, zum Ausdruck bringen. Schmidt nannte bei seinem Wahlkampf-Unterstützungsbesuch auf dem Staatsgut des FDP-Landesvorsitzenden Ronneburger Stoltenberg einen *honorigen Mann*.

Die Fakten zeigen denn auch die „Erfolge" der Regierung Schleswig-Holsteins zur Organisierung des Bauernlegens und der Vernichtung der kleinen Handwerker. Von 1970 bis 1976 sind von 11500 Landarbeitern 4600 zur „Verwendung" in der Industrie freigesetzt worden. Im selben Zeitraum sind von 157400 landwirtschaftlichen Betriebsinhabern und mitarbeitenden Familienmitgliedern 40600 um ihre Existenzgrundlage gebracht worden. Gleichzeitig hat die Konzentration des Landbesitzes rapide zugenommen. In den zehn Jahren von 1960 bis 1970 z.B. nahm der Anteil an Betrieben mit mehr als 50 ha von 28 auf 33 % zu, um 5 %; von 1970 bis 1977 aber um 12 %. Beim Handwerk ist die „Mittelstandspolitik" der CDU ebenfalls „erfolgreich" verlaufen. In den letzten neun Jahren, von 1968 bis 1977, ist die Anzahl der Handwerksbetriebe um 19 % gesunken. In acht Jahren nahm die Zahl der Beschäftigten um 12000 ab, wobei die Hälfte der Ein-Mann-Unternehmen gezwungen war, das Geschäft aufzugeben. Eine stattliche industrielle Reservearmee wird so laufend zusätzlich aufgebaut, die in der Konkurrenz der großen Kapitale gegen die kleinen Kapitale zur Freimachung weiterer Arbeitermassen für die Lohnarbeit eingesetzt werden kann. Es häufen sich denn auch die Feststellungen, daß es mit der Wirtschaft im nördlichsten der Bundesländer aufwärts gehe.

Kein Wunder, daß denn auch die Landtagssitzung dabei beschäftigt blieb, notdürftig die grundsätzliche Einigkeit aller in der Durchsetzung der Aufträge des Finanzkapitals gegen die Volksmassen zu verschleiern, weil der Schatten des Wahlkampfes ja über dieser Sitzung schwebte. Die Presse nennt das dann eine sachliche Debatte. Bei dem von der FDP angezettelten Tagesordnungspunkt zur Bekämpfung der Jugendkriminalität war man sich einig, daß die Eltern die Schuldigen sind. Als Landes-SPD leistete man sich auch Kritik an dem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung: Elternrecht ginge darin immer noch vor Kindesrecht – das nimmt dann der Staat wahr, weil er am besten weiß, was für die Kleinen gut ist. Dazu paßte auch die Initiative der Regierung im Vorfeld der Heimerziehung, mehr Aktivität zu entfalten. Dieser Vorschlag wird ihr aber von den Jusos streitig gemacht, das habe die SPD schon lange gefordert, und jetzt wolle die CDU die Lorbeeren einheimsen. Fragt sich nur, von wem. Auch die Haltung der Landesregierung beim Punkt Minderung des Verkehrslärms wurde gebilligt. Es sei ja schon viel gewonnen, wenn die Jugendlichen auf ihren Zweirädern nicht soviel Lärm machten. Mit Fahrverboten hat man ja jüngst Erfahrungen gesammelt.

Beschlossen wurde eigentlich nichts neues, außer dem Nachtragshaushalt für 56 Millionen DM Steuergelder, angeblich zur Beseitigung der Schneekatastrophenschäden – und das einstimmig. Wobei gleich klargestellt wird, was daran positiv ist: „Positiv zu werten ist auch die gemeinsame Erkenntnis, daß es nicht Aufgabe des Staates sein kann, seinen Bürgern für alle nur denkbaren Fälle Hilfen vorzuhalten." (Kieler Nachrichten, 31. Januar) Hauptsächlich soll mit dem Geld die Fremdenverkehrsindustrie weiter flott gemacht werden.

Daß bei dem Katastropheneinsatz unter anderem von der Oberpostdirektion 25000 Telefonanschlüsse für *abgehende* Gespräche gesperrt wurden, was wie auch bei anderen sogenannten Notständen verhindern soll, daß die Massen sich untereinander verständigen können – das ist nicht Gegenstand der bürgerlich-parlamentarischen Debattierclub-Sitzung 'Landtag' gewesen.



r.gör. Der Kampf gegen die Schulpolitik der Landesregierungen entwickelt sich in der Breite. Unterdrückung und Schikane und den völligen Verlust an selbständiger Bestimmung über Form und Inhalte der Ausbildung wollen sich Eltern und Lehrer so wenig wie die Schüler gefallen lassen. Unser Bild dokumentiert Ausschnitte aus den Bewegungen. Hamburg (oben links): Die Demonstration am 26.1. (aufgerufen hatte die Initiative „Elternrecht für alle") richtet sich gegen die Einrichtung von Gesamtschulen und Orientierungsstufen, die bloß der Aussiebung dienen. Beckum (oben rechts): 150 Schüler demonstrieren am 25.1. gegen die „Allgemeine Schulordnung" und bereiten damit den landesweiten Streik gegen die Schulpolitik in NRW am 1.2. vor. In Bielefeld (unten links) fanden Streiks und Demonstrationen von ca. 4500 Schülern statt, in Gütersloh (unten rechts) demonstrierten 800 bis 900 Schüler am 26.1. gegen die „Allgemeine Schulordnung".

Stoltenberg ist, läßt sie auch durch den derzeitigen Spitzenvertreter ihrer Interessen – in diesem Bereich –, durch Kanzler Schmidt, zum Ausdruck bringen. Schmidt nannte bei seinem Wahlkampf-Unterstützungsbesuch auf dem Staatsgut des FDP-Landesvorsitzenden Ronneburger Stoltenberg einen honorigen Mann.

Die Fakten zeigen denn auch die „Erfolge" der Regierung Schleswig-Holsteins zur Organisierung des Bauernlegens und der Vernichtung der kleinen Handwerker. Von 1970 bis 1976 sind von 11500 Landarbeitern 4600 zur „Verwendung" in der Industrie freigesetzt worden. Im selben Zeitraum sind von 157400 landwirtschaftlichen Betriebsinhabern und mitarbeitenden Familienmitgliedern 40600 um ihre Existenzgrundlage gebracht worden. Gleichzeitig hat die Konzentration des Landbesitzes rapide zugenommen. In den zehn Jahren von 1960 bis 1970 z.B. nahm der Anteil an Betrieben mit mehr als 50 ha von 28 auf 33 % zu, um 5 %; von 1970 bis



r.gör. Der Kampf gegen die Schulpolitik der Landesregierungen entwickelt sich in der Breite. Unterdrückung und Schikane und den völligen Verlust an selbständiger Bestimmung über Form und Inhalte der Ausbildung wollen sich Eltern und Lehrer so wenig wie die Schüler gefallen lassen. Unser Bild dokumentiert Ausschnitte aus den Bewegungen. Hamburg (oben links): Die Demonstration am 26.1. (aufgerufen hatte die Initiative „Elternrecht für alle") richtet sich gegen die Einrichtung von Gesamtschulen und Orientierungsstufen, die bloß der Aussiebung dienen. Beckum (oben rechts): 150 Schüler demonstrieren am 25.1. gegen die „Allgemeine Schulordnung" und bereiten damit den landesweiten Streik gegen die Schulpolitik in NRW am 1.2. vor. In Bielefeld (unten links) fanden Streiks und Demonstrationen von ca. 4500 Schülern statt, in Gütersloh (unten rechts) demonstrierten 800 bis 900 Schüler am 26.1. gegen die „Allgemeine Schulordnung".

Massive Fahrpreiserhöhungen in Norddeutschland

Gemeinden unter Druck / Mancher Beschluß muß nicht endgültig sein

r.pel. Hannover. Ende Januar. Die Straßenbahnlinie 6 ist vollbesetzt. Es gibt Unruhe im Wagen. „Nun beeilen Sie sich mal ein bißchen", hört man jemanden in barschem Ton befehlen. Die Fahrtausweise werden „kontrolliert". Von vorn und hinten gleichzeitig wird der Wagen von zwei Kontrolleuren durchgekämmt. Ein dritter steht in der Mitte. Alle sind in Zivil, also nicht sofort zu erkennen. Es ist organisiert wie eine Razzia. Wer keinen Ausweis hat und jetzt raus will, muß schon etwas Gewalt anwenden. In allen größeren Städten sind diese Kontrollen polizeimäßig organisiert mittlerweile. Die Grundlage der Schikane ist in den „allgemeinen Beförderungsbedingungen" festgeschrieben:

Z.B.: § 6 Abs. 4: „Der Fahrgast hat den Fahrtausweis bis zur Beendigung der Fahrt aufzubewahren und ihn dem Betriebspersonal auf Verlangen zur Prüfung vorzuzeigen oder auszuhändigen." Abs. 5: „Kommt der Fahrgast seiner Pflicht nach den Absätzen 2 bis 4 trotz Aufforderung nicht nach, kann er von der Beförderung ausgeschlossen werden; die Pflicht zur Zahlung eines erhöhten Beförderungsentgeltes nach § 9 bleibt unberührt."

Weiter: Wenn das Personal Geldbeträge über 10 DM nicht wechseln kann, wird eine Quittung ausgestellt, der Fahrgast muß das Wechselgeld bei der Verwaltung selbst abholen. Ist er damit nicht einverstanden, muß er die Fahrt abbrechen. Es besteht keine Beförderungspflicht für Personen mit Kleinkindern in Kinderwagen.

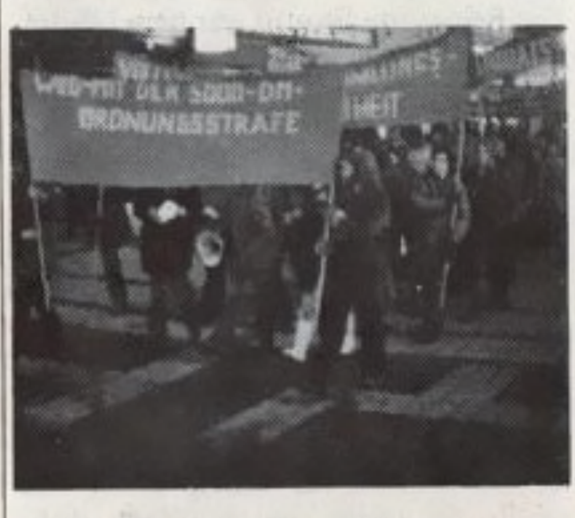
In ganz Norddeutschland will die Bourgeoisie gegenwärtig Fahrpreiserhöhungen durchsetzen. Personenbeförderungsgesetz und allgemeine Beförderungsbedingungen sind die rechtliche Grundlage. Erhöht werden soll:

Stade: In den Bereichen der längeren Fahrtstrecken um 6 bis 11 %, in den Kurzstreckenbereichen zwischen zwischen 32 und 56 %. Besonders stark sind die Erhöhungen bei Wochen- und Monatskarten; sie sind zeitlich gestaffelt. *Hamburg:* Ab 25.2. sollen sämtliche Tarife um 4 bis 10 % erhöht werden. *Hannover:* Alle Fahrscheine werden teurer. Eine Einzelkarte steigt um 7 % auf 1,60 DM. *Göttingen:* Ab 1.2. sollen Einzelfahrscheine um 9 % teurer sein, Kinder- und Schülerfahrscheine um 15 %. *Osnabrück:* 10 bis 20 % Erhöhungen. *Delmenhorst:* Erhöhungen zwischen 14 und 20 %.

Verschiedene Gemeinden wie Braunschweig hatten schon im Herbst die Fahrpreise erhöht. Die Gemeinden sind unter Druck geraten. Die Bundesregierung hatte die Abschaffung der Lohnsummensteuer beschlossen. Der niedersächsische Finanzminister Kiep war in seiner Haushaltsrede im Oktober darob voll des Lobes und propagierte in seiner Sorge um der Kapitalisten Wohl die Abschaffung der Gewerbesteuer. Seinen Freunden in den Gemeinden empfahl er damals: „eigene Anstrengungen, z.B. Erhöhung der Gemeindesteuern, Gebühren usw." (Landtagsrede, 16.10.78) Tatsächlich ist der Einnahmeausfall der Gemeinden hoch. Für Wolfsburg z.B. bedeutet die Abschaffung der Lohnsummensteuer einen Einnahmeverlust von weit über 30 Mio. DM, etwa ein Viertel des gesamten Haushaltes.

Die niedersächsische Gemeindeordnung schreibt in Artikel 3 vor: „(1) Die Gemeinden haben die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel (...) aus eigenen Einnahmen aufzubringen. Sie haben ihr Vermögen und ihre Einkünfte so zu verteilen, daß unter pfleglicher Behandlung der Steuerkraft die Gemeindefinanzen gesund bleiben." „Pfleglich" sollen jetzt besonders diejenigen behandelt werden, die auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind. Bei den Monatskarten soll am meisten draufgezahlt werden. Sowieso sind schon viele auf das eigene Auto umgestiegen. Mit einem Beschäftigten eines Hannoveraner Druckbetriebes haben wir gemeinsam ausgerechnet, daß ihn Anschaffung und Betrieb eines gebrauchten Ford Taunus jährlich 2 228 DM, also monatlich rund 185 DM kosten. Er erspart täglich eine Stunde Fahrtzeit gegenüber der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Die Fahrtzeit als unbezahlte Arbeitszeit berechnet, hätte er bei Benutzung des Busses einen finanziellen Verlust von ziemlich genau 180 DM, die Kosten für die Monatskarte noch nicht in Anschlag gebracht. Also fährt er jetzt mit dem Auto. Der Plünderung entgeht er damit nicht. Organisierter Kampf bleibt notwendig. In Wolfsburg hatten sich die Ortsbeiräte unter dem Druck der Massen gegen Erhöhungen aussprechen müssen und Reduzierung erreicht. In Braunschweig ist im letzten Herbst der Stadtrat aufgesucht worden. Der Bremer Senat will im Wahljahr nicht erhöhen. Ihm sitzen noch die Kämpfe der Jahre 77 und 78 in den Knochen.

Keine Verurteilung! Weg mit dem Ordnungsgeld



r.kar. Zum 1. Februar ist in Göttingen die 10 bis 22%-ige Fahrpreiserhöhung in Kraft getreten. Der Einzelfahrschein kostet jetzt 1,20 DM. Knapp 1 Mio. DM Mehreinnahmen will der Stadtrat durch diese Erhöhung allein noch in diesem Jahr einstreichen. Die Fachschaftsrätevollversammlung, der AStA und der Studentenrat der Göttinger Universität haben sich in Resolutionen gegen diese Erhöhung gewand.. Die Fachgruppe Einzelhandel der Gewerkschaft HBV hat eine Resolution gegen die Fahrpreiserhöhungen an den Bezirksvorstand weitergeleitet. Der Personalrat der Göttinger Uni-Kliniken führt gegenwärtig eine Untersuchung durch, um bessere Busverbindungen zum Klinikum zu fordern.

Mit einem Strafantrag von 17 Monaten Gefängnis ohne Bewährung und hohen Geldstrafen gegen Teilnehmer an den Fahrpreisdemonstrationen 1977 versucht die Staatsanwaltschaft diese Lage zu nutzen. Weil die Angeklagten einen Ortstermin zu einer Kundgebung gegen die neuerlichen Fahrpreiserhöhungen nutzen, verhängte Richter Alpers ein Ordnungsgeld in Höhe von 5000 DM. Zahlreiche Resolutionen an das Gericht fordern: „Keine Verurteilung im Fahrpreisprozeß! Weg mit dem Ordnungsgeld". Für diese Forderungen demonstrierten am 31. Januar 100 Arbeiter, Schüler und Studenten.

Senator Staak mußte Schülerbrief beantworten

b.jew. Die sofortige Rücknahme des Demonstrationsverbots für die Demonstration am 23.12.78 zur Unterstützung der Volkskämpfe im Iran hatten einige Schüler des Albrecht-Thaer-Gymnasiums in einem Brief an Bürgermeister Klose am 19.12.78 gefordert.

Innensenator Staak mußte den Brief beantworten. Staak behauptet, er hätte dem ,,Anliegen der Schüler'' entsprochen, denn es ist ,,nicht zu einem Demonstrationsverbot gekommen.'' Weiter sagt er, daß es ,, ... politische Gruppen gibt, für die die gewalttätige Auseinandersetzung und Konfrontation mit den Sicherheitsorganen Bestandteil ihres Aktionsprogramms ist.

... sie zielen darauf ab, über die Auseinandersetzungen mit der Polizei innerhalb der Bevölkerung zu Solidarisierungen zu gelangen ...'' Unsere Gesellschaft braucht und kennt Konflikte verschiedenster Art und bejaht ihre Austragung mit verfassungsmäßigen Mitteln.''

Die Schüler waren da entschieden anderer Meinung: ,,Eine Genehmigung hatten Sie zwar für den Bereich am Dammtorbahnhof erteilt, das Interesse der Demonstranten besteht aber darin, die Solidarität mit dem Befreiungskampf der Iranischen Völker vielen Menschen mitzuteilen und in der vorweihnachtlichen Einkaufszeit waren eben viele Menschen in der Innenstadt. Als Grund für das Demonstrationsverbot führen Sie Ausschreitungen an, aber gäbe es denn am Damm-
gung hatten Sie zwar für den Bereich am Dammtorbahnhof erteilt, das Interesse der Demonstranten besteht aber darin, die Solidarität mit dem Befreiungskampf der Iranischen Völker vielen Menschen mitzuteilen und in der vorweihnachtlichen Einkaufszeit waren eben viele Menschen in der Innenstadt. Als Grund für das Demonstrationsverbot führen Sie Ausschreitungen an, aber gäbe es denn am Damm-
tor keine Ausschreitungen?

Sie sagen, der Zweck der Demonstration sei, sich mit der Polizei anzulegen, dies ist offensichtlich nicht richtig, denn der Zweck war die Unterstützung des Befreiungskampfes im Iran, wie auch im Flugblatt zur Demonstration zu lesen ist. Als Grund für das Demonstrationsverbot können also nur wirtschaftliche Interessen der BRD, als zweitgrößte Wirtschaftsmacht im Iran, in Frage kommen. Offensichtlich wird die Ausplünderung der Iranischen Massen durch die BRD-Unternehmen noch mehr ,,gefährdet'', als durch den Befreiungskampf im Iran ohnehin schon.

Wenn es nun ,,verfassungsmäßige Mittel'' sind, die diese Unterstützung verhindern sollen, so sind wir gegen diese.''

Staak versucht, die Schüler darüber zu spalten, daß er auf die wirklichen Ziele der Demonstration nicht eingeht und nur behauptet, die Demonstranten möchten sich ja doch nur mit der Polizei prügeln. Dann droht er gleich mit der Verfassung und will die Schüler einschüchtern. Doch sein Plan ist fehlgeschlagen. Die Schüler geben sich mit dem Brief nicht zufrieden und fordern Senator Staak in ihrem zweiten Brief noch einmal auf, zum Iran Stellung zu nehmen, denn mit einem Brief, in dem er sich nicht richtig äußert, sondern nur seine Angst vor dem ,,Aufbau einer Massenbasis'' äußert, können die Schüler nichts anfangen.

Hamburger Senat will die Polizeitruppe auf GSG 9-Niveau trimmen

b.jüt. Letzten Sonntag hat die Bergedorfer Polizei, Revierwache 60 und 61, große Anstrengungen unternommen, es den GSG 9-Mordjungen gleich zu tun. Da die Mobilen Einsatzkommandos vom Hamburger Senat für die Bewachung der Bourgeoisie, ihrer Häuser und Banken sowie zum Schutz des bürgerlichen Politikerpacks abgestellt sind, ist die Bourgeoisie darauf aus, in den Stadtteilen Revierwachen aufzubauen, die bedingungslos gegen die Arbeiterklasse und die besitzlosen Massen vorgehen. Wie das im Einzelfall auszusehen hat, dafür wurde jetzt ein Exempel statuiert.

Der Wirt vom ,,Alt-Lohbrügger Hof'', einem Restarant mit Sitzungsräumen und Kegelbahn, ruft die Polizei. Er hat deutlich gehört, ,,wie ein Spielautomat, ... aufgehebelt wurde. (Bergedorfer Zeitung, bz, 29.1.79)'' Schon vor ein paar Wochen war dort eingebrochen worden, vergeblich hatte die Polizei versucht, den Täter zu fangen, jetzt mußte es klappen. 10 Beamte unter Führung eines Kommissars umstellen das Haus. Man läßt sich vom Wirt die Räumlichkeiten erklären. Hineingeschickt wird ein Polizeiobermeister, ca. 2000 DM netto mit Ortszuschlag, kontrolliert vom Kommissar. Dieser soll darauf achten, daß nach Dienstvorschrift vorgegangen wird. Will heißen ,,mit gezückter und entsicherter Pistole.'' (Hamburger Abendblatt, 29.1.79) Der Einbrecher, ein Grieche, flüchtet auf die Kegelbahn, die ihm ,,keine Versteckmöglichkeiten'' bietet. (bz, ebd.) Statt nun den Einbrecher aufzufordern, herauszukommen, das Gebäude sei umstellt und jeder Widerstand zwecklos, entscheidet der Kommissar sofortigen Angriff. Während GSG 9 in solchen Fällen seine Opfer mit Blendgranaten kampfunfähig macht, läßt der Kommissar das Hallenlicht einschalten. Dann wird der Einbrecher, durch das Licht überrascht und geblendet, zerschossen wie ein tollwütiger Hund. Zwei Pistolenmagazine werden auf ihn entleert, von den 16 Schuß treffen sechs. Der Getroffene stirbt nicht sofort, kann aber nicht mehr aussagen bei seiner Einlieferung ins AK Bergedorf und verblutet dort auf dem Operationstisch.

Am 31.1.79 gibt die Polizeidirektion Süd bekannt, daß im Bezirk Bergedorf die gemeldeten Straftaten um 10 Prozent gestiegen sind. Dabei haben die Diebstähle um 542 zugenommen, die Anzeigen wegen Körperverletzung um 88 im Vergleich zu 1977. Es ist die ,,kleine Kriminalität'', die dem Hamburger Senat zu schaffen macht, die Täter sind Jugendliche, Arbeitslose, sie gilt es zu unterdrücken, dafür ist jedes Mittel recht. Nur – was soll einen Polizeiobermeister, der gegen schlechten Lohn Überstunden und Schichtarbeit leisten muß, dazu bringen, einen arbeitslosen Griechen, 22 Jahre, gesucht wegen kleiner Delikte, über den Haufen zu schießen, um 700 Mark Automatengeld sicherzustellen.

Die Bourgeoisie läßt einen Polizeiwachtmeister für 980,67 DM und 559,41 DM Ortszuschlag Nacht- und Schichtdienst schieben, pro Woche fallen laut Hamburger Gewerkschaft der Polizei 2,5 Überstunden pro Beamten an. Nur die Beförderung soll den Lohn anheben. Weit muß man aufsteigen, um vom Schichtdienst freizukommen. So sollen die einfachen Polizisten in Konkurrenz gesetzt werden, bereit zu jeder Schandtat – Hauptsache man wird befördert.

Gegenwärtig bereitet sich der öffentliche Dienst auf die Lohnkämpfe vor. Ein einheitliches Vorgehen wird möglich sein mit einer Festgeldforderung von nicht unter 100 DM. Die einfachen Polizisten werden sich mit den anderen Beschäftigten gegen den Dienstherrn zusammenschließen. Das vertieft die Spaltung des staatlichen Gewaltapparats an der richtigen Stelle. Gleichzeitig wird es möglich sein, die sozialdemokratischen Spaltungsmanöver zurückzuschlagen, mit deren Hilfe die Gewerkschaft der Polizei (GdP) bei der Demonstration in Hamburg auf Beförderung und Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates festgelegt werden sollte.

So bekommen die einfachen Polizisten Raum im Kampf um gewerkschaftliche und politische Freiheiten, für das Recht auf jederzeitige Kündigung. Solche Kämpfe sind zugleich im Interesse der Arbeiterklasse und werden ihre Unterstützung finden.



Am 3.2. führte der KBW einen Aktionstag gegen die von der Hamburger Bürgerschaft beschlossenen Fahrpreiserhöhung durch in Vorbereitung auf die Demonstration am nächsten Samstag, den 10.2. um 10.00 Uhr.

Schüler streiken gegen die Suspendierung von Jürgen Dege

b.jüd.Am Dienstag, den 30. Januar wurde der Lehrer J. Dege mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert und erhielt Hausverbot für alle Hamburger Schulen. Nachdem die Schüler

mann eingestellt. Senator Grolle aalt sich darin, von rechts angegriffen zu werden, eben weil sein Ziel ist, die demokratische Bewegung zu spalten.

Eltern- und Schülerinteresse an den



Am 3.2. führte der KBW einen Aktionstag gegen die von der Hamburger Bürgerschaft beschlossenen Fahrpreiserhöhung durch in Vorbereitung auf die Demonstration am nächsten Samstag, den 10.2. um 10.00 Uhr.

Schüler streiken gegen die Suspendierung von Jürgen Dege

b.jüd. Am Dienstag, den 30. Januar wurde der Lehrer J. Dege mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert und erhielt Hausverbot für alle Hamburger Schulen. Nachdem die Schüler der Klasse H 8 von ihm darüber informiert worden waren, und Schulleiter Hänel und Oberschulrat Harder dabeistanden, gingen die Schüler sofort mit ihrem Klassenlehrer aus der Klasse und berieten auf dem Parkplatz, wie sie jetzt den Kampf organisieren.

Am folgenden Tag versammelten sich alle vor dem Schuleingang und verteilten einen offenen Brief, in dem es heißt: ,,Herr Dege ist beurlaubt worden und soll entlassen werden, weil er z.B. nichts dagegen hatte, daß wir Artikel für die Schülerzeitung über die Lehrer geschrieben haben, die dann auch verboten worden sind. Es ist eine Sauerei, daß behauptet wird, Herr Dege soll angeordnet haben, Briefe über die Schule zu schreiben. Dieses ist eine Verleumdung, denn in Wirklichkeit hat die Klasse die Briefe alle selbst geschrieben...

WIR STREIKEN, UND HOFFEN, DAß UNS VIELE UNTERSTÜTZEN!''

Drei Eltern waren mitgekommen, ein Vater direkt von der Nachtschicht. Als die Schüler für eine Stunde in die Schule gingen, um ihre Zeugnisse zu holen, gingen die Eltern mit. Anschließend verteilten die Schüler noch an drei weiteren Schulen ihre Flugblätter. Der Streik wurde an zwei Tagen durchgeführt, am Montat beginnt das Betriebspraktikum.

Mit der Suspendierung verfolgt der Senat eine Politik der Spaltung der Bewegung gegen die Berufsverbote und gegen die politische Entrechtung im Öffentlichen Dienst. Am gleichen Tag wurden die Disziplinarverfahren gegen die DKP-Mitglieder Gohl und Dreckmann eingestellt. Senator Grolle aalt sich darin, von rechts angegriffen zu werden, eben weil sein Ziel ist, die demokratische Bewegung zu spalten.

Eltern- und Schülerinteresse an den Angelegenheiten der Ausbildung interessieren ihn überhaupt nicht – deshalb haben die Schüler und Eltern auf ihre offenen Briefe seit 12 Wochen keine Antwort. Stattdessen meldet die Pressestelle des Senats u.a., daß J.Dege suspendiert wurde, weil ,,er die Aufsichtspflicht gröblich verletzt'' habe und das Konferenzgeheimnis gebrochen hat. Der Schulleiter schließlich faßt die Vorwürfe zusammen: ,,Er stellte sich immer auf die Seite der Schüler und auf Elternabenden mit dem Fachlehrer zusammen gegen diesen auf die Seite der Eltern.''

Das ist genau das von Klose geforderte Strickmuster: ,,Konkretes Verhalten'', nicht nur Zugehörigkeit zu einer politischen Partei muß gefunden werden. Tatsächlich ist es ja auch so, daß über die Unterstützung der Schüler in ihrem Kampf gegen die Schulunterdrückung beispielsweise durch die DKP oder ihre Lehrer Gohl und Dreckmann nichts bekannt geworden ist. (Für jede Richtigstellung sind wir selbstverständlich dankbar.)

Das ganze Vorgehen des SPD-Senats läßt immer mehr in aller Deutlichkeit erkennen, welches die Absichten sind: Verschärfte Gangart in der Unterdrückung der Schüler und der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Den Schülern der H 8 soll jetzt ein ,,ganz besonders guter Lehrer'' präsentiert werden. Er muß wissen: Die Schüler haben viel gelernt in den vergangenen Wochen. Und viele Lehrer werden sich fester zusammenschließen gegen die Spaltungsabsichten durch den SPD-Senat und fordern, daß die Ministerpräsidentenbeschlüsse für null und nichtig erklärt werden.

Keine Erpressung durch Sozialplan

b.dep. Am 23.1. beschloß der Aufsichtsrat der Konzentration GmbH (Konzernaufsichtsrat) unter Anwesenheit von Konrad Mahlein, Vorsitzender der IG Druck, und Heinz Wolf, Landesbezirksvorsitzender der IG Druck, folgendes: ,,Aufsichtsrat und SPD als Eigentümerin stimmen darin überein, daß die Hamburger Morgenpost als eigenständige Zeitung erhalten bleiben soll. Die dazu nötigen konzeptionellen-, organisatorischen- und Rationalisierungsmaßnahmen müssen jetzt mit dem Betriebsrat verhandelt und eingeleitet werden. Die SPD als wirtschaftliche Eigentümerin sieht sich verpflichtet, im Zuge der Konsolidierung ausscheidenden Mitarbeitern bei der Vermittlung in gleichwertige Arbeit jede Hilfe zu gewähren und die Mittel für Sozialplan und Interessenausgleich zur Verfügung zu stellen...Aufsichtrat und SPD als Eigentümerin stimmen darin überein, daß Leistungen aus dem Sozialplan nur dann gewährt werden können, wenn der Interessenausgleich strikt eingehalten, der redaktionelle und technische Betrieb im erforderlichen Umfang aufrechterhalten und das kontinuierliche Erscheinen der Morgenpost gesichert bleiben kann.''(Aushang)

Die SPD setzt die Taktik fort, alles im Unklaren zu lassen, bis zum Tag X, um bis zur letzten Sekunde Profit aus den Arbeitern von Auerdruck zu quetschen und ihr Propagandaorgan, die Morgenpost, zu erhalten. Der Sozialplan soll den Umfang haben wie 1977, aber genau weiß das niemand, und abhängig gemacht wird er sowieso davon, daß die Arbeiter nicht streiken. Es ist überaus lehrreich, konkret zu verfolgen, wie sich die Blüten des Godesberger Programms in dem Mitbestimmungsbetrieb Auerdruck entfalten: heißt es doch dort unter ,,Einkommens- und Vermögensverteilung'': ,,Die Sozialdemokratische Partei will Lebensbedingungen sehaffen, unter denen alle Menschen in freier Entfaltung aus steigendem Einkommen Vermögen bilden können. Das setzt eine stetige Erhöhung des Sozialprodukts bei gerechter Verteilung voraus.'' Umgekehrt ist das nämlich ein Freibrief, mit den Arbeitern umzuspringen, wie es das Sinken der Profitrate erfordert. Was soll das für eine gerechte Verteilung sein, wenn im Godesberger Programm steht: ,,Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung'', also die Wurzel des Übels Anspruch auf Schutz und Förderung hat?

Jahrelang hat die SPD den Rahm abgeschöpft von Auerdruck, bis sie den Spiegeldruckauftrag an Springer verlor. Ihre Verluste durch Fehlinvestitionen und die fehlenden Anzeigenaufträge für die Morgenpost hat sie versucht, über Ausdehnung der Schichtarbeit, über 250 Entlassungen und Lohnabbau wettzumachen Es besteht keinerlei Grund für die Arbeiter bei Auerdruck, dieser Partei irgendwie treu zu sein und sich mit dem bloßen Versprechen eines Sozialplans ein Streikverbot abpressen zu lassen. Keine Schließung von Auerdruck! Offenlegung der Pläne! Sozialplan nach Forderung der Belegschaft! Keine Mehrarbeit durch Rationalisierung! 7-Stunden-Tag!

Veranstaltungskalender

Montag, 5.Februar
Verkaufsorte der KVZ
und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Langenhorn, U-Bahn Langenhorner Markt. Barmbeck, Barmbecker Bahnhof. Billstedt im Einkaufszentrum. Wandsbeck, vor Karstadt. Mitte, Gerhard-Hauptmann Platz. Altona, Einkaufszentrum. Osdorf, Elbe-Enkaufszentrum. Bergedorf, Im Sachsentor. Harburg, Bahnhof.
Stade, 16.00 Uhr: Pferdemarkt.
Stade, 16.30 Uhr: Bützfleth, vor Vietz.
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann
Lüneburg, 16.00 Uhr: in der Bäckerstraße
Buchholz, 16.00 Uhr: vor Woolworth.

Dienstag, 6.Februar
Verkauforte der KVZ
und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Wie Montag. Langenhorn, Langenhorner Markt. In Harburg, vor Karstadt. In Billstedt, U-Bahn Merkenstraße/Ecke Steinbecker Marktstraße.
Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann.
Lüchow, 16.00 Uhr: am TG-Markt.
Dannenberg, 16.00 Uhr: vor Spar.

Mittwoch, 7.Februar
Altona, 17.00 Uhr: Kundgebung im EKZ-Altona mit anschließender Veranstaltung gegen die Fahrpreiserhöhungen und die Plünderungspolitik des HH Senats.

Donnerstag, 8.Februar
Barmbek, 17.00 Uhr: Propagandaumzug mit anschließender Veranstaltung gegen die Fahrpreiserhöhungen und die ständigen Lohnsenkungen.
Hamburg, 18.00 Uhr: Sporttruppe des SRK. Alsterschwimmhalle.
Hamburg, 19.30 Uhr: Öffentliche Mitgliederversammlung des Komitee gegen den §218: Familiengesetze der Bourgeoisie. Mittel der Ausplünderung und Unterdrückung.'' Fachschule Max-Brauer-Allee 134.

Freitag, 9.Februar
St.Pauli, 17.00 Uhr: Propagandaumzug mit anschließender Veranstaltung gegen die Fahrpreiserhöhungen und die Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat.

Samstag, 10.Februar
Hamburg, 10 Uhr: Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen beim HVV in der Innenstadt.

KBW Studienprogramm
Winterhalbjahr 1978/79

Revolutionen sind der
Motor der Geschichte
5.bis 9. Februar
Eimsbüttel, 16.00 Uhr: Eimsbüttler Krug, Osterstraße 5

Restloser Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland
5.bis 9.Februar
Lüneburg, 19.30 Uhr: ,,Stucksaal'', Vortragssaal an der Münze.

Geschichte der
Klassenkämpfe in Hamburg
5.bis 9.Februar
Eimsbüttel, 19.30 Uhr: Gymnasium Kaiser Friedrich Ufer 6

Mao Zedong:
Fünf philosopische Monographien
5.bis 9.Februar
Stade, 20.00 Uhr: ,,Grafenklause'', Udonenstraße

Reihe zur Kritik
des Reformismus
12.bis 16.Februar
Altona, 19.30 Uhr: Montag und Donnerstag Fachschule Max-Brauer-Allee 134; Dienstag, Mittwoch und Freitag ,,Astra-Bierstuben'', Thedestraße 51.

Geschichte der Klassenkämpfe
in Hamburg
12.bis 16.Februar
Harburg, 14.30 Uhr: ,,Union Kate'', Eddelbütteler Straße 24a

Die Geschäfte des
Bundesministeriums
für Arbeit und Soziales
12.bis 16.Februar
Barmbek, 19.30 Uhr: Schule Fränkelstraße3.

Mao Zedong:
Fünf philosophische Monographien
12.bis 16.Februar
St.Pauli, 19.30 Uhr: Schule Ludwigstraße 6

Betriebsratswahlen bei HAW

b.güt. In Vorbereitung der Betriebsratswahlen bei HAW hat Anfang der letzten Woche eine Abstimmung stattgefunden, ob die Arbeiter und Angestellten in gemeinsamer Wahl den Betriebsrat wählen. Diese Abstimmung ist durch das Betriebsverfassungsgesetz vorgeschrieben zwecks Spaltung der Arbeiter und Angestellten. Denn längst ist durch Erfahrung bewiesen, daß die Einheit der Arbeiter und Angestellten im Kampf gegen die Kapitalisten notwendig ist. Von den beteiligten Angestellten haben sich 70% für gemeinsame Wahl, von den Arbeitern 52% ausgesprochen. Dennoch kann keine gemeinsame Wahl stattfinden, weil das BVG eine Wahlbeteiligung von 50% vorschreibt. Bei den Arbeitern haben sich jedoch nur 47% beteiligt.

ZANU-Prozeß vertagt

b.Hamburg. Am 17.1.79 sollten 4 Genossen im Amtsgericht Wandsbek zu 50 DM Geldstrafe verurteilt werden, weil sie vor einem Jahr für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA Geld gesammelt hatten. Innerhalb einer Woche wurden im Bereich Wandsbek 160 Unterschriften gegen den Prozeß gesammelt. Am Amtsgericht und in Wandsbek wurden Plakate geklebt, die die Einstellung des Prozesses forderten. Bei einer Sammlungsaktion wurden in der Seumestraße und Umgebung 26,50 DM gesammelt. Der Zusammenschluß hat die Staatsanwaltschaft in Bedrängnis gebracht – der Prozeß wurde auf unbestimmte Zeit verschoben wegen „Überprüfung der Zuständigkeit des Gerichts". Jetzt wird die Sammlung für die Druckausrüstung fortgesetzt: am 8.2.79, 17 Uhr, Treffpunkt Seumestr. Ecke Schellingstraße.

Studenten bekämpfen die Examensunterdrückung

b.ulh. Die Examensgruppe Germanistik und das Presch-Seminar haben folgenden Brief an das Lehrerprüfungsamt (LPA) geschrieben:„Oft schon zensieren Professoren Examensarbeiten unter den Strich. In der letzten Zeit häufen sich Runterzensierungen von

Studenten bekämpfen die Examensunterdrückung

b.ulh. Die Examensgruppe Germanistik und das Presch-Seminar haben folgenden Brief an das Lehrerprüfungsamt (LPA) geschrieben:„Oft schon zensieren Professoren Examensarbeiten unter den Strich. In der letzten Zeit häufen sich Runterzensierungen von Seiten des LPA, um die Wissenschaftskritik zu unterdrücken. Mit den Mitteln der Drittgutachterei wollen Sie sich die wissenschaftliche Rechtfertigung für Runterzensierungen verschaffen. Wir fordern: Schluß mit allen Dritt- und Sondergutachten! In der Auseinandersetzung um die Fontane- und Heinrich Mann-Arbeit fordern wir die sofortige Anerkennung der Beurteilung von Prof. Krogoll und die umgehende Fortsetzung des Prüfungsverfahrens der beiden Kandidatinnen." In anderen Seminaren beraten die Studenten, mit welchen Mitteln noch der Kampf gegen die Unterdrückung und Auslese durch Professoren und Schulbehörde geführt werden kann. Immer klarer zeigt sich, daß ohne Anerkennung des Einspruchsrechts der Studentenvertretungen in alle Studien- und Prüfungsangelegenheiten die Studentenmassen nicht siegen können. An dieser Frage wird sich auch entscheiden, mit welchen Professoren man die Aktionseinheit gegen das LPA und die Prüfungsunterdrückung bilden kann. Der Prof. Brieglеb, der sich als Marxist bezeichnet, ist jedenfalls ganz hektisch geworden, als er auf einer Wandzeitung wegen Schützenhilfe für das LPA angegriffen wurde. Er verteilte einen offenen Breif:„Wegelagerer, setzt (euch) nicht auf mich... ihr seid mir zu leicht..." Damit wird er jedenfalls nicht durchkommen.

Urteil gegen Bereitschaftsdienstpflicht für Ärzte

b.Hamburg. Die ÖTV hat ein Grundsatzurteil gegen den Hamburger Senat durchgesetzt. Die Gesundheitsbehörde erzwang bisher von den Ärzten mehrmals die Woche Nachtbereitschaft. Das Urteil vom 31.1.79 legt fest, daß von der Nachtbereitschaft 8 Stunden bezahlt und 8 auf die Freizeit angerechnet werden außerdem die Nachtbereitschaft wie Tagesschicht zählt, d.h. daß die Arbeitszeitordnung volle Anwendung auf die Ärzte findet. Als Konsequenz ergibt sich eine nötige Erhöhung der Planstellen. Darüber will die ÖTV jetzt mit dem Senat verhandeln.

Schutzpolizisten für Gorleben

b.Uelzen. Seit dem 1.1.79 steht die Landespolizeischule, Ausbildungsstätte Uelzen leer. 150 Polizeischüler mußten die Ausbildungsstätte räumen, damit jetzt mit dem Senat verhandeln.

Schutzpolizisten für Gorleben

b.Uelzen. Seit dem 1.1.79 steht die Landespolizeischule, Ausbildungsstätte Uelzen leer. 150 Polizeischüler mußten die Ausbildungsstätte räumen, damit sie als Quartier hergerichtet wird für Sicherheitsbeamte, die die Flachbohrungen in Gorleben sichern sollen. Geplant ist, daß die Beamten für 1 bis 2 Jahre in Uelzen stationiert sind.

Die Kommunistische Volkszeitung erscheint jeden Montag. Sie ist zu beziehen über die Geschäftsstelle Hamburg, Chemnitzstr. 78, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/ 382168. Vierteljahresabonnement 10.- DM incl. Porto. Ferner ist zu beziehen: Kommunismus und Klassenkampf, Theoretisches Organ des KBW; Kommunistische Volkszeitung-Spezialnachrichtendienste. – Redaktionen der Kommunistischen Volkszeitung: Bezirksausgabe Flensburg-Westküste, Harrisleerstr. 46, 239 Flensburg/ Bezirksausgabe Holstein, Schulstr. 12, 23 Kiel.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgeber: Bezirksleitung Flensburg Westküste. Tel 0461/ 41652. Bezirksleitung Holstein. Tel.: 0431/ 731471.

28.Januar 1979



1500. Die Dithmarscher Bauern besiegen in der Schlacht bei Hemmingstedt die „Schwarze Garde". Der Feudaladel will Tribut und Land. Die Bauern produzieren kollektiv und haben eine demokratische Landesversammlung mit 48 Räten und Volksbewaffnung. Dadurch können sie siegen.



1848. Proklamation der schleswig-holsteinischen provisorischen Regierung. Lostrennung von dänischer Herrschaft, Presse-, Versammlungsrecht, Volksbewaffnung sind die Forderungen des Volkes. Adel und Bourgeoisie betrügen.



1918. Der Aufstand der Matrosen in Kiel ist der Beginn der Novemberrevolution. Der Kieler Arbeiter- und Soldatenrat: „Unser Ziel ist die freie und soziale Volksrepublik." Noske (SPD) läßt den Aufstand durch die Reaktion zerschlagen.



1928. Die Bauern kämpfen gegen Steuer- und Beschlagnahmepolitik. Strohfeuer verhindern die Eintreibung von Ochsen. 63000 fordern: Übernahme der Zinsschulden durch den Staat, Drosselung aller staatlichen Überbelastungen.

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! – Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

Aufruf zur Landtagswahl Schleswig-Holstein – Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Niemals in der ganzen Geschichte haben die je herrschenden Ausbeuter den arbeitenden Klassen politische Rechte freiwillig gewährt. Die ausgebeuteten Klassen waren stets zum politischen Kampf gezwungen. – Die Kapitalisten und die Großagrarier, die über das Bankwesen miteinander verschmolzen sind, haben heute ebenfalls keinerlei Anlaß zur Nachgiebigkeit. Der industrielle Arbeiter und Angestellte wie der Landarbeiter müssen für ihren Profit, die selbstarbeitenden Bauern und Handwerker für ihren Zinsgewinn und ihre Steuerkasse arbeiten. Diese ganze Ausbeuterei zwingt die Volksmassen zum politischen und wirtschaftlichen Kampf; die herrschenden Ausbeuter zwingt ihr Interesse an einem Leben auf Grundlage der Arbeit anderer zum Ausbau eines uferlosen staatlichen Unterdrückungsapparates. Noch nicht einmal das Wahlrecht zu den bürgerlichen Parlamenten haben die Kapitalisten und Großagrarier freiwillig gewährt. Die gesellschaftliche Fessel des adligen Großgrundbesitzes und der Leibeigenschaft wurde durch eine Revolution zerrissen, deren Last die Bauern, die selbstarbeitenden Handwerker und ihre Gesellen und das damals zahlenmäßig noch schwache industrielle Proletariat getragen haben. Die Kapitalisten, die bürgerlichen Geldseelen und Bankmenschen aber, kaum daß ihnen diese Revolution politischen Einfluß verschafft hatte, begannen sogleich, die Töchter der altadligen Unterdrücker zu ehelichen, die Söhne im Militär, bei der Polizei und im Staatsapparat oder auch als Pfaffen anzuheuern und eine widerliche Schwägerschaft zur neuerlichen Unterdrückung der arbeitenden Klassen zu errichten. Sie haben den Bauern Land versprochen und wer hat heute das Land? Sie haben dem Arbeiter ein Auskommen, Entwicklung der Produktion und der politischen Rechte versprochen und wer hat heute die Produktionsmittel? Sie haben dem ganzen Volk politische Rechte versprochen und doch weiß jeder, daß die Geschicke des Landes von einer kleinen Handvoll Finanzmagnaten bestimmt werden. – Bei jeder Gelegenheit behaupten die herrschenden Ausbeuter, das wäre alles Ergebnis des Volkswillens, wie er sich in den Wahlen zu den Parlamenten eben ausgedrückt habe.

Tatsächlich hat das Wahlrecht nichts genutzt, um den ersten Weltkrieg zu verhindern. Es hat nichts genutzt, um die Herrschaft der Faschisten zu verhindern und es hat auch nichts genutzt, um nach dem zweiten Weltkrieg die neuerliche Ergreifung der politischen Macht durch die alten Ausbeuter zu verhindern. Die Arbeiterklasse kann tatsächlich durch Einschränkung ihres Kampfes auf das parlamentarische Wahlsystem nichts werden und das gilt für alle arbeitenden Klassen. Die Produktionsmittel befinden sich entweder wie beim industriellen Arbeiter und Landarbeiter direkt, oder indirekt vermittelt durch Verschuldung und enorme Steuerlast in der Hand des Finanzkapitals. Der Staatsapparat, an dem die Parlamente und Politiker bloß Stukkatur an den Säulen der Macht vorstellen, befindet sich sowohl durch direkte Verschwägerung wie auch über die Staatsschuld völlig an der Leine des Finanzkapitals und ist dessen dressierte Kreatur. – Und so nützt das allgemeine Wahlrecht den ausgebeuteten Klassen der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt nichts, wenn sie es nicht zur Förderung ihrer selbständigen politischen und wirtschaftlichen Kämpfe gebrauchen, von denen es ja genug gibt und die immer deutlicher das Gesamtbild der kapitalistischen Gesellschaft prägen. Der Mangel und die Schwäche dieser Bewegungen sind: Sie müssen gegenüber der bürgerlichen Politik erst noch klare Konturen gewinnen, sonst werden sie immer wieder gespalten und geschwächt und müssen unterliegen.

Unser Parteiinteresse in diesem Wahlkampf ist: Wir wollen das politische Gewicht der Forderungen der kämpfenden Arbeiter- und Volksbewegung vermehren. Wir würden auch mit allen politischen Organisationen zusammengehen, die mit uns den Weg der bedingungslosen Unterstützung der Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes ge-



1956. Vier Monate streiken die Metallarbeiter Schleswig-Holsteins für mehr Lohn, Lohnfortzahlung bei Krankheit, Urlaubsgeld, längeren Urlaub. Ludwig Erhard: „... eine Atmosphäre des Klassenhasses und der sozialen Zwietracht."



1928. Die Bauern kämpfen gegen Steuer- und Beschlagnahmepolitik. Strohfeuer verhindern die Eintreibung von Ochsen. 63000 fordern: Übernahme der Zinsschulden durch den Staat, Drosselung aller staatlichen Überbelastungen.



1956. Vier Monate streiken die Metallarbeiter Schleswig-Holsteins für mehr Lohn, Lohnfortzahlung bei Krankheit, Urlaubsgeld, längeren Urlaub. Ludwig Erhard: „... eine Atmosphäre des Klassenhasses und der sozialen Zwietracht."

Lumoprint-Belegschaft kämpft für vollen Lohn bei Kurzarbeit

b.job. Ab dem ersten Februar hat Betriebsführer Nagtegaal von Lumoprint Kurzarbeit angeordnet für den gesamten Bereich der Produktion. Der größte Teil der Bandarbeiterinnen aus der Montage soll den ganzen Februar nicht arbeiten, in den anderen Abteilungen werden die Arbeiter vierzehn Tage nicht gebraucht.

Die Pelikankonzernherren wollen die Produktion durchrationalisieren und umbauen auf Serienfertigung eines neuen Fotokopiergeräts. Dadurch hoffen sie, die Arbeitskraft wieder höchstprofitlich ausbeuten zu können. Im Juli wollen sie soweit sein. So lang soll die Kurzarbeit dauern.

Für die Arbeiter bedeutet dies Lohnraub ungeheuren Ausmaßes. Das Arbeitsamt zahlt für die Zeit, die die Pelikankapitalisten die Arbeiter vor die Tür setzen, 68% des durchschnittlichen Nettolohnes. Wer den gesamten Februar auf Kurzarbeit gesetzt ist, muß Lohnraub bis zu 300 DM und mehr netto verkraften.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter in den unteren Lohngruppen, die fast ausnahmslos von der Kurzarbeit betroffen sind, trifft es am härtesten. Die Vorgesetzten wurden bestürmt, sie sollten doch mal erklären, wie im nächsten Monat die Miete gezahlt werden soll. Von allen Seiten wurde der Betriebsrat unter Druck gesetzt, die Forderung nach vollem Lohn bei Kurzarbeit aufzustellen.

Die Betriebsführung von Lumoprint hat es abgelehnt, in irgendeiner Form Lohnausgleich für die Kurzarbeitszeit zu zahlen. Stattdessen bietet sie zinslose Kredite an, rückzahlbar angeblich erst nach den fünf Monaten Kurzarbeit. Nagtegaal glaubt so, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können: Einmal hat er sich die Arbeiter für die Zeit, wo die Produktionsmittel umgebaut werden, damit die Arbeiter wieder mit maximalem Profit ausgebeutet werden können, vom Hals geschafft, ohne auf den Besitzanspruch auf die Arbeitskraft zu verzichten. Die Arbeiter sollen ständig rufbereit sein. Zum

Bezieher (in Tsd.)
15
Arbeitslosengeld
keine Leistungen
10
Arbeitslosenhilfe
1976 1977 1978
3 6 9 12 3 6 9 12 3 6 9 12

anderen treibt er mit der unerhörten Lohnsenkung die Arbeiter in die Schuldknechtschaft. Wer Schulden hat, den kann man unter Druck setzen.

Die Mittel, um die Arbeiter als Spielball ihrer Profitinteressen beliebig hin und her schieben zu können, haben die Pelikankonzernherren über das „Arbeitsförderungsgesetz". Dieses Gesetz regelt, daß einzig die Kapitalisten die Verfügungsgewalt über die Arbeitslosenversicherung haben.

1977 hat die Bundesanstalt für Arbeit für 526 Millionen DM Lohnzahlungen an die Kapitalisten in Form von Kurzarbeitergeld getätigt (1975 sogar 2207 Mill.). Insgesamt wurden 1977 2176 Mill. DM aus der Arbeitslosenversicherung an die Kapitalisten gezahlt (Konkursausfallgeld, Bauwirtschaft etc.).

Die Zahl der Arbeitslosen, die gar kein Geld vom Arbeitsamt kriegen, wächst ständig. Das Schaubild zeigt, daß gerade die Hälfte aller *gemeldeten* Arbeitslosen 1978 noch Geld aus der Versicherung bekommen haben. Im März 1976 waren es noch 66,5%, bis September 1978 sind 11% der gemeldeten Arbeitslosen aus der Versicherung herausgedrückt worden. Die gesamten Kapitalisten, unter ihnen auch die Halsabschneider vom Pelikankonzern, können sich die Hände reiben: Auf ihrer Jagd nach Höchstprofit haben sie die Produktionsmittel ständig umgewälzt, haben sich einen Maschinenpark angeschafft, mit dem sie immer mehr Leistung aus immer weniger Arbeitern herausholen. Die durch die kapitalistische Rationalisierung überzählig gemachten Arbeiter sind für die Profitproduktion direkt existenznotwendig. Überall, wo die Kapitalisten Profit wittern, müssen Lohnarbeiter zur Ausbeutung bereitstehen. Brauchen die Kapitalisten die Arbeiter mal für einen Monat nicht, dann raus mit ihnen. Lohnt sich die Ausbeutung dann mal einen Tag lang wieder, dann müssen die Arbeiter auf Befehl wieder an der Maschine stehen.

Gleichzeitig nutzen die Kapitalisten ihre Verfügungsgewalt über die Arbeitslosenversicherung zur Spaltung der Arbeiterklasse und Lohnsenkung. Mit den Versicherungsgeldern der Arbeiterklasse werden die Arbeitslosen unter Druck gesetzt, um die Lebenshaltung der gesamten Klasse zu senken.

Die Frage bleibt, wie lange noch können sich die Kapitalisten und ihr Arbeitsminister Ehrenberg die Hände reiben?

– Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten!

– Umwandlung der Arbeitsämter aus staatlichen Einrichtungen in Einrichtungen, die ausschließlich von den Lohnabhängigen selbst verwaltet und aus dem Versicherungsfonds unterhalten werden!

– Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80% des Lohnes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!

– Voller Lohn bei Kurzarbeit!

Arbeiter auf dem Land bekämpfen die Überstundenschinderei

b.kar. Als Betriebsleiter der Fa Weatherford, Hannover sammelt Dreifuss Erfahrungen in der Antreiberei und Schinderei der Arbeiter. Gestützt darauf kauft er Anfang 78 den Maschinenbaubetrieb Irmscher in Eimke, Kreis Uelzen. Er übernimmt die 10 Arbeiter, das alte Maschinengelumpe und setzt seinen Bruder, der REFA-Fachmann ist, als Betriebsleiter ein. Weatherford wird zu seinem Hauptabnehmer. Produziert werden Teile für den Maschinenbau, z.B. Vorrichtungen für Erdöl- und Erdgasbohrtürme. Dreifuss beginnt sein Geschäft der Ausbeutung damit, daß er die Belegschaft verdoppelt. Er stellt fast nur junge Arbeiter ein, um die noch wenig verschlissene Arbeitskraft uneingeschränkt ausbeuten zu können. 81% der Belegschaft ist unter 30 Jahre. Nur 3 der 21 Beschäftigten haben Familie. Ideale Voraussetzungen für Schicht- und Überstundenarbeit. Damit will er es schaffen, den Betrieb noch in diesem Jahr um weitere 10 Arbeiter zu vergrößern.

Zusätzlich stützt er sich auf die Ausbeutung der Lehrlinge, die 25% der Belegschaft ausmachen. Für 2,60 DM in der Stunde müssen sie in der Serienproduktion arbeiten. Grundlegende handwerkliche Fähigkeiten, wie z.B. Feilen lernen sie nicht, sondern müssen kurz vor der Gesellenprüfung einen Intensivkursus machen. Dreifuss zahlt nahezu ausschließlich unter Tarif. Mit jedem Kollegen handelt er den Lohn einzeln aus. Die ungelernten Arbeiter haben einen Stundenlohn von 6,50 DM, die Facharbeiter zwischen 8,50 DM und 9,50 DM. 3 Kollegen verdienen mehr als 9,50 DM, Durch den niedrigen Lohn will er die Kollegen zu Schichtarbeit und Überstunden zwingen. Da er mit Widerstand gegen diese Absichten rechnet, schreibt er in seinem Haustarif:„ Mehr-, Nacht- Sonn- und Feiertagsarbeit ...kann nicht ohne gewichtigen Grund verweigert werden."

Um jede Überstunde gibt es Kampf. Dreifuss versucht es mit „gemeinsames Interesse am Wohl des Betriebes", auf die Kumpeltour und mit massiven Drohungen, „sonst müssen wir uns trennen". Er meint, die Arbeiter, die teils von Rollei und Artos kommen (beide Betriebe haben dicht gemacht), könne er einschüchtern und mit Arbeitslosigkeit drohen. Trotzdem ist es mittlerweile so, daß er bei ⅓ der Belegschaft schon nicht mehr bettelt um Überstunden. Tränendrüsenmasche zieht bei den Arbeitern nicht. Dreifuss hat beim letzten Feuerwehrfest 1400 DM versoffen, hält sich ein Privatflugzeug, hat gerade ein Fertighaus und einen neuen 280 SE gekauft. Wer soll da noch glauben, daß es ihm schlecht geht?

Dreifuss hat sich verrechnet. Sein Konzept: verschärfte Ausbeutung durch Überstundenschinderei und Schichtarbeit geht nicht auf. Sein Plan ging davon aus, daß die Arbeiter auf dem Land sich durch den Druck der industriellen Reservearmee zu allem zwingen lassen. Er hat nicht einkalkuliert, daß die Arbeiter auf dem Land Teil ihrer Klasse sind und als solche sich stützen auf die Erfahrungen und Kämpfe der ganzen Klasse. Das haben sie gezeigt, als sie vor 8 Wochen eine Urlaubszeitverlängerung von 4 Tagen durchgesetzt haben.

Kommunistische Volkszeitung



1969. 7200 HDW-Arbeiter erkämpfen Lohnerhöhung.

1974. 4000 Bauern fordern in Heide höhere Erzeugerpreise.


1977. Brokdorf. Mit dem Rucken zur Polizei verhindern die Opportunisten die Schleifung des Bauplatzes.









hen wollten. Leider machen die politischen Organisationen, die es heute neben und eher ziemlich nahe bei den bürgerlichen Parteien gibt, lauter Einschränkungen, oft bei den einfachsten und alltäglichsten Sachen. Weil sie nicht zugeben wollen, daß der politische Kampf der Arbeiterklasse auf die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus gerichtet sein muß, schrecken sie auch in ganz biederen Fragen zurück und suchen die Versöhnung mit den herrschenden Ausbeutern. Sie vermuten ganz falsch, daß die Diktatur des Proletariats für die arbeitenden Klassen nicht annehmbar ist und Unterdrückung bedeutet. Sie können nicht verstehen, daß der Bauer und der selbstarbeitende Handwerker sich mit dem industriellen Proletarier sehr gut über die weitere Entwicklung der Gesellschaft verständigen können, weil sie alle arbeiten und die industrielle Arbeit die fortgeschrittenste und produktivste Form der Arbeit ist. Es sind im großen ganzen die höheren Beamten und die leitenden Angestellten und ihre Kinder, die diese Dinge nicht begreifen können, kriegen sie doch im Rahmen der gegenwärtigen Diktatur der Bourgeoisie wirklich viel Mastfutter gestreut zur Erhaltung der kapitalistischen Zustände.

Was sind die politischen Forderungen, um die es geht, was die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, von denen wir reden, was die Bewegungen, die wir unterstützen?

– Gegen die dauernden Lohnsenkungen bei Steigerung der Intensität der Arbeit, Ausweitung der Nacht- und Schichtarbeit sowie der Arbeit an Sonn- und Feiertagen sowie der Verschärfung des Akkordsystems und des Zwangs zu Überstunden gibt es eine Bewegung, die auch schon große und beeindruckende Kämpfe geführt hat. Diese Bewegung ist politisch aber noch zu schwach, um einschneidende Ergebnisse zu erzielen. Aber: Die Forderung nach Festgeld oder wenigstens Mindestlohnerhöhung ist heute ein bewußtes Kampfziel von Millionen geworden. In der Arbeiterbewegung mehren sich die Stimmen, die zum politischen Kampf für das Verbot der Arbeit bei Nacht, in Schichten und an Sonn- und Feiertagen, für das Verbot des Akkords und der Überstunden rufen und die verstehen, daß ohne solche politische Front der Kampf für die Verkürzung des Normalarbeitstages auf sieben Stunden nicht erfolgreich sein wird. – Diese Bewegung unterstützen wir und wer sie bei Gelegenheit der Landtagswahlen unterstützen will, wird finden, daß er unsere Kandidatur fördern muß und unsere Liste wählen muß. – Gäbe es andere Kräfte, die diese Forderungen uneingeschränkt unterstützten, würden wir das nicht verheimlichen, denn wir wären bestrebt, uns mit ihnen zu verbinden.

– Gegen das Wegsteuern der Löhne und der Einkommen aus eigener Arbeit wächst der Protest. Gegen den Mißbrauch der Versicherungskassen durch kombinierte Minderung der Leistung bei Erhöhung der Beitragslast wächst der Protest. Bei der Mehrwertsteuererhöhung im Sommer wird ganz offenbar werden, daß das Steuer- und Versicherungswesen zu einer Maschine zur Rückverwandlung des Einkommens der arbeitenden Klassen in Profit der Kapitalisten geworden ist. Deswegen werden Forderungen wie: Steuerfreies Einkommen von 1500 DM im Monat, Abschaffung der Mehrwertsteuer und aller indirekten Steuern, Selbstverwaltung der Versicherungskassen und Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten dauernd populärer. Sie müssen im politischen Kampf durchgesetzt werden und das unterstützen wir.

– Gegen die Gestaltung des öffentlichen Schulwesens zu einer Polizeikaserne, in der das Kind wie der erwachsene Student immer weniger Nützliches für die Beherrschung der Produktion lernen können und immer mehr Zeit für die Andressur einer kapitalistenfrommen Haltung aufgewendet wird, sind die Schüler, sind die Eltern und sind auch viele Lehrer. – Wir treten ein für die Einheitsschule unter Volkskontrolle, für die Bezahlung von Nahrung und Kleidung durch den Staat und für eine Ausbildungsvergütung bei den Studenten. Gegen diese einfachen Forderungen tritt die ganze bürgerliche Politik auf. Sie bezeichnet das einfach als illusionär; in Wahrheit will sie das Streben der unterdrückten Volksmassen nach Ausbildung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten auf die Hühnerleiter ihrer Konkurrenzvorstellungen scheuchen.

Im Polizei- und Armeewesen hat die politische Macht der Kapitalistenklasse ihren Ankergrund und dementsprechend geht es dort auch zu. Für die Wehrpflichtigen fordern wir Lohnfortzahlung und das Recht auf jederzeitige Verweigerung. Für die längerdienenden Soldaten und Polizisten das Recht auf Kündigung jederzeit. Gegen die imperialistischen Interessen der Kapitalistenklasse treten wir auf mit den politischen Forderungen: Die BRD muß die Anträge der Dritten Welt an die UNO-Generalversammlung akzeptieren und die Beschlüsse der UNO-Generalversammlung einhalten. Restloser Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland und Westberlin und Aufhebung aller Überreste des Besatzerstatus. Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des zweiten Weltkrieges, der die bestehenden Staatsgrenzen anerkennt. Austritt aus allen imperialistischen Militärbündnissen und Abzug aller westdeutschen Truppen aus fremden Staaten. Kündigung der Römischen Verträge, auf denen die EG beruht. – Durch den Kampf für solche Forderungen können die Volksmassen erreichen, daß sie auch dann gegenüber den internationalen Verwicklungen, die die imperialistischen Kapitalisten hervorrufen, nicht stumm bleiben müssen, wenn sie die politische Macht durchaus noch nicht erobert haben.

Die Forderungen, die unsere Organisation unterstützt, sind teils direkt in der kämpfenden Bewegung entstanden, teils sind es alte Forderungen der revolutionären Arbeiterbewegung. Bevor wir vor jetzt sechs Jahren unsere Organisation gegründet haben, haben wir die geschichtlichen Erfahrungen des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse studiert und die Ergebnisse in unserem Programm festgehalten. Noch nie in diesen Jahren ist es zu einem Gegensatz zwischen den politischen Bedürfnissen der kämpfenden Arbeiterbewegung und unseren programmatisch festgelegten Grundsätzen gekommen. Ganz anders noch als vor Jahren zeichnet sich heute ab: Die Arbeiterklasse und die Volksmassen können ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen durch ein einheitliches politisches Programm, das ihren Zusammenhalt sichert und ihre Kraft verstärkt, verfechten. Wir versprechen uns von unserem Einsatz für eine Kandidatur auf solch revolutionärer Grundlage eine gewisse Beschleunigung dieses notwendigen Vorgangs.

Für den Aufbau der Kommunistischen Partei – Unterstützt die Kandidatur des KBW – Stimmt revolutionär – Wählt KBW

KBW

Kommunistischer Bund Westdeutschland

ter Volkskontrolle, für die Bezahlung von Nahrung und Kleidung durch den Staat und für eine Ausbildungsvergütung bei den Studenten. Gegen diese einfachen Forderungen tritt die ganze bürgerliche Politik auf. Sie bezeichnet das einfach als illusionär; in Wahrheit will sie das Streben der unterdrückten Volksmassen nach Ausbildung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten auf die Hühnerleiter ihrer Konkurrenzvorstellungen scheuchen.

ten ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen durch ein einheitliches politisches Programm, das ihren Zusammenhalt sichert und ihre Kraft verstärkt, verfechten. Wir versprechen uns von unserem Einsatz für eine Kandidatur auf solch revolutionärer Grundlage eine gewisse Beschleunigung dieses notwendigen Vorgangs.

Für den Aufbau der Kommunistischen Partei – Unterstützt die Kandidatur des KBW – Stimmt revolutionär – Wählt KBW

KBW

Kommunistischer Bund Westdeutschland



Die BRD-Imperialisten profitieren von der Ausbeutung südafrikanischer Plantagearbeiter

b.het. In den letzten Jahren hat die UNO mehrfach Beschlüsse gefaßt zu wirtschaftlichen und politischen Boykottmaßnahmen gegenüber Südafrika (die erste bereits 1973). Die Bundesregierung hatte sich entweder enthalten oder dagegen gestimmt. Noch nie hat sie sich daran gehalten. Auch am Obsthandel kann man das verfolgen.

Obstexport aus Südafrika an die BRD
(statistisches Bundesamt Wiesbaden)

	1975	1976	1977
in kg	679951	761268	494684
in 1000 DM	113057	112085	84266

Der Rückgang 1977 bedeutet nicht Abbau der wirtschaftlichen Beziehungen. Aus der Handelsstatistik Südafrikas mit der BRD für 1978, die sich allerdings auf zahlreiche Plantagenerzeugnisse bezieht, geht hervor, daß im 1. Halbjahr 1978 die Summe der exportierten Güter mit 41580011 Rand (1 R = 2,35 DM) die Gesamtexportzahl für 1977 mit 38203728 bereits weit überschreiten.

Verlockend sind die niedrigen Preise, zurückzuführen auf die extrem niedrigen Löhne der afrikanischen Landarbeiter. Schätzungsweise erhält ein afrikanischer Landarbeiter 5 Rand im Monat. (Angabe für 1974, in: Der Kampf des Volkes von Azania gegen die Kolonialherrschaft, Hrsg. ZK des KBW). Das offiziell errechnete Existenzminimum für eine 6-köpfige Familie liegt bei 125 - 135 R. Die Imperialisten bekommen die Arbeitskräfte sogar umsonst zugeführt mit Sträflingen. Seit der 2.Hälfte der 60er Jahre ist das kolonialregime dazu übergegangen, sogenannte „Farmgefängnisse" direkt in den Plantagengebieten anzulegen; für ständige Auffüllung sorgen die reaktionären Gesetze, wie das Paßgesetz. Die große Ausbeutung bei niedrigstem Lohn auf solchen Plantagen rechtfertigt das Imperialistenpack so: „Umgeben von Pinien, Seen und Bergen liegt die Apfelplantage in idyllischer Umgebung. Die Schönheit hat bemerkenswerte Wirkung auf die Zufriedenheit mit der Arbeit."
(South African Panorama, Januar 1978, in: Der Kampf des Volkes von Azania... S.205)

Mit „Rodungsaktionen" und „Betriebsdurchleuchtung" soll es den Apfelbauern an den Kragen gehen

b.uwh. Um den europäischen, insbesondere den westdeutschen Apfelmarkt gibt es ein zähes Ringen. Der westdeutsche Markt ist der größte und äußerst ungern sehen die westdeutschen Imperialisten, wie die ausländische Konkurrenz ihnen den Markt streitig macht. Anders als in der BRD ist es z.B. den französischen Imperialisten gelungen, in größerem Umfang die kleinbäuerliche Existenz im Apfelanbau zu vernichten.

Das niederelbische Obstanbaugebiet ist mit einem Produktionsanteil von 38% das größte Apfelanbaugbiet in der BRD. Dort ist es den Imperialisten noch nicht vollständig gelungen, die kleinen Bauern von der Bildfläche auszuradieren, wenngleich sie dabei Fortschritte machen. Die vollständige Kapitalisierung des Apfelanbaus ist aber wichtigste Voraussetzung für sie, um vor allem die italienischen und französischen Konkurrenten zu verdrängen. Wie hart der Konkurrenzkampf geführt wird, beweisen folgende Zahlen: Der pro Kopf Verzehr in der BRD an importierten Äpfeln lag 1955 bei 2,2 kg pro Jahr, an inländischen Äpfeln 9,6 kg. 1961 erreichte der Anteil inländischer Äpfel seinen Höchststand von 11,4 kg. Der Anteil importierter Äpfel stieg aber schon auf 5 kg an. 1971 dann überrundete der Anteil ausländischer Produkte mit 5 kg den deutschen Anteil mit 8 kg. 1976 festigte sich diese Tendenz: Der Anteil der Importäpfel stieg auf 10 kg an, während der deutsche Anteil auf 5,8 kg weiter sank.

Verschärft wird die Konkurrenzlage dadurch, daß seit 1971, wo der pro Kopf Verbrauch seinen Höchststand von ca 18,5 kg erreichte, sinkt: 1976 auf 14,9 kg, der westdeutsche pro Kopf Verzehr aber immer noch der größte in der Welt ist, was dem Markt seine entsprechende Bedeutung gibt.

Am 11.Februar fand in Jork eine Vortragsveranstaltung des Obstbauernverbandes Norddeutschlands statt. „Wir wehren uns dagegen, daß durch die Aufnahme dieser Länder (gemeint ist die Aufnahme von Spanien und Griechenland in die EG) zu neuen Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten unserer Erzeuger führt", meinte Gartenbaupräsident Ley. Geschickt wurde versucht, den Unmut der anwesenden rund 1000 Obstbauern über die EG-Agrarpolitik einzufangen und die Bundesregierung aus der Schußlinie zu nehmen. Ein Dr. Pfingsten vom niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten forderte: „...die Anbautechnik, die betriebswirtschaftliche Organisation und die Produktgestaltung rationeller zu gestalten, um dem Druck des weltweiten Wettbewerbs standhalten zu können." (Stader Tageblatt, 12.1.79) „Im Aufbau sei jetzt das System der Auswertung betriebswirtschaftlicher Aufzeichnungen und der Betriebsdurchleuchtung"(ebenda)

Es erinnert stark an die Methode zum Bauernlegen mit der Buchführungspflicht. Auf jeden Fall will man verstärkt dazu übergehen, die kleinen Obstbauern von vorn bis hinten zu bespitzeln, damit das Bauernlegen zügiger vonstatten geht. Seit 1965 wurden schon sogenannte Rodungsaktionen in der EG durchgeführt, welche die BRD-Imperialisten gegen den französischen Widerstand in den entsprechenden Kommissionen durchsetzten. Alleine von 1970 bis 73 wurden in der BRD 24091 ha Apfelanlagen venichtet. 1965 bereits 32% des gesamten Anbaugebiets. Ausschließlich geht es dabei darum, kleine Bauern zu vertreiben, d.h. sie unter dem Druck von Rodungsprämien zur Aufgabe zu zwingen. Wie groß dabei der materielle Druck wirkt, zeigt dieTabelle mit den Erzeugerpreisen. Während die großen Plantagenbesitzer riesige Extraprofite machen durch den Einsatz von moderner Maschinerie und die Ausbeutung von Landarbeitern – trotz des Preisverfalls, bedeutet das den Niedergang der kleinen und mittleren Obstbauern. Die Organization for Economic Cooperation and Development veröffentlichte 1978 eine Broschüre („Production and marketing Structures for Apples in Germany and Spain"), in der es heißt, daß die Familien im Gartenbau eine Nettoeinbuße ihres Einkommens von rund 1 % allein von 75 auf 76 hatten.

Die Reproduktionsbasis der kleinen Bauern wird geschmälert. Seit 1969 sind die Produktionskosten durch den größeren Einsatz von Maschinen und Chemikalien um über 100% gestiegen. (Quelle ebd.) „Im Obstanbau fiel das Nettoeinkommen von 1972/73 bis 73/74 um 44% auf 16,38 DM pro Familien Arbeitseinheit, stieg aber wieder 74/75 und 75/76 auf ein Niveau von ungefähr 24 DM."(Übersetzung, ebd.)

Das Prinzip ist, durch ständiges Senken der Erzeugerpreise durch die großen Obstkapitalisten (im Niederelbegebiet gehen über 70% der Apfelernte an die Elbe-Obst) günstige Bedingungen für Rodungsaktionen zu schaffen, wonach in der Statistik natürlich ein beträchtlicher Teil der kleinen Bauern nicht mehr erscheint und so das Einkommen durchschnittlich, aber nur kurzfristig ansteigt.

Parallel mit dem Vernichtungsfeldzug gegen die kleinen Bauern gehen die umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen, durch welche die Großbetriebe sich viele Kosten sparen können. Eigens hierfür hat sich die Bourgeoisie in Jork eine Obstbauschule eingerichtet. „In einer ersten Phase der fünfziger Jahre standen biologische und technische Fragen im Vordergrund, die später durch betriebswirtschaftliche Forschungen im angewandten Bereich ergänzt wurden. Symtomatisch ist die Abkehr vom reinen Flächenertragsgedanken hin zum Ertrag pro Arbeitskraft."(Aus zur Marktanpassung marktnaher Obstwirtschaften. Systemanalyse und Anpassungsalternativen)

Man sieht, zu welchem Zweck diese Anstalt eingerichtet worden ist. Ertrag pro Arbeitskraft will man steigern – nichts anderes als Steigerung der Ausbeutung in Großbetreiben heißt das. Es gibt auch eindeutig die Richtung an, in die die imperialistische Bourgeoisie will: Eine vollständig kapitalisierte Landwirtschaft. Nur so kann man seine Vorherrschaft in der EG festigen.

„Storch weist auf den Anstieg der Lohnkosten im Obstbau von 1958 bis 68 um gut 90% hin. Durch Rationalisierungen und technischen Fortschritt gelang bei Obstbaubetrieben im Alten Land eine Reduzierung des Arbeitskräfteeinsatzes pro 100 kg erzeugter Menge Obst von 6,9 AK/h im Durchschnitt der Jahre 59/63 auf 3,9 AK/h 71/72. Die Lohnkostensteigerungen konnten dadurch durchschnittlich zu 87% aufgefangen werden."(Quelle, ebd.)

Neben der Vernichtung der kleinen Bauern also maßlose Ausbeutung und Lohndrückerei gegen die Landarbeiter, die sich dann zum Großteil aus den kaputtgegangenen Obstbauern rekrutieren sollen.

Seit 1971 sinkt der pro Kopf Verzehr aber erheblich, was für die Arbeiter nichts anderes bedeutet, als Einbuße an Lebenskraft und Verstümmelung des Nachwuchses der Klasse. Klar wird eines: Bauern, Arbeiter und Landarbeiter haben den gleichen Feind in den Obstkonzernen und dem bürgerlichen Staat, der das alles zu verantworten hat. Nützlich ist es deshalb, wenn die Arbeiter den Kampf der Bauern gegen die EG-Politk unterstützen, sowie umgekehrt, es den kleinen Bauern nützt, wenn sie Arbeiter in ihren Lohnkämpfen unterstützen.

Entwicklung der Erzeuger-Durchschnittspreise bei Äpfeln

Sorte	1958/62 DM/dz	1962/66 DM/dz	1966/67 DM/dz	1967/68 DM/dz	1968/69 DM/dz	1969/70 DM/dz	1970/71 DM/dz
Cox Orange	72,83	65,14	44,06	41,00	55,73	40,25	38,78
Boskoop	46,28	39,76	38,18	24,26	51,09	24,89	40,51
Golden Delicious	–	72,20	73,30	50,65	50,00	28,91	–

Lohndrückerei gegen die Landarbei-

Entwicklung der Erzeuger-Durchschnittspreise bei Äpfeln

Sorte	1958/62 DM/dz	1962/66 DM/dz	1966/67 DM/dz	1967/68 DM/dz	1968/69 DM/dz	1969/70 DM/dz	1970/71 DM/dz
Cox Orange	72,83	65,14	44,06	41,00	55,73	40,25	38,78
Boskoop	46,28	39,76	38,18	24,26	51,09	24,89	40,51
Golden Delicious	–	72,20	73,30	50,65	50,00	28,91	–
Ingrid Marie	57,94	51,19	41,90	34,87	39,57	27,01	–
Holsteiner Cox	68,66	55,33	39,23	30,37	42,64	29,21	–
Jonathan	63,55	44,90	38,84	25,72	33,58	19,28	–

Anmerkung: Die Preisstatistik wurde vom Obstbauversuchsring aus Etatgründen nicht weitergeführt. Es liegen zwar neuere Preisstatistiken anderer Organisationen vor. Diese sind aber wegen der abweichenden Erhebungsgrundlage nicht mit den obigen Werten verknüppfbar.

Aus: Zur Marktanpassung marktnaher Obstwirtschaften Systemanalyse und Anpassungsalternativen dargestellt am Beispiel der niederelbischen Obstwirtschaft.
Von der Fakultät für Gartenbau und Landeskultur der Technischen Hochschule Hannover zur Erlangung der Würde eines Doktors der Gartenbauwissenschaft 1974

Index der Erzeugerpreise bei Äpfel

1976	1977	1977 Nov.	1978 Okt.	1978 Nov.	Veränderung Nov. 1978 gegenüber in % Nov. 1977	Okt. 1978
194,4	280,3	280,7	158,4	152,4	– 45,7	– 3,9

Obst: Tafeläpfel Hkl. I

Monate	1974	1975	1976	1977	1978
J	1,46 DM	2,04 DM	1,98 DM	2,06 DM	2,94 DM
F	1,50 DM	2,03 DM	2,04 DM	2,31 DM	3,15 DM
M	1,44 DM	2,27 DM	2,10 DM	2,36 DM	2,93 DM
A	1,42 DM	2,37 DM	2,38 DM	2,85 DM	3,12 DM
M	1,39 DM	2,67 DM	2,58 DM	2,92 DM	2,92 DM
J	1,38 DM	2,86 DM	2,78 DM	3,39 DM	3,20 DM
J	1,21 DM	3,08 DM	2,81 DM	3,80 DM	3,23 DM
A	2,10 DM	3,04 DM	2,64 DM	4,22 DM	3,24 DM
S	1,56 DM	2,42 DM	2,37 DM	3,32 DM	–
O	1,68 DM	1,87 DM	1,83 DM	3,20 DM	–
N	1,72 DM	1,61 DM	1,84 DM	2,83 DM	–
D	1,86 DM	1,63 DM	2,03 DM	2,93 DM	–

Aus: Quellenheft Lohnsumme und Lohnsummenverteilung

Aus der ersten Tabelle kann man gut sehen, wie die Erzeugerpreise gesunken sind, bei allen Sorten. Ziemlich frech ist die Anmerkung dazu, daß sie die neueren Daten, die sie haben, nicht, wegen der abweichenden Erhebungsgrundlagen mit den obigen Werten verknüpfen können. Nichts anderes würde es zeigen, daß die Kapitalisten die Erzeugerpreise weiter gesenkt haben. Und genau das kann man sehen bei der Tabelle II. Die zeigt, daß der Erzeugerpreis bei Äpfeln von November 1977 auf November 1978 um 45,7% gesunken ist.
Bei den Apfelpreisen ist es genau das Gegenteil, sie sind ständig gestiegen. Ruinierung der kleinen Bauern, das ist das Ziel der Kapitalisten und Aufbau einer vollkommen durch und durch kapitalisierten Landwirtschaft. Elbeost in Hamburg kauft von den kleinen Bauern das Obst auf und durch ihre Monopolstellung senkt sie die Erzeugerpreise.

„Morenga" – Kleinbürgerlich anarchistische Theorien über die Befreiung des Menschen

z.gug. „Für den freien Menschen gibt es in dieser Welt nirgends mehr ein Refugium" (...) „Im wissenschaftlichen Anarchismus wird (...) ein Wissen um die Freiheit vermittelt" (...) „in Wahrheit war jedes soziale Unrecht, jeder Krieg und auch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Geschäft mit der Dummheit der Masse und ist ein Ausdruck eigener Dummheit (...) Noch gibt es Menschen, die in Freiheit leben wollen ... Wage wieder ein Mensch zu sein!" schrieb Uwe Timm, westdeutscher Buchautor und Propagandist des Anarchismus 1976 in dem Aufsatz „Anarchie, eine konsequente Entscheidung für Freiheit und Wohlstand". Diesen kleinbürgerlichen Mist und die metaphysische Betrachtung von der Befreiung und Verwirklichung des Menschen, abgehoben von allen gesellschaftlichen Verhältnissen, propagiert Uwe Timm jetzt in Romanform am angeblich historischen Beispiel: „Morenga".

Der Roman handelt von dem Einsatz deutscher Söldnertruppen 1904/05 gegen die Kämpfe der Hereros und Namas in Namibia, der damaligen deutschen Kolonie Südwestafrika.

Morenga war ein Führer der Namas in deren Kampf gegen die kolonialistische Unterwerfung des Landes. Damit aus dem Befreiungskampf der Namas gegen den deutschen Kolonialismus ein Kampf um persönliche Freiheit und Entfaltung werde, wird der Befreiungskämpfer Morenga von Uwe Timm als Individuum aufgebaut, das herausragende Fähigkeiten herausgebildet hat, und das aufgrund des Einflusses der Kolonialisten, insbesondere der deutschen: „Es gab Schutztruppenoffiziere, die allen Ernstes behaupteten, Morenga habe Clausewitz studiert." (...) „Seinen von den Deutschen bewunderten Bildungsstand wird er sich an einer Missionsschule erworben haben. Angeblich soll er von einem Missionar mit nach Europa genommen worden sein und auch Deutschland kennengelernt haben." (S. 217/220) Timms großartige Variante der gängigen Bourgeoispropaganda vom kultur- und zivilisationsspendenden Imperialismus ist. Damit ist Morenga, außer daß noch erwähnt wird, daß er die anderen „Hottentotten" an Größe überragte und sich im Gegensatz zu ihnen mit und sich im Gegensatz zu ihnen mit Seife wusch, ebenfalls ein Zeichen von Kultur, als herausragende Persönlichkeit charakterisiert.

Uwe Timms Theorie richtet sich gegen die Tatsache, daß die Voraussetzung für die Befreiung der ganzen Menschheit die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Aufhebung des kapitalistischen Eigentums ist. Notwendig dazu ist in Timms Roman die Darstellung des Strebens einzelner Individuen um ihre persönliche Freiheit in den Reihen der Ausbeuter und Unterdrücker, in diesem Fall der deutschen Kolonialtruppen. Dieses Individuum, Hauptperson des Romans, heißt Gottschalch, Veterinär und Offizier, der hofft, ein Stück in Afrika besiedeln zu können. Als er die Massaker und die Ausrottung der Herero- und Namastämme sieht, kommen ihm jedoch Bedenken an der Gerechtigkeit des Truppeneinsatzes. Zusätzlich ins Grübeln bringt ihn der Söldner Wenstrup, ein Anarchist: „Als Wenstrup behauptet, der Staat sei ein spanischer Schuh für das Individuum, fragt Gottschalch sogleich nach, wie er sich denn einen sozialdemokratischen Staat vorstelle. Nein, er denke gar nicht daran, den monarchistischen Staat mit einem sozialdemokratischen zu vertauschen (...) Zum aufrechten Gang käme nur, wer alles abwürfe, was ihm in Nacken säße." (S.59) Wenstrup verschwindet unauffindbar und hat offenbar seine individuelle Freiheit in den weiten Gebieten des afrikanischen Kontinents gefunden, hinterläßt Gottschalch noch ein Werk von Kropotkin, einem russischen Fürsten und Anarchisten, das er mit Randbemerkungen versehen hat.

Was Gottschalch zunehmend stört ist, daß die Bewegungsfreiheit dieser afrikanischen Stämme, die Ruhe des Lebens in diesem Land zunehmend eingeschränkt wird, ja nicht einmal vor den Tieren haltmacht: „Die Reiter stiegen von den schäumenden Pferden und rissen dem Strauß die Schwanzfedern aus ... Warum mußte dieser Vogel, der friedfertig sich nur von wasserhaltigen Pflanzen nährte, plötzlich seine Federn lassen?" (S. 157) Es geht den Straußen wie den Namas, womit Uwe Timm sich in leichtem Schlenker an die Betrachtungsweise der Kolonialisten über die Völker angeschlossen hat, indem er sie mit Tieren auf eine Stufe stellt – überhaupt hat er seine großartigen Recherchen alle abgeschrieben aus „Die Kämpfe der deutschen Truppen in Südwestafrika" vom Großen Generalstab der kriegsgeschichtlichen Abteilung I 1907 und seinen Mist dazugedichtet.

Gottschalch verschwendet keinen Gedanken an die Ziele und Hintergründe des Einsatzes deutscher Truppen gegen die Stämme dieses Landes, an die Verantwortlichen, einen Offizier erschießt er nach Überlegung nicht, weil das „sowieso nichts nützt", die Gedanken an Desertation oder Überlaufen an den Feind verwirft er. Nach der Niederschlagung der Aufstände reicht er seine Entlassung ein. Das Buch endet damit, daß man Gottschalch, mittlerweile in Professorenwürde, im Allgäu wiederfindet, wo er seine Freiheit beim Fesselballonfliegen in den Bergen genießt.

Damit Uwe Timms Theorie von dem Streben der Menschen nach individueller Freiheit, die Unterdrückte wie Unterdrücker vereint und auf eine Stufe stellt, hinhaut, konstruiert er ein Treffen von Gottschalch und Morenga, der ihn nach einer Schlacht gefangennimmt, aber großzügig wieder freiläßt. Gottschalch: „Ich habe Morenga gefragt, warum er keinen Frieden mit uns mache. Er antwortete, das läge nicht an ihm, sondern an den Deutschen (...) Seine Forderungen seien einfach: In dem Land, das ihnen gehöre, frei zu leben. Auf meine Frage, ob er glaube, ... gewinnen zu können, sagte er nur: Nein! ... Morenga betonte aber auch, daß er bis zum letzten Mann weiterkämpfen werde. Und auf meine Frage warum, gab er die verwunderliche Antwort: Damit ihr und wir Menschen bleiben können." (S. 354) Vernebelung des Klassenbewußtseins, Ablehnung des Zusammenschlusses der Ausgebeuteten und Unterdrückten im Kampf und zur Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung, stattdessen gemeinsame Interessen mit dem Klassenfeind, das ist die Quintessenz der Menschenverwirklichung, die Uwe Timm propagiert. Ein Grund der Niederlage der Namastämme gegen die deutschen Kolonialtruppen war die Zersplitterung der Stämme, die einen einheitlichen Kampf gegen die Kolonialisten behinderte. Umgekehrt haben die afrikanischen Völker im Zusammenschluß und bewußten Kampf gegen Kolonialismus, Hegemonismus und Imperialismus bis heute fast den gesamten Kontinent befreit.

Kommunistische Volkszeitung

Aus dem Inhalt

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Illustrierte Blätter

– Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechte Kriege und bekämpft die gerechten –

Nach Vorbereitung durch Missions- und Handelsoffensive eröffnen 1892 die deutschen Kolonialisten die militärische Aggression gegen Namibia. „Das Endziel jeder Kolonisation ist, von allem idealen und humanen Beiwerk entkleidet, schließlich doch nur ein Geschäft." (Leutwein, deutscher Gouverneur, 1894 – 1904) Zerstörung der Lebensgrundlage, Land- und Viehraub sind das Ziel der Kolonialpolitik. „Wer hier kolonisieren wollte, mußte zuerst zum Schwert greifen und Krieg führen ... mit starker, Achtung gebietender Macht bis zur völligen Niederschlagung der Eingeborenen." (Generalstabswerk Bd. I) Nach dieser Devise wurde 1904 das Volk der Herero fast vollständig ausgerottet.

1907 wird die Zwangsbereitstellung von Lohnsklaven gesetzlich festgelegt durch „Verordnung über Dienst- und Arbeitsverträge", „Maßregeln zur Kontrolle der Eingeborenen", Verbot des Besitzes von Produktionsmitteln für Afrikaner. Der Export steigt von 0,91 Mio. Mark auf 70,3 Mio. 1913. Der Import, hauptsächlich von Eisenbahn- und Konsumgütern von 6,97 auf 43,4 Mio. 80% des Außenhandels Namibias laufen über Deutschland.

I. Weltkrieg. „Deutsch-Süd-West-Afrika" wird der „Südafrikanischen Union" (seit 1910 englisches Dominion) als Mandatsgebiet zugesprochen. Seitdem Südafrika von den englischen Imperialisten die volle „Souveränität" erhalten hat, betreiben die westlichen Imperialisten den Zugang zu Namibia über die Unterstützung des südafrikanischen Regimes. 1961 schließt der BRD-Imperialismus mit Südafrika ein Kulturabkommen. 1967 erzwingen die Staaten der Dritten Welt in den Vereinten Nationen die Beendigung der „Treuhandschaft" Südafrikas über Namibia und setzen die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes von Namibia in der UNO durch. Seit dem Ausschluß Südafrikas aus der UNO 1974 „verurteilen" die westdeutschen Imperialisten die Politik der Rassentrennung, zugleich aber bestehen sie auf „korrekten und vollen Beziehungen" zu Südafrika. 1978 unterstützen sie die Durchführung einer illegalen Wahlfarce in Namibia.

Schmidt: *„Aber wenn zum Beispiel die Vereinten Nationen in Zukunft in irgend einem Teil der Welt peace-keeping-operations unternehmen müssen, so werden wir zu überlegen haben, ob wir dem nicht zu entsprechen haben."*

Genscher: *„Helfen wir den Deutschen, die dort leben, indem wir dazu beitragen, daß dort eine sozial gerechte und stabile und gesunde wirtschaftliche Ordnung als Voraussetzung politischer Stabilität geschaffen werden kann."*

Apel: *„Wir haben hier also moralische, ökonomische und politische Interessen, die wir wahrzunehmen haben mit dem Ziel, diesem Kontinent das Selbstbestimmungsrecht zu geben und Frieden und – so weit es geht – Freiheit. Da können auch Aktionen nötig werden. Wir können jeder UNO-Truppe Soldaten ohne Waffen zur Verfügung stellen – wenn sie so wollen für Nachschubaufgaben."*



SWAPO: „Die BRD muß die UNO-Resolutionen einhalten"

„... wichtig ist es aufzuzeigen, in welchem Stadium sich der bewaffnete Kampf in Namibia befindet. Der bewaffnete Kampf wird täglich verstärkt, um der massiven militärischen Aufrüstung und Unterdrückung zu begegnen, die von dem Besatzerregime unter Aufrechterhaltung seiner Terrorherrschaft betrieben wird mit allein 60000 Mann an Truppen. Für uns als Befreiungsbewegung ist die vorrangige Aufgabe, die Volksbefreiungsarmee von Namibia zu organisieren und zwar so, daß sie der militärischen Besatzung Südafrikas begegnen kann. Und indem wir dies tun, sind wir die ganze Zeit bewußt über die internationalen Bindungen der Solidarität mit den anderen Befreiungsbewegungen in der Welt wie auch mit allen fortschrittlichen Ländern in der UNO. Auf der Ebene der Vereinten Nationen haben wir ein Stadium erreicht, das auf der Initiative der fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder im April letzten Jahres die Einleitung von Verhandlungen umfaßte zwischen der SWAPO, Südafrika und den Vereinten Nationen, um eine friedliche Regelung für Namibia zu erreichen... Wir betrachten Verhandlungen als einen integralen Bestandteil des Kampfes, sie sind ein Aspekt des Kampfes. Deshalb haben wir stets die Tür für eine politische Einigung offengehalten, unter Fortführung des bewaffneten Kampfes.

Für uns besteht kein Zweifel darüber, und es ist zu beweisen, daß das hauptsächliche Ziel ihres Vorschlags die Sabotage des bewaffneten Kampfes des Volkes von Namibia war. Und der Versuch, über die Vereinten Nationen die teuflischen und finsteren Pläne Südafrikas zur Errichtung eines neokolonialistischen Marionettenregimes in Namibia abzusegnen zu lassen... Nun ist die Reihe an den westlichen Mächten, wir nehmen sie bei ihrem Vorschlag. Ihr Klient Südafrika hat abgelehnt zu verhandeln und sie haben dort soeben einen ehemaligen Verteidigungsminister als Regierungschef gewählt, den wir als eiskalten Faschisten und Kriegstreiber bezeichnen.

...

Mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, nicht nur die Resolutionen der UNO zu akzeptieren, sondern sie *durchzuführen*. Und sie durchführen heißt, daß die Bundesregierung alles unterläßt, was entweder direkt oder indirekt den in den Resolutionen festgehaltenen Positionen der UNO zuwiderläuft. Erstens wissen wir, daß die Bundesrepublik eine der fünf Mächte ist, die den diplomatischen Vorstoß betrieben haben, über den ich gesprochen habe. Zweitens ist es ebenfalls eine Tatsache, daß die Bundesrepublik Interessen in Südafrika und auch Namibia verficht. Und deshalb unterliegt die Bundesrepublik als Mitglied der UNO und derzeitiges Mitglied des Sicherheitsrates der Verantwortung, nicht nur die Resolutionen der UNO zu respektieren, sondern sie durchzuführen, d.h. die Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen darin zu unterstützen, Südafrika unter Druck zu setzen, die Besetzung Namibias aufzugeben." *(Theo Ben Gurirab, Vertreter der SWAPO bei den Vereinten Nationen in New York, 29.9.78; KVZ 40/78)*



„I. Die gegenwärtigen und künftigen Aufgaben der SWAPO

a) die sofortige Befreiung und Erringung der Unabhängigkeit Namibias mit allen möglichen Mitteln und die Errichtung einer volksdemokratischen Regierung.

b) Die Verwirklichung der wahren, vollständigen Unabhängigkeit Namibias auf den Gebieten der Politik, Wirtschaft, Landesverteidigung sowie der sozialen und kulturellen Angelegenheiten.

c) Die ständige Mobilisierung und Organisierung der breiten Massen des namibischen Volkes für die aktive Teilnahme am nationalen Befreiungskampf.

d) Im Kampf alle Bande des nationalen und politischen Bewußtseins des gesamten namibischen Volkes herauszubilden und zu erhöhen.

e) Alle Äußerungen und Ansätze von Stammesdenken, Regionalismus, ethnischer Orientierung und Rassendiskriminierung zu bekämpfen, den Kampf gegen den Kolonialismus und Imperialismus zu festigen und voranzutreiben.

f) Das gesamte namibische Volk, vor allem die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die fortschrittliche Intelligenz in einer Partei zusammenzuschließen, die als Vorhut in der Lage ist, die nationale Unabhängigkeit und den Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung zu sichern, die auf den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus basiert.

g) In solidarischer Zusammenarbeit mit den anderen nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen und anderen antiimperialistischen, fortschrittlichen und friedliebenden Kräften in der ganzen Welt dazu beizutragen, Namibia, den afrikanischen Kontinent und die gesamte Menschheit von kolonialistischer und imperialistischer Herrschaft zu befreien." *(Aus dem Programm der SWAPO)*



Kommunistischer Bund Westdeutschland